

10 deutsche architektur
Berlin
Oktober
1971
Zur Ökonomie und Effektivität der Stadt • Neubau und Rekonstruktion von Wohngebieten • Rekonstruktion der Altbausubstanz
Preis 5,— Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– Mark

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

- Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechtj
- Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana
- Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassill-Lewsky 6
- Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50
- Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23
- Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest
- Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová sluzba, Praha 2 – Vinohrady, Vinohradská 46 – Bratislava, ul. Leningradska 14
- Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utca 32
- Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

- Für alle anderen Länder:
Der örtliche Fachbuchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen 108 Berlin, Französische Straße 13–14

- Westdeutschland
- Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Vertriebszeichen: A 21518 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin, Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin, Frazösische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik
Vervielfältigungsgenehmigungs-Nr. 3/18/71 bis 3/24/71

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)

Architekturwettbewerb 1971

Auch in diesem Jahr führt die Redaktion „deutsche architektur" einen Architekturwettbewerb durch, in dem die besten in der DDR fertiggestellten Bauten ermittelt und deren Autoren ausgezeichnet werden sollen.
Die Ausschreibungsunterlagen liegen ab 1. 10. 1971 in den Bezirkssekretariaten des BdA der DDR vor. Bei Rückfragen steht Ihnen unsere Redaktion (Telefon: Berlin 22 03 61/Apparat 267) gern beratend zur Seite.

Bitte merken Sie den Termin vor:

Die Unterlagen für den „Architekturwettbewerb 1971" können nur bis zum 15. 11. 1971 beim Bezirksvorstand und bis zum 15. 12. 1971 beim Bundessekretariat des BdA der DDR eingereicht werden.
Informieren Sie sich. Vielleicht gehören Sie in diesem Jahr zu den Preisträgern im

Architekturwettbewerb 1971

Aus dem vorigen Heft:

Im nächsten Heft:

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 28. Juli 1971
Illusdruckteil: 6. August 1971

Titelbild:
Foto: Günter Jazbec, Berlin

Fotonachweis:
Theo Löber, Berlin (1), Rudolf Scheibe, Dresden (1), Fotozirkel des Betriebes MAFA Halle (1), Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, S. Thost (2), H.-J. Traue, Berlin (29), Eckard Zobel, Berlin (1), Karl-Heinz Kühl, Rostock (10), Herrmann Dieck, Magdeburg (1), Otto Albrecht, Magdeburg (8), Herrmann Wolter, Magdeburg (7), Foto Halis, Zella-Mehlis (3), Winfried Mann, Gera (1), Rudolf Otte, Pößneck (1)

10 deutsche architektur

XX. Jahrgang
Berlin
Oktober 1971

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

Korrespondenten im Ausland: Janos Böhönyey (Budapest), Vladimir Cervenka (Prag)
Daniel Kopeljanski (Moskau), Zbigniew Pininski (Warschau)



40. Ratstagung der UIA in Berlin

Vom 19. bis 25. Juli 1971 fand auf Einladung der nationalen Sektion der DDR in Berlin, Hauptstadt der DDR, die 40. Ratstagung des internationalen Architektenverbandes (Union internationale des architectes) statt. Sieben Mitglieder des Büros der UIA, der Präsident Corona-Martin (Mexiko), die Vizepräsidenten Prof. Orlow (UdSSR), Arizmendi (Spanien), Schwarzman (USA), Bhalla (Indien) und der Generalsekretär Weill (Frankreich) nahmen daran teil sowie 11 Mitglieder des Rates als Vertreter folgender nationaler Sektionen:
VR Bulgarien, DDR, Koreanische VDR, Ungarische VR, Brasilien, BRD, Argentinien, Dänemark, Großbritannien, Irak, Schweiz.
Die Tagung stand im Zeichen der Vorbereitung des XXI. UIA-Kongresses 1972 in Bulgarien. Außerdem wurden Fragen der Arbeit des internationalen Architektenverbandes erörtert.
Die Teilnehmer waren beeindruckt vom Aufbau des Stadtzentrums und der Erhaltung kulturhistorischer Stätten in Berlin und Potsdam.

Schnell bauen in einwandfreier Qualität

In den ersten Monaten dieses Jahres wurde der Plananteil bei Neubauwohnungen übererfüllt – also ein guter Start. Doch die Produktionsergebnisse der Wohnungsbauer werden nicht nur an der Anzahl der übergebenen Wohnungen gemessen, sondern zugleich an der Qualität der Bauausführung. In dieser Hinsicht gibt es noch einige Fehlrechnungen bei den Bauschaffenden. Zwar sind sich viele Brigaden ihrer Verantwortung bewußt und bemühen sich darum, einwandfreie Qualitätsarbeit zu leisten. Doch wenn die übrigen Arbeitskollektive nicht danach streben, gibt es hohe ökonomische Verluste und obendrein viel unnötigen Ärger und Verdruß. Nachfolgende Fakten sollen mit aller Dringlichkeit unterstreichen, daß die Aufgabe, mehr und schneller zu bauen, keinesfalls zu einer Vernachlässigung der Qualität führen darf.

Die Freude der Mieter über die neue Wohnung wird erheblich gemindert, wenn die Tapeten oder Fußbodenbeläge Blasen bilden, wenn Farbe abbröckelt, wenn Leitungen von Sanitäranlagen undicht sind, Türen oder Fenster nicht ordentlich schließen, um nur einige in Eingaben der Bevölkerung häufig kritisierte Mängel zu nennen. Mitunter müssen sich Mieter, Hausgemeinschaftsleitungen und Ausschüsse der Nationalen Front Wochen und Monate bemühen, bis die Qualitätsmängel beseitigt sind.

Kontrollen der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion in Cottbus ergaben z. B., daß die dort immer häufiger festgestellten Mängel in neuen Wohnungen und Gesellschaftsbauten von den zur Beseitigung eingesetzten Arbeitskräften nicht mehr bewältigt werden konnten. In einzelnen Fällen waren Fußbodenbelag und Tapeten auf feuchtem Untergrund angebracht worden. Insgesamt war der Aufwand für Nach- und Garantiearbeiten im komplexen Wohnungsbau 1969 und 1970 so groß, daß er für 600 Neubauwohnungen gereicht hätte.

Inzwischen wurde auf Qualitätskonferenzen beraten, wie die Probleme zu lösen sind.

Schneller bauen heißt in erster Linie besser bauen. Die Fließfertigung kann als rationellstes Produktionsverfahren im industriellen Wohnungsbau niemals auf Kosten der Qualität zu höchsten Ergebnissen führen, sondern sie setzt im Gegenteil eine erstklassige Qualitätsarbeit an jedem Arbeitsplatz voraus. Sie verlangt eine gute technologische Vorbereitung, eine gute Abstimmung aller am gesamten Arbeitsprozeß beteiligten Leiter und Kollektive und eine von hohem Verantwortungsbewußtsein für das Ganze getragene Arbeitsdisziplin jedes Werktätigen. Denn wo auch immer in der Fließfertigung gegen die technologische Disziplin verstoßen wird, gibt es empfindliche und kostspielige Störungen, treten einerseits Stillstandszeiten auf und müssen andererseits Überstunden geleistet werden, um wieder in den richtigen Takt zu kommen. So bedeutet jeder Verstoß gegen die Qualität letzten Endes nur Zeitverlust. K.-P. E.

Sowjetische Erfahrungen genutzt

Holzbeton (auch Rinde- oder Borkebeton) ist ein stark gefragter Baustoff, dessen Hauptbestandteile neben Portlandzement, Wasserglas und Kalziumchlorid Reisig und Baumrinde sind. Ein Neuererkollektiv aus dem VEB Plattenwerk Crottendorf, das den Holzbeton entwickelte, steht im Erfahrungsaustausch mit sowjetischen Experten und verfolgt dabei das Ziel, den Zementanteil durch Gips zu ersetzen. Dadurch würden die Trocknungs- und Erhärtungsprozesse verkürzt und eine höhere Festigkeit des Holzbetons gewährleistet. Im Unterschied zu Platten aus anderen Stoffen zeichnen sich solche aus Holzbeton, der aus bisher ungenutzten heimischen Abfallprodukten besteht und billig ist, durch einen hohen Wärmedämmwert, durch schwere Entflammbarkeit und relativ große Feuchtigkeitsresistenz aus. Der Wärmedämmwert einer 120 mm starken Holzbetonplatte gleicht dem einer 460 mm starken Ziegelmauer.



Neues Hotel in Rostock

Am Strand von Rostock-Warnemünde eröffnete im Juni d. J. das Hotel „Neptun“ seine Pforten.
715 Gäste kann dieses Gebäude aufnehmen, das als Ferien-, Kongreß-, Sport- und Kurhotel konzipiert wurde.
Jedes Hotelzimmer erlaubt den Blick aufs Meer. 6 Restaurants verfügen über 1400 gastronomische Plätze. Eine besondere Attraktion ist das angeschlossene Meeresbrandungsbad. Die Ostsee-Metropole verfügt damit über ein weiteres anziehendes Bauwerk.

Raumzelle aus Plast

Eine voll ausgestattete Küche-Bad-Plastzelle für den bekannten Wohnungstyp P2 haben Studenten der Ingenieurhochschule Cottbus gemeinsam mit Angehörigen des Cottbusser Wohnungsbaukombinates entwickelt. Diese Neuentwicklung führt bei verbesserter Qualität zu einer wesentlichen Verringerung des zur Produktion notwendigen Arbeitszeitaufwandes und bietet Voraussetzungen für eine weitere Verkürzung der Bauzeit.
Gleichzeitig wird die bestehende Diskrepanz zwischen dem hohen industriemäßigen Anteil des Rohbaus und dem handwerklichen Ausbau vermindert.
Durch verschiedene Formen der forschungsbezogenen Lehre werden Mitarbeiter und Studenten der Cottbusser Hochschule in die Lage versetzt, Arbeiten an einem Komplexthema „Wissenschaftlich begründete Vorbereitung eines Bebauungsgebietes“ aufzunehmen.

An den Hauptzugängen zu Landschaftsschutzgebieten werden in Zukunft neue Tafeln angebracht. Ob der Bau von Wochenendhäusern jetzt von den zuständigen örtlichen Organen auch als landschaftsverändernde Maßnahme aufgefaßt wird?



Taschkent — die viertgrößte Stadt der UdSSR

130 000 Wohnungen sind in Taschkent seit dem großen Erdbeben, das sich nun zum fünften Male gejährt hat, bezogen worden. Mit fast anderthalb Millionen Einwohnern ist die usbekische Hauptstadt zur viertgrößten Stadt der UdSSR geworden.

In den nächsten fünf Jahren sollen weitere 100 000 Wohnungen sowie Schulen und Kindergärten mit 100 000 Plätzen, sowie Wasser-, Kanalisations-, Gas- und Fernheizleitungen gebaut werden.

Mehrfarbiger Beton — vielseitige Einsatzmöglichkeit

In der sibirischen Stadt Bratsk ist es gelungen, Beton in allen Farben des Regenbogens herzustellen. Die spiegelglatte Oberfläche dieses Baustoffs nimmt keine Feuchtigkeit an. Sie verstaubt und verschmutzt auch nicht. Erfinder dieser neuen, originellen Technologie ist der Ingenieur und Keramikkünstler Walentin Tschursin.

Jetzt ist man im Bratsker Betonwerk damit beschäftigt, die Erfindung von Tschursin, die unter Fachleuten größte Beachtung gefunden hat, in die Produktion umzusetzen. Die ersten Dekorationsplatten sind bereits hergestellt worden und schmücken die Wohngebäude der Werktätigen des Bratsker Aluminiumwerks. Nun soll die erste halbautomatische Fertigungsstrecke errichtet werden. Sie wird die verschiedensten Erzeugnisse aus dem farbigen Beton herstellen.

Elektroautos in Erprobung

Zwei Varianten eines Elektro-Autos werden gegenwärtig in Kaliningrad einem harten Test unterworfen. Die Fahrzeuge wurden vom Unionsforschungsinstitut für Elektrotransportwesen entwickelt. Der eine Typ ist ein Personenwagen und der andere ein Kleintransporter, der vor allem für das städtische Dienstleistungswesen vorgesehen ist. Die Fahrzeuge werden von Akkumulatoren gespeist, die jeweils für 100 Kilometer ausreichen. Die Geschwindigkeit beträgt 40 bis 60 km/h.



Oben: Kulturhaus der Flugzeugbauer in Kiew.

Entwurf: Architekten W. I. Eschow, W. K. Bawilowski, W. I. Starikow

Links:
Universität für Landwirtschaft in Nitra.

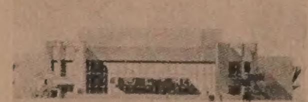
Entwurf: Architekten Vladimir Dedecek und Rudolf Minovsky

Links unten:
Gebäude der Fakultät Bauwesen an der Technischen Hochschule Delft.

Entwurf: Architekten Prof. J. H. van den Broek und Prof. J. B. Bakema

Unten:
Konzertsaal mit 1500 Plätzen in Nowosibirsk.

Entwurf: Architekten W. Iwanow und M. Pirogow





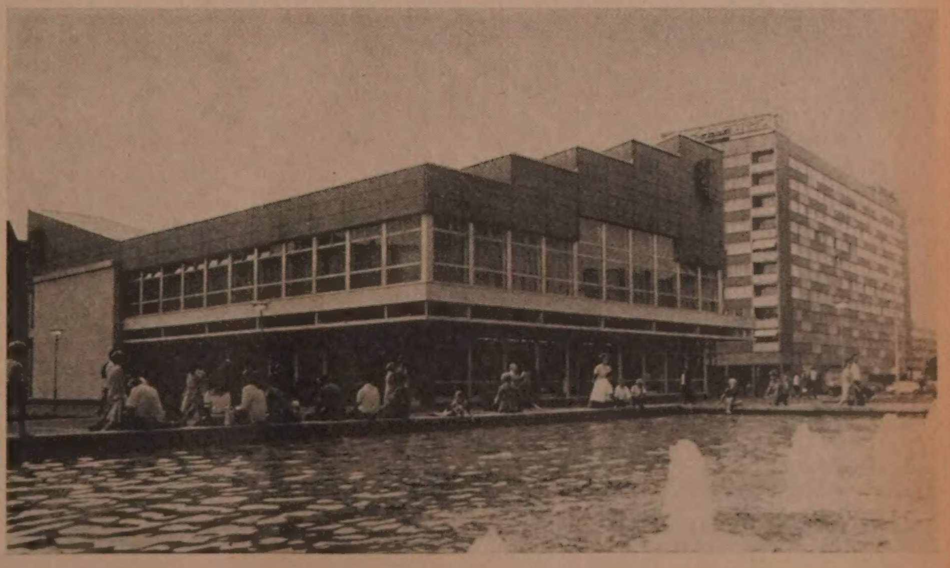
Superschnellzug

Einen Zug, der Dauergeschwindigkeiten um 250 km/h erreichen soll, hat die britische Eisenbahngesellschaft der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Hochgeschwindigkeitszug soll bereits 1974 in Großbritannien in Dienst gestellt werden und ab April 1972 im Probebetrieb laufen. Entweder wird ein elektrischer Triebwagen oder eine von einer 3000 PS starken Gasturbine angetriebene Lokomotive eingesetzt. Im normalen Verkehr wird der Zug aus zwei Triebwagen und zwei Beiwagen bestehen. Nach Angaben der britischen Eisenbahngesellschaft wird dieser Zug auf herkömmlichen Gleisanlagen fahren, ohne daß Gleiskörper-, Signal- und Sicherungsanlagen wesentlich verändert werden müssen.



Wohnblock aus Gips

Wohnungen für 50 Familien bietet ein aus Gipselementen errichteter Wohnblock, der seiner Bestimmung übergeben wurde. Dieser in Dessau-Süd unter der Bezeichnung „S 2" entstandene Experimentalbau ist ein Ergebnis sozialistischer Gemeinschaftsarbeit der Deutschen Bauakademie, des Instituts für Zement Dessau, der Industrieprojektierung Dessau, des Wohnungsbaukombinates Halle und zahlreicher weiterer Kooperationspartner. Bei diesem Wohnblock wurde erstmalig der Einsatz von Gipsaußen- und -innenwandelementen bei der Plattenbauweise erprobt. Die wichtigsten Vorzüge sind eine gute Wärmedämmung, geringe Masse und ökonomischer Materialeinsatz.



Rechts: Informationszentrum am Sachsenplatz in Leipzig.

Entwurf: Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Büro des Chefarchitekten, dem VE WGK, der Ingenieurschule für Bauwesen und dem VE VTK in Leipzig

Effektiv bauen nach volkswirtschaftlichen Möglichkeiten

Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge
Ministerium für Bauwesen

Die Direktive des VIII. Parteitages der SED orientiert darauf, daß es zur Durchführung der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes u. a. notwendig ist, die Wohnverhältnisse vor allem der Arbeiterklasse in den Zentren der industriellen Entwicklung zu verbessern. Von 1971 bis 1975 eine halbe Million Wohnungen zu schaffen ist zwar das Kernstück, aber keinesfalls der ganze Inhalt dieser Aufgabe. Die Wohnbedingungen unserer Bevölkerung verbessern, das heißt Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen, Einkaufs-, Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen, Anlagen und Gebäude für Spiel und Sport und für Erholung zu bauen – also die Wohnverhältnisse insgesamt den gesellschaftlichen Bedürfnissen und volkswirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechend zu verbessern.
Bei dem Vergleich mit industriell entwikkelten Ländern nimmt die DDR in bezug auf das Verhältnis von Wohnfläche zur Bevölkerungszahl einen guten Platz ein. Aber die Qualität eines großen Teiles der Wohnsubstanz entspricht nicht mehr den Anforderungen. Auch in der Ausstattung der Wohngebiete mit Gemeinschaftseinrichtungen haben wir international einen guten Stand. Die Entwicklung unserer Lebensweise, insbesondere die Stellung der Frau in der sozialistischen Gesellschaft, und unsere Bildungs- und Kulturpolitik erfordern jedoch, die Gemeinschaftseinrichtungen der Wohngebiete ständig in zunehmendem Maße zu vervollkommnen.

Keine „Inselplanung" zulassen

Der geplante Zuwachs erfordert u. a., den größten Anteil der neuen Wohnungen in fünf- bzw. sechsgeschossigen Gebäuden zu errichten. Eine Reihe von Wohngebieten werden auf bisher gering bebauten Territorien der Städte – auch in geeigneter Randlage – entstehen. Es ist aber nicht Aufgabe, gewissermaßen „Inseln sozialistischer Lebensweise" isoliert von der sonstigen Stadt zu schaffen. Vielmehr kommt es darauf an ,durch möglichst enge Verknüpfung der neuen mit den vorhandenen Wohngebieten die Wohnverhältnisse der Stadt insgesamt zu verbessern.
Zum Beispiel ist es notwendig zu prüfen, wie vor allem der Bedarf an Kindereinrichtungen und Schulen am wirksamsten gedeckt werden kann. Denn die Forderung nach Koordinierung, Kombination und Konzentration im Interesse einer hohen Effektivität gilt auch für das Planen und Bauen der Gemeinschaftseinrichtungen. Dabei ist nicht nur der Lösungsweg zu sehen, daß ein unzureichend ausgestattetes altes Wohngebiet von den Einrichtungen des neuen Wohngebietes mit versorgt wird. Es ist durchaus möglich, daß umgekehrt in einem Altbaugebiet Reserven bestehen, die ein sehr vorteilhaftes Herstellen bestimmter Gemeinschaftseinrichtungen für das neue Wohngebiet ermöglichen.
Es kommt auch beim Planen eines neuen Wohngebietes darauf an, für einen möglichst großen Kreis der Bewohner der Stadt eine spürbare Verbesserung der Wohnverhältnisse zu erreichen.
Die Aufgabe ist gestellt, die gesellschaftlichen Bedürfnisse gemäß den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten zu befriedigen. Mit Kostennormativen zum 5-Jahr-Plan sind diese Möglichkeiten konkret markiert. Das gilt auch für die Gemeinschaftseinrichtungen. Eine höhere Ausstattung eines Neubaugebietes zugunsten der Mitnutzung durch Bewohner vorhandener Gebiete muß also im Rahmen der Gesamtkennziffer des Bezirkes oder der Stadt für Gemeinschaftseinrichtungen erfolgen. Sie kann nicht willkürlich aus dem Normativ des komplexen Wohnungsneubaues, das ja auf die neue Wohneinheit bezogen ist, finanziert werden. Deshalb ist bei den örtlichen Räten die Planung eines neuen Wohngebietes als Bestandteil der Verbesserung der Wohnverhältnisse in der ganzen Stadt durchzuführen in gewissenhafter Ermittlung des effektivsten Einsatzes der Investitionen und Kapazitäten für Gemeinschaftseinrichtungen des Wohnungsneubaues und weiterer Bauten und Maßnahmen der Fachbereiche des Rates.
Mit der städtebaulichen Planung und der Projektierung der Wohngebiete und der Gemeinschaftseinrichtungen müssen durch Rationalisierungsmaßnahmen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um im Rahmen der Normative die wirksamsten Ergebnisse zur Verbesserung der Wohnverhältnisse zu erreichen.

Neue Qualität der Vorbereitung

Ein rationelles ökonomisches Bauen setzt eine räumliche und zeitliche Koordinierung der Baumaßnahmen nach einem technologischen Netzwerk voraus. Bezogen auf den Aufbau einer Stadt bzw. den komplexen Wohnungsbau in der Stadt, darf es also nicht länger isolierte Programme für Schulbau, Kindergartenbau, für Laden- und Versorgungsbau usw. geben. Diese Programme müssen technologisch koordiniert sein, und sie müssen integrierte Bestandteile des zeitlich und räumlich optimierten Aufbauplanes für den komplexen Wohnungsbau werden.
Die eindeutige gesellschaftliche Zielstellung für die Auftraggeber wie für die Baubetriebe lautet, daß die Gemeinschaftseinrichtungen, vor allem die Kindereinrichtungen, die Schulen und die Handelseinrichtungen für den täglichen Bedarf mit dem Einzug der Bewohner in ihre neuen Wohnungen zur Verfügung stehen müssen.
Es sind also alle Anstrengungen darauf zu richten, die bisher übliche Praxis, sogenannte Nachfolgeeinrichtungen zu bauen, so rasch wie möglich zu überwinden. Bei dem umfangreichen Wohnungsbauprogramm der nächsten Jahre können nicht alle, sondern zunächst nur die in der Direktive vorrangig erwähnten Gemeinschaftseinrichtungen (Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen und Versorgungseinrichtungen) gleichzeitig mit den Wohnungen in den neuen Wohngebieten errichtet werden. Bei Klubhäusern,. Bibliotheken usw. ist es deshalb einerseits notwendig, entsprechende künftige bauliche Ergänzungen durch Flächenreservierung und stadttechnische Maßnahmen abzusichern. Andererseits geht es aber darum, daß man sich bereits bei der Erarbeitung der Programme und der städtebaulichen Planung Klarheit verschafft über die geeignetsten Formen der Mehrfachnutzung derjenigen Gemeinschaftseinrichtungen, die in der ersten Phase gebaut werden. Da außerdem auch kleinere neue Wohngebiete entstehen, Baulücken zu schließen sind und Modernisierungsmaßnahmen ebenfalls in verschieden großem Umfange erfolgen, ist auch die Mehrfachnutzung bereits vorhandener Einrichtungen bzw. deren bauliche Ergänzung in die Planung einzubeziehen. Kontinuierlich Jahr für Jahr die Wohnbedingungen zu verbessern, erfordert also von Anfang an schöpferisches Arbeiten und volkswirtschaftliches Rechnen, ganz besonders bei den Vorbereitungsmaßnahmen des Wohnungsbaus. Das bedeutet, daß die örtlichen Staatsorgane, die Auftraggeber für den komplexen Wohnungsbau, die Fachabteilungen und die städtebaulichen Planungsbüros in Gemeinschaftsarbeit zu einer neuen Qualität der Vorbereitung der Investitionen auf dem Gebiet des Wohnungsbaues vordringen müssen.

Intensivierung und höhere Effektivität – ein aktuelles Problem des Städtebaus

Dr. Gerhard Krenz

„Der Hauptweg, um den Umfang und die Qualität der gesellschaftlichen Produktion zu steigern", so heißt es in der Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan 1971 bis 1975, „ist ihre Intensivierung und die Erhöhung der Effektivität." (1) Dieser prinzipielle Gedanke der Direktive gibt auch für unseren Städtebau eine Orientierung, die zu neuen Überlegungen anregt.
Wenn von einer höheren Grundfondseffektivität gesprochen wird, so denkt man dabei naturgemäß zuerst an die Betriebe und Anlagen der Industrie. Das ist auch richtig. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß die umfangreichsten gesellschaftlichen Grundfonds unsere Städte und anderen Siedlungen darstellen, deren Wert in Dimensionen von Hunderten von Milliarden Mark zu messen ist. Auch hier muß die im „Neuen Deutschland" diskutierte Frage aufgeworfen werden: „Das sozialistische Eigentum – nutzen wir es richtig?" Von den Ideen des VIII. Parteitages ausgehend, scheint es mir notwendig zu sein, die Wissenschaft vom Bau der Städte mit einer Wissenschaft von der Nutzung unserer Städte zu verbinden.
Warum?
Aus dem täglichen Leben kennt jeder die Probleme unserer großen Städte:
In den Morgen- und Abendstunden, vor Arbeitsbeginn und nach dem Feierabend drängen sich die Menschen in überfüllten Verkehrsmitteln, weil sich der größte Verkehrsbedarf auf etwa 12 Prozent der Wochenstunden konzentriert, während in der anderen Zeit die Kapazitäten der öffentlichen Verkehrsmittel nicht voll ausgelastet sind.
Ähnlich ist es mit dem zunehmenden Straßenverkehr. Er konzentriert sich auf wenige Stunden am Tage. Es werden jährlich große Mittel im Städtebau aufgewendet, um die Durchlaßfähigkeit des Straßensystems für die kurzen Spitzenzeiten zu erhöhen. Außerhalb der Spitzenzeiten sind viele dieser Straßen jedoch noch wenig frequentiert, aber sie zerschneiden durch ihre Ausmaße unsere Städte immer mehr.
In wenigen Stunden der Woche – nach Feierabend, besonders freitags – sind die Einkaufsstätten, die Warenhäuser und Kaufhallen unserer Städte überlastet. Die Menschen verlieren dadurch viel von ihrer Freizeit. Aber den weitaus größten Teil der Woche werden selbst so attraktive Handelseinrichtungen, wie wir sie mit hohem Aufwand in unseren Stadtzentren errichtet haben, nicht voll genutzt. Ja, sie sind gerade dann, wenn viele gern in Ruhe einen Einkaufsbummel machen würden, geschlossen. Durch die ungleichmäßige Nutzung sind unsere Stadtzentren auch nur begrenzte Zeit belebt.
Wir haben sehr viele neue und auch sehr anziehende Gaststätten in den letzten Jahren gebaut. Aber am Wochenende sind sie überfüllt, wochentags dagegen sind sie oft nur wenig besucht. Das betrifft vor allem die Gaststätten, die immer Besucher hätten, jedoch aus Personalmangel oft nur relativ wenige Stunden in der Woche geöffnet sind.

Schauen wir in unsere Theater und Kinos. Manchmal erscheint es uns, als hätten wir zu wenig kulturelle Einrichtungen, aber eben auch nur am Wochenende. Moderne Theater kosten heute viele Millionen. Aber wie viele Stunden in der Woche stehen sie Besuchern offen? Es ist ein Bruchteil der Wochenstunden.

Die Einrichtungen der Naherholung, unsere Seen und Wälder sind am Wochenende einem wachsenden Ansturm ausgesetzt, der eine Erholung kaum noch gewährleisten kann. Man drängt sich in Bahnen auf verstopften Ausfahrtstraßen und findet kaum noch einen ruhigen Platz in der Natur. Aber das alles nur für zwei Tage. Es entstehen immer neue Wochenendsiedlungen, Dauerzeltplätze usw., die nur zu einem verschwindend kleinen Teil des Jahres genutzt werden. Hier wären gesellschaftliche Lösungswege anzustreben. Aber Heime für kurzfristige Erholung erfordern erhebliche Mittel, die bei der gegenwärtig nicht kontinuierlichen Nutzung kaum zu amortisieren sind.

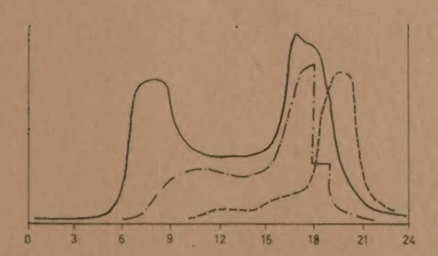
Büro- und Forschungsbauten, die durch Zunahme der produktionsvorbereitenden Bereiche und durch steigende Anforderungen an den Arbeitsplatz einen wachsenden Anteil an den Grundfonds und den bebauten Flächen der Städte ausmachen, werden nur zu etwa 25 bis 30 Prozent der Wochenzeit genutzt.

Auch Hochschulen und andere Studieneinrichtungen mit ihren Internaten und Mensen, die sich steigenden Anforderungen gegenübersehen, werden nicht kontinuierlich das ganze Jahr über voll genutzt.

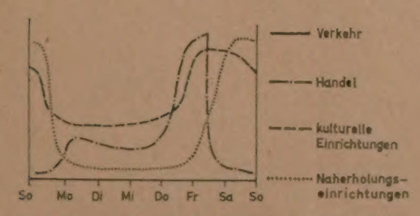
Und schließlich ergibt sich aus alledem ein völlig unkontinuierlicher Energiebedarf, der riesige Reserven für die Spitzenbelastungszeiten erfordert.

Es wäre sicher falsch, diesen Zustand als natürlich und unabänderlich anzusehen. Es wäre auch einseitig, allein die Größe der Städte dafür verantwortlich zu machen. Tatsächlich handelt es sich um tages-, wochen- und jahreszeitliche Spitzenbedarfsprobleme, die nur bedingt objektiven Charakter tragen und im wesentlichen durch die gesellschaftliche Organisation der Zeit bestimmt werden. Es geht um die Lösung eines spezifischen Problems der Ausnutzung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit.

Für die Lösung dieser Probleme unserer Städte gibt es im Prinzip zwei Alternativen:



1 Tageszeitliche Belastungsspitzen städtischer Einrichtungen (schematisch)



2 Wöchentliche Belastungsspitzen städtischer Einrichtungen (schematisch)

Die eine ist, alle Kapazitäten in den Städten, vom Verkehr bis zu den Erholungsstätten, entsprechend dem heute auftretenden Bedarf, also nach den Anforderungen bei Spitzenbelastung, auszubauen. Das würde bei vielen Arten von Gebäuden und Einrichtungen eine Vermehrfachung der Kapazitäten, in den Städten einen nicht vertretbaren Flächenzuwachs und volkswirtschaftlich enorme Investitionen erfordern. Dazu kommt, daß zum Beispiel Bedürfnisse wie der Wunsch nach einem zweiten Aufenthaltsort für die arbeitsfreien Tage (Ferienzimmer, Wochenendgrundstück, Garten oder Dauerzeltplatz) auf diese Weise überhaupt nicht für alle Bürger realisiert werden können, weil das eine völlige Versiedelung der Erholungslandschaft zur Folge hätte.

Die zweite denkbare Alternative, die auch in dem Arbeitsmaterial der Deutschen Bauakademie und des Bundes der Architekten zur Entwicklung des Städtebaus und der Architektur in der DDR (2) angedeutet wird, besteht in einer Veränderung des zeitlichen Lebensrhythmus in der Stadt, in der Überwindung der massenhaften Gleichzeitigkeit von Lebensprozessen und des dadurch hervorgerufenen Spitzenproblems.

Eigenartigerweise wurde im Städtebau fast noch immer von der ersten Alternative ausgegangen und eine extensive Erweiterung der Stadt, besonders der Stadtzentren und ihrer Nutzung, in Betracht gezogen, obwohl dieser Weg praktisch unrealistisch ist und die Probleme der Städte nur verschärfen würde. Die zweite Alternative, die ökonomisch real ist, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen verbessern und das natürliche Gleichgewicht zwischen Stadt und Landschaft erhalten würde, wird dagegen bisher kaum in Betracht gezogen oder einfach als unrealistisch abgelehnt.

Ich glaube, daß es an der Zeit wäre, darüber nachzudenken, ob der vor über 2500 Jahren eingeführte Zeitrhythmus der Woche nicht zu den alten Zöpfen gehört, von denen sich unsere Gesellschaft trennen sollte, zumal er gerade in den modernsten Industriezweigen, die mit einer kontinuierlichen Technologie arbeiten (z. B. in der Chemie), schon längst abgeschafft wurde.

Durch veränderte und differenzierte zeitliche Arbeits- und Lebensrhythmen könnten sehr bedeutende ökonomische Reserven erschlossen werden. Die dadurch erreichbare Intensivierung der Nutzung der Stadt, die Erhöhung der Effektivität der städtischen Grundfonds können einhergehen mit einer wünschenswerten Intensivierung des gesellschaftlichen Lebens überhaupt. Ohne exakten wissenschaftlichen Untersuchungen vorgreifen zu wollen, seien nur einige von sehr vielen denkbaren Lösungen erwähnt:

So würde zum Beispiel schon die Verteilung der einheitlichen Arbeitswoche (5 Arbeitstage und 2 freie Tage) auf zeitlich verschobene Phasen die Verkehrs- und Energiebedarfsspitzen erheblich reduzieren, die Auslastung der produktiven Grundfonds erhöhen, die Kapazität der Einrichtungen des Handels, der Gastronomie, der Kultur, der Bildung und Erholung faktisch ohne Investitionen erweitern, die für Bildung und Erholung verfügbare Freizeit vermehren und vor allem den Frauen viele Erleichterungen im Leben geben.

Es ist aber in Abhängigkeit von der Art der Produktion und den spezifischen technologischen Bedingungen eine Vielzahl von unterschiedlichen Arbeitszeitrhythmen möglich, die – wie Experimente in anderen Ländern bestätigen – bei höherer Arbeitsproduktivität und steigender Grundfondseffektivität zum Abbau der Belastungsspitzen und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen führen können. Das gilt im Prinzip auch für die Kapazität unserer Hochschulen. Rechnet man die Ferien, die Tätigkeit in der Praxis, Arbeitseinsätze usw. ab, so sind die Studenten nur einen Teil des Jahres tatsächlich an der Hochschule. Es wäre also bei ganzjähriger hochintensiver Nutzung der Studieneinrichtungen denkbar, den Studienablauf so zu organisieren, daß die Ausbildungskapazität ohne hohe Investitionen erweitert werden könnte.

Oder nehmen wir die Ferienplätze und Kinderferienlager, deren rationelle Nutzung jetzt noch stark durch die einheitliche Ferienzeit für alle Kinder beeinflußt wird. Eine (z. B. nach Bezirken) gestaffelte Ferienzeit, die die allgemeine Urlaubssaison um 1 bis 2 Monate verlängern könnte, würde eine bessere Ausnutzung der Erholungseinrichtungen ermöglichen, den Urlaubsverkehr erleichtern und nicht zuletzt helfen, auch in den Sommermonaten eine größere Kontinuität in der Planerfüllung zu erreichen.

Ich will nicht übersehen, daß damit viele außerordentlich komplizierte praktische Probleme auftauchen, die allseitig überlegt und wissenschaftlich untersucht werden müssen. Aber bieten sich hier nicht Möglichkeiten für die volle Nutzung der Vorteile der sozialistischen Gesellschaftsordnung an, die eine intensive Forschung und praktische Versuche lohnenswert erscheinen lassen?

Schließlich geht es hier doch um ein wichtiges Problem der vollen Ausnutzung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit, nämlich um eine gesellschaftliche Zeitorganisation, die den Erfordernissen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft entspricht. Natürlich können diese Probleme nicht von den Architekten gelöst werden. Es sind Probleme, die auch weit über die fachliche Kompetenz der Städtebauer hinausgehen und im Bereich politischer Entscheidungen der demokratischen Organe unserer Staatsmacht liegen.

Diese Fragen, die für die künftige Gestaltung der Stadt und die Organisation des städtischen Lebens von außerordentlicher Bedeutung sein werden, könnten jedoch ein ergiebiges Feld der interdisziplinären Gemeinschaftsarbeit zwischen Städtebauern, Kommunalpolitikern, Soziologen, Hygienikern, Technologen und vielen anderen Wissenschaftsgebieten sein.

Schon heute aber sollten auch Städtebauer und Architekten solche Möglichkeiten der Intensivierung in ihre Überlegungen einbeziehen. Wir sollten sie zumindest einmal diskutieren.

Literatur:

(1) Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975. In: „Neues Deutschland" vom 23. 6. 1971, Sonderbeilage

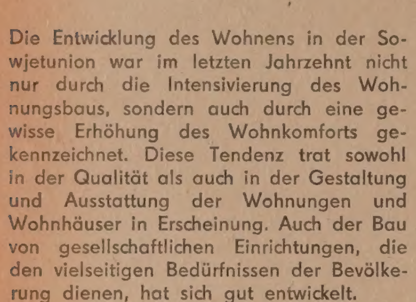
(2) Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik, veröffentlicht in: „deutsche architektur", Sonderbeilage zu Heft 6/1971

Entwicklungsperspektiven des Wohnens in der Sowjetunion

Dr. Arch. B. Rubanjenko, Kand. Arch. D. Mejerson, Kand. Arch. K. Kartaschowa, Arch. P. Orlow



1



Die Entwicklung des Wohnens in der Sowjetunion war im letzten Jahrzehnt nicht nur durch die Intensivierung des Wohnungsbaus, sondern auch durch eine gewisse Erhöhung des Wohnkomforts gekennzeichnet. Diese Tendenz trat sowohl in der Qualität als auch in der Gestaltung und Ausstattung der Wohnungen und Wohnhäuser in Erscheinung. Auch der Bau von gesellschaftlichen Einrichtungen, die den vielseitigen Bedürfnissen der Bevölkerung dienen, hat sich gut entwickelt.

Den Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU folgend wird der Wohnungsbau innerhalb des Fünfjahrplanes von 1971 bis 1975 weiterhin zunehmen bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität.

Grundlage der Entwicklung des Wohnens in der vor uns liegenden Periode wird das Prinzip der möglichst weitgehenden Befriedigung aller Anforderungen sein, die sich aus der sozial-demographischen Struktur und der Lebensweise der Bevölkerung, der Hygiene und den gewachsenen kulturellen Ansprüchen der Sowjetbürger ergeben.

Die Bedingungen des Wohnens werden sich unter der vielfältigen Einwirkung vieler Faktoren entfalten, die den sozialen, wissenschaftlichen und technischen Fortschritt sowie die Erschließung der geographischen Umwelt begleiten. Der Einfluß der Umweltbedingungen auf das Wohnen resultiert aus dem Prozeß der Urbanisierung und der Erschließung latenter Boden-, Luft- und Wasserressourcen. Die Entwicklung des Wohnens wird sich auf der Grundlage der ökonomischen Möglichkeiten der Gesellschaft vollziehen. In einem gewissen Grade wird auch die im gesellschaftlichen Bewußtsein entstandene Vorstellung vom „Ideal der Zukunft" zur Geltung gelangen. Der Begriff „Wohnen" hat sich ständig verändert, er ist historisch bedingt. In unseren Tagen ist er umfassender als die frühere Vorstellung von der „Wohnzelle" (Wohnung) oder vom „Wohnhaus". Neben diesem herkömmlichen Inhalt umfaßt der Begriff des Wohnens heute einen weitreichenden Komplex von Dienstleistungselementen.

In der Gegenwart sind die Funktionen des Wohnens:

■ Befriedigung der physiologischen Bedürfnisse der Menschen (Schlaf, Ernährung, persönliche Hygiene, Betätigung im Rahmen der Körperkultur usw.);

■ Gedankenaustausch und kulturelle Betätigung (Austausch von Erfahrungen und Gedanken im Kreise der Familie und mit nahestehenden Menschen aus der persönlichen Umwelt, Freizeitgestaltung, Erholung, usw.);

■ Erziehung und Unterricht der Kinder (innerhalb der Familie und auf gesellschaftlicher Ebene);

■ berufliche und amateurmäßige Betätigung, Weiterbildung durch selbständiges Lernen.

In der heute überschaubaren Zukunft werden diese Funktionen des Wohnens im großen und ganzen ihre Geltung behalten, wenn auch einige von ihnen gewisse Veränderungen erfahren werden. So wird sich beispielsweise der Aufwand an Zeit und Arbeit für jeden der genannten Tätigkeitsbereiche innerhalb bestimmter Relationen verschieben.

Heute ist die Tendenz zu beobachten, die Funktionen der häuslichen Dienstleistungen für die Familie in steigendem Maße nach außen zu verlagern, gleichzeitig deutet sich das Eindringen der beruflichen und frei schöpferischen Tätigkeiten, der Weiterbildung und der verschiedenen Formen der Freizeitgestaltung in die Wohnsphäre an.

Im weiteren Verlauf des Übergangs der sowjetischen Gesellschaft in die Phase des Kommunismus und im Zusammenhang mit den grundlegenden Tendenzen der Veränderung der Lebensweise wird das Wohnen eine Reihe neuer Wesenszüge annehmen:

■ Freiheit der Wahl des Wohnplatzes, seiner Gestaltung und seiner räumlichen Lage. Damit werden dem Menschen die weitesten Möglichkeiten zur Entfaltung seiner Fähigkeiten zugänglich gemacht.

■ Freie Wahl des Verfahrens zur Befriedigung der häuslichen Bedürfnisse je nach den unterschiedlichen individuellen und familiären Ansprüchen (Befreiuung von den Belastungen der Hauswirtschaft, die viel Zeit für wenig produktive Arbeit in Anspruch nimmt)

■ Verlängerung der wirklichen Freizeit, die in der Wohnung zur Verfügung steht, bei grundlegender Veränderung ihres Charakters. Die Freizeit wird mehr und mehr für aktive schöpferische Arbeit genutzt, die Bedeutung der individuellen Weiterbildung und der beruflichen Betätigung im Hause wächst, die verschiedenen Arten der Beschäftigung als Amateur und andere Formen der Freizeitgestaltung erhalten weiteren Spielraum

■ Durch die allmähliche Überwindung der Unterschiede zwischen städtischer und ländlicher Lebensweise tritt ein Ausgleich im Niveau und Komfort des Wohnens in Erscheinung

■ In der architektonisch-räumlichen Gestaltung des Wohnens kommen die Intellektualisierung aller Schichten der Bevölkerung und die zunehmende soziale Mobilität zum Ausdruck. Der Austausch auf der Grundlage der unterschiedlichen kulturellen Interessensphären und deren Eindringen in den Bereich des familiären Lebens wird gefördert. Unter diesen Bedingungen werden sich nachbarliche Bindungen allein als unzureichend erweisen, sie werden zwar zum Teil erhalten bleiben, jedoch durchaus nicht typisch oder gar bestimmend sein

■ Die Bedeutung einzelner Elemente der Natur und der landschaftlichen Umgebung der Wohnplätze wird zunehmen, da diese eine unentbehrliche Voraussetzung für die physische und psychische Gesunderhaltung der Bevölkerung sind. Sie bieten Schutz gegen die negativen Einwirkungen der fortschreitenden Verstädterung der Siedlungen

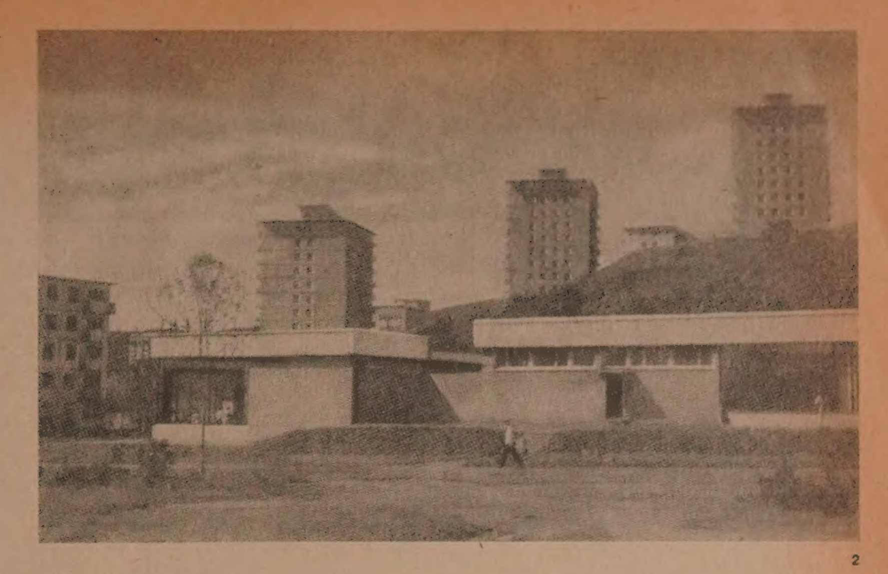
■ Jeder Familie muß ihre eigene Wohnung sichergestellt sein. Diese Forderung resultiert aus der zunehmenden gesellschaftlichen Bedeutung der Familie.

■ Die architektonische Einwirkung auf die Wohnbedingungen zielt auf Proportionalität und Harmonie von Farbelementen, Geschlossenheit der Komposition und Vermeidung von Uniformität.

■ Die Hauswirtschaft wird immer weniger auf der Arbeit einzelner Familienmitglieder basieren. Sie wird sich vielmehr zunehmend auf die Inanspruchnahme eines Systems von gesellschaftlichen Dienstleistungen stützen, deren Formen auf die Befriedigung sowohl des kollektiven als auch des familiär-individuellen Bedarfs an Produkten und Dienstleistungen orientiert werden müssen.

Die Hauptentwicklungsrichtung des Wohnens ist in dieser Beziehung die Steigerung der Effektivität der Hauswirtschaft bis zur völligen Beseitigung aller arbeitsintensiven Formen. Hieraus erwächst die Forderung nach einer radikalen Umgestaltung des Niveaus der häuslichen Dienstleistungen im Bereich des Wohnens — die einzelnen Wohnungen sind immer näher an das gesellschaftliche Dienstleistungssystem heranzuführen, bis sie mit diesem schließlich zu einem einheitlichen Organismus in Gestalt des Wohnkomplexes verschmolzen sind.

1 Leningrad. Wohnbebauung am zweiten Murinsker Prospekt



2 Wladiwostok. Wohnbauten im Mikrorayon 9

2

Die Entwicklung des Wohnens muß auch die ständigen Veränderungen der Ansprüche des einzelnen Menschen, der Familie und bestimmter Gemeinschaften ausreichend berücksichtigen. Hierbei muß man in Betracht ziehen, daß sich die Ansprüche an die Wohnung (Abmessungen und Qualität) mit jeder Generation verändern. In diesem Rahmen spielt der ständige Wechsel in den Lebensabschnitten des Menschen (Gründung einer Familie, Geburt von Kindern, Heranwachsen der Kinder und schließlich ihr Ausscheiden aus der elterlichen Familie) eine bedeutende Rolle. Der Wechsel der Bedürfnisse und somit auch der Anforderungen an die Wohnung vollzieht sich mehrmals (acht- bis zehnmal) im Laufe des Lebens einer Generation.

Bedingt durch die Erhöhung des kulturellen Niveaus und die Entfaltung der sozialen Prozesse, unterliegen auch die Ansprüche an die Wohnung gewissen Veränderungen. Das Bedürfnis nach derartigen Veränderungen reift kontinuierlich heran und macht sich von einem zum anderen Generationswechsel, das heißt in zeitlichen Abständen von ungefähr 20 bis 25 Jahren, deutlich bemerkbar.

Auf Grund dieser Erkenntnisse wird es mithin künftig erforderlich sein, die Wohnung oder einzelne ihrer Elemente in Abständen von acht bis zehn Jahren und ihre Gesamtstruktur alle 20 bis 25 Jahre zu verändern.

Die relativ kurzfristige Veränderung der Ansprüche an die Wohnung steht in Widerspruch zu der Lebensdauer der Gebäude, die häufig 100 bis 120 Jahre erreicht. Darum ist die gegenseitige Annäherung der physischen und der moralischen Verschleißzeit der Wohnung eines der aktuellsten Probleme der Gegenwart, mit dem sich Wissenschaftler und Projektanten auseinanderzusetzen haben.

Auf diesem Gebiet lassen sich zwei mögliche Richtungen der weiteren Entwicklung erkennen (die gegebenenfalls auch gemeinsam verfolgt werden können).

Der erste Weg besteht in der Ausarbeitung eines Modells, das die Parameter und die Dynamik der sozial-demographischen Struktur der Gesellschaft in ihrer Beziehung zur Struktur der Wohnsubstanz des Landes widerspiegelt. Ein solches Modell gibt den Fachleuten und Planungsorganen ein zuverlässiges Instrument für die Gestaltung einer neuen Wohnstruktur und für die Rekonstruktion der historisch gewachsenen Struktur in der nächsten oder ferneren Zukunft in die Hand.

Folgt man diesem Weg, hat man Wohnungstypen unterschiedlicher Gestalt zu entwickeln, die in zweckmäßiger Form in das Territorium des Landes einzuordnen sind. Daneben muß man auch einen Lenkungsapparat aufbauen, der in der Lage ist, die Umverteilung der Wohnsubstanz auf die Bevölkerung nach Maßgabe der Veränderungen zu gewährleisten, die in den sozial-demographischen Bedürfnissen der Gesellschaft, jeder Familie und bei einzelnen Mitgliedern der Familie eingetreten sind.

Der zweite Weg sieht den Bau von Wohnungen vor, die flexibel sind, das heißt, im Einklang mit einer zielgerichteten Entwicklung der entsprechenden Technik jederzeit umgestaltet werden können. Sie würden die Möglichkeit bieten, ihre Gestalt und Gliederung je nach den veränderten Bedürfnissen der Familie und ihrer Mitglieder zu wandeln.

Diese beiden Richtungen können sicherlich auch gleichzeitig verfolgt werden, jedoch wird ihre Bedeutung in den einzelnen Zeitabschnitten unterschiedlich sein und sich je nach der Art und der geographischen Lage der Siedlung nach dem Stand der angewendeten Bautechnik und nach dem Niveau der gesellschaftlichen Einrichtungen verändern.

Grundlage für die Schaffung dieser ganzen Vielfalt von Wohnzellen-Typen ist die Struktur der Familie in allen ihren quantitativen und qualitativen Variationen. Man nimmt an, daß die Durchschnittszahl der Mitglieder einer Familie im Jahre 1980 bei 3,3 liegen wird.

Wichtigstes Klassifikationsmerkmal der Familienstruktur ist (nach Angaben des Zentralinstituts für Ökonomik und des Wosnessenski-Instituts für Finanzökonomie in Leningrad) das Ehepaar unter Berücksichtigung seiner Alterscharakteristik. Nach diesem Merkmal kann man die Familie in der folgenden Einteilung charakterisieren:

- Haushalte, die von einem Ehepaar gebildet werden (kinderlos oder mit Kindern, mit erwachsenen Verwandten oder ohne sie)
- Haushalte, zu denen mehrere Ehepaare gehören
- unvollständige Familien oder Haushalte, in denen nur ein Ehepartner vorhanden ist
- Haushalte ohne Ehepaare.

Gegenwärtig ist der vorherrschende Typ die Familie mit einem Ehepaar (bis zu 70 Prozent). Familien, in denen ein Ehepartner verstorben ist, machen ungefähr 30 Prozent aus. Die Mehrzahl der Haushalte mit einem Ehepaar besteht aus drei bis vier Personen (65 Prozent). Die meisten Wohnungen sind auch für diese Haushaltsstruktur ausgelegt.

Die zunehmende Vielgestaltigkeit der Lebensweise muß unvermeidlich auch in einer Vielgestaltigkeit der Wohnform (Wohnungen, Wohnkomplexe usw.) zum Ausdruck kommen.

Abhängig von den jeweiligen Formen der Lebensweise der Familien werden auch ihre Ansprüche an die Wohnung bestimmt. Hierdurch wird Einförmigkeit in den Lösungen für konkrete Typen von Wohnobjekten ausgeschlossen.

Um über die sozialen Voraussetzungen und die Formen des Wohnens in der Zukunft urteilen zu können, reicht die Kenntnis von den allgemeinen Prozessen der gesellschaftlichen Entwicklung nicht aus; man muß eine Vorstellung von den wichtigsten Varianten der Lebensweise in Gegenwart und Zukunft besitzen. Im Wohnen sollen die vom Standpunkt der Gesellschaft aus optimalen Lebensweisen Ausdruck finden.

In diesem Zusammenhang hat die Beantwortung aller Fragen, die der Hauswirtschaft, der Erziehung der Kinder, der Kommunikation, der beruflichen und kulturellen Tätigkeit und der Freizeitgestaltung gelten, große Bedeutung. Auf der Grundlage einer solchen Kenntnis wird man die Möglichkeit haben, die räumliche Gliederung der Wohnung, ihre Lage zu den Dienstleistungsbetrieben und die richtige Raumgliederung im gesamten Wohnkomplex in zweckentsprechender Weise zu bestimmen. Außerdem ist es erforderlich, alle Familien mit etwa gleicher Lebensweise und folglich etwa gleichen Ansprüchen an die Wohnung statistisch in Gruppen einzuteilen, den Anteil dieser Gruppen an der Gesamtbevölkerung zu ermitteln und danach Wohnungen unterschiedlicher funktioneller Organisation zu bauen.

Die Wohnung der Zukunft wird dem Menschen einen ruhigen Ort für seine Erholung, Freizeitgestaltung und für die Erziehung der Kinder bieten. Da im Rahmen des Wohnens die persönliche Hygiene und Körperkultur eine besondere Bedeutung einnehmen wird, ist dafür eine zusätzliche Fläche und Ausstattung vorzusehen.

Die Grundprinzipien der Verbindung der familiären und der gesellschaftlichen Formen der Bedürfnisse und Dienstleistungen im Bereich des Wohnens sowie eine Betrachtung der fortschrittlichsten Lebensweisen erlauben es, einige Voraussetzungen konkreter Art für die Wesenszüge des Wohnens zu fixieren.

Die Entwicklung einer „Haushaltsindustrie" und der Gemeinschaftsverpflegung (unter Einbeziehung von Halbfertigerzeugnissen, wie vorgekochte Speisen) sowie auch die erheblich ausgeweitete Ausstattung mit elektrischen und technischen Geräten aller Art haben zu Veränderungen im Charakter der einzelnen Räume der Wohnung geführt.

Die Elektrifizierung hat die Küche in eine mechanisch belüftete technische Einheit umgewandelt, in der das Geschirr maschinell abgewaschen und getrocknet wird und in der Produkte bei der für sie erforderlichen Temperatur aufbewahrt werden können. Die Küche als ein isolierter Ort zur Verrichtung wenig effektiver Arbeiten wird mit der weiteren Entwicklung der gesellschaftlichen Dienstleistungen verschwinden.

Raum- und Kleiderpflege und das Waschen der Wäsche werden zum Teil auch in den Tätigkeitsbereich der Dienstleistungsbetriebe übergehen, zum Teil durch die rasche Entwicklung der Haushaltstechnik leicht im Hause erledigt werden können.

Die Formen der Erziehung und des Unterrichts der Kinder verschiedener Altersstufen werden immer vielfältiger werden, wobei auch technische Mittel der Informationsvermittlung und qualifizierte medizinische und pädagogische Methoden und Arbeitsmittel eingesetzt werden.

Die vielfältigen Formen der Freizeitgestaltung werden dadurch ermöglicht, daß technische Informationsmittel geschaffen und die für ihre Nutzung erforderlichen Geräte unmittelbar in der Wohnung aufgestellt werden. Hierfür sind besondere örtliche Voraussetzungen erforderlich.

Sonne, Luft und Grüngewächse werden immer stärkeren Zugang zu den Wohnkomplexen finden und dadurch ihre architektonisch-räumliche Gliederung in wesentlichem Umfang mitbestimmen.

Die Verbesserung der hygienischen Bedingungen des Wohnens wird bestimmte Veränderungen in der räumlichen Gliederung nach sich ziehen. Die Anzahl der Zimmer je Familie wird sich erhöhen, und es wird zu einer differenzierten Raumaufteilung, zu einer innigeren Verbindung der Haupträume mit der Natur und zur Verbesserung der technischen Mittel für die Beseitigung von Staub und Müll usw. kommen. Die tragenden Komponenten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf dem Gebiet des Wohnens sind die Entwicklung des Bauwesens, der technischen Ausrüstung der Gebäude und der Haushaltstechnik.

Eine der Hauptaufgaben, die der Entwicklung der Bautechnik in der Perspektive gestellt sind, besteht darin, eine Übereinstimmung herbeizuführen zwischen den gegenwärtig und künftig verfügbaren technischen Systemen und Werkstoffen und den Forderungen, die das Wohnen in seinen vielfältigen Formen stellt. Diese Forderungen haben in Abhängigkeit von dem Ort, an dem die Wohnkomplexe errichtet werden, unterschiedliche Wesenszüge – sie sind in einer bereits urbanisierten Umwelt anders als dort, wo ein neues Gebiet erschlossen wird.

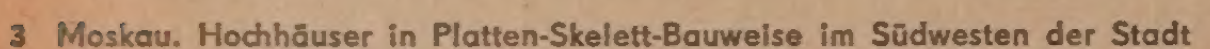
Es erscheint zweckmäßig, die Formen und Wege der Entwicklung des Wohnens nach Perioden, aber auch im Zusammenhang mit dem Charakter der Umwelt zu betrachten. Hieraus ergeben sich die quantitativen und qualitativen Charakteristika des Wohnens, das Ausmaß der Flexibilität, die Mobilität der Bevölkerung, die Konstruktion und die Baumethoden sowie die Art der technischen Ausrüstung.

In der ersten Etappe (bis zum Jahre 1980) wird die größere Zahl der Familien über Wohnungen verfügen, die den Anforderungen der Hygiene und der Kultur des Wohnens gerecht werden und den örtlich durch Natur oder Klima gegebenen Voraussetzungen entsprechen.

Die Anzahl der Zimmer je Wohnung wird in der Regel der Anzahl der Familienmitglieder entsprechen. Die Wohnungen und Wohnkomplexe werden eine verbesserte Haushaltstechnik und technische Gebäudeausrüstung (z. B. Fernheizung) aufweisen, und es wird möglich sein, weiter den Grundriß der Wohnung umzugestalten. Weiterhin wird angestrebt, das Problem des Lichtzutritts und der Schallisolierung zu lösen. Um eine gesunde Umwelt zu schaffen, werden moderne technische Ausrüstungen eingesetzt, und das Wohngelände wird weitgehend begrünt.

Die Grundtendenz dieses Zeitabschnitts wird sein, stufenweise die komplexe Errichtung von Wohnobjekten zu steigern, in denen eine organische Verbindung zwischen dem Wohnen und einem umfassenden Netz von Einrichtungen der Kultur und der Dienstleistungen geschaffen wird. Der Wohnkomplex wird die Grundlage der städtebaulichen Einheit verschiedener Siedlungen sein, wobei die erforderliche Vielgestaltigkeit des Stadtbildes klimatische und regionale Besonderheiten des jeweiligen Standortes zum Ausdruck bringen soll. Außerdem wird das Stadtbild den Grad der Urbanisierung erkennen lassen, der mit den spezifischen sozialökonomischen, ethischen und anderen Gegebenheiten der historischen Entwicklung der Siedlung in Zusammenhang steht.

In dieser Periode muß der massierte Woh-


3 Moskau. Hochhäuser in Platten-Skelett-Bauweise im Südwesten der Stadt

nungsbau den ästhetischen Anforderungen entsprechen, die die Gegenwart stellt. So müssen die Monotonie und Ausdruckslosigkeit der Wohnbebauung und dürftige kompositorische Lösungen, wie sie in der Anfangszeit des industriellen Wohnungsbaus auftraten, endgültig überwunden werden. Zu diesem Zweck ist es notwendig, die Bebauungssysteme und Typisierungsmethoden zu verbessern, eine große Zahl von Varianten für die Gestaltung von Hausfassaden zu schaffen und Raumgliederungen durch Verwenden von Blocksektionen und anderen typisierten Elementen zu ermöglichen.

Nach den Vorschlägen der Wirtschaftler soll in dieser Periode die kommunale Vergabe von Neubauwohnungen völlig abgeschafft werden. An ihrer Stelle sollen zweckgerichtete Maßnahmen treten, die eine Umverteilung der vorhandenen Wohnsubstanz unter Berücksichtigung der sozial-demographischen Struktur der Bevölkerung des jeweiligen Wohnbereiches einleiten.

In der zweiten Etappe (etwa bis zum Jahre 2000) soll die Möglichkeit geschaffen werden, jedem Mitglied einer Familie ein eigenes Zimmer und zusätzlich der gesamten Familie ein gemeinsames Zimmer zur Verfügung zu stellen.

Konstruktive Lösungen werden es ermöglichen, einzelne Räume der Wohnung entsprechend den Bedürfnissen der Familie und ihrer einzelnen Mitglieder umzuformen. Eine individuelle Regelung des Mikroklimas in der Wohnzelle wird gesichert. Der Komplex von Räumen und Geräten für die persönliche Hygiene wird erweitert, und die Wechselbeziehungen zwischen der Natur und der städtebaulichen Umwelt werden optimiert. Die Automatisierung der Haushaltsarbeiten und die Weiterentwicklung gesellschaftlicher Formen der Dienstleistungen und der kulturellen Betreuung werden es gestatten, daß die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung an der gesellschaftlichen Produktion teilnimmt. Der Aufbau von Wohnkomplexen und großen Wohnkomplexgebilden mit gesellschaftlichen Einrichtungen hohen Niveaus wird weiter intensiviert. Hierdurch werden Komplexe mit vollständig vergesellschafteter Lebensweise heranwachsen, die hauptsächlich mit jungen Menschen oder kinderreichen Familien besiedelt werden. Die Lieferung von Waren und Dienstleistungen ins Haus wird allgemein sichergestellt sein. Der Gesamtrahmen wird flexibel genug sein, um auch andere Varianten der Kopplung von Wohnen und Dienstleistungen zuzulassen, die den jeweiligen Besonderheiten der Lebensweise einer bestimmten Menschengruppe entsprechen.

In dieser Periode kann erwartet werden, daß sich die Architektur der Wohngebiete endgültig von allen mechanischen und einförmigen Kompositionsformen befreit haben wird. In der künstlerischen Gestaltung der Wohnensembles wird die organische Verbindung von Wohnbauten, Gesellschaftsbauten und Stadtzentren immer deutlicher zum Ausdruck kommen. Die Einführung neuer Konstruktionen und Werkstoffe und die volle Flexibilität der Technologie in der industriellen Massenherstellung werden zu einer ausdrucksstarken Wohnarchitektur führen und dabei auch die Individualität des Stadtbildes hervorheben.

Die Elemente der Natur werden das Wohnen immer stärker durchdringen und die Raumstruktur im wesentlichen mitbestimmen. Hierbei wird eine organische Verbindung zwischen hoch entwickelten Formen der Architektur und der Naturlandschaft zustande kommen.



4 Kiew. Wohnensemble im Mikrorayon Wodoparka



5 Donezk. Gesamtansicht der Bebauung des 309. Wohnbezirkes

Um eine sehr hohe Bebauungsdichte erreichen zu können, muß das Bauvolumen bis zu dem hier betrachteten Zeitabschnitt erheblich erweitert werden. Dazu sind Komplexmaßnahmen auszuarbeiten, die gewährleisten, die Fertigteilproduktion weiter zu steigern, den Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad im Bauwesen zu erhöhen und den Arbeitsaufwand erheblich zu senken.

In der weiteren Perspektive wird der Bevölkerung immer größerer Wohnkomfort zur Verfügung gestellt, der den sozialen, hygienischen, psychologischen und ästhetischen Anforderungen optimal entspricht. In dieser Periode wird auch die Freiheit der Wahl der Wohnung und ihrer Umgestaltung im Einklang mit den Bedürfnissen der Familie völlig gesichert sein.

Es ist nicht möglich und wohl auch nicht erforderlich, die konkreten Formen der Wohnung in dieser Periode vorauszusehen. Es erscheint wesentlich wichtiger, die Grundprinzipien ihrer Gestaltung zu umreißen und die Forderungen zu formulieren, die die Gesellschaft, die Familie und der einzelne Mensch an sie stellen werden. In dieser Periode werden weitreichende qualitative Veränderungen im Massenwohnungsbau wirksam werden, die auf die Steigerung gerichtet sind. Sie werden auf der Anwendung neuer Konstruktionssysteme und neuer Strukturen sowie unterschiedlicher Form und Geschoßzahl beruhen. Werkstoffe mit vorgegebenen Eigenschaften und neue Konstruktionen werden Verwendung finden, die es ermöglichen, die Wohnung leicht und ökonomisch herzustellen und flexibel zu gestalten.

Die Ausarbeitung wissenschaftlicher Prognosen zur weiteren Entwicklung des Wohnens muß auf allen Gebieten fortgeführt werden — von der gegenständlichen Sphäre über die Funktionszone und den Einzelraum der Wohnung bis zum Siedlungssystem.

Grafische, mathematische und kybernetische Modelle werden es ermöglichen, zweckmäßige Wege zur weiteren Entwicklung des Wohnens in kommenden Zeitabschnitten zu bestimmen und das für die Konkretisierung der gefundenen Lösungen erforderliche Niveau festzulegen.

Die wissenschaftliche Prognose quantitativer und qualitativer Charakteristiken der Entwicklung der Wohnung ist erforderlich für die Aufstellung ökonomischer und zweckgerichteter Pläne des Wohnungsbaus und für die erfolgreiche Verwirklichung dieser Pläne.

Das Problem der komplexen baulich-räumlichen Umwelt gewinnt bei der künftigen Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, wie sie auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossen wurde, zunehmende Bedeutung. Eine erfolgreiche Strategie der räumlichen Ordnung setzt das Erforschen der rationellen Tendenzen der künftigen Entwicklung des Territoriums der DDR voraus. Die Ökonomie der Zeit im Städtebau ist komplex zu sehen als Ökonomie der Herstellung, Ökonomie der Erhaltung und Ökonomie der Nutzung. Die Ökonomie der Zeit und des Raumes fordert Komplettierung und Überlagerung von Funktionsbereichen sowie eine optimale Senkung des Raumbedarfs durch die Erhöhung der Nutzungsintensität.

Ökonomie der Stadt und komplexe Ökonomie des Städtebaus

Dr. Silvio Macetti

Die Stadt als baulich-räumliche Umwelt steht in einer engen Wechselbeziehung zur gesamten Lebensweise der städtischen Gesellschaft, zum Gesamtprozeß der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, zu der Art, wie die Menschen arbeiten, wohnen, sich bilden, erholen und ihre gesellschaftliche und individuelle Kommunikation gestalten. Die Aspekte dieses Zusammenhangs sind sowohl sozialen und ökonomischen als auch hygienischen, baukünstlerischen, demographischen, materiell-technischen und räumlich geographischen Charakters.

In diesem Gesamtzusammenhang wird die weitere Perspektive des sozialistischen Städtebaus als Wissenschaft und Praxis der sozialistischen Gestaltung und Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt von den sich verändernden Anforderungen der sozialistischen Lebensweise bestimmt. Dabei beeinflußt auch der Städtebau die gesamte gesellschaftliche Entwicklung und ihre Effektivität.

Besondere Bedeutung gewinnt das Problem der komplexen Ökonomie der baulich-räumlichen Umwelt bei der künftigen Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, wie sie auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossen wurde.

Die ökonomische Effektivität der städtebaulichen Umgestaltung ist ein wesentlicher Bestandteil der ökonomischen Auswirkungen der baulich-räumlichen Umwelt auf die Gesamtökonomie der Gesellschaft. Die Erhöhung der ökonomischen Effektivität der Stadt steht eng mit der rationellen Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt sowohl direkt als auch indirekt in Verbindung. Direkte Auswirkungen hat der Städtebau zum Beispiel auf die Höhe des materiellen Aufwandes für die Herstellung, Erhaltung und Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt. So betrug 1969 der Anteil der Bauproduktion am Nationaleinkommen rund 7,7 Prozent. Das waren insgesamt etwa 9 Milliarden Mark oder je Einwohner rund 530 Mark (1). Für die Zukunft ist eine wesentliche sowohl absolute als auch relative Steigerung dieses Anteils zu erwarten.

Auch in indirekter Weise beeinflußt der Städtebau die Ökonomie der Stadt, vor allem durch

- Auswirkungen auf die Organisation des Produktionsablaufes im Rahmen der baulich-räumlichen Umwelt
- Auswirkungen auf den Transport und die technische Versorgung sowie durch
- Auswirkungen auf die Arbeitsumwelt, auf die Wohnumwelt, auf die Organisation der gesellschaftlichen Einrichtungen und Anlagen der Erholung, Bildung, Kultur und auf die Stadtstruktur und Organisation der Verbindungen zwischen verschiedenen Bereichen
- Auswirkungen auf die Organisation der Siedlungsstruktur und dadurch auch auf die Effektivität der gesamten Volkswirtschaft.

Die synthetische Erfassung aller direkten und indirekten ökonomischen Auswirkungen der baulich-räumlichen Umwelt erfordert die Erforschung der Ökonomie des Städtebaues unter zwei Aspekten:

- der Ökonomie der Zeit aus gesamtgesellschaftlicher Sicht und
- der Ökonomie des Raumes aus prognostischer Sicht.

1. Ökonomie der Zeit im Städtebau

„Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf" (2). Das bedeutet, daß die volle Ausnutzung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit die Hauptzielrichtung des gesamten ökonomischen Systems des Sozialismus sein muß. Das Wirken dieses Gesetzes ist ein entscheidender Faktor zur Erreichung der Ziele der sozialistischen Produktion, aber auch für die Gestaltung und Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt.

Die Ökonomie der Stadt ist in erster Linie eine Ökonomie der Zeit der Stadtbewohner und der Stadtbenutzer.

Das Gesetz der Ökonomie der Zeit gilt sowohl für die Arbeit der Werktätigen im Prozeß der Produktion, Verteilung und Kommunikation als auch für ihren gesamten Lebensablauf außerhalb der gesellschaftlichen Produktion und damit auch für die Freizeit. Nach diesem Gesetz tritt die Qualität der Freizeit und die Qualität ihrer Gestaltung als ein entscheidender Faktor der Steigerung der Produktivität in der Produktion und der allseitigen Entwicklung des Menschen auf und gewinnt eine außerordentlich hohe sozial-ökonomische Bedeutung.

Die sozialistischen Charakterzüge der Stadt kommen um so mehr zum Ausdruck, je stärker die baulich-räumliche Umwelt als aktiver Faktor der Freizeitgewinnung und Freizeitgestaltung wirkt und der allseitigen Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit aller Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft dient.

Es ist bekannt, daß bis heute in ökonomischen Berechnungen kein faßbarer Wert für die Freizeit vor-

ÖKONOMIE DER BAULICH-RÄUMLICHEN UMWELT

AUSWIRKUNGEN DER BAULICH-RÄUMLICHEN UMWELT AUF DEN GESAMTGESELLSCHAFTLICHEN ZEITAUFWAND FÜR PRODUKTION UND REPRODUKTION

ÖKONOMIE DER HERSTELLUNG

I. EBENE:	II. EBENE:	III. EBENE:
HERSTELLUNG EINES BAUWERKES:	HERSTELLUNG EINES BAUKOMPLEXES	HERSTELLUNG DER FUNKTIONSFÄHIGKEIT EINER SIEDLUNG
AUFWAND FÜR: 1. STUFE BAUSTOFF-PRODUKTION; 2. STUFE VORFERTIGUNG; 3. STUFE STANDORTGEBUNDENE BAULEISTUNGEN (MONTAGE, AUSBAU, U.S.W.)	AUFWAND FÜR: –VORBEREITUNG DES BAUGRUNDES –NETZE DER TECHN. VERSORGUNG UND DES VERKEHRS IM BEREICH DES BAUKOMPLEXES	AUFWAND FÜR: BAULICHE ANLAGEN UND NETZE MIT GESAMTSTÄDTISCHEN CHARAKTER WIE: ZENTREN U. ZENTRALE BEREICHE, NETZE DES VERKEHRS, DER TECHN. VERSORGUNG UND ENTSORGUNG USW.
	VARIABLE EINFLUSSGRÖSSEN: BESCHAFFENHEIT DES BAUGRUNDES, EVENTUELLER ABBRUCH UND AUSWIRKUNGEN DER GRÖSSE UND BEBAUUNGSDICHTE AUF DIE GESAMTKOSTEN.	VARIABLE EINFLUSSGRÖSSEN: AUSWIRKUNGEN DER GRÖSSE UND STRUKTUR, EINWOHNER- UND BEBAUUNGSDICHTE, SOWIE DER BESCHAFFENHEIT DES BESTENDEN VERKEHRS- UND VERSORGUNGSNETZES USW

ÖKONOMIE DER ERHALTUNG

I. EBENE	II. EBENE	III. EBENE
AUFWAND FÜR LAUFENDE INSTANDHALTUNG DER BAUWERKE	AUFWAND FÜR MODERNISIERUNG EINES BAUWERKES	AUFWAND FÜR KOMPLEXE STÄDTEBAUL. MODERNISIERUNG MIT TEILABBRUCH UND KOMPLETTIERUNG.

ÖKONOMIE DER NUTZUNG

I. EBENE	II. EBENE	III. EBENE
AUFWAND FÜR: INBETRIEBHALTUNG DES BAUWERKES UND DER GESAMTEN STADT (ENERGIEVERBRAUCH / TECHN. VERSORGUNG / VERKEHR UND TRANSPORT)	I UND DIREREKTE ÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN AUF: DEN PRODUKTIONSPROZESS; DIE AUSLASTUNG DES BAULICHEN GRUNDFONDS	II UND INDIREKTE ÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN DURCH EFFEKTIVEN BEITRAG ZUR FREIZEITGEWINNUNG UND RATIONELLEN FREIZEITGESTALTUNG (SPORT, BILDUNG) AUF DIE STEIGERUNG DER ARBEITSPRODUKTIVITAT DER WERKTATIGEN

1 Schema der Haupteinflußfaktoren der Ökonomie der baulich-räumlichen Umwelt

■ Gesamtkosten der Stadt bei unterschiedlicher Geschoßzahl der Bebauung (nach Untersuchungen des Forschungsinstituts für Städtebau (ZNIIP) in Moskau)

2 Gesamtkosten des Wohnungsbaus unter Berücksichtigung der Aufwendungen für Baulandvorbereitung und städtische Infrastruktur in Abhängigkeit von der Bebauungshöhe und der Größe der Stadt (nach Untersuchungen des Forschungsinstituts für Wohnungsbau der UdSSR)

GESCHOSSZAHL	STADT MIT							
	50 000 EW		100 000 EW		250 000 EW		500 000 EW	
	RUBEL / EW	RUBEL / m² WOHNFLÄCHE	RUBEL / EW	RUBEL / m² WOHNFLÄCHE	RUBEL / EW	RUBEL / m² WOHNFLÄCHE	RUBEL / EW	RUBEL / m² WOHNFLÄCHE
	BEI 9 m² WOHNFLÄCHE / EW							
2	2358,0	262,0	2493,0	277,0	2610,0	290,0	2619,0	291,0
4	2061,0	229,0	2187,0	243,0	2295,0	225,0	2295,0	255,0
5	1989,0	221,0	2115,0	235,0	2214,0	246,0	2223,0	247,0
9	2007,0	223,0	2133,0	237,0	2187,0	243,0	2205,0	245,0
12	2097,0	233,0	2205,0	245,0	2286,0	251,0	2304,0	256,0
16	2061,0	229,0	2169,0	241,0	2250,0	250,0	2268,0	252,0
	BEI 12 m² WOHNFLÄCHE / EW							
2	3120,0	260,0	3276,0	273,0	3456,0	288,0	3492,0	291,0
4	2700,0	225,0	2856,0	238,0	3012,0	251,0	3048,0	254,0
5	2616,0	218,0	2760,0	230,0	2916,0	243,0	2940,0	245,0
9	2628,0	219,0	2784,0	232,0	2880,0	240,0	2916,0	243,0
12	2760,0	230,0	2880,0	240,0	3000,0	250,0	3036,0	253,0
16	2700,0	225,0	2832,0	236,0	2952,0	246,0	2964,0	247,0

1

handen ist. Sowjetische Wissenschaftler haben in den letzten Jahren versucht, aus der Wechselbeziehung zwischen der Freizeit und der Arbeitsproduktivität einen realen Wert für die Freizeit auszuarbeiten. Sie gehen davon aus, daß die rationelle Nutzung der Freizeit zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Erhöhung des Nationaleinkommens führt. Der auf diese Weise ermittelte Wert der Freizeit beträgt rund 35 bis 45 Prozent des Durchschnittsstundenlohnes der Werktätigen (3, 4).

Mit der weiteren Steigerung der gesellschaftlichen Produktivität wächst auch der Wert der Freizeit. Auf dieser Grundlage ist es möglich, für die sich aus einer rationellen sozialistischen Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt ergebende Freizeitgewinnung einen anpaßbaren ökonomischen Wert zu errechnen und ihn in das Gesamtmodell der Ökonomie der Stadt einzuordnen.

Es wäre dazu notwendig, auch für die Bedingungen der DDR analoge Werte für die Freizeit auszurechnen.

Die komplexe Ökonomie der Zeit in Verbindung mit der baulich-räumlichen Umwelt kann nur durch synthetische Erfassung ihrer drei Teilbereiche, nämlich

- Ökonomie der Herstellung
- Ökonomie der Erhaltung und
- Ökonomie der Nutzung

erforscht werden.

1.1. Ökonomie der Herstellung

Im Rahmen der Gesamtökonomie der Stadt hat die komplexe Ökonomie der Herstellung der Stadt, also der Herstellung der Bauwerke, der Netze des Verkehrs und der technischen Versorgung und des Aufwandes für Baulandvorbereitung, eine erstrangige Bedeutung.

Je geringer der gesellschaftliche Zeitaufwand für die komplexe Herstellung, Erweiterung und Umgestaltung einer Stadt ist, desto höher wird ihre ökonomische Effektivität sein. Natürlich ist dieser Grundsatz nur dann richtig, wenn die Ökonomie der Herstellung nicht auf Kosten des Komforts und der allseitigen Funktionstüchtigkeit der Stadt erreicht wird, sondern durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Prozeß der Produktion bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität des Komforts und der Funktionstüchtigkeit sowohl der einzelnen Bauwerke, Anlagen und Netze als auch der Gesamtstadt sowie durch eine rationelle städtebauliche Gesamtkonzeption.

Die komplexe Ökonomie der Herstellung ist auch unter dem Aspekt der künftigen Entwicklung der gesamten städtischen Lebensweise zu betrachten. Folgende zwei Beispiele können diese Aspekte anschaulich machen:

Es ist allgemein bekannt, daß die 5geschossige aufzugslose Wohnbebauung in Plattenbauweise unter normalen Bedingungen gegenwärtig in der Herstellung die ökonomischste Bebauung ist. Unter dem Aspekt einer weiteren Erhöhung des Wohnkomforts ist jedoch anzunehmen, daß die obere Grenze der Geschoßzahl für aufzugslose Wohnhäuser künftig herabgesetzt wird. In dem Vorbereitungsmaterial zur Ausarbeitung der langfristigen Prognose des Städtebaus in der UdSSR wird hierzu bemerkt: „Der staatliche Wohnungsbau in den Städten und Siedlungspunkten der UdSSR ist gegenwärtig hauptsächlich auf die ökonomische 5geschossige Bebauung orientiert, deren Anteil am gesamten Wohnungsbau im Jahre 1968 etwa 65 bis 70 Prozent betrug. Dennoch bietet die 5geschossige Bebauung vom Standpunkt des Komforts nicht das Optimale, da sie nicht mit einem Aufzug versehen ist. Deshalb wird künftig danach getrachtet, den Anteil der 5geschossigen Bebauung zugunsten einer Erhöhung des Anteils der 4geschossigen sowie der vielgeschossigen Bebauung herabzusetzen" (5).

Unter den Preisbedingungen der UdSSR führt der Einbau eines Aufzuges in der 5geschossigen Bebauung zu einer Erhöhung der Kosten um 14 Prozent und ein nachträglicher Anbau zur Erhöhung um 8 Prozent. Dadurch würde die 5geschossige Bebauung unökonomischer als die vielgeschossige werden. Die Einbeziehung solcher Tendenzen in die Betrachtungen über die Ökonomie der Gesamtstadt kann zu veränderten Schlußfolgerungen für die Geschoßzahl, Dichte und auch Form der Wohnbebauung und schließlich ihrer ökonomischen Bilanzierung führen.

Aus diesen Überlegungen zeigt die Entwicklung der Geschoßzahl der Wohnbauten für die Stadt Moskau folgende Tendenzen (6):

Wie bekannt, wird in den Neubauwohngebieten gegenwärtig mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von rund 12 m²/EW gerechnet, während der Wohnbestand der Republik einen Durchschnitt von etwa 16 m²/EW aufweist, was hauptsächlich auf die weniger belegten Altbaubestände und Einfamilienhäuser zurück zu führen ist.

Auf die Zahl der Wohnräume bezogen, weist der Wohnungsbestand in der DDR Ende 1970 0,9 Raum/EW auf, wobei dieses Verhältnis in den Neubauwohngebieten ungünstiger ist als in den Altbauwohngebieten der Städte und insbesondere in den Dörfern. Prognostisch gesehen, ist jedoch mit einer Erhöhung dieses Wertes zu rechnen.

In diesem Zusammenhang ist aus der erwähnten sowjetischen Ausarbeitung folgendes zu entnehmen:

„Im Zusammenhang mit der weiteren Erhöhung der Wohnflächen soll in Zukunft jede Familie eine Wohnung erhalten mit soviel Räumen, wie die Anzahl der Familienmitglieder beträgt, und im weiteren mit einem Raum zusätzlich. Zum Beispiel wird in der bevorstehenden Etappe des Wohnungsbaus eine 3-Zimmerwohnung mit 37 bis 38 m² Wohnfläche (ausgehend von der Norm von 9 bis 9,5 m²/EW) durch eine 4köpfige Familie belegt. Aber in den folgenden Etappen wird dieselbe Wohnung (ausgehend von einer Norm von 12 bis 12,5 m²/EW) eine 3-köpfige Familie und später (bei einer Norm von 18,5 bis 19 m²/EW) eine 2köpfige Familie beherbergen."

Eine in großen Zügen analoge Entwicklung ist auch für die DDR denkbar, was einen Prozeß der Verdünnung der Wohngebiete und wesentliche Veränderungen in der Altersstruktur der Bewohner zur Folge hat. Diese und ähnliche prognostische Entwicklungen haben weitgehende Auswirkungen nicht nur auf die städtebaulich funktionelle und räumliche Planung und Projektierung, sondern auch auf die ökonomische Bilanzierung der Bebauung, auf die Bebauungsformen und sogar auf die weitere Entwicklung der Bauweisen.

Diese Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, auch den Prozeß der Ökonomie der Herstellung aus der komplexen Sicht der sozial-ökonomischen Anforderungen der Gesellschaft unter ihren heutigen und künftigen Bedingungen zu betrachten.

Die Ökonomie der Herstellung der baulich-räumlichen Umwelt muß in drei Ebenen gesehen werden.

- in der Ebene der Herstellung der einzelnen Elemente wie Bauwerke, Verkehrswege, Anlagen und Netze der technischen Versorgung usw. (z. B.: Was kostet ein 5geschossiges Wohnhaus, 1 m Kanalisation oder 1 m² der Fahrbahnfläche der städtischen Straßen?)
- in der Ebene der komplexen Errichtung von Bauwerken und Anlagen (z. B. ist die Errichtung eines 5geschossigen Wohnhauses auf dem freien Feld mit einem anderen Zeitaufwand verbunden als in einem städtischen Abbruchgebiet?) Unter diesem Aspekt kann für eine gleiche Wohnung in einem vielgeschossigen Wohnhaus weniger Zeitaufwand nötig sein als in einem relativ viel billigeren 5geschossigen Wohnhaus. Auch die Beschaffenheit des Baugrundes kann zu entscheidenden Korrekturen führen und
- in der Ebene der Wahl der Bauwerkstypen, ihrer städtebaulichen Zusammenfassung und Ordnung (z. B.: Was kosten die Umgestaltungsmaßnahmen einer Stadt in ihrer Gesamtheit während einer bestimmten planmäßig erfaßbaren Periode?) In dieser Ebene kommt neben der Ökonomie der Herstellung in ihrer Gesamtheit auch eine Reihe von anderen wesentlichen und von Fall zu Fall entscheidenden ökonomischen Faktoren wie etwa die Größe der Stadt und ihre Entwicklungsmöglichkeiten zur Wirkung. Nur eine synthetische Erfassung aller drei Ebenen kann zur komplexen Ökonomie der Herstellung führen.

Die erste Ebene

Die Hauptreserven der weiteren Erhöhung der Ökonomie der Zeit im Bereich der ersten Ebene liegen ausschließlich in der Baustoff -und Bauproduktion, angefangen von der Rohstoffgewinnung, Baustofferzeugung und Vorfertigung bis zum Transport der Montage und dem Ausbau. Mit der Ausarbeitung der Grundlagen des Einheitssystems Bau ist die Grundlage der rationellen Erfassung der Ökonomie des industriellen Bauens als Kernstück der gesamten Bautätigkeit richtig gelenkt worden. Es kommt darauf an, die Arbeitsproduktivität in allen Phasen der Bauproduktion durch weitere Rationalisierung und schrittweise Automatisierung der Produktionsprozesse bis zu den Ausbauarbeiten wesentlich zu erhöhen. Das ist zu verbinden mit einer hohen Materialökonomie, der Senkung der Kosten und einer Reduzierung der Bauzeit.

Die zweite Ebene

Hier kommt eine Reihe von neuen Faktoren wie der notwendige, gesamtgesellschaftliche Zeitaufwand für die Vorbereitung des Baugrundes (z. B. Abbruch, Abtransport des Schuttes, Planierungsarbeiten, Gründungsarbeiten und Anschluß an die städtischen Netze des Verkehrs und der technischen Versorgung) zur Wirkung, die unter Umständen entscheidend sein können. So wäre im Gebiet des Heinrich-Heine-Viertels in Berlin, wo die Vorbereitung einer Flächeneinheit des Baugrundes fast soviel gekostet hat, wie die gleiche bebaute Fläche, der gesamtgesellschaftliche Zeitaufwand für einen Kubikmeter umbauten Raum bei vielgeschossiger Bebauung, Unterbringung des ruhenden Verkehrs im Untergeschoß und Überlagerung der Funktionsbereiche zweifellos niedriger gewesen, als bei der ausgeführten 4geschossigen Bebauung.

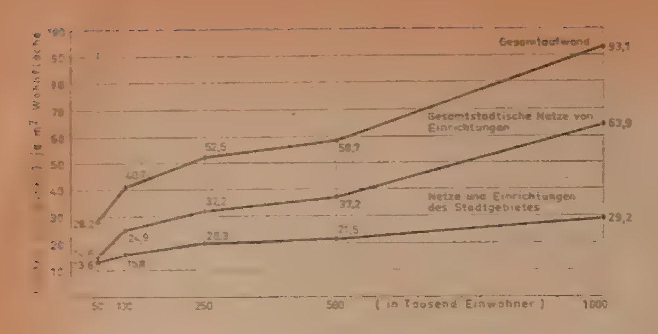
Die dritte Ebene

Schließlich müssen die Bebauungselemente der Stadt auch unter dem Aspekt der Gesamtökonomie der Herstellung der Stadt ausgewählt werden. Hier kommen der gesellschaftliche Zeitaufwand für die gesamtstädtischen Netze des Verkehrs und der technischen Versorgung und der umgerechnete Zeitaufwand für die durch Erschließung des zusätzlichen Baugrundes, durch notwendige Verlegungen und durch Änderungen der Netze verursachten ökonomischen Verluste (z. B. Besetzung der landwirtschaftlichen Flächen) zur Wirkung.

Wie erwähnt, spielt in dieser Ebene die Größe der Stadt, sowohl in ihrer Bevölkerungszahl als auch ihrer Fläche, eine bedeutende ökonomische Rolle.

3

STÄDTE MIT	4 GESCHOSSE		5 GESCHOSSE		9 GESCHOSSE		12 GESCHOSSE		16 GESCHOSSE	
	RUBEL / m² WOHNFLÄCHE	%	RUBEL / m² WOHNFLÄCHE	%	RUBEL / m² WOHNFLÄCHE	%	RUBEL / m² WOHNFLÄCHE	%	RUBEL / m² WOHNFLÄCHE	%
1 000 000 EW	[illegible]09 199,9	105,2 105,1	198,7 190,2	100 100	198 190,4	99,6 100,1	212,2 205	106,8 107,8	209,4 202,6	105,[illegible] 105,5
500 000 EW	184,5	104,8	176	100	179,5	102	193,5	110	191	108,5
200 000 EW	179	104,7	170,9	100	175,4	102,6	189,4	110,8	187	109,4
100 000 EW	171,5	104,6	164,6	100	169	103,6	18[illegible]	112,2	181,7	110,8
50 000 EW	171	104,6	163,5	100	169,4	103,6	183,5	112,2	181,2	110,8



4

4
Kosten der Netze der technischen Versorgung und des Verkehrs je m² Wohnfläche in Abhängigkeit von der Größe der Stadt
(nach sowjetischen Untersuchungen)

Der Gesamtzeitaufwand für die Errichtung einer Wohnungseinheit in einem mehrgeschossigen Wohnhaus ist verschieden für eine Stadt mit 50 000, 100 000 oder 500 000 Einwohner. Bei einer zu niedrigen Einwohnerdichte erhöhen sich besonders die Kosten und damit der Zeitaufwand für die Netze des Verkehrs und der technischen Versorgung.

Nach Berechnungen sowjetischer Wissenschaftler (7) vergrößern sich bei der Verdopplung der Einwohnerzahl einer Stadt allein die notwendigen Verkehrsleistungen der Stadt auf das 8fache. So betragen die Verkehrsleistungen einer Stadt mit 500 000 Einwohnern etwa das 20fache von denen einer Stadt mit 100 000 Einwohnern. Die Vergrößerung einer Stadt auf das 2- bis 3fache führt zur Steigerung der Verkehrsleistungen auf das 8- bis 12-fache. Dies führt nicht allein zur Erhöhung des Zeitaufwandes für die Herstellung, sondern ebenso zur wesentlichen Erhöhung des Zeitaufwandes für die Nutzung der Stadt.

Die folgende Tabelle, die aus sowjetischen Forschungsergebnissen entnommen ist, zeigt diese Unterschiede. Als Ausgangspunkt sind für die UdSSR folgende gültige Kostenrelationen der verschiedenen Kategorien der Wohnbebauung (4- bis 16geschossig) angenommen.

Kosten für die Errichtung des Wohnungsbaues in der Ebene 1:

Geschosse	4	5	9	12	16
Prozent	103,6	100,0	108,3	119,0	117,3

Das zeigt, daß auch in der Sowjetunion die reinen Baukosten beim 5geschossigen Wohnungsbau am niedrigsten sind. Der effektive Kostenunterschied zwischen der 16- und 5geschossigen Wohnbebauung von 17,3 Prozent sinkt jedoch unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen Ausgaben für eine Stadt

mit 100 000 Einwohnern auf 10,8 Prozent
mit 500 000 Einwohnern auf 8,5 Prozent
mit 1 000 000 Einwohnern auf 5,4 Prozent.

Noch krasser ist die Änderung der Kostenrelation zwischen 16- und 4geschossiger Bebauung. Sie sinkt von einer Ausgangsrelation von 113 Prozent für eine Stadt

mit 100 000 Einwohnern auf 106 Prozent,
mit 500 000 Einwohnern auf 102 Prozent,
mit 1 000 000 Einwohnern auf rund 100 Prozent ab.

Unter den Kostenvoraussetzungen der UdSSR wird also eine Millionenstadt mit 16geschossiger Wohnbebauung genauso teuer hergestellt wie mit 4geschossiger Bebauung.

Darüber hinaus ist die Tendenz erkennbar, daß jede Erhöhung der Wohnflächennormen je Einwohner die Kostendifferenz zwischen mehr- und vielgeschossiger Bebauung verringert. Bei einer in der Zukunft zu erwartenden Erhöhung der durchschnittlichen Wohnfläche werden also ganz andere Kostenrelationen entstehen, die für die rationelle Entwicklung unserer Städte von großer Bedeutung sein können.

Eine wissenschaftliche Erforschung dieser Zusammenhänge ist als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Ausarbeitung der strategischen Entwicklungsrichtungen des sozialistischen Städtebaues anzusehen.

1.2. Ökonomie der Erhaltung

Die Ökonomie der Erhaltung, das heißt Instandhaltung, Instandsetzung und Modernisierung, ist einer der wichtigsten Bereiche der komplexen Ökonomie der baulich-räumlichen Umwelt. In der DDR sind durch bestimmte spezifische Bedingungen die für die Erhaltung der Bausubstanz erforderlichen Aufwendungen besonders hoch.

Der Anteil der Baureparaturen an der Bauproduktion erhöhte sich von 24 Prozent im Jahre 1960 auf 32 Prozent im Jahre 1966 und bei Wohnbauten von 31 Prozent im Jahre 1960 auf 43 Prozent im Jahre 1966 (8).

Auch im Fünfjahrplan von 1971 bis 1975 sind erhebliche Mittel für Reparaturen und die Erhaltung der Wohnsubstanz vorgesehen, die die Baubilanz wesentlich beeinflussen. Dabei ist der relativ hohe Arbeitsaufwand für die Erhaltung der Bausubstanz von außerordentlich großer ökonomischer Bedeutung.

In der DDR erforderten in den letzten Jahren die Baureparaturen, die nur rund ein Drittel der gesamten Bauleistungen betrugen, etwa 47 Prozent der Arbeitskräfte, während im Bereich der Neubauten 53 Prozent der Arbeitskräfte über 66 Prozent der Bauleistungen erbringen. Das entspricht einer Relation in der Arbeitsproduktivität von rund 56 : 100.

Diese Relation wird sich wahrscheinlich mit der weiteren Entwicklung des industriellen Bauens, mit der komplexen Rationalisierung und der schrittweisen Automatisierung der Bauproduktion in Zukunft noch mehr ausprägen. Die Rationalisierung der Erhaltungsmaßnahmen wird diesen Prozeß auf weite Sicht nicht aufhalten können.

Die hohe Arbeitskräfteintensität und die relativ begrenzten technischen Entwicklungsmöglichkeiten bei der Erhaltung der baulichen Substanz stellen wesentliche Probleme für die komplexe ökonomische Erfassung der baulich-räumlichen Umwelt dar. In diesem Zusammenhang stellen sich vor allem zwei Problemgruppen:

Erstens geht es um das Problem der Minimierung der Reparaturnotwendigkeit. Dazu wäre es erforderlich, die Qualität und die Lebensdauer der Bauten zu erhöhen. Maximale Wartungsfreiheit wäre eine wichtige Zielsetzung. Sie ist aber heute meist mit einer Erhöhung des spezifischen Investitionsaufwandes verbunden und steht in sofern natürlich in der Gegenwart und sicher auch in der Zukunft mit den quantitativen Anforderungen an die Bauproduktion im Konflikt.

Hier kann nur eine wissenschaftlich begründete volkswirtschaftliche Optimierung der Qualität und Quantität, die natürlich im Rahmen der staatlichen und politischen Aufgabenstellung zu erfassen ist, zur Ausarbeitung rationeller Varianten führen.

Ein zweites Problem ist die Relation zwischen Neubau, Modernisierung und Abbruch. Das ist ein Kernproblem der gesamten weitreichenden Baupolitik und damit von außerordentlich großer gesamtökonomischer Tragweite. Es tritt nicht nur im Rahmen des Bauwesens auf, sondern steht darüber hinaus mit der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung in Verbindung.

In der Praxis des Städtebaus sind bis heute noch keine wissenschaftlich begründeten Kriterien für die rationelle Optimierung dieses Problems vorhanden. Diese Situation führt dazu, daß Entscheidungen oft nur auf der Grundlage einseitiger Erwägungen gefällt werden.

Von entscheidender Bedeutung für die Wechselbeziehungen zwischen der Ökonomie der Erhaltung und den anderen Bereichen der komplexen Ökonomie der baulich-räumlichen Umwelt ist die materiell-technische Entwicklung der Erhaltungsmaßnahmen. Davon hängt weitgehend die volkswirtschaftlich effektive Nutzung der baulichen Grundfonds ab. Aber die künftigen Möglichkeiten zur Rationalisierung der Erhaltungsmaßnahmen werden bereits jetzt mit der technisch-materiellen und städtebaulich-funktionellen Qualität der Bauten beeinflußt, die wir heute errichten.

Die Zeit ist herangereift, daß für die Bearbeitung der Finalprodukte der Bauproduktion sowie der städtebaulichen Lösungen auch Kriterien aus der Sicht ihrer Erhaltung unter dem komplexen Aspekt der Instandhaltung und Anpassung an die künftigen Anforderungen gestellt werden. Hier ist eines der wichtigsten Felder, wo die prognostischen Erkenntnisse mit der täglichen Praxis der Umgestaltung in organische Wechselwirkung treten müssen.

Große Bedeutung hat diese Problematik für die Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt in der DDR im Zeitraum von 1975 bis 1985. Es werden viele Milliarden für die Modernisierung der Bausubstanz investiert. Dabei muß jedoch verhindert werden, daß in den Städten feste und wenig bewegungsfähige Strukturen entstehen und für eine lange Zukunft notwendige Umgestaltungsmaßnahmen behindern.

Unrationelle Teillösungen, so gut sie auch auf den ersten Blick aussehen, können in Zukunft zu beträchtlichen gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Schäden führen. In diesem Zusammenhang gewinnt die synthetische Erfassung der komplexen Ökonomie der baulich-räumlichen Umwelt ständig mehr an Bedeutung.

Die konkrete Festlegung der Relation zwischen Neubau und Rekonstruktion gewinnt ein besonderes Gewicht unter den Bedingungen der nächsten Periode der sozialistischen Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt in der DDR. Der verhältnismäßig hohe Anteil des rekonstruktionswürdigen Altbaubestandes, die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der effektivsten Nutzung der baulichen Grundfonds, die Entwicklung der Bedürfnisse, die technisch-materiellen, ökonomischen, finanziellen und arbeitskräftemäßigen Voraussetzungen erhöhen diese Bedeutung.

Die optimale Relation in diesem Bereich wird durch die komplexe Wirkung einer Reihe von Faktoren bedingt. Sie hat auf lange Sicht tiefgreifende soziale und volkswirtschaftliche Auswirkungen. Eine willkürliche und wissenschaftlich begründete Entscheidung kann dagegen zu erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden führen.

Was sind die entscheidenden Einflußfaktoren und die wichtigsten Auswirkungen?

Zu den entscheidenden Einflußfaktoren gehören die herangereiften Bedürfnisse, besonders die der Arbeiterklasse, und ihre künftige Entwicklung, der quantitative und qualitative Zustand der baulich-räumlichen Umwelt, die technisch-materiellen Voraussetzungen sowie die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Anforderungen.

Die gesellschaftlichen Bedürfnisse und Anforderungen an die Bauwerke, Anlagen und Netze der baulich-räumlichen Umwelt stellen eine sich ständig im Wandel befindliche Größe dar, die durch komplexe Auswirkungen aller Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt wird. Dabei müssen wir sowohl unaufschiebbare wie perspektivische und prognostische Anforderungen der sozialistischen Lebensweise im Auge behalten.

Der Zustand der baulich-räumlichen Umwelt ist unter qualitativen und quantitativen Aspekten in Betracht zu ziehen. Der quantitative Aspekt des Bestandes wird sich vor allem im Bereich der unaufschiebbaren Bedürfnisse widerspiegeln. Unter qualitativem Aspekt ist der Zustand der baulichen Grundfonds unter dem Gesichtspunkt der Rekonstruktionswürdigkeit und der Rekonstruktionseffektivität zu analysieren.

Mit den Veränderungen in der Struktur und der Standortverteilung der Produktionskräfte, die mit einem weitreichenden Strukturwandel der Beschäftigten und ihrer standortmäßigen Verteilung im Siedlungsnetz der DDR verbunden sind, sowie durch die notwendig werdenden städtebaulichen Strukturänderungen und Erneuerungsmaßnahmen, die mit der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise in Verbindung stehen, wird nur ein Teil der rekonstruktionswürdigen baulichen Grundfonds auch rekonstruktionseffektiv.

Bei der Entscheidung über die Relationen zwischen Neubau und Rekonstruktion sind auch Stand und die Perspektiven der technisch-materiellen Möglichkeiten von wesentlichem Einfluß. Dazu gehören das Arbeitskräftepotential, die vorhandenen Baustoffe und Bauausrüstungen sowie die technologischen Voraussetzungen des industriellen Bauens, Faktoren also, die mit der gesamten Entwicklung der Produktivkräfte in Wechselwirkung stehen.

Die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten sind der entscheidende Faktor für die sozialistische Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt. Der Umfang, das Tempo und die Qualität aller Umgestaltungsmaßnahmen wird ja durch die Höhe des Nationaleinkommens, den Anteil des Bauwesens an der Beschaffung und Verwendung des Nationalein-

kommens sowie durch die planmäßige Verteilung der Bauleistungen auf die verschiedenen Bereiche wesentlich bestimmt.

Alle diese Faktoren müssen bei der Entscheidung über die Relation zwischen Neubau und Rekonstruktion in Betracht gezogen werden, weil diese Relation ihrerseits wesentliche Auswirkungen auf die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und die sozialen Auswirkungen für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen haben kann.

1.3. Ökonomie der Nutzung der baulich-räumlichen Umwelt

Im Rahmen der baulich-räumlichen Umwelt vollzieht sich fast der gesamte Lebensablauf der Menschen. Jede Form der Nutzung der baulich-räumlichen Umwelt ist mit bestimmten individuellen und gesellschaftlichen Formen des Zeitaufwandes verbunden. Damit gewinnt bei der komplexen Nutzung der baulich-räumlichen Umwelt das Problem der Durchsetzung der Ökonomie der Zeit große Bedeutung.

Die Ökonomie der Nutzung der baulich-räumlichen Umwelt liegt vor allem in der Senkung des Zeitaufwandes für die Inbetriebhaltung, in der rationellen Nutzung sowie in den ökonomischen Auswirkungen auf den Lebensablauf, auf den Prozeß der Produktion und Reproduktion, auf alle Lebensfunktionen der Menschen.

1.3.1. Ökonomie des Zeitaufwandes für die Inbetriebhaltung

Um die baulich-räumliche Umwelt für eine kontinuierliche Nutzung ständig nutzungsfähig zu erhalten, wird außer dem gesellschaftlichen Zeitaufwand für die laufenden Reparaturen weiterhin für
Energie (Licht und Heizung),
Wasserversorgung,
Abwasser- und Müllbeseitigung, Reinigung
Verkehr und Telekommunikation sowie
Erhaltung der Grünanlagen
zusätzlich ein beträchtliches Maß an gesellschaftlichem Zeitaufwand notwendig sein.

Dieser Zeitaufwand steht in den meisten Fällen mit der städtebaulich-architektonischen Konzeption der Stadt, mit ihrer Bebauungsform und ihrer strukturellen Gliederung in Verbindung. Die Ökonomie der Zeit in diesen Bereichen führt andererseits zu bestimmten Konsequenzen für die städtebaulich-räumliche Konzeption der Stadt.

Als Beispiel dafür kann die Wärmeversorgung der Wohnbebauung erwähnt werden. Mit der Vergrößerung der Haustiefe und gleichzeitiger Verkürzung der Frontlänge von Wohngebäuden sinkt der notwendige Wärmebedarf wesentlich.

Wenn bei dem Typ P 2 mit 11,53 m Haustiefe der Wärmebedarf bezogen auf 1 m² Bruttogeschoßfläche rund 75 kcal/h beträgt, so sinkt er bei einer Wohnungsbaukonzeption (9) mit 13,33 m Haustiefe auf 57 kcal/h. Das bedeutet eine Senkung des Wärmebedarfs um 16 Prozent!

Dieser Vergleich ist nur bei Anwendung eines Parameters, nämlich der Bautiefe und Frontlänge, aufgestellt. Ähnlich große Reserven für die Herabsetzung des Wärmeverbrauches liegen in der Veränderung anderer Parameter der Bebauung und auch in der Struktur der Stadt. Eine Kompaktierung der Bebauung führt zum Beispiel zu wesentlichen Ersparungen an Wärmeenergie, was letztlich nichts anderes ist, als eine Ökonomie des gesellschaftlichen Zeitaufwandes.

Dies ist ein anschauliches Beispiel, wo die Ökonomie der Herstellung mit der Ökonomie der Nutzung in Wechselbeziehung tritt. So wie für die Wärmeversorgung sind auch in anderen Bereichen größere oder kleinere Reserven der Ökonomie der Zeit zu finden. Die Auswirkungen der verschiedenen Bereiche der technischen Ver- und Entsorgung gehen nicht immer in gleicher Richtung. Ökonomie der Zeit in einem Bereich kann unter Umständen zur Erhöhung des Zeitaufwandes in einem anderen Bereich führen. So führt die vertikale Entwicklung der Wohnbebauung zweifellos zur Ökonomie des Raumes und damit zur Ökonomie der Netze der technischen Versorgung. Gleichzeitig aber werden die Wasserversorgung und Energieverbrauch durch die größere Höhe zusätzlichen Aufwand in Anspruch nehmen. Deshalb ist nur eine komplexe ökonomische Optimierung in der Lage, die effektivste Lösung zu finden.

1.3.2. Rationelle Nutzung des baulich-räumlichen Grundfonds und Lebensrhythmus

Für die Funktionstüchtigkeit und die Ökonomie in der Stadt hat neben der baulich-räumlichen Umwelt die Gestaltung des Lebensrhythmus der Bevölkerung entscheidende Bedeutung. Die optimale sozial-ökonomische Effektivität der Stadt beruht auf einer rationellen Synthese dieser beiden in Wechselbeziehung stehenden Aspekte.

Ein rationell gestalteter und allseitig funktionierender Ablauf des städtischen Lebens – im Sinne eines optimal permanenten Rundlaufs hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Nutzung der baulich-räumlichen Umwelt, trägt zur wesentlichen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen bei und führt gleichzeitig zu gewaltigen ökonomischen Einsparungen.

In diesem Zusammenhang werden

- die optimale Auslastung der materiell-technischen Grundfonds und eine
- weitgehende Abschwächung der täglichen, wöchentlichen und jährlichen Spitzenleistungen

zu entscheidenden Voraussetzungen der sozialistischen Umgestaltung der Stadt.

Bei der Entwicklung der Städte verschärfen sich heute zwei wesentliche Widersprüche:

- der Widerspruch zwischen den ständig wachsenden baulichen Grundfonds und der fallenden Tendenz ihrer Auslastung und
- der Widerspruch zwischen den Auswirkungen der Spitzenbelastungen und den Anforderungen des Durchschnittsbedarfs.

Probleme der Auslastung der Grundfonds

Die künftige Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft führt auch unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution – sowohl relativ als auch absolut zu einem steigenden Bedarf an Bauwerken, Einrichtungen und Anlagen. Der Bedarf an Arbeitsflächen, an Wohnflächen, an Flächen für Einrichtungen der Bildung, der Kultur, der Erholung und des Sports, für den Verkehr und die technische Versorgung wird sich pro Einwohner erheblich erhöhen. Parallel zu dieser Entwicklung wird sich in den kommenden Jahrzehnten eine Verkürzung der Arbeitszeit vollziehen, was – wenn das Einschichtsystem vorwiegend bestehen bliebe – zu einer beträchtlichen Herabsetzung der Auslastungsintensität von Arbeitsstätten und einer großen Zahl von Einrichtungen und Anlagen anderer Bereiche führen würde. Die durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bedingte Beschleunigung der moralischen Alterung verschärft den Widerspruch zwischen den ständig wachsenden Grundfonds und der fallenden Tendenz ihrer Auslastung und trägt so zu einer Vergrößerung der Spanne zwischen moralischem und physischem Verschleiß bei.

Probleme der Spitzenbelastungen

Der gegenwärtige Lebensrhythmus in der Stadt und die dadurch bedingten Spitzenbelastungen in verschiedenen Bereichen haben aber auch negative Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung und auf die Ökonomie der Stadt. Die künftige Entwicklung wird, falls der gegenwärtige Zeitrhythmus beibehalten wird, diese Auswirkungen noch weiter verschärfen, zur Erhöhung des unproduktiven Zeitaufwandes, zur uneffektiven Erweiterung des Bau- und Flächenbedarfes und so von verschiedenen Aspekten her zur Belastung der Arbeits- und Lebensbedingungen führen.

Das wird besonders anschaulich bei der Betrachtung des städtischen Tages- und Wochenendverkehrs und bei der Organisation der Naherholung sowie des Handels und der Versorgung.

Im städtischen Personenverkehr steigt die Belastung des Verkehrssystems in den täglichen Spitzenzeiten auf 300 Prozent des Durchschnittswertes an. Damit erhöht sich der Bedarf an Verkehrsmitteln, Verkehrseinrichtungen und Verkehrsfläche erheblich. Ihre durchschnittliche Auslastungsintensität sinkt dagegen. Die Spitzenbelastungen im Verkehr beeinträchtigen darüber hinaus die Verkehrssicherheit, die Verfügbarkeit und den Komfort und wirken sich so negativ auf das Zeitbudget der Werktätigen aus.

Die Bemessung der Einrichtungen des Handels, der Versorgung und der Annahme- und Ausgabestellen der Dienstleistungen nach den Anforderungen der Spitzenbelastungszeiten mit Rücksicht auf die Ökonomie der Zeit der Bewohner würde zu übermäßigen und unwirtschaftlichen Größen führen, die dann während des größten Teils ihrer Arbeitszeit weit unterbelastet blieben.

Bei der Nutzung der Naherholungseinrichtungen führt die Konzentration auf wenige bestimmte Wochentage zur erheblichen Erhöhung des Bau- und Flächenbedarfes, zur Überdimensionierung der Verkehrsnetze und Einrichtungen der Versorgung, der Kultur und des Sportes, die bei dem gegenwärtigen Rhythmus der 5-Tage-Woche nur bis zu 30 Prozent ausgelastet werden. Das schnelle Anwachsen der Anzahl der privaten Kraftfahrzeuge steht weitgehend mit dieser Entwicklung in Verbindung.

Die Konsequenzen, die sich aus den Spitzenbelastungen ergeben, decken sich in vielen Bereichen mit denen, die sich aus der Auslastung der Grundfonds ableiten.

In der Industrie hat das Problem der optimalen Auslastung der Grundfonds in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Schwierigkeiten, die bei der allseitigen Durchsetzung dieser Forderung auftreten, sind zu einem wesentlichen Hemmschuh für die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte geworden. Die Beschlüsse der 14. Tagung des ZK der SED und der Regierung der DDR zur Erhöhung der Grundfondseffektivität und zur allseitigen Durchsetzung der Schichtarbeit sind auf die Überwindung dieses Widerspruches gerichtet. Die Entwicklung der Schichtarbeit in der Industrie, die sich auf viele andere Bereiche ausdehnt, wird wesentliche Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bevölkerung, auf die familiären und gemeinschaftlichen Beziehungen und auf die baulich-räumlichen Veränderungen ausüben.

Eine Reihe von Wissenschaftlern in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern vertritt dagegen die Ansicht, daß die gegenwärtigen Maßnahmen zur Erhöhung der Auslastung der Grundfonds der Industrie zwar unter den heutigen Bedingungen eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit sind, die aber unter den künftigen Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ihre Bedeutung verlieren und durch ein Einschichtsystem der Arbeit ersetzt werden sollten. Sie berufen sich dabei auf die Anforderungen an die allseitige Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit und auf die weitaus höheren ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Für die Entwicklung der baulich-räumlichen Umwelt ergeben sich aus beiden Auffassungen über die Gestaltung des Lebensrhythmus der Gesellschaft sehr unterschiedliche Konsequenzen. Die Prognose der Entwicklung der Industriebauten in der Sowjetunion geht davon aus, daß in der weiteren Zukunft mit einer 4-Tage-Arbeitswoche bei einer täglichen Arbeitszeit von 4 bis 6 Stunden und einem 4 bis 6-schichtigen Arbeitsrhythmus in der Industrie zu rechnen ist, das heißt, daß der Produktionsprozeß rund um die Uhr organisiert wird (10).

Bei der Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeits- und Lebensrhythmen würden die künftigen Anforderungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft an die baulich-räumliche Umwelt zu einer extensiven Entwicklung der baulichen Grundfonds und zu einer wesentlichen Steigerung des Flächenbedarfes führen.

Die erhebliche extensive Ausdehnung der bebauten Flächen beeinträchtigt wesentlich das Gleichgewicht der Landschaft und ruft unlösbare Widersprüche hervor.

Eine wenig effektive Erweiterung der baulichen Grundfonds würde die Volkswirtschaft und das Nationaleinkommen ständig mehr belasten und die optimale Entwicklung der materiellen Voraussetzungen für die ständige Verbesserung der Lebensbedingungen erschweren. Der Erneuerungsprozeß der baulich-räumlichen Umwelt würde damit wesentlich verlangsamt werden. Demgegenüber steht die Möglichkeit der optimalen Auslastung der technischen und baulichen Grundfonds.

Die Maßnahmen, die die Lösung dieser Aufgaben ermöglichen, sind verschiedenen Charakters, bilden aber zusammen ein einheitliches Ganzes. Hierzu gehört

- die Durchsetzung des Schichtsystems der Arbeit über die Industrie hinaus in einem rationellen Ausmaß (z. B. 15 bis 18 Stunden tägliche Nutzung) auch in anderen Arbeitsbereichen wie Wissenschaft, Lehre, Verwaltung, Handel, Versorgung und Dienstleistung
- eine wirksame Staffelung der täglichen Arbeitszeit, der wöchentlichen Arbeitstage und der jährlichen Urlaubszeiten mit dem Ziel, möglichst einen gleichmäßigen Ablauf nach dem Prinzip „rund um die Uhr" für alle städtischen Funktionsprozesse und damit eine möglichst permanente Nutzung des wesentlichen Teils der baulichen Einrichtungen und Anlagen der Stadt und der Erholungsgebiete zu erreichen.

Eine solche Möglichkeit trägt in vieler Hinsicht dazu bei, die Arbeits- und Lebensbedingungen wesentlich zu verbessern und gleichzeitig die ökonomische



5 Schema des wöchentlichen Zeitbudgets werktätiger Menschen

Effektivität der baulich-räumlichen Umwelt weitgehend zu erhöhen.

Zu den effektivsten Ergebnissen würden gehören:

- Eine Erhöhung des Komforts der Stadt, Senkung der Wartezeiten, Gewinnung zusätzlicher Freizeit und damit die wesentliche Förderung der allseitigen Entfaltung der Bürger
- eine beträchtliche Herabsetzung des Gesamtbedarfes an Bauten für Arbeitsstätten, gesellschaftliche Einrichtungen, an Einrichtungen der Erholung und des Verkehrs
- eine wesentliche Kompaktierung der Städte und Siedlungen und damit eine erhebliche Ökonomie der Zeit und des Raumes sowie als Konsequenz eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen
- eine bedeutende, relative Senkung der Investitionen, eine weitgehende Entlastung des Nationaleinkommens und eine wesentliche Beschleunigung des Erneuerungsprozesses der Städte
- die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die rationelle Lösung des schwierigen Problems des Personenverkehrs (u. a. des individuellen PKW-Besitzes) unter dem Aspekt weitgehender Erhöhung der Mobilität der Menschen in der Zukunft
- die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Lösung des Naherholungsproblems und Naherholungsverkehrs, der Versorgung und Betreuung der Bevölkerung.

Diese Variante zeigt große Reserven und Möglichkeiten der sozialistischen Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt. Sie würde es ermöglichen, die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft voll zu nutzen. Sie könnte dazu beitragen, in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung in einem der wichtigsten Bereiche des Lebens noch deutlicher zu beweisen. Mit der Überlegung über diese Varianten wird natürlich auch eine Reihe von Fragen aufgeworfen über die hygienischen, psychologischen und soziologischen Auswirkungen eines solchen Lebensrhythmus auf die Menschen, die von den entsprechenden Wissenschaftsbereichen zu erforschen und zu beantworten sind.

Diese Perspektive setzt eine komplexe Forschung der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen auf die Tagesordnung.

1.3.3. Ökonomische Auswirkungen der baulich-räumlichen Umwelt

Um die ökonomischen Auswirkungen der baulich-räumlichen Umwelt auf den Gesamtprozeß der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion anschaulich zu modellieren, ist es notwendig, von dem konkreten Modell des Lebensablaufes der Bewohner und vor allem der Werktätigen auszugehen. Das Leben der Werktätigen steht wohl in ihrem quantitativen Zeitaufwand als auch in ihrer qualitativen Effektivität mit mannigfaltigen Aspekten der baulich-räumlichen Umwelt in direkter und indirekter Beziehung.

Die Arbeitsproduktivität der Werktätigen und damit die Effektivität des gesamtgesellschaftlichen Zeitaufwandes wird beeinflußt:

durch die Qualität und Funktionstüchtigkeit der Arbeitsstätten,

durch die Transportnetze und Transportmittel, durch den städtischen Personenverkehr, insbesondere den Berufsverkehr,

durch die Struktur der baulich-räumlichen Umwelt und die Wechselbeziehungen ihrer Funktionsbereiche,

durch die Qualität des Wohn- und Erholungsbereiches und ihre Auswirkungen auf die Reproduktion der Arbeitskraft,

durch den Zeitaufwand für den Haushalt und seine negativen Auswirkungen auf die Freizeit und

durch die Möglichkeiten der baulichen Umwelt für die rationelle Gestaltung der Freizeit.

Die wirkliche Verteilung des Zeitaufwandes, wie Erhebungen und Analysen bestätigen, ist für verschiedene Kategorien der Bewohner weitgehend unterschiedlich.

Während in der DDR den berufstätigen Männern im Durchschnitt 4 bis 5 Stunden täglich für die Bildung, Erholung und kulturelle Betätigung zur Verfügung stehen, bleibt dafür noch vielen werktätigen Frauen mit Kleinkindern wenig oder keine Zeit (11).

Ungeachtet des gegenwärtigen Standes und vorhandener Unterschiede, geht der allgemeine Trend der weiteren Entwicklung der sozialistischen Lebensweise in Richtung einer weitgehenden Vermehrung der Freizeit und einer Angleichung der Freizeit verschiedener Kategorien der Werktätigen. Diese Tendenzen werden auch in den prognostischen Einschätzungen sowjetischer Soziologen über die Entwicklung des Zeitbudgets bestätigt.

Das Hauptziel der weiteren Erhöhung der Wirksamkeit des Gesetzes der Ökonomie der Zeit im Städtebau besteht darin, durch die sozialistische Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt ständig zur Herabsetzung des notwendigen Zeitaufwandes (vor allem seiner uneffektiven Anteile) und zur Vermehrung der Freizeit beizutragen.

In allen vier Teilbereichen des täglichen Zeitfonds sind Reserven für die Ökonomie des Zeitaufwandes und zur Erhöhung seiner Effektivität vorhanden.

Reserven der Ökonomie der Zeit im Bereich der beruflichen Arbeit in Verbindung mit der baulich-räumlichen Umwelt

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität führt zur weiteren Ökonomie des Zeitaufwandes. Sie beruht einerseits auf der weiteren Entwicklung und Rationalisierung des Arbeitsprozesses und der technischen Vervollkommnung der Arbeitsmittel und andererseits auf der weiteren Entfaltung der Arbeitsfähigkeit der Werktätigen, die ihrerseits mit dem Grade des ideologischen Bewußtseins, des fachlichen Könnens, des Bildungsstandes, des gesundheitlichen Zustandes sowie mit ihrem Arbeitseinsatz und Interesse im Zusammenhang steht. Die baulich-räumliche Umwelt hat unter mannigfaltigen Aspekten wesentliche Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit der Werktätigen sowohl aus der langfristigen als auch aus der alltäglichen Sicht.

Lange Wegezeiten von der Wohnstätte zum Arbeitsplatz zum Beispiel ermüden den Werktätigen – besonders bei schlechtem Zustand der Verkehrsmittel und ungünstigen Wetterbedingungen – und führen zur Senkung der Arbeitsproduktivität. Sie belasten andererseits den außerberuflichen Zeitfonds der Werktätigen und führen damit auch zur Verkürzung der Freizeit, also zur Minderung der Möglichkeiten für die Reproduktion der Arbeitskraft. Sie wirken damit hemmend auf die Potenzen zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität.

Eine Erhebung der soziologischen Forschung in der UdSSR zeigt die Einflüsse dieses Faktors ganz deutlich (12). Auf die Frage über die Ermüdung vor Beginn der beruflichen Arbeit in Verbindung mit dem Zeitaufwand des Berufsverkehrs wurden nach Tabelle 1 folgende Antworten gegeben (alle Zahlenangaben in Prozent).

Auch in direkter Form hat das räumliche Arbeitsmilieu nicht allein für den Prozeß der Produktion, sondern auch für die permanente Wiederherstellung der Arbeitskraft bedeutende Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität. In diesem Zusammenhang gewinnt die Erholungsmöglichkeit und die ästhetisch-baukünstlerische Qualität des Arbeitsmilieus sowie seine Einrichtung für Bildung und kulturelle Betätigung eine große Rolle.

Bedeutend sind die ökonomischen Verluste, die durch städtebauliche Unzulänglichkeiten für den Verkehr entstehen. Nach den Berechnungen sowjetischer Verkehrsfachleute wird allein durch die Wartezeiten in einem Verkehrsknotenpunkt in Moskau, nämlich am Serpuchoskoja Sastawa, jährlich ein Schaden von über 800 000 Rubel verursacht, was einem Freizeitverlust von über 3 Millionen Stunden gleichkommt (13).

Diese Beispiele zeugen davon, daß die Arbeitsproduktivität mit der baulich-räumlichen Umwelt in Beziehung steht und von ihr beeinflußt wird.

Es ist außerordentlich wichtig, diese Auswirkungen für die Hauptbereiche der produktiven Arbeit wie industrielle Produktion, Wissenschaft, Lehre, Volksbildung und Gesundheitswesen allseitig zu erforschen und damit die Voraussetzung für die komplexe synthetische Erfassung der Gesamtökonomie der Stadt zu schaffen.

Reserven der Ökonomie der Zeit im Bereich des außerberuflichen Zeitfonds

Von den 168 Stunden einer Woche werden gegenwärtig rund 25 Prozent für die berufliche Arbeit verbraucht. In der weiteren Zukunft wird dieser Anteil (etwa 2000 Stunden im Jahr) zweifellos sinken und sich auf lange Sicht möglicherweise einer Grenze von 1000 Stunden im Jahr nähern. Dennoch sind die Reserven für die Freizeitgewinnung in diesem Bereich verhältnismäßig beschränkt und sie nehmen ständig ab. Demgegenüber wächst die potentielle Möglichkeit der Freizeitgewinnung im Bereich des außerberuflichen Zeitfonds der Werktätigen. Hier steckt die Hauptreserve der Freizeitgewinnung, die sehr eng mit der Qualität der baulich-räumlichen Umwelt verbunden ist.

Der außerberufliche Zeitfonds umfaßt den Zeitaufwand für den Haushalt und die mit der beruflichen Arbeit verbundenen Tätigkeiten wie Berufsverkehr, Pausen, Umkleidezeiten, den Zeitaufwand für physiologische Bedürfnisse und die eigentliche Freizeit.

Die größten Reserven der Freizeitgewinnung liegen hauptsächlich im Bereich des Zeitaufwandes für Haushalt und Berufsverkehr sowie im Bereich des mit der Freizeitgestaltung verbundenen unproduktiven Zeitaufwandes (z. B. Wegzeiten zu den gesellschaftlichen Einrichtungen und Wartezeiten) oder anders geordnet, im Haushalt, im Verkehr und im Zusammenhang mit der Nutzung der gesellschaftlichen Einrichtungen.

Zeitaufwand für den Verkehr

Der wöchentliche Zeitaufwand für den Verkehr ist eine der größten unproduktiven Belastungen des Zeitfonds und eine der wichtigsten Reserven der Freizeitgewinnung. Er setzt sich zusammen aus dem Zeitaufwand für den Verkehr

zwischen Wohn- und Arbeitsstätte (Berufsverkehr)

zwischen Wohnung und gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet

zwischen Wohnung und zentralen Bereichen des städtischen Lebens und

zwischen Wohnung und Naherholungsgebiet.

Der gesellschaftliche Zeitaufwand für den Verkehr hat zwei Hauptkomponenten: den Zeitaufwand für die Herstellung, den Betrieb, die Inbetriebhaltung und Erneuerung des Verkehrsnetzes und der Verkehrsmittel sowie den Zeitaufwand der Bürger bei der Nutzung der Verkehrswege und -mittel.

Unrationeller Zeitaufwand im Verkehr ist nicht allein eine Quelle der Zeitverschwendung im individuellen und gesamtgesellschaftlichen Maßstab, sondern gleichzeitig ein direkter Faktor bei der Sen-

Tabelle 1

Antwort	abgegebene Antworten	Zeitaufwand für den Weg von Wohnung zur Arbeitsstätte bis 20 Min.	20 bis 40 Min.	40 bis 50 Min. u. mehr
keine Ermüdung	36,0	72,3	44,4	14,9
geringe Ermüdung ohne negative Auswirkungen auf die Arbeit	53,0	24,7	50,4	64,2
starke Ermüdung mit negativer Auswirkung auf den Arbeitsprozeß	11,0	2,9	4,5	20,4

kung der Arbeitsproduktivität und auch eine Belastung der Freizeit. Nach Forschungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR sinkt die Arbeitsproduktivität, wenn der Weg zur Arbeit zu Fuß mehr als 40 Minuten und mit einem Verkehrsmittel über eine Stunde dauert. Untersuchungen ergaben, daß zum Beispiel Arbeiter, die eine Fußwegzeit von weniger als 40 Minuten haben, eine um 1,4 Prozent höhere Arbeitsproduktivität erreichen als diejenigen, die zwischen 40 und 60 Minuten Wegzeit haben. Über den wirklichen Umfang des Gesamtzeitaufwandes der Bevölkerung in Verbindung mit dem Verkehr ist keine umfassende statistische Erhebung vorhanden. Der Berufsverkehr allein, der nur einen Teil der Gesamtzeit des wöchentlichen Verkehrs verschlingt, erfordert in den Städten der DDR einen durchschnittlichen Zeitaufwand der Werktätigen von rund einer Stunde täglich, wobei die Wartezeiten nicht einberechnet sind (14).

Von großer sozialer und ökonomischer Bedeutung ist die ungleichmäßige Verteilung des durchschnittlichen Zeitaufwandes für den Berufsverkehr. Er beträgt nach den sowjetischen Erhebungen von 1 bis 4,5 Stunden je Tag. Das könnte auch für die Großstädte der DDR zutreffen.

Der gesamtgesellschaftliche Zeitaufwand für Herstellung und Inbetriebhaltung der Verkehrsnetze und Verkehrsmittel steht unter bestimmten Aspekten mit dem Zeitaufwand für ihre Nutzung in Verbindung. So führt eine Ökonomie der Zeit bei der Nutzung des städtischen Verkehrssystems auch zur Erhöhung der Ökonomie in der Herstellung und Inbetriebhaltung.

Die Ökonomie der Zeit des Verkehrs in Verbindung mit der rationellen Planung und Gestaltung der baulich-räumlichen Umwelt kann erhöht werden:

- durch maximale Annäherung der Funktionsbereiche der Stadt und insbesondere der Wohn- und Arbeitsstätten. Die Perspektiven der Automatisierung der Produktion, Miniaturisierung der Produktionsmittel, der weiteren Steigerung des Anteils der gesundheitsunschädlichen und störungsfreien Produktion sowie der Verlagerung der Beschäftigung vom Bereich der unmittelbaren materiellen Produktion in den Bereich der Wissenschaft und andere Bereiche machen es möglich, einen beträchtlichen Teil der gesamten Arbeitsstätten in der unmittelbaren Nachbarschaft des Wohnbereiches anzulegen und die Wohn- und Arbeitsbereiche weitgehend zu verflechten
- durch maximale Kompaktierung der Bebauung im Wohn- und Arbeitsbereich sowie der zentralen Bereiche der Stadt durch vertikale Entwicklung der Bebauung und rationelle Optimierung des Verkehrsnetzes in Verbindung mit verdichteten Punkten und Bereichen
- durch die Planung und Gestaltung des Verkehrsnetzes mit dem Ziel einer fließenden, reibungslosen, schnellen, sicheren und komfortablen Bewegung der Bewohner mit minimaler Wartezeit, was in vielen Fällen durch weitgehende Trennung des Fußgängerverkehrs vom rollenden Verkehr und durch Organisation des rollenden Verkehrs in mehreren Ebenen zu erreichen ist.

Eine solche allseitige Ökonomie führt zur schrittweisen Ausnutzung von großen Reserven. Allein in Berlin mit seinen über 600 000 Berufstätigen würde eine Senkung der gesamten Verkehrszeit von über 2 Stunden täglich auf 30 Minuten eine Freizeitgewinnung von über 100 Millionen Stunden im Jahr bedeuten.

Zeitaufwand für Haushalt

Der Haushalt verschlingt gegenwärtig noch einen beträchtlichen Anteil des außerberuflichen Zeitfonds der Werktätigen. Er beschäftigt fast die gesamte Bevölkerung von der Kindheit bis ins Alter. Die Hauptbelastung mit der Haushaltsarbeit liegt noch immer auf den Schultern der Frauen, die über 70 Prozent des gesamten dafür verwendeten Zeitaufwandes aufbringen. Der Zeitaufwand für den Haushalt ist in allen europäischen Ländern fast gleich hoch und liegt gegenwärtig jährlich bei 1000 Stunden pro Kopf!

Während in den letzten Jahrzehnten und besonders während der letzten Jahre infolge der Steigerung der Arbeitsproduktivität der Zeitaufwand für die berufliche Arbeitszeit erheblich gesunken ist, hat sich der Zeitaufwand für die Arbeit im Haushalt nicht wesentlich vermindert. Im Gegenteil zeigt sich in den letzten Jahren in den meisten Ländern eine Tendenz zur Steigerung. Die jahrelang und teilweise noch heute propagierten Wunder der Technisierung des Haushalts mit verschiedenen kleinen und großen Haushaltsmaschinen haben zwar eine relative Erleichterung der Haushaltsarbeit möglich gemacht aber keineswegs zur Senkung des Zeitaufwandes für die Haushaltsarbeit geführt. Die statistischen Erhebungen in vielen Ländern zeigen, daß der Zeitaufwand für den Haushalt mit der Erhöhung des Lebensstandards, der Vergrößerung der Wohnung und der Entwicklung einer zweiten Wohnmöglichkeit für das Wochenende eine steigende Tendenz zeigt. Hierbei ist nicht einmal der gesamtgesellschaftliche Zeitaufwand für die Produktion und Verteilung der Haushaltsmaschinen einbegriffen.

Dieser negativen Entwicklung, die für die kapitalistische Konsumgesellschaft typisch und systemimmanent ist, müßte unter den Bedingungen des Sozialismus durch eine weitere umfassende Entwicklung des Vergesellschaftungsprozesses der Haushaltsfunktionen systematisch und allseitig entgegengewirkt werden. Dabei hat die sozialistische Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt einen effektiven und beträchtlichen Beitrag zu leisten.

Ökonomie der Freizeit und sozialistische Freizeitgestaltung

Die Freizeit ist einer der Lebensbereiche, in dem die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Lebensweise gegenüber dem Kapitalismus zum Ausdruck kommt. Die Tendenzen für die zukünftige Entwicklung der Freizeit unter sozialistischen Bedingungen kommen in anschaulicher Weise in sowjetischen Untersuchungen zur Prognose für die kulturelle und sportliche Betätigung der werktätigen Menschen zum Ausdruck. In der Sowjetunion rechnet man fest damit, daß sich der Zeitverbrauch für die kulturelle und sportliche Betätigung für die Männer auf das 2,5fache und für die Frauen auf fast das 4fache erhöhen wird. Der Arbeiter in der Sowjetunion widmet der Weiterbildung und Kultur schon heute dreieinhalbmal soviel Zeit wie der Arbeiter in den USA und siebenmal soviel Zeit wie in der BRD. Sowjetische Frauen wenden dafür rund fünfmal soviel Zeit auf wie die Frauen in den USA. Der Zeitaufwand für die Weiterbildung der Frauen in Westdeutschland ist fast gleich Null, was für die allgemeine Entwicklung sehr kennzeichnend ist.

Die sozialistische Freizeitgestaltung unterscheidet sich immer mehr von der kapitalistischen. Gerade deshalb kommen bei der Schaffung der baulich-räumlichen Voraussetzungen für die Freizeitgewinnung und -gestaltung grundlegende Unterschiede und Gegensätze zwischen sozialistischem und kapitalistischem Städtebau zum Ausdruck.

Freizeit ist nicht nur eine der Hauptvoraussetzungen für die allseitige Entfaltung der Persönlichkeit, sondern zugleich eine bedeutende ökonomische Kategorie. Die Art der Freizeitgestaltung hat außerordentlich wichtige Auswirkungen auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität.

Die unmittelbare ökonomische Auswirkung der Freizeitgestaltung läßt sich aus der Änderung der Arbeitsproduktivität in Verbindung mit dem Reproduktionsprozeß der Arbeitskraft der Werktätigen während der Freizeit feststellen.

Nach Feststellungen sowjetischer Wissenschaftler führt zum Beispiel eine systematische sportliche Betätigung der Werktätigen zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität bis zu 7,2 Prozent und zur Senkung der durchschnittlichen jährlichen Krankheitsdauer um 7 Tage (15).

Die mittelbare ökonomische Auswirkung der Freizeitgestaltung vollzieht sich durch die Kenntnisse, die der Werktätige durch Weiterbildung und kulturelle Tätigkeit erwirbt. Deshalb ist die rationelle Gestaltung der Freizeit eine der wichtigsten Voraussetzungen der erweiterten sozialistischen Reproduktion unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die komplexe Rationalisierung und schrittweise Automatisierung der Produktionsprozesse sowie die wachsende Bedeutung der Wissenschaft setzen völlig neue Maßstäbe für die berufliche Qualifikation und die allgemeine Bildung der Werktätigen. Schon in den ersten Phasen der Automatisierung läßt sich diese Tendenz klar erkennen. Wie sowjetische Untersuchungen besagen, steigt der Anteil der hochqualifizierten Kader bei der Automatisierung der Produktion gewaltig an. Dieser Wandel kann nur durch rationelle Nutzung der Freizeit optimal vollzogen werden und diese stellt ihrerseits wesentliche Anforderungen an die Gestaltung und Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt.

Der Städtebau hat dabei die Aufgabe, in komplexer Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen, die baulich-räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, die eine rationelle sozialistische Freizeitgestaltung ermöglichen und fördern. Dazu gehören sowohl die bauliche Organisation des Wohn-, Arbeits- und Erholungsbereiches als auch ihre internen und externen Wechselbeziehungen. Besondere Bedeutung erhält die Gestaltung des Wohnbereiches und der Naherholungsgebiete, wo der Hauptanteil der Freizeit verbracht wird.

Für die weitere Zukunft ist mit einem noch höheren Freizeitfonds und demzufolge mit einer weiteren Entwicklung der Einrichtungen für die Freizeitgestaltung zu rechnen. Von großer Bedeutung für die Ökonomie der Freizeit ist die Erreichbarkeit der Einrichtungen für die Freizeitgestaltung von der Wohnung und von den Arbeitsstätten aus sowie ihre Verfügbarkeit und Funktionstüchtigkeit. Die optimale Synthese dieser Faktoren bildet eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Anziehungskraft der Einrichtungen. Von entscheidender Bedeutung für die grundlegende sozialistische Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt ist das Problem der allgemeinen Weiterbildung in einer künftigen Entwicklung. Es ist heute schon erkennbar, daß auch künftig die allgemeine Schulbildung, die heute in der DDR zur 10klassigen polytechnischen Oberschule führte, weiter steigen wird. In der UdSSR rechnet man damit, daß in 30 bis 40 Jahren etwa 80 Prozent der jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren eine Hoch- oder Fachschulbildung erwerben werden, davon die Hälfte im Direktstudium und die andere Hälfte im Abend- und Fernstudium.

Die Hoch- und Fachschulen sowie auch andere zentrale Institutionen der Bildung werden fast in derselben Wechselbeziehung mit den Wohn- und Arbeitsstätten stehen müssen, wie gegenwärtig die polytechnische Oberschule. Da sie aber nicht wie letztere einen allgemeinbildenden Charakter haben, wird ihr Einzugsbereich wesentlich größer sein.

So werden diese Einrichtungen unter dem Aspekt der Ökonomie der Freizeit zu einem wesentlichen Faktor des Städtebaues. Sie haben bedeutende Auswirkungen auf die optimale Größe der kleinsten Siedlungseinheiten und Siedlungszentren und somit auf das gesamte Siedlungssystem und die Siedlungsstruktur.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die rationellste Nutzung der Freizeit mit der Funktionstüchtigkeit der gebauten Umwelt in enger Verbindung steht und damit die allseitige Ökonomie der Freizeit einen wesentlichen Bestandteil der Ökonomie der baulich-räumlichen Umwelt darstellt.

2. Ökonomie des Raumes

Die natürliche Umwelt mit allen ihren für das Leben der Gesellschaft notwendigen Ressourcen wie Land, Luft, Wasser, Fauna und Flora sowie ihren Energie- und Rohstoffquellen ist ein entscheidender Faktor für die Gestaltung der gebauten räumlichen Umwelt. Dieser Raum ist in der horizontalen Ebene nicht nur begrenzt, er wird auch in Zukunft mit seiner höheren Beanspruchung relativ enger.

Die Möglichkeit einer Erweiterung des verfügbaren Raumes in die Höhe und Tiefe ist im Zusammenhang mit den technisch-ökonomischen Möglichkeiten nur für bestimmte Zwecke und in begrenztem Ausmaße möglich und wird diese relative Verengung kaum ausgleichen können.

Die rationelle Bewirtschaftung des verfügbaren Raumes ist und wird deshalb immer mehr ein bedeutender Ausgangspunkt für die Organisation, Gestaltung und Entwicklung des gesamten gesellschaftlichen Lebens.

2.1. Erhöhung des Raumbedarfes

Die Ökonomie des Raumes ist ein generelles Problem der Zukunft, das besonders in den dichtbevölkerten Ländern, denen auch die DDR zuzuordnen ist, schon heute akut geworden ist.

Der Bedarf an Raum wird mit der künftigen Entwicklung der Lebensweise sowohl absoluter als auch relativ wachsen; absolut infolge des Bevölkerungszuwachses und relativ mit der Erhöhung des Pro-Kopf-Bedarfes an bebautem Raum und Freiflächen für Arbeit, Wohnen, Bildung, Erholung und Verkehr.

Diesem wachsenden Bedarf steht eine konstante Fläche gegenüber. Nur durch eine äußerst rationelle Bewirtschaftung des verfügbaren Raumes können die wachsenden Anforderungen befriedigt werden.

Die Ökonomie des Raumes wird immer mehr zu einem Grundkriterium des künftigen Städtebaues.

Erhöhung des absoluten Raumbedarfes

Die DDR hatte eine im Verhältnis zu anderen vergleichbaren Ländern ungünstige Bilanz der Bevölkerungsentwicklung. Aber diese Entwicklung, deren

Talsohle schon überwunden ist (1969 Bevölkerungszuwachs = 4112), wird sich allmählich normalisieren. Es ist anzunehmen, daß in den neunziger Jahren dieses Jahrhunderts auch die DDR einen Durchschnittszuwachs von jährlich 0,8 bis 1 Prozent erreicht. Das hätte für die Gestaltung der Umwelt, besonders für den Städtebau, weitreichende Konsequenzen. So müßte die weitreichende Städtebauprognose die Möglichkeit ins Auge fassen, daß sich die Bevölkerung der DDR bis zum Jahre 2050 verdoppelt.

Erhöhung des relativen Raumbedarfes

Die Schaffung der optimalen baulich-räumlichen Voraussetzungen für die entwickelte sozialistische und später kommunistische Gesellschaft ist mit einer wesentlichen Erhöhung des bebauten und umbauten Raumes je Einwohner verbunden. Die allseitige und freie Entfaltung der Persönlichkeit aller Bürger und der sozialistischen Menschengemeinschaft setzt mehr Wohn- und Freifläche für das Wohnen, Arbeiten, Erholen und die Bildung sowie für den Verkehr voraus.

Prognostische Einschätzungen sowjetischer Wissenschaftler bieten für die Darstellung der Ausmaße dieser Entwicklung interessante Ausgangspunkte. Aber auch in den kapitalistischen Ländern rechnet man mit einer wesentlichen Erhöhung des relativen Raumbedarfs.

Prognosestudien für den Städtebau in der UdSSR sehen für die Entwicklung des relativen Raumbedarfs folgende Ausmaße voraus (16):

Flächenbedarf	
für die städtische Bebauung	600 m²/EW
für Erholung und Gesundheit	1000 m²/EW
für Verkehr u. technische Versorgung	540 m²/EW
	2140 m²/EW

Hierbei wird künftig hauptsächlich mit 5- und 4geschossiger Wohnbebauung für die kleineren und mittleren Städte und mit vorwiegend vielgeschossiger Wohnbebauung für die Städte mit über 1 Million Einwohnern gerechnet.

Im Jahre 2070, wofür diese Prognose gestellt ist, wird die Bevölkerungsdichte der UdSSR 23 EW/km² betragen. Der Gesamtbedarf der Fläche für die städtische Bebauung, Erholung und Verkehr wird 5,3 Prozent der Gesamtfläche der UdSSR oder 10,5 Prozent der für die Besiedlung günstigen Flächen ausmachen.

Untersuchungen über das Raumproblem in den USA (17) rechnen schon für das Jahr 2000 mit einem höheren Flächenbedarf für die oben erwähnten Bedürfnisse.

Der Flächenbedarf für städtische Bebauung, Erholung und Verkehr soll danach schon im Jahre 2000 trotz einer fast zweifachen Verdichtung der Verkehrsfläche 2470 m²/EW erreichen. Das entspricht 10,6 Prozent der Gesamtfläche und 14,0 Prozent der bebaubaren Fläche der USA. Nach den Angaben dieser Untersuchungen haben die USA schon im Jahre 2000 bei einer Bevölkerungsdichte von etwa 35 EW/km² ein Defizit von rund 20 Millionen ha, das nicht zu decken ist, obwohl die Flächen für Landwirtschaft und Forst trotz einer Verdoppelung der Bevölkerung kein wesentliches Wachstum aufweisen werden.

Die Flächenbewirtschaftung in der DDR zeigt ein anderes Bild. Aus der Statistik ist zu ersehen, daß schon jetzt mit einer Dichte von 158 EW/km² weitaus weniger Raum der Bevölkerung zur Verfügung steht als in den USA des Jahres 2000. Zum Beispiel ist in der DDR für die Land- und Forstwirtschaft nur eine Fläche von rund 0,54 ha/EW verfügbar gegenüber 2,0 ha/EW in den USA im Jahre 2000. Für die gesamte städtische und ländliche Bebauung, für Erholung und Verkehr stehen heute in der DDR nur 650 m²/EW zur Verfügung, was insgesamt 10 Prozent der gesamten Fläche in Anspruch nimmt, wohingegen die sowjetische Prognose 2140 m²/EW und die genannte amerikanische Untersuchung 2470 m²/EW als künftigen Bedarf annehmen.

Wenn wir hypotetisch den in der Sowjetunion prognostizierten Raumbedarf für die Schaffung optimaler baulich-räumlicher Bedingungen der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft, für die Bedürfnisse der städtischen Bebauung, Erholung und Verkehr in die Verhältnisse der DDR umsetzen würden und dabei die mögliche Entwicklung der Bevölkerung bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts berücksichtigen, ergäbe sich, daß dann für städtische Bebauung, Erholung und Verkehr rund 50 Prozent der Gesamtfläche der DDR (das heißt das 5-fache von heute) beansprucht werden würden. Das hätte zur Folge, daß ein großer Teil der gegenwärtig von der Landwirtschaft genutzten Fläche für die Zwecke der Bebauung, des Verkehrs und der Erholung in Anspruch genommen werden müßte. Das ist natürlich obsurd, aber es zeigt deutlich, wie bedeutend die Ökonomie des Raumes für die künftige Entwicklung des Städtebaus in der DDR ist.

Raumbedarf und Verstädterungsprozeß

Die künftige Migration eines weiteren Teiles der heutigen Bevölkerung der ländlichen Gebiete in die Städte wird eine weitere Konzentration und Vergrößerung der Städte und eine weitere Entwicklung der Ballungsgebiete zur Folge haben. Diese Prozesse bedingen eine relative Erhöhung des Raumbedarfes. Je größer eine Siedlung wird, um so höher ist der durchschnittliche Raumbedarf je Einwohner. Es ist zu erwarten, daß die mittleren und großen Städte der DDR schon bis zum Jahre 2000 infolge der weiteren Entwicklung dieses Prozesses etwa 2 Millionen Einwohner mehr aufnehmen werden. Dieser Prozeß wird auch danach noch erhalten, bis ein absehbarer Grenzwert erreicht ist. Parallel zu dieser Entwicklung wird sich auch die gesamte Siedlungsstruktur wesentlich verändern.

Dieser Prozeß wird in der nächsten Zukunft langsamer vor sich gehen, aber mit der Zeit immer mehr an Beschleunigung gewinnen. Es ist vorauszusehen, daß etwa 80 Prozent der über 9000 Gemeinden der DDR allmählich ihre Bedeutung als ständiger Wohnsitz der Bevölkerung verlieren.

Auch dieser Prozeß wird zu einer Erhöhung des Bedarfs an bebautem Raum und Freiflächen in den Städten und Siedlungsschwerpunkten führen.

2.2. Ökonomie des Raumes in Verbindung mit den Anforderungen der Ökonomie der Zeit

Die rationelle Bewirtschaftung des Raumes im Städtebau ist zugleich eine Forderung der Ökonomie der Zeit. Das gesamte städtische Leben, das Arbeiten, Wohnen und Erholen, die Bildung und Kultur vollziehen sich in Raum und Zeit. Der Zeitaufwand der städtischen Bevölkerung in seiner absoluten Größe und in der Relation seiner Teilbereiche ist weitgehend von der räumlichen Organisation der Stadt abhängig.

Die Zielstellung der Ökonomie des Raumes aus der Sicht der Ökonomie der Zeit besteht darin, die Relation zwischen dem effektiven und uneffektiven Zeitaufwand der Bewohner möglichst zu verbessern, wobei unter effektivem Zeitaufwand die Zeit für produktive und schöpferische Arbeit, Zeit für die physiologischen Bedürfnisse und die Zeit für die allseitige Entwicklung des Individuums (die wirkliche Freizeit) und unter dem Begriff des uneffektiven Zeitaufwandes in der Hauptsache die Wege- und Wartezeiten zu verstehen sind.

Der Inhalt der Ökonomie des Raumes aus der Sicht der Ökonomie der Zeit ist vielseitig und darf nicht mit einer einfachen quantitativen Herabsetzung des Raumbedarfes verwechselt werden. In bestimmten Fällen ist es sogar umgekehrt. Zum Beispiel eine enge und kurze Straße, wo die Verkehrsmittel nur mit einer Geschwindigkeit von 10 km in der Stunde fahren können, ist zeitmäßig bei weitem unökonomischer als eine breitere und längere Straße die eine verhältnismäßig höhere Geschwindigkeit ermöglicht. Beim Fußgängerverkehr steht die Möglichkeit der Ökonomie der Zeit anders, und zwar unter normalen Bedingungen in direktem Verhältnis zur Weglänge.

Die rationelle Nutzung des Raumes unter dem Aspekt der Ökonomie der Zeit ist einer der entscheidendsten Ausgangspunkte für die optimale Lösung vieler städtebaulicher Probleme, wie das Problem der Ausarbeitung des Funktionsmodells der Stadt, die Wechselbeziehung zwischen den Funktionsbereichen und ihrer Annäherung, Verflechtung und Überlagerung, das Problem der Dichte und Kompaktierung sowie die optimalen Formen der Bebauung der Stadt.

Auch innerhalb jedes Funktionsbereiches steht die funktionelle Organisation in engem Zusammenhang mit der rationellen Nutzung des Raumes unter dem Aspekt der Ökonomie der Zeit. Sie bestimmt zum Beispiel weitgehend die räumliche Wechselbeziehung der einzelnen Funktionselemente. Im Wohnbereich beeinflußt sie die optimale Größe der gesellschaftlichen und kollektiven Einrichtungen, ihre Lage und Verbindungswege zu den Wohnungen und danach die gesamte räumliche Organisation des Wohnbereiches bis zur Bebauungsform.

Zunehmende Bedeutung gewinnen die Anforderungen der sozialistischen Freizeitgestaltung an die Ökonomie des Raumes. In diesem Bereich ist mit der weiteren Entwicklung der sozialistischen Lebensweise ein weitreichender Wandel mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die baulich-räumliche Umwelt, vor allem der Erholungsbereiche in der Stadt und der Naherholungsgebiete zu erwarten. Diese Auswirkungen müssen in den städtebaulichen Komplexen, die wir heute und in der nächsten Zukunft errichten, bedenken damit die Anpassung an künftige Anforderungen ökonomisch vertretbar und funktionell möglich ist.

Nicht weniger tiefgreifend ist auch der Wandel der Arbeitsweise und des Arbeitsbereiches in der Stadt und ihre Auswirkungen auf die Ökonomie des Raumes. Die außerordentlich bedeutenden ökonomischen und sozialen Auswirkungen erfordern, daß das Problem der Ökonomie des Raumes in Verbindung mit der Ökonomie der Zeit in seiner Komplexität und Vielseitigkeit unter Berücksichtigung aller entscheidenden Aspekte erforscht und als einer der wesentlichsten Ausgangspunkte für die Ausarbeitung der städtebaulichen Planungen und als ein Hauptkriterium für ihre Beurteilung betrachtet wird.

Bei der Kompliziertheit der Problematik sind die traditionellen Methoden der Optimierung durch Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung zu bereichern, ohne die eine komplexe Erfassung des Gesamtproblems nicht denkbar ist.

Anmerkungen und Literatur

(1) Nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1970

(2) Marx, K.: Grundriß der Kritik der politischen Ökonomie, Dietz Verlag, Berlin 1953

(3) Nach Angaben von Ostermann in einem Artikel der Zeitschrift „Architektura SSSR"

(4) Nach Angaben von Bolonenko in der Zeitschrift „Stroitelstwo i Architektura Moskwi", Heft 12/1969

(5) Aus: Die Richtung der Entwicklung der Wohnbebauung in der UdSSR, Staatliches Komitee für Bauwesen und Architektur, Institut für Wohnbauten, Moskau 1969/70

(6) Nach „Stroitelstwo i Architektura Moskwi", Heft 1/1971

(7) Tscherepanow, Stadtverkehr und Planung neuer Städte, Wissenschaftliche Prognosen der Entwicklung und Formierung sowjetischer Städte auf der Grundlage des sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Moskau 1969, Heft 2, S. 109 bis 110

(8) Nach einem Vortrag von G. Kabus auf einer Tagung der Deutschen Bauakademie am 17. 1. 1969 in Berlin

(9) Wohnungsbaukonzeption N. K. von Macetti, 1966

(10) Kartaschow, K.: Perspektive der Entwicklung der Industriebauten. In: Architektura SSSR, Heft 11/1970, S. 13.

(11) Zeitbilanz in den Haushalten der DDR, Institut für Bedarfsforschung, Leipzig 1966

(12) Bikadorow, P. R.: Beitrag auf der Allunionskonferenz der Akademie der Wissenschaften der UdSSR über Zeitbudget und ökonomische Planung, Nowosibirsk 1969, Heft 1

(13) Moltschanow, Freund des Fahrers, In: Prawda, vom 14. 10. 1969

(14) Nach Untersuchungen von Lippold zu Fragen der Zeitbudgetforschung

(15) Nach Angaben von Ostermann in der Zeitschrift Architektura SSSR, Heft 9/1969, S. 34

(16) Baranow, Über die künftige Entwicklung des Sowjetischen Städtebaus. In: Architektura SSSR, Heft 10/1970, S. 24

(17) Natural Ressources for U. S. Growth, Baltimore 1967

Modifizierte Einwohnerdichten als Planungsgrundlage für Wohngebiete

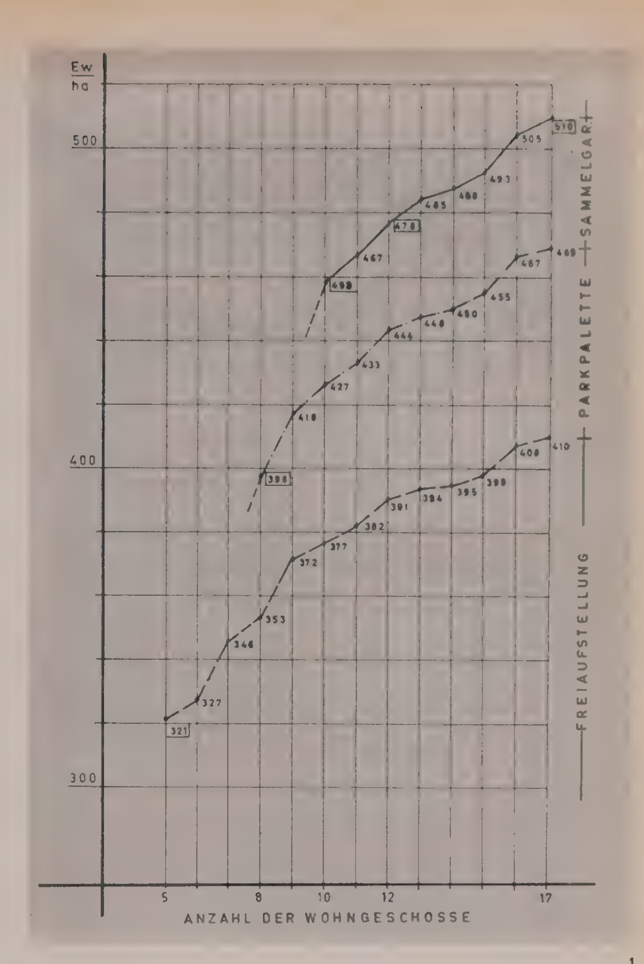
Dr.-Ing. Siegfried Kress

Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur
Abteilung Wohngebiete

In den letzten Jahren sind im Institut für Städtebau und Architektur Studien zur Entwicklung der Einwohnerdichte bei mehrgeschossiger, vielgeschossiger und Hochhausbebauung erarbeitet worden. Die Ergebnisse sind in der Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, Hefte 27 und 33, sowie in „deutsche architektur", Heft 3/68, veröffentlicht. Die Problematik in der Anwendung dieser Ergebnisse liegt darin, daß die für eine wissenschaftliche Bearbeitung notwendige Abstraktion nur in wenigen Fällen den konkreten Bedingungen gerecht wird bzw. werden kann und eine sinngemäße Interpretation zeitaufwendig oder schwierig ist und deshalb meist nicht vorgenommen wird.
Die hier erläuterte Methode soll den örtlichen Planungsorganen und Entwurfsbüros ermöglichen, die ihren regionalen und örtlichen Bedingungen entsprechende maximal mögliche Einwohnerdichte für jedes Baugebiet zu ermitteln und damit reale Bilanzierungs- und Kontrollgrundlagen zu schaffen. Darüber hinaus erscheint es möglich, damit Ansätze für Rechenprogramme herauszuarbeiten.
Grundlage dieser Berechnungsmethode ist der Gedanke einer wirtschaftlichen Flächennutzung. Aus den genannten theoretischen Studien konnte der Nachweis abgeleitet werden, daß diese Zielstellung bei 5- bis 17geschossiger Wohnbebauung möglich ist. Bei diesen Schlußfolgerungen ist berücksichtigt, daß die hygienischen Forderungen (insbesondere die Einhaltung der Besonnungsabstände), funktionelle Verflechtungen und Beziehungen erfüllt werden und auch die gestalterischen Faktoren die ihnen gebührende Anerkennung finden.
Der funktionell erforderliche Flächenbedarf ergibt sich aus
- bebauten Flächen für Wohn- und Gesellschaftsbauten
- Freiflächen an Wohngebäuden und gesellschaftlichen Einrichtungen
- Sport- und Tummelplätzen
- Flächen für den fließenden und ruhenden Verkehr,

entsprechend der Ausstattung des Wohngebietes mit gesellschaftlichen Einrichtungen und deren erforderlichen Kapazitäten, der Unterbringung des ruhenden Verkehrs (Freiaufstellung, Parkpaletten oder Sammelgaragen) sowie der Geschoßzahl der Wohngebäude.
■ Hauptgedanke der Berechnungsmethode ist es nun, von dem konkreten städtebaulichen Programm ausgehend, jeweils den tatsächlichen Bedarf an bebauten, Frei- und Verkehrsflächen zu ermitteln und dadurch den Gesamtflächenbedarf festzustellen, aus dem die maximal mögliche Einwohnerdichte abgeleitet werden kann.
■ Entsprechend den örtlichen Bedingungen und Voraussetzungen sind Abminderungsfaktoren festzustellen, ihre Größe ist zu ermitteln und zu berücksichtigen.
Aus diesen beiden Arbeitsgängen ergibt sich dann eine modifizierte Einwohnerdichte, an der sich die Planung und Projektierung orientieren kann.
Die Festlegung einer modifizierten Einwohnerdichte kann bereits im Rahmen der städtebaulichen Direktive erfolgen. Dieser konkreten Aufgabenstellung ist im Verlauf der Planung und des städtebaulichen Entwurfes das tatsächlich erreichte Ergebnis gegenüberzustellen. Bei Differenzen kann anhand der Teilbereiche und ihres Flächenbedarfes analysiert werden, wo und aus welchem Grunde die Unterschiede auftreten. Stellen sie sich als objektiv begründet heraus, kann der Entwurf als der Aufgabenstellung entsprechend angesehen werden. Sind die Abweichungen objektiv nicht begründbar, sind die Mängel im Entwurf zu suchen und auch dort zu beseitigen.
Es ist aber nicht zulässig, Flächenverschiebungen, die eine Qualitätsminderung darstellen, anzuerkennen, nur weil die Gesamtbilanz aufgeht. Beispielsweise wäre es falsch, bei dem Nachweis eines insgesamt ausreichenden Freiflächenangebotes zuzulassen, daß bei Vorschuleinrichtungen oder Sportanlagen eine Unterbilanzierung auftritt. Auch solche Mängel sind durch eine entsprechende Korrektur der städtebaulichen Konzeption abzustellen.
Aus diesen Feststellungen geht hervor, daß diese Methode auch insofern eine neue Qualität darstellen wird, weil sie städtebauliche Qualitätsmerkmale einschließt. So ist neben den erforderlichen Besonnungsabständen, die ohne weiteres gewährleistet werden können, gesichert, daß
- ein ausreichendes Mindestflächenangebot für gesellschaftliche Einrichtungen, besonders bei Sport- und Kindereinrichtungen, vorhanden ist und eine Erhöhung entsprechend den Zielvorstellungen der örtlichen Organe möglich wird
- die Unterbringung des ruhenden Verkehrs optimiert werden kann und anderes mehr.

Bei richtiger Anwendung dieser Methode ist es auf Grund ihrer einfachen Handhabung möglich, eine große Zahl von Varianten



1

rechnerisch zu bestimmen und inhaltlich sowie ökonomisch zu vergleichen.
Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß zwischen dieser Methode und den in Heft 33 der Reihe Städtebau und Architektur entwickelten funktionellen und ökonomischen Grundlagen ein kontinuierlicher Zusammenhang besteht und die folgenden Angaben teilweise eine Weiterentwicklung darstellen. So wurde diese Methode zur Ermittlung modifizierter Einwohnerdichten dazu benutzt, auf der Grundlage eines durchschnittlichen Flächenbedarfes, wie er den allgemeinen Ausstattungsnormativen entspricht, die bisherigen Orientierungswerte für Einwohnerdichten zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Feststellung des Flächenbedarfes

1. Bebaute Flächen (m²/EW)

Wohngebäude (entsprechend der Anzahl der Wohngeschosse)													Gesellschaftliche Einrichtungen
5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	1,3 ... 1,8 GZ
4,6	4,3	3,7	3,3	2,9	2,6	2,4	2,2	2,0	1,9	1,7	1,6	1,5	2,16 ... 1,42

Dabei sind die optimalen Mischungsverhältnisse der Wohngebäude (in %) wie folgt angenommen:

Anteile	Durchschnittliche Geschoßzahl												
	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
5 Geschosse	100	85	55	35	15	—	—	—	—	—	—	—	—
10 Geschosse	—	15	45	65	85	100	80	65	45	35	20	10	—
17 Geschosse	—	—	—	—	—	—	20	35	55	65	80	90	100

Die Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen entspricht einer durchschnittlichen Kapazität der Vorschuleinrichtungen, Polytechnische Oberschule, Kaufhalle, Annahmestellen, Dienstleistungen, Gaststätte, Schülerspeisung, Klub, Bibliothek und medizinischen Versorgung.
Die Flächenabminderung ist neben der Erhöhung der durchschnittlichen Geschoßzahl durch Konzentration anzustreben.

2. Freiflächen (m²/EW)

an Wohngebäuden	für gesellschaftliche Einrichtungen	Sportplätze	Tummelplätze
5,0 ... 4,0	5,4 ... 4,4	3,0	1,0

Die Freiflächen an Wohngebäuden beinhalten Vorgärten, Wege, Spielplätze und Wirtschaftseinrichtungen. Die Abminderungen entstehen mit zunehmender Erhöhung der Einwohnerdichte durch Wegfall von Wirtschaftseinrichtungen (Wäschetrockenplätze, Müllplätze) und durch Konzentrationen.

3. Verkehrsflächen (m² EW)

Der Anteil der Verkehrsflächen ist abhängig von der Einwohnerdichte und Geschoßzahl sowie der Unterbringung des ruhenden Verkehrs. Dementsprechend ist in der folgenden Aufstellung verfahren. Dabei bedeutet:

I Freiaufstellung der PKW (268 Plätze)
II 2gesch. Parkpalette (228 Plätze + 40 Pl. Freiaufstellung)
III 4gesch. Sammelgarage (228 Plätze + 40. Pl. Freiaufstellung)

Die Anzahl der Plätze entspricht einem Motorisierungsgrad von 1 : 5 zuzüglich 20 Prozent Besucherverkehr; je 1000 EW

Fließender Verkehr entsprechend der Anzahl der Wohngeschosse	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	Ruhender Verkehr
I	3,2	3,0	2,8	2,7	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5	2,5	2,4	2,4	6,7
II	—	—	—	2,5	2,4	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2	2,1	2,1	3,9
III	—	—	—	—	—	2,2	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	1,9	2,4

Aus der Zusammenstellung der erforderlichen Flächen ergeben sich maximale theoretische Einwohnerdichten von 321 EW ha (= 31,1 m² EW) bis 510 EW ha (= 19,6 m² EW). Das entspricht einer Bebauung von 5 Wohngeschossen mit Freiaufstellung der PKW bis zu 17 Wohngeschossen mit Sammelgaragen.

Abbildung 1 zeigt, daß sich entsprechend der Unterbringung des ruhenden Verkehrs und des damit verbundenen Flächenbedarfes unterschiedliche Maximaldichten ergeben, und zwar

- bei Freiaufstellung — 410 EW ha
- 2geschossigen Parkpaletten — 469 EW ha
- 4geschossigen Sammelgaragen — 510 EW ha.

Stellt man die Gesamtinvestitionen zusammen, so ergibt sich, daß die Wahl der Aufstellungsform für den ruhenden Verkehr eingeschränkt wird.

So ist die Freiaufstellung der PKW nur bis zu etwa 8 Wohngeschossen,

die Anwendung von 2geschossigen Parkpaletten bis zu etwa 10 Wohngeschossen ökonomisch vertretbar,

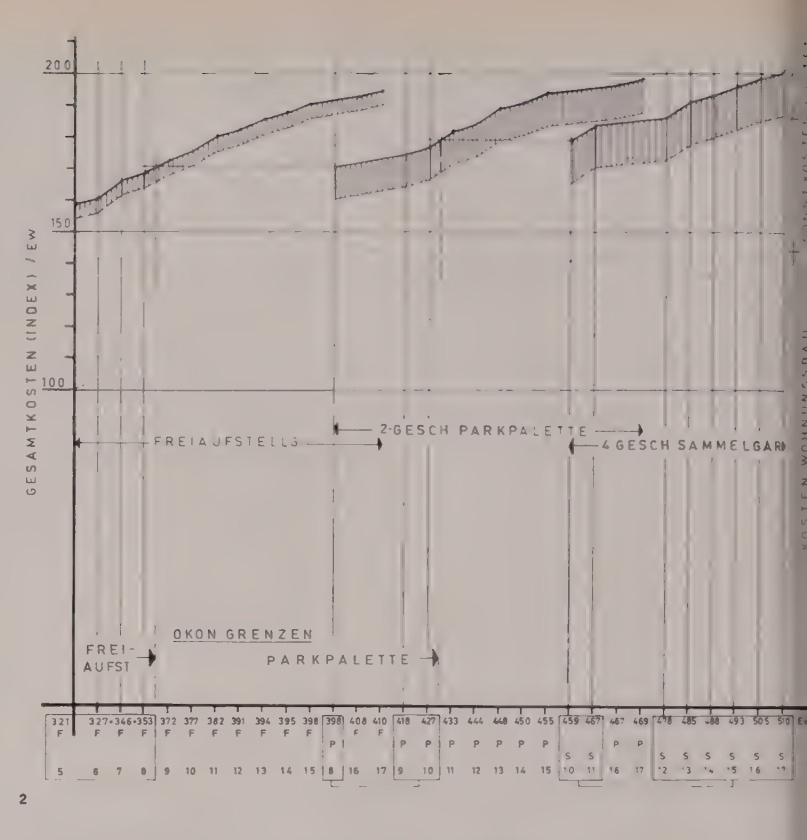
darüber hinaus die Berücksichtigung 4geschossiger Sammelgaragen notwendig (Abb. 2).

Diese Feststellung wird sich zweifellos für die einzelnen Bauvorhaben nicht ohne weiteres anwenden lassen und muß deshalb von Fall zu Fall überprüft werden. Als generelle Tendenz wird sie aber prinzipiell zu beachten sein.

Die Bedingungen für eine höhere Geschoßzahl und damit für eine höhere Einwohnerdichte ergeben sich aus dem Baulandwert. Optimiert man die Einwohnerdichte und die damit verbundenen Gesamtkosten (vgl. Heft 33 der Schriftenreihe Städtebau und Architektur), so kristallisieren sich Vorzugsdichten und -geschoßzahlen heraus:

5 Wohngeschosse, Freiaufstellung der PKW	maximal 321 EW ha
8 Wohngeschosse, 2gesch. Parkpalette	maximal 398 EW ha
10 Wohngeschosse, 4gesch. Sammelgarage	maximal 459 EW ha
12 Wohngeschosse, 4gesch. Sammelgarage	maximal 478 EW ha
17 Wohngeschosse, 4gesch. Sammelgarage	maximal 510 EW ha

(Abb. 3, 3 I bis III)



2

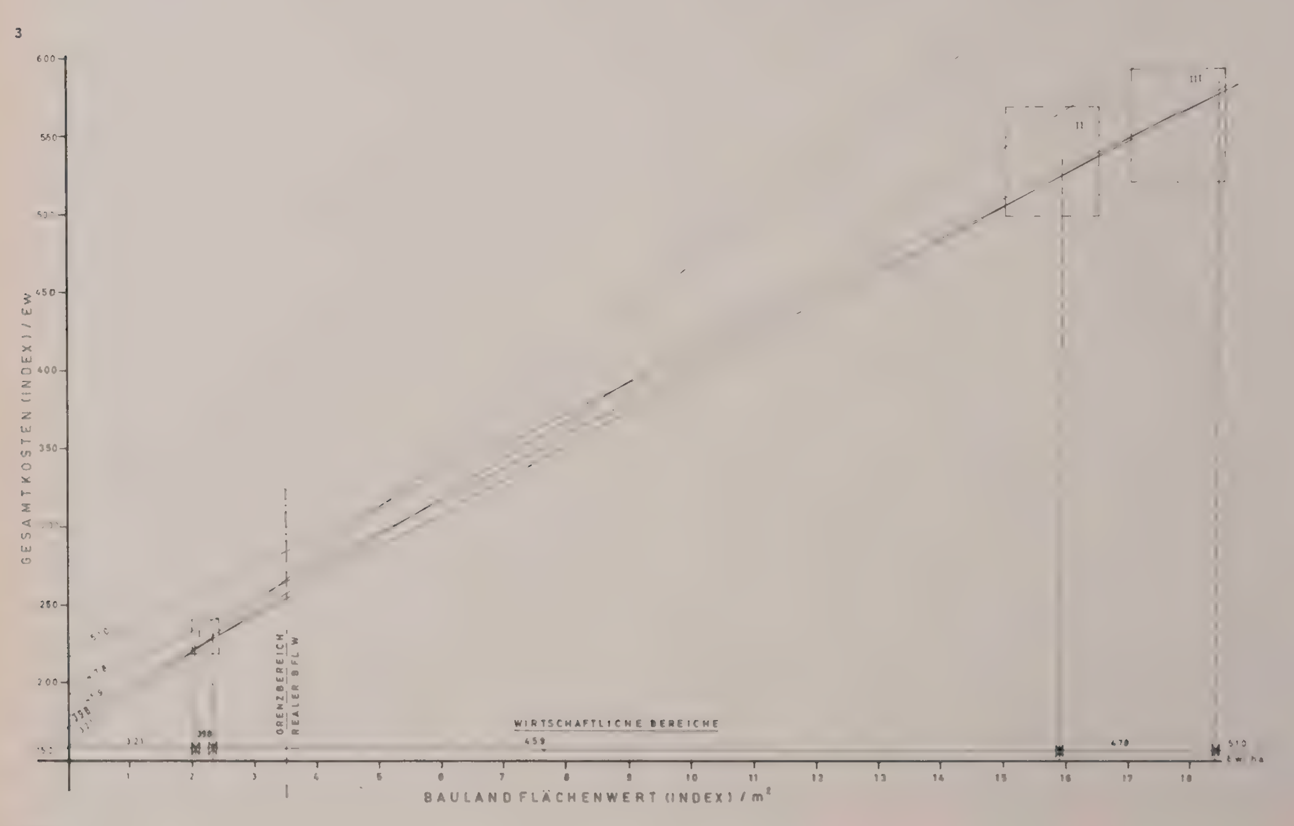
Wesentliche Kriterien für eine maximale Einwohnerdichte

■ Die Erschließungsstraßen und damit die Straßenräume sind für die Aufstellung der PKW heranzuziehen, und zwar so, daß bei 5geschossiger Bebauung 50 bis 70 Prozent der erforderlichen Stellflächen sich an den Erschließungsstraßen befinden, bei vielgeschossiger und Hochhausbebauung die nicht in Parkpaletten und Sammelgaragen vorgesehenen Freiaufstellungen.

■ Um unter diesen Bedingungen eine ruhige Zone für die Einwohner zu sichern, ist die Bebauungsstruktur so zu gliedern, daß wechselweise Grün- und Straßenräume entstehen und jede Wohnung an einen Grünraum angeschlossen ist. Das setzt eine wohlweise Anordnung der Hauseingänge voraus.

■ Die direkte Zuordnung von Vorschuleinrichtungen zu Wohngebäuden, also eine weitgehende Umbauung, wird bei vielgeschossiger und Hochhausbebauung notwendig, während sie bei mehrgeschossiger Bebauung nicht unbedingt erforderlich ist.

3



Regionale und örtliche Einflußfaktoren auf die Einwohnerdichte

1. Ausstattung und Kapazitäten

Die regionalen oder örtlichen Voraussetzungen oder Zielstellungen für die Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen und die erforderlichen Kapazitäten sind unterschiedlich. Daraus leitet sich auch ein unterschiedlicher Flächenbedarf ab. Für die Ermittlung der maximal möglichen Einwohnerdichte ist dieser Bedarf zugrunde zu legen. Allerdings sind einige der vorgegebenen Werte als verbindlich anzusehen. Das betrifft vor allem den Flächenbedarf für Vorschuleinrichtungen, Schulen und Sportanlagen (einschl. Tummelplätze für Jugendliche).

2. Funktionelle Beziehungen

Die Kriterien für die maximal möglichen Einwohnerdichten, insbesondere die Standortbestimmung für Vorschuleinrichtungen und Parkstellflächen, sind als Empfehlung anzusehen. Die endgültige Entscheidung muß durch die örtlichen Organe getroffen werden. In diese Entscheidung eingeschlossen ist die Verantwortung für eine möglicherweise damit verbundene Verringerung der Einwohnerdichte.

3. Bautechnische und territoriale Einflüsse

Der ermittelte durchschnittliche Flächenbedarf geht von effektiven Wohnungstypen aus. Hauptgesichtspunkte dieser städtebaulichen Effektivität sind:

- Frontlänge je Einwohner = 1,95 bis 2,00 m/EW (je Sektion und Geschoß)
- durchschnittliche Gebäudelänge = mehr als 12 Sektionen (unter Einbeziehung geschlossener Ecken)
- wahlweise Erschließung der Wohngebäude.

Werden diese Bedingungen nicht erfüllt oder ergeben sich beispielsweise andere bebaute Flächen (was vor allem bei Hochhäusern der Fall sein kann), so führt das von vornherein zu objektiv begründeten Abweichungen von der maximal möglichen Einwohnerdichte. Darüber hinaus können auch der Zuschnitt des Bebauungsgebietes oder die Topographie unter anderem auf die Einwohnerdichte einwirken. Das gleiche gilt für Erschließungssysteme, bei denen ebenfalls Abweichungen von den durchschnittlichen Werten möglich sind.

Aus diesen Einflußfaktoren ergeben sich die bereits genannten Abminderungsfaktoren.

Nicht alle diese Abminderungsfaktoren können allgemeingültig quantifiziert werden. Das gilt hauptsächlich für territoriale Einflüsse und Erschließungssysteme.

Funktionelle und bautechnische Faktoren sind wie folgt einzuschätzen:

■ Anordnung der Parkstellflächen bei 5geschossiger Bebauung außerhalb der Wohnbebauung:

Dadurch kommt es zu einem funktionell nicht direkt nutzbaren Freiflächenangebot von 3,3 bis 4,5 m^2/EW zwischen den Wohngebäuden. Im gleichen Maße ist zusätzliche Fläche für die Unterbringung des ruhenden Verkehrs bereitzustellen, so daß sich die maximal mögliche Einwohnerdichte von 321 EW/ha (= 31,1 m^2/EW) von vornherein auf 290 bis 280 EW/ha (34,4 bis 35,6 m^2/EW) verringern würde.

■ Anordnung der Vorschuleinrichtungen außerhalb der vielgeschossigen und Hochhausbebauung:

Dadurch verringert sich die maximale Einwohnerdichte bei 10 Wohngeschossen auf rund 350, bei 17 Geschossen auf rund 440 EW/ha, so daß die Anwendung höherer Geschoßzahlen überhaupt in Frage zu stellen ist, wenn diese funktionellen Beziehungen in Betracht gezogen werden.

■ Vergrößerung der Frontlänge je Einwohner:

Ergibt sich bei den regionalen Objekten des Wohnungsbaues eine größere Frontlänge je Einwohner, so können die Abminderungen, bezogen auf die maximal mögliche Dichte, betragen bei einer Frontlänge von

2,1 m/EW	etwa 5 Prozent
2,2 m/EW	etwa 9 Prozent
2,3 m/EW	etwa 13 Prozent
2,4 m/EW	etwa 17 Prozent
2,5 m/EW	etwa 20 Prozent

■ Verringerung der durchschnittlichen Gebäudelänge:

Die Abminderung der maximal möglichen Einwohnerdichte beträgt bei

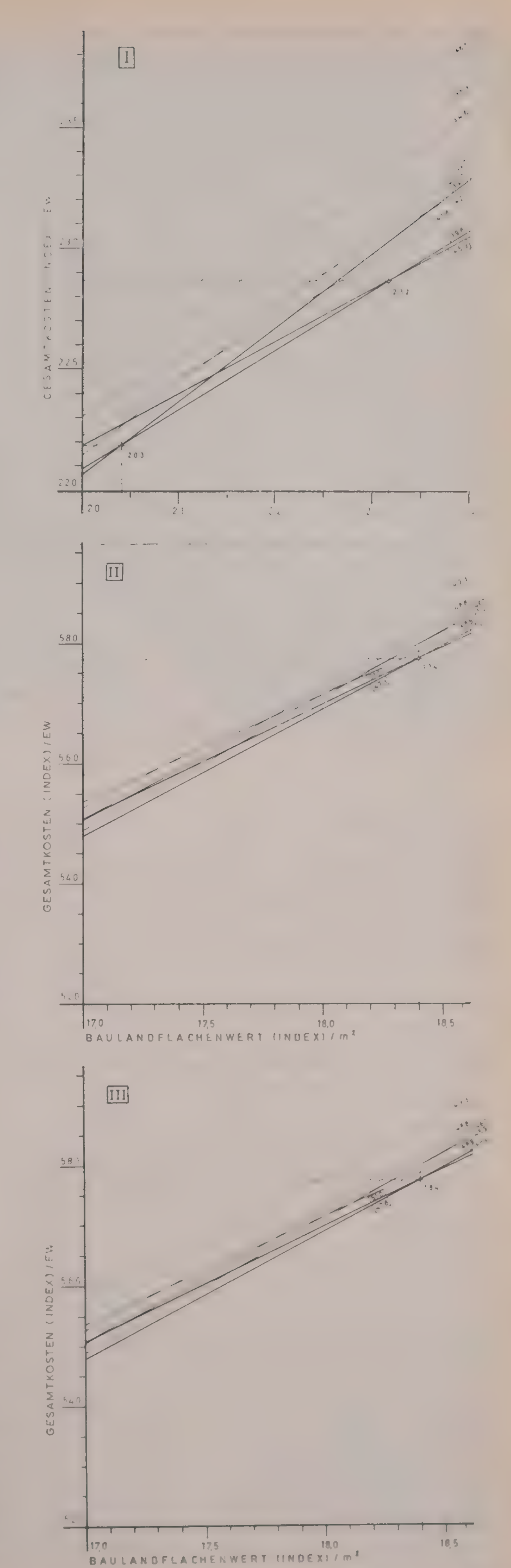
durchschnittlich 6 bis 8 Sektionen	etwa 6 Prozent
weniger als 6 Sektionen	etwa 12 Prozent

(vergl. auch „deutsche architektur", Heft 8/71).

Ist eine wahlweise Erschließung der Wohngebäude nicht möglich, ist mit einem erhöhten Flächenbedarf für die Verkehrserschließung zu rechnen. Allgemeingültige Aussagen sind infolge der unterschiedlichsten Erschließungsbedingungen nicht möglich. Der erhöhte Flächenbedarf muß deshalb der Planung entnommen werden.

Mehrere Abminderungsfaktoren können gleichzeitig auftreten. Unter Berücksichtigung möglicher Kompensationen sind sie zu addieren.

Wenn auch davon ausgegangen werden kann, daß die hiermit vorgetragenen Gedankengänge eine Weiterentwicklung und Verbesserung der bisherigen Bewertungsgrundlagen darstellen, so muß gleichzeitig gesagt werden, daß erst die praktische Anwendung und Anwendbarkeit das gültige Kriterium sein kann.





1

Wohngebiet Helbersdorfer-Markersdorfer-Hang in Karl-Marx-Stadt

Dipl.-Ing. Günter Stahn
Experimentalwerkstatt des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie

Wissenschaftlich-künstlerische Leitung:
Professor Dr.-Ing. E. h. Hermann Henselmann
Chefarchitekt des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie zu Berlin
Verfasser:
Dr.-Ing. Achim Felz,
Architekt BdA DDR
Dipl.-Ing. Günter Stahn,
Architekt BdA DDR
mit
Lothar Hahn, Stadtarchitekt von Karl-Marx-Stadt, Architekt BdA DDR
Roland Nestler, Stellv. Stadtarchitekt, Architekt BdA DDR
Walter Härtel, Techn. Direktor, des WBK „Wilhelm Pieck", Karl-Marx-Stadt
Mitarbeiter:
Dr.-Ing. Wilfried Görtz
Dipl.-Ing. Günter Reiß
Dipl.-Ing. Andreas Roschig
Dipl.-Ing. Bernd Stude
Dipl.-Ing. Gertraud Hahn,
Architekt BdA DDR
Bauing. Rolf Kaiser,
Architekt BdA DDR
Dipl.-Ing. Frank Jahn
Dipl.-Ing. Günter Härtel

Eine städtebauliche Leistung setzt voraus, daß im engen Zusammenwirken zwischen gesellschaftlichem Auftraggeber und Vertretern der verschiedensten wissenschaftlichen Bereiche und den Architekten eine schöpferische Atmosphäre des Suchens nach neuen Möglichkeiten und Lösungen geschaffen wird, die eine Befriedigung der materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in ihrer Wohnumwelt zum Ziel hat.

Die städtebauliche Planung des Wohngebietes Helbersdorfer-Markersdorfer Hang entstand in unmittelbarer Auswertung des 14. Plenums des ZK der SED und ist ein Versuch, die gewonnenen gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse auf den Bereich der Architektur anzuwenden. Mit dieser Planung wurde entgegen bisheriger Auffassungen versucht, mit vorwiegend fünfgeschossiger Bebauung eine wirtschaftliche Lösung zu finden.

Wir sind davon ausgegangen, daß im Prozeß „Sozialistische Rationalisierung" die weitere Verbesserung der Wohnbedingungen in der Gesamtstadt und die Errichtung von Neubauten eine untrennbare Einheit bilden.

Deshalb sollten in den neuen Wohngebieten nur solche Einrichtungen der gesellschaftlichen Versorgung vorgesehen werden, die künftig auch in den übrigen Altbauwohngebieten zur Anwendung kommen, um nicht ein Gefälle der Lebensbedingungen zwischen den Stadtteilen zu schaffen.

Auf die Probleme, die sich aus dieser Sicht mit der Ausschreibung des städtischen Ideenwettbewerbes Markersdorfer-Helbersdorfer Hang in Karl-Marx-Stadt und seinen Lösungen (deutsche architektur, H. 1 1971) verbinden, hat Prof. Dr. E. h. Henselmann in seinem Artikel „Überlegungen eines Architekten" (deutsche architektur, Heft 5/1971) bereits hingewiesen. Es geht um die Wechselbeziehungen zwischen den sich ständig wandelnden und entwickelnden Bedürfnissen einerseits und dem Niveau der Bedingungen ihrer Erfüllung andererseits. Dieser Widerspruch ist ein ständig treibendes und bewegendes Element im gesamten Bauwesen.

Noch eine andere Überlegung sollte bei einer kritischen Einschätzung unserer Arbeit genannt werden: die Frage der wirksamen Einbeziehung der Kollegen in den Baukombinaten. Unter den Bedingungen des industriellen Bauens gewinnt die Rolle des konstruktiv-technologischen Details für eine städtebauliche Konzeption zunehmend größere Bedeutung.

Das erfordert auch von den Stadtarchitekten bei der Leitung dieser Aufgaben, von einer Gesamtkapazität ausgehend, alle Ideen und Gedanken der Architekten, Ingenieure und Neuerer ihrer Stadt einzubeziehen und voll auszuschöpfen. Ist andererseits die Investitionsordnung noch zu unbeweglich, so daß es erst eines Auftrages bedarf, um die Architekten anzuregen, sich über die ihnen gestellten Aufgaben so frühzeitig wie möglich zu informieren und eigene Gedanken und Ideen beizusteuern?

Die nach kurzer Zeit gemeinsamer Arbeit vorgeschlagene Lösung ist ein erster Ansatz, der einer schöpferischen Weiterentwicklung durch die Architekten und Ingenieure des Wohnungsbaukombinates bedarf. Der Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt bestätigte am 11. 3. 1971 die wissenschaftlich-künstlerische Konzeption und den Entwurf der Bebauungskonzeption. Diese Be-

2

schlüsse zielen inhaltlich auf die grundsätzliche Gestaltung und ihre Tendenzen, wie sie dem Bearbeitungsstand entsprechen.

Ende des vergangenen Jahres wurden im Sekretariat der Bezirksleitung der SED Karl-Marx-Stadt die Prinzipien der Planung auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei erörtert und entsprechende Maßnahmen getroffen. Sie richten sich auf die Gestaltung einer Wohnumwelt, die unter Beachtung der staatlichen Normative günstige Bedingungen für die Reproduktion der Arbeitskraft besitzt und bei Einhaltung der Ökonomie eine entsprechende architektonische Gestaltung erfährt. Im Anschluß an diese Beratung hat sich der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Paul Roscher, persönlich für den weiteren Verlauf der Arbeit eingesetzt.

Ausgehend von einer kritischen Einschätzung der Wettbewerbsarbeiten durch die Bezirksleitung der SED gemeinsam mit dem Staatssekretär Dr. Schmiechen, dem Präsidenten der Deutschen Bauakademie, Prof. Heynisch, dem Vizepräsidenten der Deutschen Bauakademie, Prof. Lammert, und dem Chefarchitekten des Instituts für Städtebau und Architektur, Prof. Dr. e. h. Henselmann, formierte sich eine Arbeitsgemeinschaft, die aus dem Institut für Städtebau und Architektur mit seiner Experimentalwerkstatt, dem Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt – Bereich Stadtbaudirektor – und der Leitung des Wohnungsbaukombinates „Wilhelm Pieck" bestand. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, um bei der weiteren städtebaulichen Planung alle erforderlichen Informationen einzubeziehen.

Als erster wesentlicher Schritt in der Vorbereitung der Planungsarbeiten für das Baugebiet Markersdorf-Helbersdorf wurde eine „wissenschaftlich-künstlerische Konzeption" erarbeitet, um für die vielfältigen Lebenstätigkeiten, die räumlich zu ordnen sind, vom gesellschaftlichen Auftraggeber die erforderlichen Entscheidungsgrundlagen zu erhalten. In den dazu formulierten Thesen heißt es:

„... Die Effektivität ergibt sich nicht nur aus der Ökonomie der Baumaßnahmen, sondern aus der Reproduktion der Arbeitskraft der Bürger, aus der Erfüllung ihrer veränderten Lebensbedürfnisse und Gewohnheiten und aus der Stimulierung der sozialistischen Lebensweise.

Die architektonische Durchbildung der Wohnungsbauten, der Einrichtungen für Sport und Spiele, der Schulen und Bildungsstätten, der Gaststätten und Handelseinrichtungen muß in Verbindung mit der Gartenbaukunst und der bildenden Kunst eine Wohnumwelt gestalten, die dem Elan des Revolutionärs unserer Tage und der Liebe zu seiner sozialistischen Heimat entspricht. Es soll also kein Rückzug in eine enge Wohnumwelt gestaltet werden, sondern innerhalb dieser Wohnbereiche muß gleichzeitig die Beziehung zur gesamten Stadt und der Gesellschaft erkennbar werden ..."

Wir begannen mit einer Reihe von Vorberatungen mit führenden Vertretern der Gesellschaftswissenschaften, der Volksbildung, des Handels, des Verkehrs u. a. In Auswertung dieser Gespräche arbeiteten wir einen Fragenkatalog aus. In 2 Vorzugsvarianten wurden Lösungen angeboten, die eine unseren Möglichkeiten entsprechende optimale Gestaltung der Wohn- und Lebensbedingungen der künftigen Nutzer zum Ziel haben.

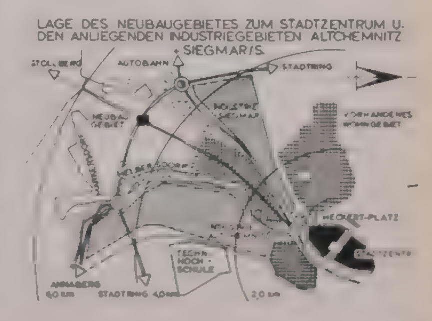
Variante 1 ging von der Möglichkeit aus, in bezug auf die Strukturpolitik für das Territorium des Bezirkes das gesamte Wohnungsbauprogramm als städtebauliche Einheit auf der Grundlage eines fließenden Bauprozesses anzusehen. Die gesellschaftlichen Einrichtungen konzentrieren sich in einer disponiblen Zone an der Stollberger Straße (F 169), die für die Bewohner einen Kommunikationsschwerpunkt bildet mit Einrichtungen, die ihre Anziehungskraft auf die Bevölkerung der gesamten Stadt ausüben. Diese Zone öffnet sich zur Landschaft mit dem Stadtpark und besitzt im unmittelbaren Anschluß daran einen Grünbereich mit vielfältig genutzten Freiflächen für Sport und Erholung.

Variante 2 schließt die Möglichkeit ein, daß der Bauprozeß in Etappen erfolgen kann, falls die langfristige Planung des

1
Modellfoto. Blick von Osten

2
Perspektive des ersten Bauabschnittes „Helbersdorfer Hang"

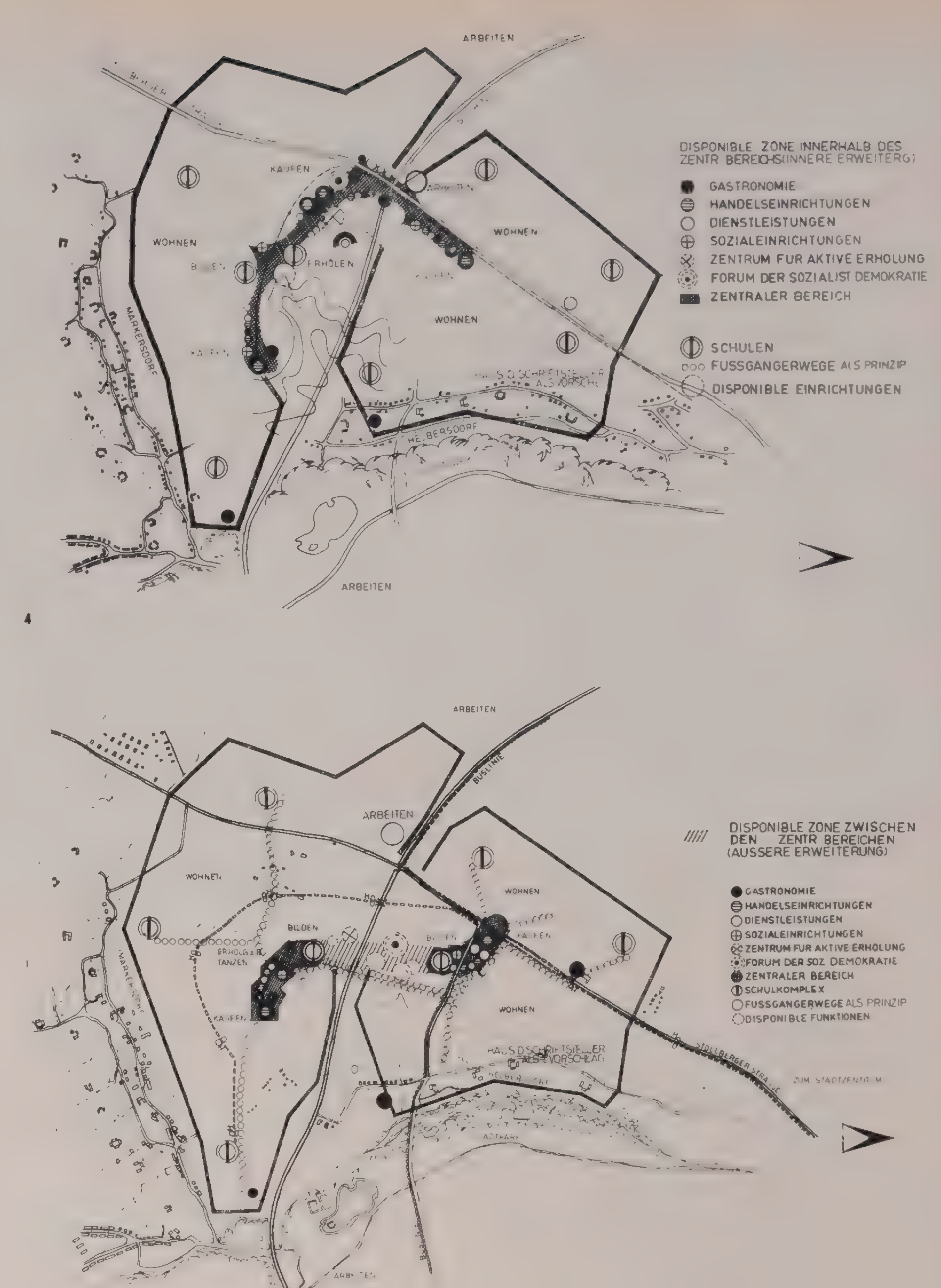
3
Lageschema



Territoriums nicht kontinuierlich erfolgen kann. In dieser Variante wurde deshalb vorgeschlagen zwei in sich abgeschlossene und funktionsfähige Wohnbereiche mit zwei Konzentrationspunkten gesellschaftlicher Einrichtungen zu entwickeln, die nacheinander gebaut und deren zentrierende Bereiche – zunächst zur Mitte des Geländes offengehalten – sich im Laufe der Entwicklung verbinden.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen und in Abstimmung mit den Fachplanträgern des Rates der Stadt, dem Büro für Rationalisierung des Handels und anderen Einrichtungen wurde das städtebauliche Programm in Hinblick auf die gesellschaftlichen Einrichtungen der Gesamtstadt und ihrer Auslastung einer strengen Prüfung unterzogen. Zugleich wurden zusammen mit dem WBK Vorschläge diskutiert und abgestimmt, die auf die Entwicklung differenzierter räumlicher Beziehungen mit den Mitteln des vorwiegend fünfgeschossigen Wohnungsbaues zielten.

Ausgangspunkt der Planung war die Wirkung der in den Wohnbereichen angewandten städtebaulichen und architektonischen Mittel. Die landschaftlichen Besonderheiten der Hanglage mit dem wertvollen Baumbestand und den Blickbeziehungen auf die Stadt und das Erzgebirge bieten besonders günstige Voraussetzungen, nicht mit der Höhe der Bauten, sondern mit den sich aus dem Zusammenhang von Architektur und sozialistischer Lebensweise abgeleiteten Gestaltungsmitteln eine höhere Effektivität zu erreichen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Fragen der sozialen Entflechtung durch die Mieten in kostenaufwendigen Wohnhochhäusern, des Aufwandes der Investitionen pro Wohnung und der Produktionsbedingungen des WBK bei einem hohen Anteil fünfgeschossiger Bebauung. Vor allem aber ging es um die Erfüllung differenzierter Bedürfnisse, die Bedeutung der Erdgeschoßzone für Kontaktmöglichkeiten und um eine phantasievolle, plastische und farbige Erscheinung unserer Wohngebäude. Für die in der Produktion laufende Wohnungsbauserie wurde eine Sockelgeschoßnutzung vorgeschlagen. Mit dem Gedanken, den Keller der Wohngebäude auf 2,80 m zu erhöhen, sind nicht nur Möglichkeiten gegeben, Räume gemeinschaftlicher und gesellschaftlicher Art vorzusehen, sondern es wird zugleich die Wohnungsbilanz und damit die Einwohnerdichte durch zusätzliche Wohnungen im Sockelgeschoß verbessert.



Zusammen mit dem WBK wurde die beidseitige Zugänglichkeit aller Wohngebäude und damit die Verringerung der Erschließungsstraßen auf je eine Straße für zwei Gebäude erreicht. Das hat für die begrenzte Tiefbaukapazität der Stadt wesentliche Bedeutung. Auf diese Weise wird besonders im Blick auf die Schichtarbeit für iede Wohnung eine ruhige, vom Verkehrslärm geschützte Seite möglich. Bei diesen Überlegungen stützten wir uns auf Arbeitsergebnisse, die in Auswertung der Rostokker und Schwedter Erfahrungen in bezug auf Sockelgeschoßlösungen von uns in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit zahlreichen Wohnungsbaukombinaten und bildenden Künstlern als Beitrag der Bauforschung zum VIII. Parteitag der SED entwickelt worden waren und die von Dr. Felz in seinem Beitrag „Unsere Wohnumwelt – phantasievoll und farbig" im Heft 5/1971 der „deutschen architektur" bereits vorgestellt wurden.

Von den bezirklichen Planungsorganen waren in Übereinstimmung mit den zentralen Beschlüssen für das Bebauungsgebiet die auf eine Wohnung bezogene Investitionssumme und damit der Anteil vielgeschossiger Wohnbauten und Wohnhochhäuser wie folgt festgelegt worden

■ fünfgeschossige Wohnbauten 71 %
■ 9–11geschossige Wohnbauten 25 %
■ 23geschossige Wohnhochhäuser 4 %

Es wurde vorgeschlagen, in diesem besonderen Fall den Anteil der 9- bis 11geschossigen Wohnbauten auf 15 Prozent zu reduzieren und keine Wohnhochhäuser zu errichten, da die Höhenlage für das Stadtbild die zusätzliche Anwendung von Hochhäusern nicht rechtfertigt.

Ein besonderes Problem sind die gesellschaftlichen Kontakte und ihre Entwicklung im Prozeß der revolutionären Veränderungen. Wie kann sich innerhalb der Proportionalität der Gesamtstadt ein selbständiger und integrierter gesellschaftlicher Bereich im Wohngebiet herausbilden? Wie stellen wir uns auf die aus dem Bedürfniswandel sich ergebenden Bauaufgaben ein, die wir heute noch nicht exakt prognostizieren können? Wie erfüllen wir räumlich das zunehmende Bedürfnis der Menschen nach vielfältigen Begegnungsformen als Folge der wachsenden Mobilität, die sich über die ganze Stadt erstreckt?

Diese Überlegungen drücken sich städtebaulich–räumlich vor allem aus

■ in den zusätzlichen Kontaktmöglichkeiten in der Erdgeschoßzone der Wohngebäude

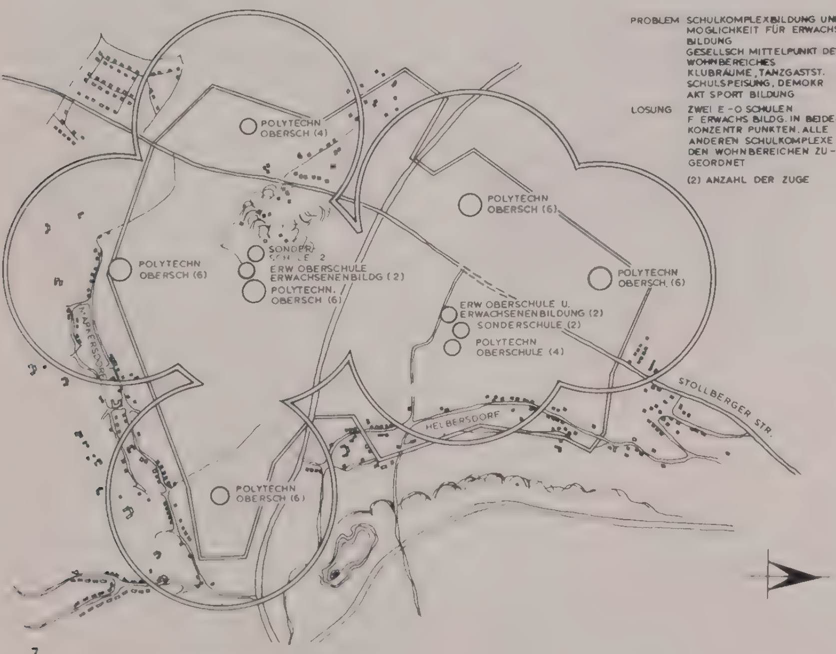
■ in der Zuordnung gesellschaftlicher Einrichtungen zu Konzentrationspunkten für verschiedene Lebenstätigkeiten und Begegnungsformen

■ und in der Konzeption einer disponiblen Zone, die entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten im Laufe der Entwicklung mit zum Teil neuartigen gesellschaftlichen Einrichtungen ergänzt wird und – der Dynamik unseres gesellschaftlichen Lebens folgend – sich zu einem Bereich der Begegnung neuen Typs entwikkeln kann.

In enger Zusammenarbeit mit dem Büro



6



7

4
Anordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen (Variante 1)

5
Anordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen (Variante 2)

6
Lage und Einzugsbereiche der Handelseinrichtungen (Variante 1)

7
Lage und Einzugsbereiche der Einrichtungen für Bildung und Erziehung (Variante 2)

für Rationalisierung des Handels in Karl-Marx-Stadt wurden die Fragen einer stabilen Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs, mit Konsumgütern und Dienstleistungen beraten. Es ging um die wirtschaftliche Größe der Kaufhallen in Bezug auf Belieferungsmethoden und in Wechselwirkung zum Einzugsgebiet unter den Bedingungen der vorwiegend fünfgeschossigen Bebauung, um das Angebot in Spezialläden und um kleinere zusätzliche Einrichtungen in den Sockelgeschossen der Wohngebäude an den wichtigsten Fußwegen und Haltepunkten der Verkehrsmittel. In Abstimmung mit den Fachplanträgern des Rates der Stadt und dem WBK wurde die Verkaufsraumfläche der Kaufhalle des angrenzenden Wohngebietes Kappel vergrößert, um den nördlichen Teil der Wohnbebauung mit zu versorgen. Die Schulen mit ihrem großen Freiflächenbedarf wurden außerhalb der Einzugsradien (400 bis 500 m) angeordnet, damit die Wohnungen möglichst dicht an die Kaufhallen heranrücken.

Angesichts der Bedeutung der Erziehung, Bildung und Qualifizierung im Sozialismus, wurde davon ausgegangen, daß die Polytechnische Oberschule ein bestimmender Mittelpunkt für das gesellschaftliche Leben der Bewohner ist. Ihr sollte eine Gaststätte zugeordnet sein mit einem Schankraum für etwa 50 Personen und einem Raum für rund 200 bis 250 Personen. Dieser Raum dient, von einer zentralen Küche beliefert, der Schülerspeisung und ist zugleich geeignet für gesellige Veranstaltungen unterschiedlichster Art. Interessante Anregungen für diese Gedanken brachte die Lösung des Wohngebietes „Hans Beimler" in Karl-Marx-Stadt.

Diese Überlegungen zur mehrfachen Nutzung gesellschaftlicher Einrichtungen entsprechen der Wohnungspolitik des VIII. Parteitages der SED, der uns den Gedanken höchster Effektivität verstärkt ins Bewußtsein gerufen hat.

Mit den bildenden Künstlern wurden Fragen eines zweckmäßigen Einsatzes künstlerischer Mittel im Wohngebiet diskutiert, die gegenüber dem Stadtzentrum einen anderen Charakter tragen müßten. Im Mittelpunkt standen dabei auch Fragen gartenkünstlerischer Gestaltung, der Fassaden an den wichtigsten Fußgängerwegen und Haltepunkten des Massenverkehrs und einzelner Elemente (Plattenbeläge, Brunnen u. a.), die nicht nur einen besonderen Erlebnisreichtum vermitteln, sondern zugleich auch Kontaktmöglichkeiten für die Bewohner des ganzen Stadtteils bieten.

Die allseitig entwickelte Persönlichkeit, deren charakteristische geistige und moralische Ausprägung sich besonders in der zunehmenden Verantwortung für das Ganze äußert, bestimmt auch den Platz der kulturellen Aktivitäten in der Wohngemeinschaft. Die mit dem Bau des Wohngebietes Markersdorf-Helbersdorf sich entwikkelnde Verbesserung der Wohnverhältnisse der Arbeiter in den Industriegebieten Siegmar und Altchemnitz wirft zugleich Probleme geeigneter Sozialstrukturen in bezug auf das Verhältnis von ansässigen Karl-Marx-Städtern und Zugezogenen, von jung und alt, von Einschicht- und Mehrschichtarbeitern auf. Es geht um günstige räumliche Bedingungen, die kulturelle Tätigkeit besonders im engeren Wohnbereich auf eine wachsende Gemeinschaftlichkeit zu orientieren.

Das betrifft Probleme einer Mehrzwecknutzung von Räumen in den Schulen, der Anordnung differenzierter kultureller Einrichtungen in den Grün- und Wohnbereichen unter Ausnutzung der Erdgeschoßzonen für Zirkelarbeit, Ateliers, Volkskunst u. a. In diesem Zusammenhang spielen die gastronomischen Einrichtungen in günstiger Lage mit schönen Blickbeziehungen auf die landschaftlichen Besonderheiten eine wesentliche Rolle. Neben größeren Einrichtungen (z. B. Ballhaus) wurden Möglichkeiten der Umgestaltung vorhandener charakteristischer Bausubstanz für gastronomische Zwecke in die Planung einbezogen. Die Fragen des Verkehrs in bezug auf die Sicherheit bestimmten neben denen des Schutzes vor Lärmbelästigungen die Überlegungen bei der Gestaltung ebenso wie Probleme der stadttechnischen Versorgung im Hinblick auf nacheinander zu errichtende funktionsfähige Bauabschnitte u. a.

Ausgehend von den formulierten Thesen und Strukturvorschlägen, von der Beantwortung der aufgeworfenen Fragen und von den Empfehlungen der Koordinierungsgruppe, wurde eine Bebauungskonzeption aufgestellt. Diese Konzeption ver-



8 Der Blick von Norden auf das Modell läßt deutlich die langen, entlang der Höhenschichtlinien geschwungenen Baukörper erkennen, die einen effektiven Kraneinsatz ermöglichen. Im Vordergrund das Wohngebiet Kappel

Städtebauliches Programm

Wohnungsbau	Baugebiet Helbersdorfer Hang	Baugebiet Flugplatz	Baugebiet Markersdorfer Hang	Gesamt
ha	62,60	47,36	99,00	208,96
WE	6 174	4 420	9 896	20 490
EW	20 000	14 200	31 000	65 200
EW/ha	320	299	315	312

Gesellschaftliche Einrichtungen der Grundausstattung

Polytechnische Oberschulen	15
Turnhallen Schulsport	6
Kinderkombinationen	19
Annahmestellen	1640 m²
Feierabendplätze	394 Plätze
Wohngebietsgaststätte	
Schülerspeisung 5 à 400 Plätze	2000 Plätze
Arztplätze	26 Plätze
Verkaufsraumfläche Waren täglicher Bedarf:	
1 Kaufhalle	2000 m²
2 Kaufhallen à 1800 m²	3600 m²
1 Kaufhalle	8000 m²
1 Kaufhalle	600 m²
Verkaufsräume insgesamt	7000 m²
Gaststättenplätze	1312 Plätze

Gesellschaftliche Einrichtungen außerhalb der Grundausstattung

(Bereich der erweiterten gesellschaftlichen Grundausstattung als Folge der Größenordnung des Wohnkomplexes)

Erweiterte Oberschule	2
Kinderkombinationen	5
Annahmestellen-Dienstleistungen	1625 m²
Feierabendplätze	320 Plätze
Wohngebietsgaststätte mit Schülerspeisung	400 Plätze
Arztplätze	37 Plätze
Verkaufsraumfläche Waren täglicher Bedarf	500 m²
Verkaufsraumfläche Kaufhaus Industriewaren	7500 m²
Kulturzentrum mit Ballhaus, Klubräumen, Kabinetten, Filmvorführungsmöglichkeiten, Gastronomie mit insgesamt	1700 Plätze
Musikschule (30 Unterrichtsräume)	
Freilichtbühne	1000 Plätze
Zentrum aktive Erholung mit Badehalle, Sport- und Spielhalle, Bowlinghalle und Gastronomie mit insgesamt	7500 m²
2 Freibäder	
Großsportanlage	5000 Plätze
2 Turnhallen (Erwachsenensport)	24/54 m
3 Lehrschwimmhallen	
Fernsprechzentrale	900 m²
Bauhof DLK Grünanlagen und Bestattungswesen	
Werkhof DLK Stadttechnik	
3 Sperrmüllplätze	

bindet die Vorzüge der zwei untersuchten Varianten. Danach gliedert sich das Wohngebiet in zwei selbständige funktionsfähige Gebiete, zwischen deren zentrierenden Bereichen sich eine disponible Zone in unmittelbarer Beziehung zur Landschaft entwickelt.

Das Grün des Stadtparks wird bis an den Bereich dieser Zone erweitert. Sie läßt die Fixierung der Einwohnerzahlen für die nächsten Jahrzehnte offen und schafft lediglich eine Grundsatzkonzeption für die Entwicklung der Gesamtstadt in der Richtung auf die Standorte der Industrie und die Verkürzung der Arbeitswege.

Das erste Baugebiet im Anschluß an die Bebauung Kappel entwickelt sich beiderseits der Stollberger Straße, in der die Straßenbahnlinie geführt wird. Von hier öffnet sich der Blick mehrfach auf den Helbersdorfer Hang und das Erzgebirge sowie im Bereich der zentrierenden Einrichtungen auf die zu einer „Schale" geformte vielgeschossige Bebauung mit davor gelagerten gesellschaftlichen Einrichtungen und Freiflächen.

Dieses erste Baugebiet gliedert sich in zwei Bauabschnitte.

Der 1. Bauabschnitt „Helbersdorfer Hang" wird bestimmt von einer weitgehenden Ausnutzung der Hangsituation. Am Hang gestaffelte Gebäude wechseln mit langen geschwungenen Baukörpern entlang der Höhenschichtlinien, um günstige Voraussetzungen für den Bauablauf zu sichern. Die wichtigste Fußgängerverbindung zwischen dem zentrierenden Bereich und der Wohngebietsmitte mit den Bildungseinrichtungen und Sportflächen in der Höhe der Dorflage Helbersdorf liegt in der Geländemulde. An besonderen Aussichtspunkten entlang des Fußgängerverkehrs sind gesellschaftliche Einrichtungen vorgesehen. Die vorhandene Kleingartenanlage wird weitgehend erhalten und sollte – zentral gelenkt – modern umgestaltet werden und öffentlich zugänglich sein.

Der 2. Bauabschnitt wird von einem dem Fußgänger vorbehaltenen Bereich bestimmt, an dem sich die wichtigsten gesellschaftlichen Einrichtungen befinden. Die Wohnbebauung auf diesem relativ ebenen Gelände ist durch Hofbildungen charakterisiert, die in ihrem Erscheinungsbild variieren.

Das zweite Baugebiet „Markersdorfer Hang" besteht aus den Bauabschnitten 3 und 4 und wird bestimmt von Wohnbereichen in überschaubarer Größe mit einer Konzentration gesellschaftlicher Einrichtungen, die untereinander und mit den zentral gelegenen gesellschaftlichen Einrichtungen mit vom Fahrverkehr ungestörten Fußgängerwegen verbunden werden.

Die vorhandene Bausubstanz wird weitgehend erhalten und teilweise zu gesellschaftlichen Einrichtungen umgestaltet.

Die vorgestellte Lösung wurde in bezug auf die Produktionsmöglichkeiten des WBK entwickelt und kennzeichnet die Entwicklung der Wohnungsbauproduktion in Karl-Marx-Stadt.

Die Grundgedanken der Arbeit wurden in der Presse beispielhaft publiziert und die Planungsunterlagen im Informationszentrum ausgestellt. Mit den Arbeitern der Industriegebiete, den künftigen Bewohnern des Wohngebietes, wurden viele Fragen geprüft und beraten. Dabei ging und geht es zuerst um die Bedürfnisse der Menschen, um die großen und kleinen, für den einzelnen und für die Gesellschaft, heute und in der Zukunft.



9 Lageplan

Städtebauliche Umgestaltung und Rekonstruktion des Wohngebietes „Arkonaplatz" in Berlin-Mitte

Architekt BdA DDR Klaus Pöschk
VEB Baureparaturen Berlin-Mitte
Leiter der Abteilung Projektierung

Diese Umgestaltung und Rekonstruktion des Wohngebietes stellt in ihrem Umfang und Inhalt eine bisher in der Hauptstadt der DDR – Berlin – und darüber hinaus im DDR-Maßstab noch nicht durchgeführte Maßnahme dar. Die Aufgabenstellung der Rekonstruktion umfaßt in ihrer Komplexität alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und erfordert eine neue Qualität der Leitungstätigkeit auf wissenschaftlicher Grundlage und eine umfassende sozialistische Gemeinschaftsarbeit.



1

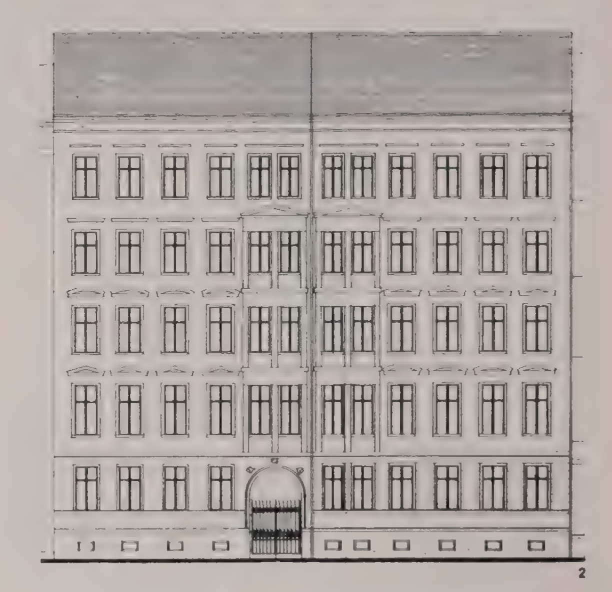
Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes und die ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger sind das Ziel von Parteiführung und Regierung sowie aller gemeinsamen Bemühungen unserer Werktätigen.

Mit den Dokumenten zum Fünfjahrplan 1971 bis 1975 hat der VIII. Parteitag der SED hierzu weitere große Aufgaben gestellt, die Perspektive der nächsten Jahre konkret umrissen und die Wege zur Lösung gewiesen. Von außerordentlich großer Bedeutung ist dabei die weitere Verbesserung der Wohnverhältnisse. Die den im Wohnungsbau tätigen Bauschaffenden gestellte Aufgabe, 500 000 Wohnungen zu schaffen, darunter 100 000 durch Modernisierung, Um- und Ausbau, zeigt, daß die Wohnungspolitik in ihrer Gesamtheit so zu gestalten ist, daß für möglichst viele Bürger eine spürbare Verbesserung der Wohnverhältnisse erreicht wird. Aber auch mit einer Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wohnungskapazitäten von 160 bis 162 Prozent werden sich in diesem Zeitraum die Wohnverhältnisse nur eines Teiles der Bürger verbessern lassen.

Für die Notwendigkeit der generellen Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Altbau-Wohngebieten und der funktionellen und strukturellen Aufwertung ihrer Einrichtungen sind im wesentlichen folgende volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitischen Aspekte zu nennen:

- Der größte Teil der Gesamtbevölkerung unserer Republik wohnt in Altbauwohngebieten. Diese Altbausubstanz stellt einen großen Teil unseres Volksvermögens dar. Sie repräsentiert allein mit dem Wohnungsgrundfonds von rund 5,85 Millionen Wohnungseinheiten einen Wert von 65 Milliarden Mark.
- Struktur und Gestalt der Wohngebiete entsprechen der überalterten Substanz und sind geprägt durch die Lebensverhältnisse und ehemalige soziale Ordnung insbesondere der kapitalistischen Gesellschaftsepoche.
- Die Wohngebiete weisen schwere funktionelle und hygienische Mängel auf und erschweren oder behindern in ihrer überlebten Struktur jede Art moderner Kommunikationen.
- Die weitere Gestaltung unserer entwickelten sozialistischen Gesellschaft unter den Bedingungen der technischen Revolution führt auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität zur Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus und beeinflußt das gesellschaftliche Zusammenleben unserer Menschen. Daraus resultieren Veränderungen der sozialistischen Wohnbedürfnisse und Forderungen hinsichtlich der Gestaltung der räumlichen Umwelt unserer Bürger sowohl für den Bereich der städtebaulich-architektonischen Gestaltung und Organisation urbaner Funktionen als auch für den Bereich der Funktion und Struktur der technischen, technologischen und hygienischen Ausstattungen der Altbau-Wohnungen und gesellschaftlichen Einrichtungen in den Wohngebieten.

Eine hohe Verantwortung für den Einsatz der Kapazitäten und Mittel mit höchster volkswirtschaftlicher Effektivität bei der Erhaltung und Modernisierung der baulichen Grundfonds an Wohnungen und kommunalen Einrichtungen wie Schulen, Kindereinrichtungen, Sportstätten und Einrichtungen zur Versorgung und Betreuung der Bevölkerung wurde den Räten der Städte und Gemeinden übertragen. Grundlage für die Wahrnehmung der Verantwortung der örtlichen Staatsorgane bei der Durchsetzung der komplexen Planung und Leitung der Reproduktion der Grundfonds in ihrem Territorium ist der Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. April 1970 zur Entwicklung sozialistischer Kommunalpolitik.



2

3



Gesamtleitung und Entwurf:	Architekt BdA/DDR Klaus Pöschk
Städtebaulicher Entwurf:	Kollektiv Dr.-Ing. Siegfried Kreß Deutsche Bauakademie
Planträger:	Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte
Hauptauftraggeber:	VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Berlin-Mitte
Hauptauftragnehmer und Hauptprojektant:	VEB Baureparaturen Berlin-Mitte



4

Der Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte hat in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um seiner Verantwortung, insbesondere bei der Reproduktion der Wohnungsgrundfonds, gerecht zu werden.
Beginnend mit den Objekten im Bereich Fehrbelliner Straße bis Choriner Straße und weiterführend im Wohngebiet Weinbergsweg, wurden mit den Maßnahmen der komplexen Instandsetzung der Jahre 1964 bis 1968 bereits umfangreiche Modernisierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen in den Wohnungen durchgeführt. Ziel dieser Maßnahmen war es, durch Grundrißänderungen und Ausstattung der Wohnungen mit gesundheitstechnischen und hauswirtschaftstechnischen Einrichtungen die Wohnfunktion und -hygiene zu verbessern und insgesamt eine weitgehende Annäherung an moderne Wohnbedürfnisse zu erreichen.
Alle durchgeführten Maßnahmen beschränkten sich jedoch mit unwesentlichen Veränderungen der Hofsituationen auf das einzelne Gebäude.
Eine vom Verfasser bereits 1967 vorgenommene Bewertung der Maßnahmen ließ erkennen, daß trotz der für das Einzelgebäude erreichten Qualität und des relativ hohen Kostenaufwandes die Zielstellung und damit die nach volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Aspekten geforderte Effektivität nicht erreicht würde. Es erfolgte keine Einflußnahme auf die überlebte städtebauliche Struktur im Hinblick auf die räumliche Organisation der sozialistischen Lebensweise unserer Bürger.

Mit dem Aufbau unseres Stadtzentrums wurden Neubau-Wohngebiete geschaffen, die den Grundsätzen des sozialistischen Städtebaus entsprechen und mit ihrer Struktur und urbanen Funktion optimale Voraussetzungen für die Entfaltung sozialistischer Lebensformen bieten. Nur durch die Umgestaltung der Altbau-Wohngebiete kann vermieden werden, daß an der Peripherie des Zentrums ein Qualitätsgefälle auftritt.
Der Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte hat am 12. März 1969 die „Konzeption zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in den Altbaugebieten bis 1980"

1 Blick auf die Fassade der rekonstruierten Wohngebäude Wintergartenstraße

2 Fassadengestaltung Wolliner Straße

3 Fassadengestaltung Swinemünder Straße

4 Die Swinemünder Straße wird im Zuge der Rekonstruktion des Wohngebietes aufgehoben und als Freifläche gestaltet.

5 Lageplan des Rekonstruktionskomplexes „Arkonaplatz"

5

In Vorbereitung der Rekonstruktionsmaßnahme „Arkonaplatz" wurde am 18. Juni 1970 eine öffentliche Ratssitzung durchgeführt, an der zahlreiche Bewohner des betreffenden Gebietes teilnahmen.

Die zuständigen Bezirksräte und der Hauptprojektant erläuterten die Baumaßnahme und die damit verbundenen Probleme hinsichtlich der Unterbringung der Bürger während der Bauzeit, Wahl der Wohnungsgröße und der Unterbringung der alten Menschen. Von den Bezirksräten wurde festgestellt, daß diese komplizierte Aufgabe der Rekonstruktion eines Wohngebietes nur zu lösen ist, wenn sich ein Kollektiv, bestehend aus Mitgliedern des Staatsapparates, der Ständigen Kommission Bauwesen, Abgeordneten und Bürgern, zusammenfindet, die Probleme aufgreift und einer Lösung zuführt. Die vorgelegte Konzeption ist keine statische, keine unveränderliche Konzeption — sie bildet die Grundlage, und im Sinne der sozialistischen Demokratie werden berechtigte Forderungen der Bürger mit aufgenommen.

Aus der Rede des Bezirksbürgermeisters:

„Wir haben eine große Aufgabe gemeinsam mit der Bevölkerung zu lösen. Unsere Verantwortung zwingt uns dazu, immer neue Wege zu finden, um auch in Altbaugebieten Schritt für Schritt bessere Bedingungen zu schaffen.

Der Arkonaplatz ist ein Gebiet, wo nach der Planung eine Standdauer von 30 bis 40 Jahren zu erwarten ist. Die Standdauer ist sehr wichtig bei der Entscheidung, ob der Aufwand zu vertreten ist. Wir wenden je Wohnungseinheit beachtliche Kosten auf und müssen damit eine hohe Wohnqualität erreichen. Auf jeden Fall muß aber auch gesichert sein, daß diese Häuser nicht in zehn Jahren abgerissen werden.

In der Konzeption ist vorgesehen, daß die Rekonstruktion im wesentlichen 1974 abgeschlossen sein wird. Ob dieser Termin eingehalten werden kann, hängt jedoch entscheidend davon ab, wie geht die Verlagerung vor sich, wo holen wir den entsprechenden Wohnraum her, welche Reserven sind zu erschließen.

Wir sind davon ausgegangen, daß die Rekonstruktionsmaßnahmen für die hier wohnende Bevölkerung durchgeführt werden. Daraus ergibt sich, daß mit jeder Familie, die den Wunsch hat, in die alte Wohnung zurückzukehren, und wo die wohnraumlenkenden Bestimmungen zutreffen, vorher ein Vertrag abgeschlossen werden muß. Auch wird man solche Fälle berücksichtigen müssen, wo sich eine Nachbarschaftshilfe entwickelt hat, wo beispielsweise durch eine Mieterin die erkrankten Kinder berufstätiger Mütter betreut werden, oder wo ältere Bürger auf die gegenseitige Unterstützung angewiesen sind. Auf jeden Fall muß jedoch verhindert werden, daß wir über die Menschen hinweg rekonstruieren.

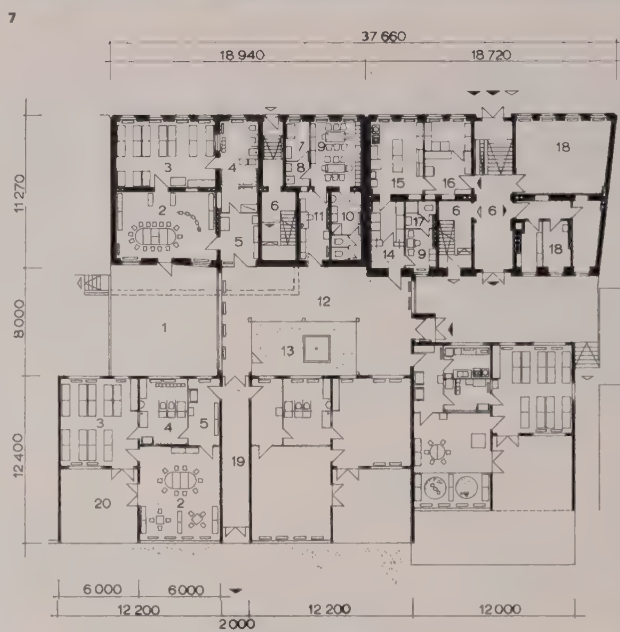
Wir haben auch die Frage der Umzugskosten geklärt. In der Diskussion tauchte der Begriff des „Begünstigten" auf, der die Kosten selbst zu tragen hat. Eindeutig wurde jedoch festgestellt, daß niemand, der zweimal umziehen muß, „begünstigt" ist und daß demzufolge in jedem Fall die Umzugskosten vom Rat des Stadtbezirks übernommen werden. Auch zu den Mietpreisen möchte ich noch einiges sagen. Selbstverständlich werden die Wohnungen, in denen Bad und Toilette eingebaut und somit der Wohnkomfort erhöht wurde, um einen bestimmten Betrag teurer werden. Die Mieten werden denen der anderen Rekonstruktionsgebiete angeglichen."

Die Unterbringung der alten Bewohner — 48 Prozent der Einwohner dieses Wohngebietes sind Rentner — löste bei den Betroffenen immer wieder Besorgnis aus. Dazu wurde von Vertretern des Bezirksrates gesagt, daß im Prinzip die Wohnungen im Erdgeschoß und ersten Obergeschoß vorwiegend älteren Bürgern vorbehalten bleiben sollen und demzufolge eine entsprechende Grundrißlösung geschaffen wird. Gerade alten Bürgern wird im Zusammenhang mit den Rekonstruktionsmaßnahmen jede Unterstützung gegeben. Jeder muß fühlen, daß es ein echtes Anliegen ist, die Bürger anständig unterzubringen und ihnen alle damit verbundenen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Mit Hilfe der gesellschaftlichen Kräfte wird die Arbeit so organisiert, daß jeder ordentlich untergebracht wird.



6

7



6 Die städtebauliche Struktur und Gestalt des Wohngebietes entspricht dem Erbe der kapitalistischen Vergangenheit.
Es trägt charakteristische Merkmale der Miethausviertel der Gründerzeit.

7 Kinderkrippe
Erdgeschoß 1 : 500
1 Freiterrasse
2 Aufenthaltsraum
3 Schlafraum
4 WC, Wasch- und Duschraum
5 Übergabe
6 Treppenhaus Mieter
7 Isolierraum
8 Schleuse
9 Aufenthalt Personal
10 WC, Wasch- und Duschraum Personal
11 Büro
12 Mehrzweckraum
13 Atrium
14 Essenausgabe
15 Küche
16 Tagesvorräte
17 WC, Küchenpersonal
18 Kinderwagenraum
19 Verbindungsgang
20 Überdachte Terrasse

8 Blick vom Freiraum auf die Kinderkrippe Rheinsberger Straße





9 Das in Abbildung 6 dargestellte Gebäude nach der Rekonstruktion

nach Aspekten der Standortverteilung der komplexen Instandsetzung und der weiteren Entkernung als Alternativ-Programm beschlossen. Dieses Dokument wurde in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit unter Leitung der Kreisplankommission des Stadtbezirks und unter Mitwirkung des Stadtbezirksbauamtes, der Abteilung Wohnungswirtschaft, des VEB Baureparaturen und des VEB Kommunale Wohnungsverwaltung erarbeitet.
Die Maßnahmen der städtebaulichen Umgestaltung des Wohngebietes „Arkonaplatz" sind Bestandteil dieser Konzeption und stellen die erste Phase ihrer Realisierung dar.
Die spezifischen Aufgaben und Zielstellungen der Konzeption wurden im Beschluß der 22. Tagung der Stadtbezirksversammlung Berlin-Mitte vom 27. 11. 1969 festgelegt. In ihrer Komplexität und Erfassung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens stellt sie eine wesentliche Qualifizierung der Maßnahmen der komplexen Baureparaturen dar.
Das Projekt „Arkonaplatz" wurde als erste Phase der „Konzeption zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Bürger bis 1980 des Stadtbezirks Mitte" und als Modell für die Rekonstruktion und Modernisierung der Altbaugebiete gewählt und schwerpunktmäßig im Volkswirtschaftsplan 1970 des Stadtbezirks Berlin-Mitte aufgenommen.
Bei dem ausgewählten Gebiet handelt es sich um ein Altbauwohngebiet, dessen gegenwärtige Wohnverhältnisse die vorgeschlagenen Maßnahmen hinsichtlich der Annäherung der Qualität der Wohnsubstanz an die der Neubaugebiete, unter Berücksichtigung der Standdauer der Gebäude von mindestens 30 bis 40 Jahren, gerechtfertigt erscheinen lassen. Das vorgeschlagene Rekonstruktionsgebiet „Arkonaplatz" wird von der Rheinsberger, Schwedter, Fürstenberger, Granseer und Ruppiner Straße begrenzt und schließt die Park- und Grünanlagen Arkonaplatz ein. Der städtebauliche Entwurf orientierte darauf, mit einem angemessenen Aufwand die überalterte und überlebte Struktur und Gestalt des Wohngebiets zu verändern und eine den Bedingungen und Bedürfnissen unserer sozialistischen Lebensweise angepaßte neue Wohnqualität zu erreichen.
Dieser Zielstellung entsprechen im wesentlichen die Maßnahmen der Entkernung der Wohnquartale, die Einordnung der Neubauten als Lückenschließung (Wohnungsneubau mit Kaufhalle – Fürstenberger/Schwedter Straße), die städtebauliche Ergänzung (Mehrzweckgebäude – Rheinsberger Straße 23 und Kinderkrippe – Rheinsberger Straße 34/35) und die Schaffung der Freiflächen mit den Wohngrünanlagen der Wohnquartale und die öffentliche Grün- und Sportanlage des Arkonaplatzes.
Die Swinemünder Straße wird zum Teil aufgehoben und dadurch die bauliche Zusammenfassung der Teilkomplexe 2 und 3 ermöglicht. Die Erweiterung des Freiflächenbestandes um 20 Prozent gestattet eine wesentlich bessere Gestaltung der Platzanlagen. Der entstehende Freiraum auf dem ehemaligen Straßengelände ist für die Nutzung durch die älteren Bürger vorgesehen.
Für die städtebauliche Vorbereitung des Wohngebietes wurde durch den Komplexprojektanten eine Grundlagendokumentation erarbeitet, in der statistische Erfassungsdaten hinsichtlich der soziologischen Struktur, der Altbaubestände sowie der sozial-materiell-technischen und der technisch-materiell-technischen Territorialstruktur ausgewertet und aufbereitet wurden ... Wesentlicher Bestandteil dieser Grundlagendokumentation waren die Programme des Rates des Stadtbezirks Berlin-Mitte und seiner Fachinstitutionen.
Diese Programme umfaßten im wesentlichen eine spezifische Analyse der gegenwärtigen Situation, die Darstellung der prognostischen Entwicklung und der daraus abzuleitenden Forderungen und Maßnahmen, insbesondere zur Versorgung und Betreuung der Bevölkerung, und der räumlichen Organisation der sozialistischen Lebensweise im Wohngebiet. Damit wurde zugleich die Komplexität der Gesamtmaßnahmen in der Erfassung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gesichert.
Das zur Umgestaltung vorgesehene Gebiet „Arkonaplatz" ist als ausgesprochenes Wohngebiet mit Mischfunktionen durch geringfügig vorhandene Kleinindustrie und Gewerbebetriebe zu charakterisieren.
Die Gebäude und baulichen Anlagen wurden überwiegend in der Zeit von 1877 bis 1890 errichtet. Durch Kriegseinwirkung zerstörte Substanz in den Komplexen I und III wurde teilweise durch Wohnungsbauten in den Jahren 1955/56 ergänzt. Der Bauzustand der Altbauwohngebäude entspricht größtenteils der Bauzustandsklasse 3.
Die Wohnungen sind zum größten Teil überbelegt. Außerdem besteht ein hoher Anteil an Einraumwohnungen. Hinsichtlich ihrer Struktur und Gliederung sowie insbesondere der fehlenden bzw. nur unzureichend vorhandenen gesundheitstechnischen Einrichtungen weisen sie zudem schwerwiegende funktionelle und hygienische Mängel auf.
Damit werden die Entfaltung sozialistischer Lebensformen und die Entwicklung moderner Kommunikationen erschwert oder sogar verhindert.
Die städtebauliche Struktur und Gestalt des Wohngebietes entspricht dem Erbe der kapitalistischen Epoche. Es trägt charakteristische Merkmale der Miethausviertel der Gründerzeit für die Arbeiterbevölkerung. Dabei ist kennzeichnend, daß Anlagen und Einrichtungen für die Versorgung und Betreuung der Bevölkerung, insbesondere des Handels, der Dienstleistungen und Kultur vollständig fehlen oder nur in völlig unzureichendem Maße vorhanden sind.
Die soziologische Struktur ist gekennzeichnet durch die Überalterung der dort lebenden Bevölkerung, durch Abwanderung der jüngeren Bevölkerungsschichten in andere Wohngebiete und durch kinderreiche Familien.
Grundsätzlich haben das Gesamtvorhaben und die nachfolgend charakterisierten Teilmaßnahmen die Gestaltung der räumlichen Umwelt für den sozialistischen Menschen zum Ziel.
Diese Zielstellung wird vor allem erreicht durch:

- Veränderung der städtebaulichen Struktur durch Liquidierung der Umweltverhältnisse des kapitalistischen Städtebaus und die Angleichung der Wohnverhältnisse an die Bedürfnisse der sozialistischen Lebensweise mit den Maßnahmen der Entkernung und Ausgliederung von Störfaktoren
- qualitative und quantitative Aufwertung des Wohngebietes, insbesondere durch die Integration und städtebauliche Einordnung von Anlagen und Einrichtungen zur Versorgung und Betreuung der Bevölkerung, wie des Schulerweiterungsbaues der 7. Oberschule Ruppiner Straße, der Kinderkrippe, des Mehrzweckgebäudes mit Funktionen der Schulspeisung, der Kultur und Bildung, der Kaufhalle und anderer Einrichtungen, der gesundheitlichen Betreuung sowie der Jugend und des Sports
- Angleichung der Wohnverhältnisse an die hygienischen Normen nach Kriterien des Wohnens unter sozialistischen Bedingungen durch die Maßnahmen der Rekonstruktion und Modernisierung der Wohnungen einschließlich ihrer Funktion und Struktur sowie der gesundheitstechnischen Einrichtungen und hauswirtschaftstechnischen Ausstattungen
- Veränderung der Lage, der Bemessung und der Qualität der Frei- und Verkehrsflächen einschließlich der Anlagen der technischen Versorgung mit der Umgestaltung der Parkanlagen Arkonaplatz sowie der Frei- und Grünräume in den Hofbereichen der Wohnkomplexe.

Das Gesamtvorhaben gliedert sich in folgende Teilmaßnahmen:
Rekonstruktion der Wohngebäude (Komplex I, II und III)

- Schulerweiterungsbau der 7. Oberschule
- Maßnahmen der Erhaltung der 3. Oberschule Schwedter Straße
- Kinderkrippe Rheinsberger Straße 34/35
- Mehrzweckgebäude und Schulspeisungsobjekt Swinemünder Straße
- Wohnungsbau (neu) mit Kaufhalle

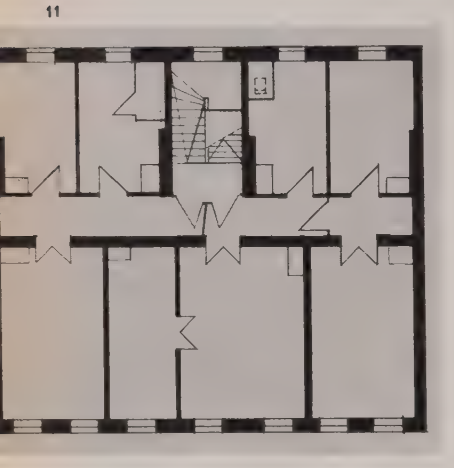
Rekonstruktion und Erweiterung der Heizungsanlage der 3. Oberschule zur heizungstechnischen Versorgung des Wohnungsneubaus/Kaufhalle

- Freiflächengestaltung
- stadttechnische Versorgung und Erschließung
- straßen- und tiefbautechnische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verände-



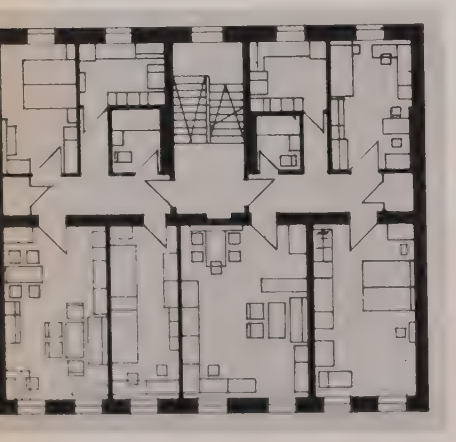
10 Blick in den Vorraum einer rekonstruierten Wohnung

11



11|12 Grundrißlösung (oben: alt, unten: neu)

12



rung der Straßentrassierung und -profilierung

▪ Maßnahmen architekturgebundener Kunst und künstlerischer Gestaltung der Freiräume

Funktionslösungen

▪ Alle Varianten werden orientiert auf geringsten Eingriff in die bauliche Substanz bei Gewährleistung optimaler Wohnfunktion

▪ Wohnungen kleiner 2/1 erhalten Innen-WC mit Waschbecken oder Handwaschbecken. In günstigen Fällen, die keine baulichen Veränderungen als Folgemaßnahmen haben, werden Duschen vorgesehen

▪ Wohnungen größer oder gleich 2/1 erhalten Bad und WC oder Dusche und WC

Wichtigste Einzelmaßnahmen des Gesamtvorhabens

▪ Schulerweiterungsbau 7. Oberschule Ruppiner Straße

Das Schulgebäude befindet sich in der Ruppiner Straße gegenüber der Freifläche des Arkonaplatzes.

Der Schulanbau wird auf dem jetzigen Hofgelände errichtet. Als günstiger Standort ist ein Anschluß an einen Seitenflügeltrakt des alten Schulgebäudes vorgesehen. Dieser Erweiterungsbau ist unerläßlich, da die Schülerzahl bereits erheblich angestiegen ist und weiter ansteigen wird. Als Maximalkapazität ist bereits 1973 mit einer Schülerzahl von etwa 1200 zu rechnen. Darunter befinden sich gegenwärtig nahezu 300 Schüler der ehemaligen 3. Oberschule.

Mit dem Anbau soll zugleich erreicht werden, daß die Funktion des Gesamtgebäudes den pädagogischen und gesundheitstechnischen Anforderungen gerecht und die Sicherung einer hohen Effektivität in der Bildungs- und Erziehungsarbeit unterstützt wird.

▪ Kinderkrippe Rheinsberger Straße 34/35

Die Studie sieht vor, eine Kinderkrippe mit einer Kapazität von 64 Plätzen zu schaffen. Die vorhandene Substanz im Bereich des Erdgeschosses soll für Nebenfunktionen genutzt und die Hauptfunktionen pavillonartig in einer Gebäudegruppe zur Hoffläche vorgelagert werden.

Dieser Teilneubau soll mit vorgefertigten Bauelementen des industriellen Wohnungsbaues oder des Gesellschaftsbaus errichtet werden.

Das Objekt wird zentral beheizt. Die heizungstechnische Versorgung erfolgt durch Anschluß an die neu zu schaffende Heizzentrale in der ehemaligen 3. Oberschule.

▪ Mehrzweckgebäude Swinemünder Straße

Der Standort des Mehrzweckgebäudes befindet sich an der Ecke Rheinsberger/Swinemünder Straße. Er bildet einen dominierenden städtebaulichen Schwerpunkt und Abschluß mit Beziehungen zur Park- und Erholungsanlage des Arkonaplatzes durch die Einführung des Grünbereiches in die Swinemünder Straße. Er ist im Baumassenaufbau vorgesehen als zweigeschossiges Gebäude mit Längstrakt und überlagertem Saalgeschoß.

Der Verwendungszweck wird bestimmt durch die Orientierung auf eine Kultureinrichtung mit flexibler Nutzung, die Voraussetzungen für die Gestaltung eines umfangreichen kulturellen Lebens im Wohngebiet schafft und in ihrer rationellen Verwendung die Versorgung der Schüler mit Schulspeisung garantiert.

Neben Einrichtungen für Zirkelarbeit, Vortragstätigkeit, künstlerisches Volksschaffen und Veranstaltungen für Weiterbildung ist ein Saal mit einer Kapazität von 200 Plätzen vorgesehen.

Des weiteren soll für sportliche Betätigung eine Kegelbahn und Möglichkeiten für die Unterbringung der Geräte für die Sportanlagen des Arkonaplatzes geschaffen werden.

Zur gastronomischen Betreuung sind Einrichtungen vorgesehen, die mit eingeschränktem Sortiment einen begrenzten Gaststättenbetrieb sowie die Abwicklung der Schulspeisung gewährleisten.

▪ Wohnungsbau

Die hierzu erarbeitete Studie orientiert auf die Errichtung eines Wohnungsneubaues mit modernen Wohnungen. Mit dieser Zielstellung soll gleichzeitig ein positiver Einfluß auf die soziologische Struktur im Wohngebiet erreicht werden.

Die vorgegebene Aufgabenstellung sieht die Anpassung an den Wohnungsbautyp P 2/11 in industrieller Bauweise vor.

Das Gebäude erhält 7 Wohngeschosse mit insgesamt siebzig WE. Das Erdgeschoß wird voll für Funktionen der Kaufhalle genutzt. Für die Erschließung werden jeweils das erste und fünfte Obergeschoß als Ganggeschoß – funktionell bedingt durch die Kaufhalle und Verwendung nur eines Personen- und Lastenaufzuges – ausgebildet.

▪ Kaufhalle

Die Kaufhalle erstreckt sich über das gesamte Erdgeschoß einschließlich einer Überbauung der Hoffläche. Nach den handelstechnologischen Untersuchungen werden 900 m² Verkaufsraumfläche erreicht sowie der Bedarf für Nebenfunktions- und Nebenflächen abgedeckt.

▪ Freiflächengestaltung

Die Maßnahmen der Freiflächengestaltung dienen der Gestaltung der räumlichen Umwelt der Bürger, ihrer Erholung, sportlichen Betätigung und sinnvollen Freizeitgestaltung.

Die Maßnahmen umfassen:

▪ Die Gestaltung der durch die Entkernung gewonnenen Freiräume in den Wohnkomplexen I, II und III zu Wohngrünanlagen.

▪ Die Gestaltung der Freiflächen des Schulgrundstücks im Komplex I in der kombinierten Nutzung als Pausenhof und Kleinstsportanlage.

■ Die Gestaltung der Freiflächen der Kinderkrippe im Komplex I

■ Die Umgestaltung der Park- und Grünanlagen des Arkonaplatzes mit den Erweiterungsmaßnahmen durch die Einbeziehung der Fläche des Straßenbereichs der Swinemünder Straße einschließlich der Erholungsbereiche eines zentralen Kinderspielplatzes mit Nutzung für Kindereinrichtungen sowie einer Kleinstsportanlage, die gleichzeitig durch die Schule genutzt werden kann.

■ Maßnahmen architekturgebundener Kunst und künstlerischer Gestaltung der Freiräume

Die mit den Umgestaltungsmaßnahmen erklärte Zielstellung der Gestaltung der räumlichen Umwelt für den sozialistischen Menschen verlangt die Einbeziehung der Kunst und Kultur bei allen Gestaltungsaufgaben.

Neben der architektonischen Gestaltung der Gebäude sind daher an Schwerpunktobjekten und Konzentrationspunkten sozial-kulturell-kommunikativer Einrichtungen besondere Akzente durch künstlerisch gestaltete Elemente zu setzen. Die Aufgabenstellung sieht darüber hinaus vor, den Freiräumen für den öffentlichen Bereich durch gute Landschaftsgestaltung und künstlerisch gestaltete Ausstattung (Kinderspielgeräte, Eingrenzungselemente, Treppenanlagen und Plastiken) einen künstlerisch wertvollen Eindruck zu verleihen.

Hierzu werden gemeinsam mit dem Verband Bildender Künstler bzw. der Hochschule für angewandte Kunst Berlin-Weißensee und den gesellschaftlichen Kräften des Wohngebiets Konzeptionen ausgearbeitet.



13 Wohnraum

Städtebauliche Bilanz

■ Wohnungsbau

Gegenüber der ursprünglichen Einwohnerzahl von 1438 tritt trotz Verminderung der Wohnungseinheit keine Verminderung der Einwohnerzahl ein. Mit Berücksichtigung des Wohnungsneubaus ergeben sich folgende Kennziffern der Wohnungseinheiten und Einwohner:

654 WE + 70 WE = 724 WE

1426 EW + 270 EW = 1696 EW rd. 1700 EW

Der Wohnungsschwund wirkt sich vorwiegend auf den z. Z. vorhandenen hohen Anteil Einraumwohnungen (sogenannte Kochstuben) aus.

■ Einrichtungen der Volksbildung

Unmittelbar im Rekonstruktionsgebiet befindet sich ein Kindergarten (Fürstenberger Straße) mit 126 Plätzen. Im weiteren Einzugsbereich befinden sich zwei weitere Kindergärten mit insgesamt 174 Plätzen. Damit ist im Gesamtgebiet eine Kapazität in Höhe von 300 Kindergartenplätzen vorhanden; das entspricht einem Versorgungsgrad von etwa 30 Prozent. Damit ist der für dieses Gebiet, bedingt durch die territorialen Gegebenheiten, mögliche Versorgungsgrad erreicht.

Mit dem geplanten Schulerweiterungsbau werden zugleich günstigere Bedingungen für die ganztägige Versorgung und Betreuung der Hortkinder geschaffen.

Für etwa 500 Schüler der ersten bis vierten Klassen, die den Hort besuchen, werden etwa vom Schuljahr 1973/74 an bedeutend bessere Bedingungen für einen geregelten Tagesablauf entstehen.

■ Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens

Im Rekonstruktionsgebiet befindet sich z. Z. keine Kinderkrippe. Im weiteren Einzugsbereich sind drei Kinderkrippen mit insgesamt 157 Plätzen vorhanden.

Mit dem Neubau der Kinderkrippe mit 64 Plätzen und einer weiteren Kinderkrippe in der Egon-Schultz-Straße mit 80 Plätzen werden die Voraussetzungen geschaffen, um den zur Zeit nicht berufstätigen Müttern des Rekonstruktionsgebietes die Arbeitsaufnahme zu ermöglichen.

Die allgemein-medizinische Betreuung ist durch zwei vorhandene Arztpraxen gesichert.

Der Anteil alter Bürger an der Gesamtbevölkerung liegt im Rekonstruktionsgebiet bei etwa 40 Prozent. Im Interesse der Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Bürger werden in den ersten und zweiten Geschossen von sechs zu rekonstruierenden Wohngebäuden entsprechende Kleinwohnungen vorgesehen. Zur Betreuung dieser alten Bürger wird in diesem Komplex mindestens einer Hauswirtschaftspflegerin eine Wohnung zugewiesen.

■ Einrichtungen des Handels

Im Rekonstruktionsgebiet befinden sich drei Verkaufsstellen. Mit der neuen Kaufhalle, die das gesamte Sortiment des täglichen Bedarfs führt, wird für die Bevölkerung ein konzentrierter Einkauf ermöglicht, und darüber hinaus werden Voraussetzungen geschaffen, das derzeitig vorhandene Verkaufsstellennetz nach handelstechnischen und ökonomischen Gesichtspunkten zu rationalisieren.

Kritische Bewertung einiger Ergebnisse

Zwischenzeitlich konnten 5 Wohngebäude mit insgesamt 56 WE der Bevölkerung übergeben werden.

Der Produktionsprozeß wurde nach dem bei den komplexen Baureparaturen mo-

Darstellung des Wohnungsfonds im Ergebnis der Umgestaltungsmaßnahmen

	Kochst.	1-RWE	2-RWE	3-RWE	4-RWE u. mehr	Gesamt
T.K. 1 vorhanden	0	217	188	51	7	463
Verlust	0	106	28			134
Gewinn		16		31	2	49
	0	127	160	82	9	378
T.K. 2 vorhanden	0	160	46	11	3	220
Verlust	0	125			3	128
Gewinn			4	48		
	0	35	50	59	0	144
T.K. 3 vorhanden	9	83	43	42	2	179
Verlust	9	60	6			75
Gewinn		10		15	3	28
Gesamt vorhanden	9	460	277	104	12	862
Verlust	9	291	34		3	337
Gewinn		26	4	94	5	129
	0	195	247	198	14	654
Belegungsfaktor		1	2	3,5	5	
Einwohnerzahl		187	562	592	65	1426

dernsten technologischen Verfahren, der Fließfertigung, gestaltet. Das Gesamtvorhaben wird in den wesentlichsten Grundsätzen seiner städtebaulichen Struktur und Gestalt und gemäß seiner Konzeption zur gesellschaftlich gerechtfertigten Verbesserung urbanistischer Funktionen des Wohngebietes nach sozialistischen Kriterien verwirklicht. Die Errichtung des Mehrzweckgebäudes ist gegenwärtig nicht gesichert.

Die mit der angestrebten Erfassung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens höhere Qualität der komplexen Baureparaturen verlangte eine wesentlich neue Form der Planung und Leitung insbesondere der Vorbereitung der Maßnahmen. Gemäß den Grundsätzen zur Erreichung der Zielstellung war die Gestaltung des Vorbereitungs- und Projektierungsprozesses auf zwei Hauptphasen zu orientieren:

1. Komplex-territoriale Planung einschl. Bestandserfassung, Analyse und städtebaulicher Entwurf,
2. Projektierung der Maßnahmen der Modernisierung der Wohngebäude sowie der Maßnahmen der Rationalisierung, Modernisierung und Rekonstruktion der integrierten Gebäude und baulichen Anlagen der materiell-technischen Territorialstruktur des Wohngebietes.

Einen besonderen Schwerpunkt bildete dabei die Phase der städtebaulichen Planung. Hier sind neben der Erarbeitung des städtebaulichen Entwurfs durch den Architekten und Städtebauer insbesondere die gründliche Analyse der Gebietsstruktur sowie die Programme zur weiteren Entwicklung aller gesellschaftlichen Bereiche und der Organisation der Lebensweise im Wohngebiet nach sozialistischen Kriterien auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Prognosen zu erarbeiten. Die örtlichen Räte tragen hierbei eine hohe Verantwortung. Eigene Erfahrungen zeigen, daß diese Aufgabe nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit unter weitgehender Einbeziehung der Bevölkerung und den gesellschaftlichen Kräften des Wohngebietes zu lösen ist.

Die Qualität sowie der Inhalt, Umfang und volkswirtschaftliche Aufwand werden in dieser Phase entschieden. Das für die Maßnahmen Arkonaplatz praktizierte Modell der Planung und Leitung und die festgelegten Maßnahmen zur massenpolitischen Arbeit haben sich bisher vollauf bewährt.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen wurden bei der oberen Fließstrecke eine netzplangerechte Fertigstellung und eine Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber der Vorgabe von 107 Prozent erreicht (das entspricht einer Steigerung gegenüber Instandsetzungen an Einzelstandorten von 130 Prozent). Bei Ausschaltung noch vorhandener, den Bauprozeß negativ beeinflussender Faktoren, ist eine Steigerung auf 120 Prozent bis 130 Prozent möglich.

Bei der inneren Fließstrecke wurden die Vorgabezeiten nicht erreicht. Ursache ist die teilweise objektiv bedingte Projektungenauigkeit in dem erst während der Bauphase vollständig erfaßbaren Schadensgrad und die damit zusätzlichen Maßnahmen, die insbesondere durch das Bauhauptwerk zu realisieren sind.

Es ist bereits jetzt einzuschätzen, daß bei weiterer Erhöhung der Projektgenauigkeit, weitgehendem Schichteinsatz, Sicherung der materialtechnischen Prozesse sowie der Trocknungsprozesse, Erreichung eines hohen Vorfertigungsgrades und terminegerechter Schaffung der Baufreiheit die Vorgabezeiten erreicht bzw. unterboten werden.

Es wird ganzjährig durchgearbeitet; der Winterbau wird durch den Einsatz wirksamer Getreide-Trocknungsaggregate und die Fertigstellung der oberen Erzeugnislinie gewährleistet. Mit der angewandten Winterbautechnologie konnten erstmalig für das Baureparaturwesen dieses Umfangs in den Wintermonaten Wohnungen fertiggestellt und der Bevölkerung übergeben werden.

Die nach Meinung der beteiligten Partner, Fachkollegen und der Bewohner gute Qualität der Bauleistungen wurde mit einem hohen Anteil handwerklicher Fertigungsprozesse für den Ersatz bzw. den Einbau von verschiedensten Elementen der Mikro- und Makrostruktur erreicht. Dieses Ergebnis ist unbefriedigend. Der entsprechend der materielltechnischen Basis erfolgte Einsatz von Gipskartonplatten, dreischichtigen Holzspanplatten und Risotexplatten als Elemente der Deckensanierung sowie Fertigfenster und Fertigtüren und einiger großflächiger Dachdeckungselemente, reicht bei weitem nicht aus. Zur Erhöhung des Industrialisierungsgrades sind ergänzend insbesondere flexibel anwendbare montagefähige Trennwand- und Massivdeckensysteme erforderlich und anzuwenden. Darüberhinaus sind, trotz individueller Lösungen für die Funktionseinheiten Küche/Bad, solche Systemlösungen herauszuarbeiten, die die handwerkliche Fertigung der Rohrleitungssysteme der sanitären Installationen einschl. gastechnischer Versorgung weitgehend einschränken, den Vorfertigungsgrad erhöhen und eine Rohrbündelmontage gewährleisten.

Die Straßeneinheiten bilden einen besonderen Schwerpunkt der architektonischen Gestaltung der rekonstruierten Altbausubstanz. In den Gestaltungsprinzipien wird darauf orientiert, daß die Charakteristik der stadttypischen Berliner Straßenzüge gewahrt bleibt und eine sinnvoll abgestimmte Farbgebung, die nach Möglichkeit in einer weiterentwickelten neuen Farbigkeit eine Adaption an das Original berücksichtigt, den neuen gesellschaftlichen Inhalt widerspiegelt. Hierzu ist zu bemerken, daß das Wohngebiet nicht zu den ausgewiesenen Reservatzonen, wie zum Beispiel die Marienstraße, gehört, die den besonderen Bedingungen der Berliner Denkmalpflege unterliegen.

Die Ausführungsvariante sieht den Verbleibt bestimmter Mauerwerksteile der Gurtgesimse, Pilaster, Lisenen, Fensterüberdachungen und dergleichen in einfacher, kantiger Putzprofilierung vor. Alle übrigen Flächen werden glatt geputzt, erhalten



14 Bad

15 Küche

16 Schlafraum

17 Wohnraum mit Eßplatz



teilweise einen Fugenschnitt und werden farbig mit Plastputz behandelt. Andere Gebäude werden strukturell wesentlich einfacher gegliedert. Im Bereich der Arkonastraße bleibt der vorhandene Putz zum Beispiel völlig erhalten.

Die Hoffassaden werden ebenfalls und mit der gleichen Aufmerksamkeit, insbesondere auf Grund ihrer räumlich-erlebbaren Wirkung in den Hofbereichen der Wohnquartale und der angestrebten qualitativen Übereinstimmung mit der Wohngrün-Gestaltung, in die Gestaltungskonzeption einbezogen. Oberflächenstruktur und farbliche Behandlung werden dabei ebenfalls von ökonomischen Aspekten mitbestimmt. Die Festlegungen sehen hierzu vor, daß instand gesetzte Fassaden einen farbigen Plastputz und notwendig neu zu putzende Fassaden einen mit Erdfarben eingefärbten feinen Kratzputz erhalten.

Insgesamt wurde für die farbige Gestaltung der Straßeneinheiten eine abgestimmte Farbkonzeption anhand dargestellter Fassadenabwicklungen erarbeitet. Das erfolgte weitgehend nach den denkmalpflegerischen Kriterien. Die hierzu angestellten Farbuntersuchungen am Original wurden von der Restaurierungswerkstatt Manfred Becker des Kunstgewerbemuseums Schloß Köpenick durchgeführt.

Von entscheidender Bedeutung bei der Modernisierung der Altbausubstanz sind die volkswirtschaftlich vertretbaren Kosten. Die ermittelte Aufwandskennziffer wurde in der Phase der Erarbeitung des Projekts bzw. der Phase der Baudurchführung überschritten.

Dabei ist festzustellen, daß sämtliche Überschreitungen der projektierten Kosten durch die Bauhauptgewerke erfolgen, wogegen die Baunebengewerke die Kostenvorgaben einhalten bzw. unterbieten. Dieses Ergebnis ist gleichfalls unbefriedigend und verlangt die volle Konzentration auf kostensenkende Maßnahmen bei ausnahmslos allen Gewerken, die im einzelnen eingeleitet wurden. Das Kriterium liegt in der Gebäudesubstanz selbst, ihrem physischen und moralischen Verschleiß und der verantwortungsvollen kollektiven Einschätzung der instandzusetzenden und zu ersetzenden Bauwerkselemente mit der Zielstellung der weitgehenden Einschränkung von Eingriffen in die vorhandene Gebäudesubstanz bei erhöhtem Risiko aller verantwortlichen Partner. Daneben sind durch weitere Industrialisierung des Bauprozesses, der Festlegung von Qualitätskriterien bei instandzusetzenden Bauelementen des Rohbaus und Ausbaus sowie durch Ausbau und Ausstattungsstandards volkswirtschaftlich vertretbare Maßstäbe für die Modernisierung der Altbau-Wohnsubstanz zu setzen.

Die gegenwärtig diskutierten und vom Minister für Bauwesen vorgeschlagenen Aufwendungen von 15 bis 20 TM für eine zu modernisierende Wohnung sind meines Erachtens als durchschnittlicher volkswirtschaftlicher Gesamtaufwand im Rahmen der bis 1975 zu modernisierenden 100 000 WE ausreichend. Es ist jedoch dringend zu empfehlen, eine Spezifizierung und Abstufung nach Anwendungsgebieten vorzunehmen. Diese Maßnahme soll die Modernisierung von Wohnungen in den Wohngebieten der Großstädte sichern, für die dieser Aufwand meines Erachtens nicht ausreicht. Es ist davon auszugehen, daß trotz höheren Baualters und höheren physischen und moralischen Verschleißes, die Wohngebiete für weitere Jahrzehnte im Rahmen ihrer volkswirtschaftlich notwendigen Integration in den Regenerationszyklus der Gesamtstadt zu erhalten sind und zur Verbesserung der Wohnqualität und des baulichen Gesamtzustandes ein höherer Instandsetzungsaufwand, nicht zuletzt auch durch die größeren Bauwerksdimensionen, erforderlich wird. Dabei ist ebenso zu berücksichtigen, daß als Anteil der Modernisierungsaufwendungen lediglich 10 Prozent bis 20 Prozent der Instandsetzungskosten in Ansatz gebracht werden können.



16

17





1

Rekonstruktion der „Ackerhalle" in Berlin

Architekt BdA/DDR Klaus Pöschk
Leiter der Abteilung Projektierung
im VEB Baureparaturen Berlin-Mitte

Hauptauftragnehmer:	VEB Baureparaturen Berlin-Mitte
Hauptprojektant:	VEB Baureparaturen Berlin-Mitte Abteilung Projektierung
Gesamtleitung:	Architekt BdA DDR Klaus Pöschk
Entwurf und Gestaltung:	Architekt BdA DDR Klaus Pöschk
Verantwortliche Mitarbeiter:	
Entwurf:	Bauingenieur Rainer Schulz Bauingenieur Annegret Schulz
Statik und Konstruktion:	Bauingenieur Helmut Heckendorf Bauingenieur Horst Gröbler Bauingenieur Dieter Janik Bauingenieur Reinhard Pusch
Sanitär und Heizung:	Ingenieur Jochen Forwerk
Elektro:	Ingenieur Lothar Schillheim Elektromeister Hans Lorenz
Fernsprech- und elektroakustische Anlagen:	Ingenieur Günter Mühlau
Lüftung:	Ingenieur Hans Gronwald
Bauwirtschaft:	Bauwirtschaftler Erich Spuhl
Vermessung:	Vermessungs-Techniker Lothar Bellmann Vermessungs-Techniker Olaf Liehr
Handelstechnologie:	Konsumgenossenschaft Berlin GBH Karl-Marx-Stadt
Werbekonzeption:	Konsumgenossenschaft Berlin – Werbung –
Kooperationspartner:	
Trafostation:	Fa. Wagenknecht KG Berlin
Elektrischer Unterfrierungsschutz:	Fa. Ullner KG Zwickau
Leuchtwerbung:	Fa. Erich Meyer Berlin
Aufzugsanlagen:	VEB Aufzugs- und Fahrtreppenbau Berlin
Kälteanlagen:	„Polarkühlung Berlin" Fa Neumann KG Berlin-Weißensee

Die „Ackerhalle" wurde Ende des 19. Jahrhunderts erbaut und diente mit ihrer ursprünglichen Ausstattung bis zum Beginn der Baumaßnahmen Anfang des Jahres 1969 als Handelsobjekt, ohne jedoch die gestellten Versorgungsaufgaben zu erfüllen. Durch die Stadtbezirksversammlung von Berlin-Mitte wurde beschlossen, die im Altbauwohngebiet Invaliden-Brunnen-Wilhelm-Pieck- und Chausseestraße vorhandene ehemalige Markthalle „Ackerhalle" zu einem modernen Einkaufszentrum umzugestalten und damit die mit 1400 m² Verkaufsraumfläche bis dahin größte Kaufhalle der DDR zu schaffen.

Grundlage dieses Beschlusses waren

- die „Konzeption zur weiteren Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger in den Altbauwohngebieten bis 1980, besonders, unter dem Gesichtspunkt der Standortverteilung der komplexen Instandsetzung und der weiteren Entkernung" des Stadtbezirks Berlin-Mitte.
- der Handelsnetzentwicklungsplan des Stadtbezirks Berlin-Mitte

Kennwerte

Kaufhalle	1 400,0 m^2
Verkaufshalle mit Einzel-verkaufsständen	1 140,0 m^2
Backwaren-Frühverkaufsstelle	55,0 m^2
Imbißgaststätte	80,0 m^2
Nettofläche	7 760,0 m^2
Nutzfläche	6 810,0 m^2
bebaute Fläche	4 800,0 m^2
umbauter Raum TGL 13 742	52 000,0 m^3

1
Die Ackerhalle kurz vor der Eröffnung

2
Blick auf den Eingang Schnellimbiß und die vorgesehene Eingangsblende

3
Blick in den Windfang des Kundeneinganges

4
Während der Eröffnung wurde ein Gemüsewagen aufgestellt.



2


3


4

▪ der Generalbebauungsplan der Hauptstadt der DDR, Berlin.

Zielstellung

Mit der Rekonstruktion einschließlich der komplexen sozialistischen Rationalisierung der „Ackerhalle" sollte erreicht werden

▪ eine zentrale Versorgungseinrichtung für das Gebiet im Bereich Invaliden-, Brunnen-, Wilhelm-Pieck- und Chausseestraße zu schaffen

▪ der Verkauf von Nahrungs- und Genußmitteln und Industriewaren nach modernsten Verkaufsmethoden zu organisieren unter Einbeziehung von 18 Einzelstandkomplexen privater Einzelhändler

▪ das bestehende Handelsnetz zu entflechten und zu rationalisieren durch Schließen von Verkaufsstellen des sozialistischen Handels im Umkreis der „Ackerhalle".

Da die Umgestaltung der „Ackerhalle" zusätzlich zum Volkswirtschaftsplan 1969 zu realisieren war, wurde sie Bestandteil der Maßnahmen des Stadtbezirks Berlin-Mitte im Rahmen des Initiativprogramms zu Ehren des 20. Jahrestages der DDR. Daraus ergab sich die kurze Terminstellung für Vorbereitung, Projektierung und Baudurchführung von insgesamt acht Monaten, die durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit eingehalten werden konnte.

Von besonderer Bedeutung war dabei das kameradschaftliche Zusammenwirken zwischen der Konsumgenossenschaft Berlin als Auftraggeber, den Einrichtungen des Rates des Stadtbezirks, den Architekten, Projektanten, Bauleitern, Bauarbeitern, Institutionen und Betrieben sowie das System der Leitung und Kontrolle. Hierzu war eine beim Rat des Stadtbezirks gebildete Arbeitsgruppe tätig, die sich aus bevollmächtigten Vertretern aller Partner zusammensetzte und vom Bezirksbürgermeister Dr. Goldberg direkt geleitet wurde.

Entsprechend der Aufgabenstellung und unter Wahrung der durch die „Ackerhalle" gegebenen und weiterzuentwickelnden Traditionen als Markthalle war vorgesehen, eine Kaufhalle mit Selbstbedienungs-Verkaufssystem und eine Verkaufshalle mit Einzelverkaufsständen für den privaten Einzelhandel und die sozialistischen oder genossenschaftlichen Handelsorganisationen einzurichten. Außerdem sollte ein Backwarenfrühverkauf ermöglicht und eine Imbiß-Gaststätte eingeordnet werden.

Als Schwerpunkte bei der Funktionslösung galt es zu berücksichtigen, daß

▪ die zwei Hauptverkaufsbereiche getrennt werden

▪ die Warenanlieferung verbessert und der Warenumschlag rationalisiert wird und

▪ Büro- und Sozialräume sowie Lagerräume für die getrennten Verkaufsbereiche geschaffen werden.

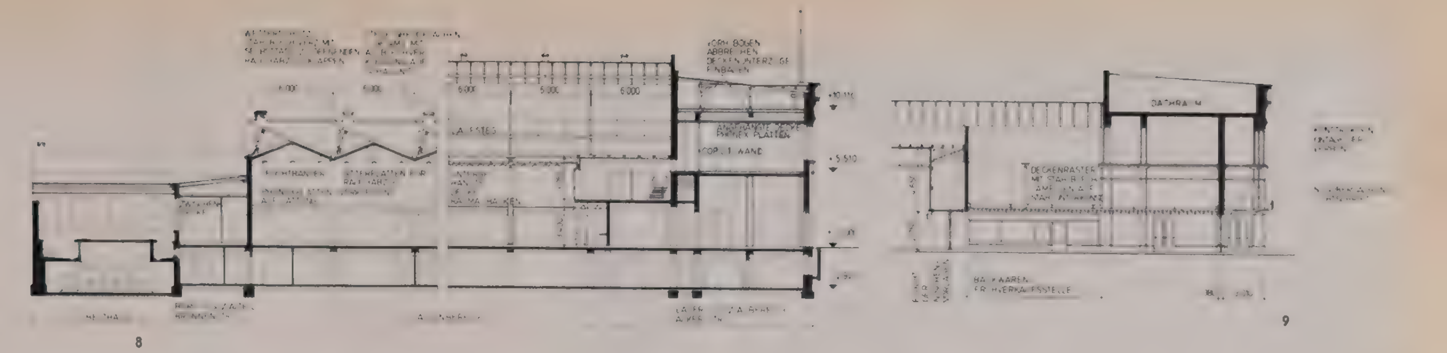
Charakteristik der Bausubstanz (Bestand)

Die Verkaufshalle besteht aus einem überhöhten Mittelschiff und zwei beidseitig angeordneten Seitenschiffen. Als tragende Elemente für die Dachkonstruktion sind gußeiserne Stützen, Stahlunterzüge aus Profilstahl und Stahlbindern als Dreigelenkrahmen im Mittelschiff vorhanden.

5
Obergeschoß 1 : 500
1 Luftraum Halle
2 Dispatcher
3 Personalaufenthaltsraum
4 Küche, Anrichte
5 Frauenruheraum
6 Umkleideanlagen
7 Waschraum

6
Erdgeschoß 1 : 500
1 Verkaufsfläche Einzelhandel
2 Kaufhalle
3 Backwaren
4 Lager
5 Büro
6 Spüle
7 Imbißgaststätte
8 Warenannahme
9 Umkleideanlagen (weiß)
10 Umkleideanlagen (schwarz)
11 Aufenthaltsraum
12 Zugang zum Heizraum
13 Transformatorenstation
14 Warenschleuse
15 Innenhof
16 Fleischvorbereitung und -lager
17 Warenlager (Getränke, Nahrungs- und Genußmittel)
18 Personaleingang
19 Leergut
20 Kinderwagen-Aufbewahrungsraum

7
Querschnitt 1 : 500



8

9

10



11



12

8
Längsschnitt durch Mittel- und Seitenschiff 1 : 500

9
Schnitt durch den Kundeneingang 1 : 500

10
Blick in die Ackerhalle vor der Rekonstruktion

11
Blick auf die begehbare Zwischendecke im Bereich des Mittelschiffes

12
Personalaufenthaltsraum im Obergeschoß

13
Schmuckornamente der Fassaden wurden auch in die Gestaltung des Innenraumes einbezogen

13





14



15

14
Blick in die Kaufhalle. Im Vordergrung der Bereich der Kühlmöbel

15
Blick aus der Dispatcherkanzel in die Kaufhalle

16
Fleisch- und Wurstverkaufsstand mit darüberangeordneter Dispatcherkanzel

Die Seitenschiffe sind mit Sheddächern versehen, wobei jeder Sparren symmetrisch durch eine Strebe abgestützt ist. Das Mittelschiff ist mit einem Satteldach ausgebildet; die Seitenflächen bestehen aus Holzfachwerk mit Holzverschalung. Die gesamte Dachkonstruktion ist in Holz ausgeführt und mit innenseitig gehobelter Dachschalung und Pappeindeckung hergestellt.
Als Queraussteifung sind 1,80 bis 2,00 m tiefe Pfeilervorlagen an den Längswänden angeordnet. Im Bereich der Längswände sind je Binderfeld Lüftungsöffnungen vom Keller bis über Dach führend vorhanden.
Der Fußboden der Halle ist massiv und zwar aus verschiedenen Materialien wie Zementestrich, Ziegelpflaster und Asphalt hergestellt. Die überhöhten Einzelstandkomplexe waren mit Granitborden eingefaßt.
Über Fensteröffnungen in den steilen Shedflächen und den Seitenflächen des Mittelschiffes erfolgte die Belichtung. Die Halle wurde auf einem Raster von 6,00 m mal 6,00 m (6,00 m × 12,00 m im Mittelschiff) konzipiert.
Das gesamte Kellergeschoß ist aus Mauerwerk hergestellt, die Kellerdecken sind als Preußische Kappen zwischen Gurtbögen ausgebildet.
Die der Halle angrenzenden Kopfbauten sind als Mauerwerksbauten ein- bzw. zweigeschossig ausgeführt.
Als Geschoßdecken sind Holzbalkendecken vorhanden. Die Dächer sind zimmermannsmäßig hergestellte Sattel- oder Pultdächer mit Pappeindeckung.
Sämtliche Fassadenflächen sind in Verblenderbauweise hergestellt. Die Fassadenflächen an der Invaliden- und Ackerstraße sind durch Schmuckelemente besonders architektonisch gestaltet.
Da die Gesamtsubstanz in ihrer Struktur als gut eingeschätzt wurde, sind mit den Rekonstruktionsmaßnahmen im Hallenteil keine wesentlichen konstruktiven Veränderungen vorgenommen worden.
Das Hallendach aber wurde saniert, erhielt eine neue Pappeindeckung sowie neue Rinnen und Fallrohre. Die steilen Shedflächen wurden mit Aluminiumblech, die Seitenflächen des Mittelschiffes mit PVC-Wellplatten verkleidet. In allen Dachflächen wurden Rauchabzugsöffnungen (mit Wetterschutz) eingebaut.

Funktionelle Lösung

Der Kundeneingang befindet sich in der Invalidenstraße. Durch den Gebäudeabschluß – Haupteingangstür und Bogenausmauerung – im Bereich des zweiten Eingangsbogens und des Hallenteiles wurde ein Windfang geschaffen. In diesem Bereich sind angeordnet:
- die Backwaren-Frühverkaufsstelle, (einschließlich Handlager) die den Milchverkauf an Sonn- und Feiertagen übernimmt
- Verkaufsstände für Tabakwaren und Zeitungen und Zeitschriften
- der Zugang zum 1. Obergeschoß mit den Büroräumen der Kaufhallenleitung
- ein zweiter Zugang zur Imbiß-Gaststätte
- Kinderwagenabstellraum einschl. Möglichkeiten der Kinderbetreuung.

Der Einzelhandelsbereich sieht vier Einzelstandkomplexe für Nahrungs- und Genußmittel, Obst und Gemüse, Blumen und Industriewaren und einen Einzelhandelskomplex für Lebend-Fisch und Fischwaren vor. Die vorhandenen Nischen nehmen weitere Einzelstände, einen Imbißstand, den Raum für Müll und Abfälle sowie den Elektroschaltraum auf.
Die Kaufhalle ist zur Ackerstraße orientiert angeordnet. Sie wird begrenzt durch die Glastrennwand zum Einzelhandelsbereich, eine Längs-Trennwand aus Stahl-Fachwerk mit Mauerwerks-Ausfachung und die hintere, neu zu erstellende Hallenabschlußwand.
Der Zugang befindet sich in der Hallen-



16



17



17
Kassen- und Packtischzone

18
Bereich der Kühlmöbel

19
Getränkestand, der durch eine Pergola interessant gestaltet wurde



18



19

mitte. Entsprechend dem Verkaufssystem Selbstbedienung sind in der Glastrennwand zwei Eingänge und ein Ausgang vorgesehen, die nach Verkaufsschluß durch Jalousien geschlossen werden.
Der Kundenweg wird bestimmt durch Leitbarrieren und Packtische;
Der Verpackungsbereich vorgelagert ist die Kassenzone mit 14 Kassenständen.
In der Kaufhalle wird das komplexe Warenangebot nach Sortimentstrennung auf frei stehenden Warenträgern, Wandregalen und Paletten sowie in Kühltruhen, Tiefkühltruhen und Kühlregalen angeboten.
Im Bereich der Hallenrückwand ist der Fleisch- und Wurstverkaufsstand angeordnet.
Seitlich des Fleisch- und Wurstverkaufsstandes sind die Zugänge für den einfließenden Warentransport zur Kaufhalle. Für die linke Warenschleuse wurde der Lichthof im Erdgeschoßbereich teilweise überbaut.
Über dem Fleisch- und Wurstverkaufsstand ist die Dispatcher-Kanzel angeordnet. Sie ist wandhoch voll verglast und bietet die Möglichkeit, die gesamte Kaufhalle zu übersehen, damit den Verkaufsprozeß zu beobachten und steuernd und regelnd auf ihn Einfluß zu nehmen. Perspektivisch sollen hier Datenerfassungs- und Übermittlungsanlagen im Rahmen eines elektronisch gesteuerten Bestell- und Liefersystems installiert werden.

Warenanlieferung

Die Warenanlieferung für die Kaufhalle erfolgt von der Ackerstraße. Die handelstechnologische Konzeption sieht vor, daß

mindestens	70 Prozent der Waren sofort in den Verkaufsraum,
maximal	10 Prozent in die Warenvorbereitung und
höchstens	20 Prozent in die Lagerräume im Keller eingeschleust werden.

Daher dienen sämtliche straßenseitigen Räume im Erdgeschoß des Gebäudeteils Ackerstraße als Warenschleuse und Stauräume.

Sie sind von der Straße aus direkt zugänglich. Des weiteren sind im Erdgeschoß der Lagerleiterraum, Fleischvorbereitungsraum mit Handlager und Kühlzelle sowie ein WC-Raum für das Verkaufspersonal – vom Verkaufsraum erreichbar – untergebracht.

Die im Keller zu lagernde Ware wird über den vorhandenen Lastenaufzug transportiert.

Im Obergeschoß des Gebäudeteils Ackerstraße befinden sich die Sozialräume der Kaufhalle mit Umkleideräumen, Wasch-, Dusch- und WC-Anlagen, Aufenthaltsraum, Küche (Anrichte) und Frauenruheraum. Zur Erfüllung des Raumprogramms war der Einbau einer Massivdecke in der ehemaligen Durchfahrt erforderlich. Die Dispatcherkanzel ist vom Obergeschoß aus erreichbar.

Die Warenanlieferung für den Einzelhandelsbereich erfolgt von der Brunnenstraße. Für den Um- und Ausbau des Bereichs Brunnenstraße wurden zwei Variantenlösungen vorgeschlagen, die sich aus der Einbeziehung der vorhandenen Ruine und ihrem Ausbau als Heizhaus sowie Büro- und Lagergebäude (Obst- und Gemüse) ergaben.

Gegenüber der 1. Variante, die den Abriß der vorhandenen Ruine vorsah, wurde während der Bauphase eine Variante entwikkelt, die diese Ruine in die Nutzung mit einbezog und aufgrund ihrer funktionellen und ökonomischen Vorzüge auch realisiert wurde.

Die vorhandene Ruine wurde mit folgendem Raumprogramm ausgebaut:

Kellergeschoß:	Heizungsanlage Brennstofflagerraum
Erdgeschoß:	Lagerraum Obst und Gemüse mit Vorbereitungsbereich Müll- und Abfallraum Schlackenraum mit Schlackenaufzug Pförtnerloge Hauptzugang mit Treppenanlage
Obergeschoß:	Direktions- und Büroräume Wasch- und WC-Anlagen Teeküche

Der erforderliche Heizungsschornstein wurde freistehend im Bereich des Giebels auf der Freifläche Brunnenstraße errichtet. Die verbleibenden Innenhöfe wurden massiv in Stahltragkonstruktion und monolithischen Stahlbetondachdecken mit Glasprismen-Oberlicht überdacht.
Der An- und Abtransport des Waren- und Leergutes erfolgt über eine neu hergestellte Fahrstraße mit Richtungsverkehr Invaliden–Brunnenstraße. Die Fahrstraße ist im Rampenbereich auf Ladehöhe abgesenkt. Die gesamte 3,00 m breite Laderampe ist überdacht.
Auf der restlichen Freifläche wird in weiteren Bauphasen ein Parkplatz angeordnet.
Mit Durchsetzung dieser Variante konnten unter anderem die Kundentoiletten sowie die Wasch- und WC-Anlagen für das Personal der Einzelhändler im Erdgeschoß, unmittelbar am Hallenbereich, untergebracht und auf eine Schmutzwasser-Hebeanlage verzichtet werden. Weiterhin wurde die Trafostation im Erdgeschoß eingebaut.
Das Objekt wurde mit folgender technischer und technologisch bedingter Gebäudeausrüstung ausgestattet:

- Beleuchtungsanlage einschl. Notlichtanlage
- Kraftanlage
- Trafostation



20



21



22

- Fernsprech- und elektroakustische Anlage zur Überwachung und Steuerung des Verkaufs- und Warenumschlagprozesses
- Blitzschutzanlage
- Elektrischer Unterfrierungsschutz zur Sicherung der Konstruktionselemente im Bereich der neu einzubauenden Tiefkühlräume
- Heizungsanlage
- Be- und Entwässerungsanlage einschl. Warmwasserversorgung für sanitäre Einrichtung
- Be- und Entlüftungsanlagen
- Aufzugsanlagen
  - 1 Lastenaufzug 1000 kp
  - 1 Lastenaufzug 1200 kp (vorh.)
  - 2 Kleinlastenaufzüge 100 kp für Vertikaltransport von Industriewaren
- Kältetechnische Anlage.

Lagerräume

Das Kellergeschoß nimmt sämtliche Lagerräume auf. Es sind getrennte Lagerräume für Nahrungs- und Genußmittel und Industriewaren für die Kaufhalle sowie Lagerräume für die Nutzer der einzelnen Einzelverkaufsstände vorgesehen. Für die Lagerung von verderblichen Waren und des umfangreichen Feinfrostsortiments der Großverkaufsstelle wurden neue Tief- und Leichtkühlräume mit insgesamt 400 m² Grundfläche eingerichtet. Außerdem sind folgende funktionsbedingte Nebenräume im Kellergeschoß untergebracht:

- Kühlaggregatraum einschl. Lüfterkammer für die Stationierung der Kühlaggregate der Kühlmöbel der Großraumverkaufsstelle
- sämtliche technischen Betriebsräume für den Kühlraumkomplex, die Notstromanlage und Hausanschlüsse
- Aufenthaltsräume einschl. Teeküche für den Einzelhandelsbereich
- Heizungsraum einschl. Heizeraufenthaltsraum mit WC, Wasch- und Duschraum, Boilerraum, Pumpenraum usw.
- Brennstofflagerraum
- Papierpresse

Gestaltung

- Fassaden

Die vorhandene architektonische Gestaltung in Verblenderbauweise ist typisch für die im Baujahr entstandenen Handelsbauten. Die Fassaden der Invaliden- und Ackerstraße blieben daher in ihrer Struktur erhalten. Eine notwendige Säuberung erfolgte durch Sandstrahlen mit nachfolgendem Porenverschluß durch Fluatierung oder Latex-Konservierung.

Sämtliche Fassadenflächen wurden neu verfugt; beschädigte Teile wurden ausgebessert unter Verwendung geborgener Riemchen.

Fehlende oder beschädigte Schmuck-Ornamente wurden bildhauerisch ergänzt.

Durch die zurückgesetzte Anordnung des Kundenzugangs an der Invalidenstraße blieb der vorhandene Eingangsbogen erhalten. Die neu angeordnete Eingangsüberdachung ist leicht ausgekragt und nimmt den Schriftzug „Ackerhalle" als Lichtwerbung auf. Im übrigen Teil des Bogens wird ein großflächiges Stahlgitter eingebaut, das gleichzeitig als Montagegerüst für das Ackerhallensymbol (Leuchtstoffröhren) dient.

- Innenraum

Im Bereich des Mittelschiffes wurde eine über Laufstege begehbare Zwischendecke aus Stahlbindern angeordnet mit einer abgehängten Rauma-Balkendecke der Fa. Meyer KG, Berlin-Weißensee. Zwischen den einzelnen Raumabalken wurden im Wechsel Leuchtenträger aus gleichem Material für die Montage der Deckenbeleuchtung abgehängt.

Die Seitenschiffe wurden mit Phonex-Platten im Sparren- und Strebenbereich verkleidet. Je Shedd wurden drei Leuchtbänder abgehängt bis zur Höhe der Leuchtenträger des Mittelschiffes. Damit wurde eine einheitliche Lichtebene erreicht. Der Haupteingang erhielt im Windfangbereich eine Rasterdecke aus Alublech-Lamellen auf Stahl-Unterkonstruktion.

20 bis **24**
Einzelhandelsbereich. Für die Einzelverkaufskomplexe wurden die Stände der neuen Berliner Markthalle in Funktion und Gestaltung übernommen. Auch die Nischen wurden für weitere Einzelstände genutzt.

23



24



Der konstruktive Aufbau der Halle sieht für die Queraussteifung 1,80 m bis 2,00 m tiefe Mauerwerksvorsprünge je Stützenachse vor. Die Nischen wurden ab 2,75 m OKF bis Unterkante Dach durch eine vorgehängte Schürze verkleidet. Die Schürze besteht aus 30 mm dicken Gipsplatten (1200 mm/600 mm) auf einer Stahl-Holz-Unterkonstruktion. Die im Verkaufsbereich verbleibenden Nischen wurden mit Warenträgern versehen bzw. mit Einzelverkaufsständen ausgebaut. Sie erhielten eine Einzelbetonung durch eine werblich gestaltete Blende in Höhe der Blenden der Einzelverkaufsstände.

Die Trennung der Verkaufsbereiche erfolgt durch eine 2,60 m hohe Glastrennwand auf massivem Sockel; die Höhe entspricht der der Einzelverkaufsstände.

Für die Einzelverkaufskomplexe wurden die Stände der neuen Berliner Markthalle in Funktion und Gestaltung übernommen. Die gestaffelte Aufstellung im mittleren und teilweise ersten Standkomplex ermöglicht die flexible Gestaltung und marktgerechte Handelsformen.

In der Kaufhalle bildet der mittlere Hallenteil einen besonderen Handels- und Gestaltungsschwerpunkt. In diesem Bereich sind die Kühlmöbel in besonderer Gliederung aufgestellt. An der Stirnseite befindet sich der Fleisch- und Wurstverkaufsstand nischenartig eingebaut; darüber angeordnet die vollverglaste Dispatcherkanzel. Die vorhandenen gußeisernen Stützen wurden mit Kröpalit-Halbschalen verkleidet. Die gesamte Halle erhielt einen neuen Fußbodenaufbau mit Terrazzoplattenbelag. Sämtliche verbleibenden Wandflächen wurden geputzt.

Die Rekonstruktion der Markthalle – Ackerhalle – zum „Einkaufszentrum Ackerhalle“ ist ein Beispiel für die funktionelle und strukturelle Aufwertung vorhandener Bausubstanz bzw. überalteter Handelseinrichtungen mit den Maßnahmen der komplexen sozialistischen Rationalisierung. Das Beispiel ist übertragbar auf ähnliche Maßnahmen, die bei der Umgestaltung von Wohngebieten unter Ausnutzung bestehender Gebäude und baulicher Anlagen derartiger Handelseinrichtungen im Rahmen eines rationalisierten Versorgungssystems vorsehen.

Dabei könnten auch solche Gebäude und baulichen Anlagen einbezogen werden, die nicht als Handelseinrichtungen genutzt wurden. Es ist dabei an geeignete Gebäudesubstanzen gedacht, die in der gegenwärtigen Nutzung störenden Einfluß auf die Wohnbedingungen im Wohngebiet nehmen und im Rahmen von Umgestaltungsmaßnahmen einer anderen Nutzung zugeführt werden müssen.

26





25

25
Imbißraum. Die Selbstentnahmereihe wurde durch eine Holzkonstruktion optisch vom Raum getrennt.

26
Blick in die Selbstentnahmereihe

27
Stehtische im Imbißraum

27



Rekonstruktion der Brauerei in Rostock

Architekt BdA DDR Werner Langwasser
VEB Industriebaukombinat Rostock

Das schnelle Anwachsen der Stadt Rostock, der laufend steigende Urlauberbetrieb in den Sommermonaten sowie die Schiffsversorgung machten erforderlich, weitere neue Kapazitäten für die Getränkeversorgung zu schaffen, sollten nicht laufend hohe Transportkosten in Kauf genommen werden. Da die Bausubstanz teilweise noch gut erhalten war und die technischen Anlagen sich auch noch in gutem Zustand befanden, entschloß man sich, auf dem alten traditionellen Standort die Brauerei zu rekonstruieren und die Produktion von 350 000 hl je Jahr auf 700 000 hl je Jahr zu steigern.

Als wesentlich neue Anlagen waren zu schaffen:

- das Sudhaus für die automatische Anlage
- eine neue Abfüllhalle mit Versandlager
- neue Sozialanlagen

Weiterhin mußten kleinere Um- und Neubauten, wie z. B. Trafo-Station und Malzlager, vorgenommen werden.

Um die Fläche für das neue Produktionsgebäude zu gewinnen, mußten einige alte Gebäude abgebrochen und eine Baracke umgesetzt werden. Das Sudhaus ist in der bestehenden Bausubstanz durch einige Umbaumaßnahmen errichtet worden.

Unter Berücksichtigung der Bebauungskonzeption für den Doberaner Platz und Brink, wurde das Sozialgebäude in einer Baulücke am Brink errichtet. Die Rekonstruktion wurde bei laufender Produktion durchgeführt. Zunächst wurde das Sudhaus, dann das Produktionsgebäude und als letzte Baumaßnahme das Sozial- und Verwaltungsgebäude errichtet.

Wie schon erwähnt, ist das Sudhaus in die bestehende Bausubstanz eingebaut worden. Die vorhandenen Ringwände wurden genutzt und nur die Decken und das Dach neu eingezogen. Die Decken wurden monolitisch gefertigt und das Dach in Stahlkonstruktion hergestellt. Zum Raum wurde eine untergehängte Decke mit Plaste-Elementen angeordnet.

Das Produktionsgebäude als größtes Vorhaben im Rahmen der Rekonstruktionsmaßnahme nimmt die gesamten automatischen Linien der Wasch- und Abfüllanlagen sowie der Lagerung des Leergutes und den Versand auf.

Die Beladung der Fahrzeuge erfolgt ausschließlich durch Gabelstapler unter einer überdeckten Verladestraße an der Hofseite. Somit ist im wesentlichen gleichzeitig ein innerbetrieblicher Einbahn-Verkehr gesichert, und es erfolgt keine Behinderung der an- und abfahrenden Fahrzeuge. Die Länge des Produktionsgebäudes beträgt rund 98 m, die Gebäudetiefe 24 m. Das Kellergeschoß des dreigeschossigen Produktionsgebäudes wird als Gär- und Reifekeller genutzt. Durch die neu zu schaffende Lagerkapazität mit einer Geschoßhöhe von 8 m im Kellerbereich mußte an



1

2



Generalprojektant und Generalauftragnehmer:	IBK Rostock BT FPT Rostock Industriebaukombinat Rostock BT II Rostock
Auftragsleiter:	Ingenieur Dietmar Schiedeck Getränkekombinat Rostock
Entwurf:	Architekt Werner Langwasser, BdA DDR Dipl.-Ing. Siegbert Hilscher Dipl.-Ing. Jürgen Putzger
Farbgestaltung:	Farbgestalter Jochen Ihle
Statik und Konstruktion:	Bauingenieur Alfons May Dipl.-Ing. Wolfgang Hering Dipl.-Ing. Jochen Ehrke Dipl.-Ing. Otto Werner Bauingenieur Ernst Holzerland
Stahlbau:	Stahlbauingenieur Werner Schwabowski Stahlbauingenieur Alfred Fricke
Tiefbau:	Bauingenieur Horst Boye
HLS-Technik:	HLS-Ingenieur Eberhard Weichold HLS-Ingenieur Lothar Ruth HLS-Ingenieur Lutz Große-Büning HLS-Ingenieur Gerhard Hillenkamp HLS-Ingenieur Ludwig Lehmann HLS-Ingenieur Willi Gerlich
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Willi Schmidt Bauingenieur Karl Bokranz Bauingenieur Helga Röseberg Bauingenieur Ingrid Wegner Bauingenieur Karl-Heinz Düsterhöft
Elektrotechnisches Projekt:	VEM Rostock
Technologie:	ZPL Berlin

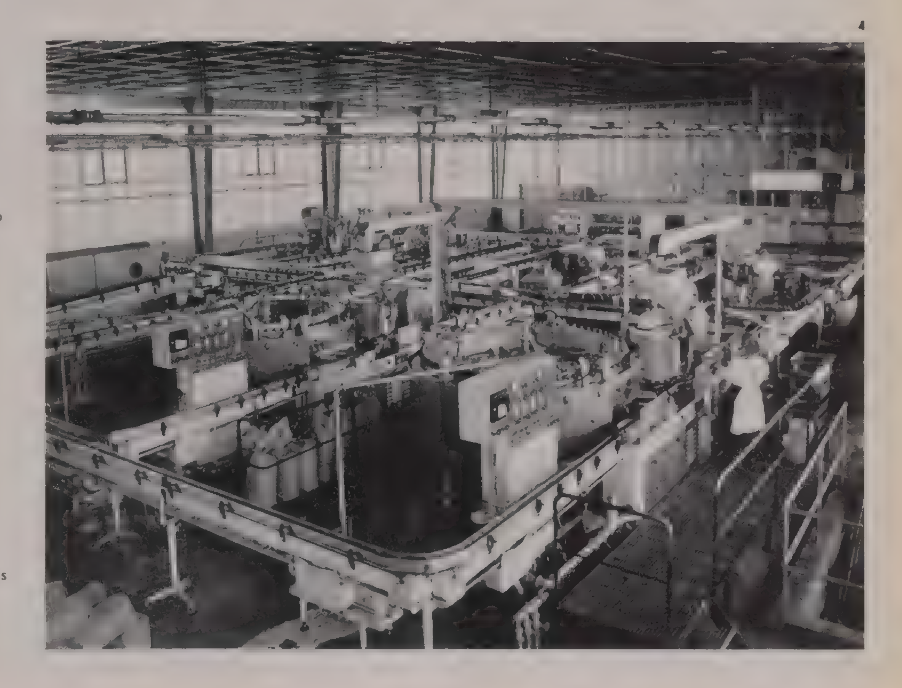
1
Fassade des rekonstruierten Produktionsgebäudes

2
Blick in das Sudhaus



3

4



5



3 Modell
1 Produktionsgebäude
2 Sudhaus
3 Sozial- und Verwaltungsgebäude

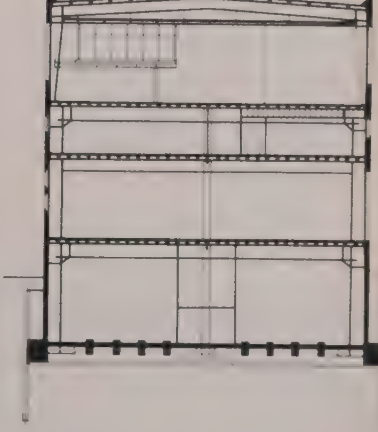
4
Blick in die Abfüllhalle

5
Montage der Stahlkonstruktion des Produktionsgebäudes

6
Querschnitt des Produktionsgebäudes 1 : 500

7
Produktionsgebäude, 1. Obergeschoß 1 : 500
1 Frühstücksraum
2 WC
3 Lager
4 Manipulationsgang
5 Scherbensilo
6 Ersatzteillager
7 und 8 Büro
9 Versand
10 Sirupküche
11 Zuckervorbereitung
12 Desinfektionsmittellager
13 Kartonagenlager
14 Besprechungszimmer

6



7



8

drei Seiten des Gebäudes eine Spundwand errichtet werden, um die umliegende Straßen- und Hoffläche abzustützen.

Nach Abschluß der Rammarbeiten konnte der Rest der Baugrube ausgehoben werden. Danach war es möglich, das Gebäude von der Kellersohle bis zum Dach zu montieren. Lediglich ein verbindender Zwischenbau vom Produktionsgebäude zur Altbausubstanz wurde monolithisch eingefügt.

Das Rohbau-Skelett besteht aus einer Stahlkonstruktion. Für die Decken und das Dach wurden 6 m lange Fertigteile verwendet.

Der überwiegende Teil der Außenwände wurde aus Fertigteilen montiert. Lediglich der 4,50 m hohe Bereich der Abfüllhalle im dritten Obergeschoß erhielt eine kittlose Verglasung. Die Abfüllhalle hat eine Be- und Entlüftungsanlage und eine Akustikdecke erhalten.

Der Fußboden in den Produktionsbereichen besteht aus säurefestem Material, der Fußboden der Versandhalle erhielt wegen des Gabelstaplerverkehrs eine Gußasphaltschicht.

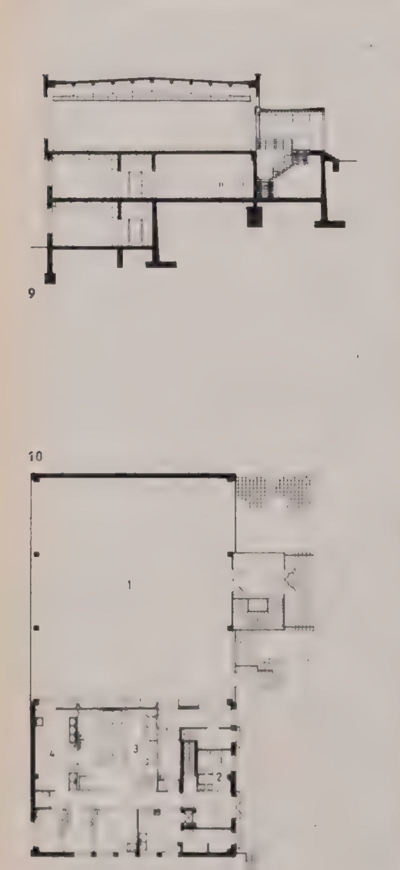
Ein Zwischengeschoß ist als Installationsgeschoß mit Lager, Werkstatt, Sozialeinrichtungen und produktionsbedingten Büros ausgebildet.

Zwei Lastenaufzüge erledigen alle vertikalen Transporte zwischen den einzelnen Geschossen.

An den Giebelseiten ist jeweils ein Treppenhaus angeordnet.

Durch die Errichtung eines neuen Sozialgebäudes konnten auch in sozialer Hinsicht den neuen Arbeitsbedingungen entsprochen werden. Es wurde eine Vollküche für 400 Essenteilnehmer geschaffen. Der Speise- und Versammlungsraum hat 185 Tischplätze beziehungsweise 360 Plätze bei Reihenbestuhlung.

In dem Sozialgebäude wurden noch zusätzlich Verwaltungsräume mit 35 Arbeitsplätzen geschaffen. Auf Grund des Standortes (Hangbebauung und Lückenbebauung) mußte das Gebäude in monolithischer Bauweise errichtet werden.



9

10



11

12

13



8 Sozial- und Verwaltungsgebäude. Ansicht vom Brink

9 Querschnitt durch das Sozialgebäude 1 : 500

10 Sozial- und Verwaltungsgebäude 1. Obergeschoß 1 : 500

1 Speisesaal
2 Büro
3 Küche
4 Topfspüle

11 Speisesaal
Blick zur Essenausgabe

12 Blick in den Speisesaal

13 Küche

14
Probierstube im Sudhaus

14



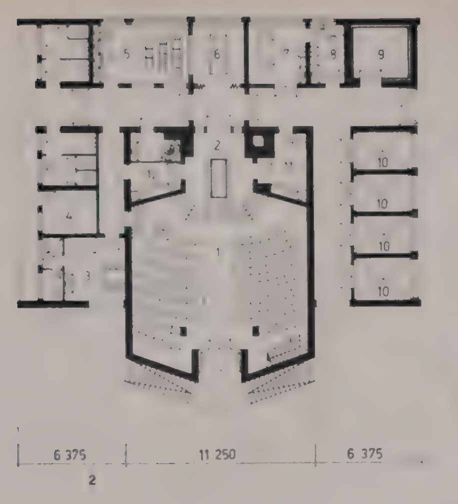
1

Krematorium in Schmalkalden

Dr.-Ing. Bernhard Klemm, Architekt BdA/DDR
Technische Universität Dresden

Projektant:	Dozent Dr.-Ing. Bernhard Klemm BdA DDR Dipl.-Ing. Jürgen Schieferdecker Technische Universität Dresden
Statik:	Dipl.-Ing. Peter Lippold Kleinmachnow
Heizprojekt:	Ingenieur Heinz Schepitz, Dresden
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Paul Pahler Technische Universität Dresden
Investträger:	Rat der Stadt Schmalkalden
Bauleitung:	Bauingenieur Dieter Möller Kreisbauleitung Schmalkalden
Bauausführung	Maurer- und Betonarbeiten: PGH BAU Struth-Helmershof Zimmerer- und Dachdeckungsarbeiten: PGH AUFBAU Steinbach-Hallenberg Ausbauarbeiten und TGA: PGH und Handwerksbetriebe des Kreises Schmalkalden
Verbrennungsanlage:	Fa. Paul A. F. Schulze, Dresden

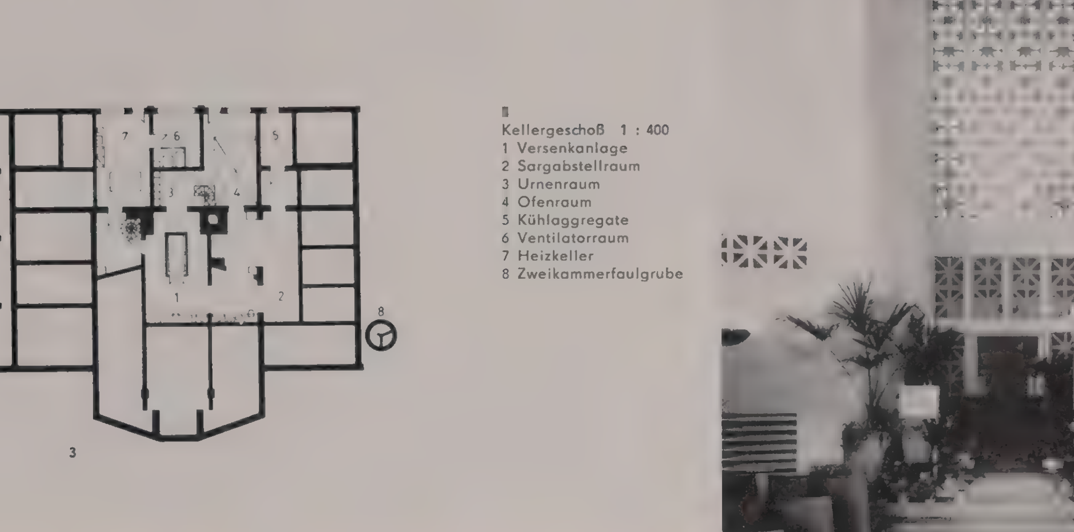
Der Kreis Schmalkalden ist 403 km² groß und erstreckt sich vom Südwestabhang des Thüringer Waldes westlich bis zur Grenze gegen die BRD. In der Kreisstadt Schmalkalden bestand auf dem Hauptfriedhof im Eichelbachteil keine Leichen- oder Feierhalle, die einzige und baufällige Leichenhalle der Stadt in der Bahnhofstraße ließ die Abhaltung von Trauerfeiern nicht zu. Mit dem Bau einer Feierhalle auf dem Hauptfriedhof und deren auftragsgemäßer Erweiterung während der Projektierung zum Krematorium wurde eine von den Bürgern der Stadt und des Kreises wegen vieler Unzuträglichkeiten erhobene Forderung erfüllt.
Die Stadt wies einen Bauplatz inmitten des Hauptfriedhofes zu, der wohl an landschaftlich hervorragender Stelle gelegen ist, aber durch die geringe Größe des Baugeländes, die Hanglage und die betonte Achse der vorhandenen Wege von vornherein die architektonische Lösung bestimmte.
In der Anlage sind die Gebäudeteile für die drei Funktionsbereiche Feierhalle, Angehörigen- und Personalräume, Betriebsräume zu einem kompakten Baukörper zusammengefügt, der im Klimagebiet von Schmalkalden auch wärmetechnisch Vorteile gegenüber einer offenen Zuordnung hat. Die symmetrische Giebelfront entspricht der bestehenden Hauptachse des Friedhofes, das Gebäude wird zum Friedhofsmittelpunkt, die Absenkung des Fußbodens der Feierhalle den übrigen Räumen gegenüber nimmt das Geländegefälle auf. Die Trauergäste betreten die Feierhalle von der Ostseite, die Angehörigen von der Südseite, der Leichenwagen fährt unmittelbar am Zellenteil mit den Kühlräumen an der Nordseite vor. Damit erscheint gesichert, daß es zwischen den drei Funktionsbereichen zu keinen Störungen kommen kann. Durch die von der Friedhofsanlage bewirkte Achsensymmetrie des Gebäudes wird insbesondere die eindrucksvolle Wirkung der Giebelfront nach Osten zu gesteigert.
Über den zurückliegenden Pultdächern der Flachbauten erhebt sich das Schiff der Feierhalle. Das sechseckige Fenster im oberen Teil des Ostgiebels und das steil rechteckige Fenster im Westgiebel sind mit Stahlbeton-Fertigteilfenstern gegliedert. Süd- und Nordfassade stimmen baukörpermäßig überein, jedoch wirkt die Südseite durch die zurückliegende Wand und die das Vordach tragenden Holzstützen entsprechend der Funktion als Zugangsseite für die Angehörigen intimer und weniger technisch.
Die schlichte Würde des Gebäudes wird von den verwendeten Baustoffen betont:
Außenmauern mit dunkelrotem Verputz
Giebelfenster aus feinsprossigen Stahlbeton-Fenster-Elementen
Dachdeckung in Wellasbestzementtafeln
Holzwerk mit lasierender Holzschutzfarbe behandelt.
Mittelpunkt der Anlage ist die Feierhalle von etwa 100 m² Grundfläche, über 11 m Höhe bis zum First und mit rund 110 Sitzplätzen.
Im Sinne des Feierablaufes ist die Halle nach dem erhöht angeordneten Katafalkplatz zu orientiert. Sie erhält über die mit Blenden versehenen, hochliegenden seitlichen Fenster diffuses Licht, während der Katafalkraum durch das große Fenster im Westgiebel, das den Blick auf die Bäume des steilen Friedhofhanges freigibt, heller belichtet wird. An der Eingangsseite ragt in den Hallenraum die über eine sichtbare Treppe erreichbare, zwischen zwei Stahlbetonstützen und die Giebelmauer eingespannte kleine Musikempore hinein. Die Wände der Halle sind verputzt und weiß gekalkt, die Decke aus gehobelten Brettern wurde unter die Dachfläche und die Profilstahlpfetten gehängt und graugrün gebeizt. Ein Ornament bilden die ebenfalls mit feinsprossigen Stahlbeton-Fertigteilen verkleideten Öffnungen der Lüftungskanäle. Der Fußboden der Halle wurde mit dunkelbraunen Klinkerplatten belegt, Stufen und Platten am Katafalkplatz sind aus Muschelkalk gearbeitet.
Besonders eindrucksvoll gelangen die Kupfertreibarbeiten von Schmiedemeister Ose, Mittelstille, für die Leuchtenschalen, die zweiflüglige Tür zwischen Katafalkraum und Flur sowie die Eingangstür im Ostflügel.



1
Ansicht von Osten
mit Haupteingang

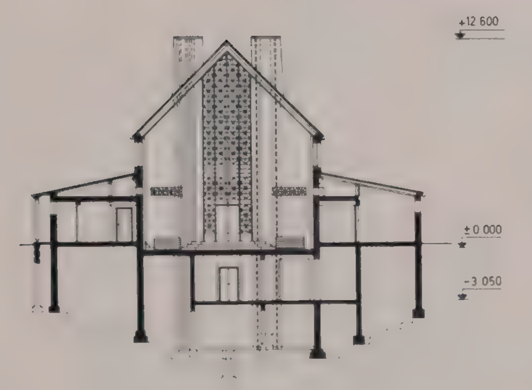
2
Erdgeschoß 1 : 400
1 Feierhalle
2 Katafalkplatz
3 Personalraum
4 Geräte
5 Angehörige
6 Aufbahrung
7 Sezierraum
8 Arztraum
9 Kühlzelle
10 Leichenzelle
11 Pflanzen
12 Redner





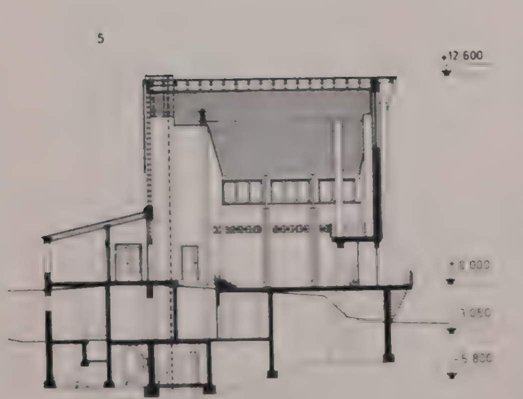
3
Kellergeschoß 1 : 400
1 Versenkanlage
2 Sargabstellraum
3 Urnenraum
4 Ofenraum
5 Kühlaggregate
6 Ventilatorraum
7 Heizkeller
8 Zweikammerfaulgrube





4
Querschnitt 1 : 400

5
Längsschnitt 1 : 400



6
Ansicht von Südwesten

7
Feierhalle.
Blick vom
Eingang zum Katafalk



8
Eingang und
Musikempore



Wiederaufbau „Altes Rathaus" in Magdeburg, Alter Markt 1

Innenarchitekt Wolfgang Babel
VEB WBK Magdeburg

Entwurf: Innenarchitekt Wolfgang Babel
Mitarbeit: Architekt Arno Meng
Statik: Ingenieur Dieter-Klaus Drüg
Bauwirtschaft: Ingenieur Horst Gabriel
Heizung und Lüftung: Ingenieur Herbert Steppat
Sanitär: Ingenieur Joachim Wetzel
Elektro: Elt. Techn. Klaus Piecha, Ingenieur Jörn Petersen
Mitarbeiter der Denkmalpflege Halle: Ingenieur Rudolf Berger
Künstlerische Gestaltung: Glasgestalter Richard Wilhelm, Glasgestalter Oskar Hamann, Kunstschlosser Winfried Heider, Bildhauer Heinz Apel
Projekt: VEB WBK Magdeburg
Bauausführung: VEB Baureparaturen Magdeburg

1
Blick vom Markt

Das Magdeburger Rathaus ist eines der wertvollsten Baudenkmäler der Stadt und der einzigste Profanbau, der nach der Zerstörung vom 16. 1. 1945 soweit als Substanz erhalten blieb, daß es möglich war, ihn in alter Schönheit wiedererstehen zu lassen. 60 bis 70 Prozent des Komplexes wurden vernichtet. Erhalten blieb der ausgebrannte Baukörper des Westflügels sowie das Erdgeschoß des Nordflügels. Im ersten Obergeschoß des Nordflügels blieben lediglich Baureste des Nord- und Südschiffes erhalten. Die hier eingebauten Gotikgewölbe zählen mit zu den ältesten der Stadt und wurden völlig restauriert beziehungsweise sogar erneuert.

Der Ratskeller und der Bischofssaal blieben vollständig erhalten. Der Wiederaufbau erfolgte, um dieses Kleinod der Stadt zu erhalten und das Rathaus wieder nutzbar zu machen. Es wurde angestrebt, die ursprüngliche Architektur aus dem 12. Jahrhundert zu erhalten, um den Baukörper wieder stilrein in seiner schlichten Schönheit zu zeigen. Unter Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Belange war die Unterbringung der gesamten Haustechnik besonders problematisch. Der Westflügel wurde von dem Architekten Schmutz im 17. Jahrhundert erbaut. Die gesamte Fassade zeigt noch die damaligen Formen und wurde nur mit einem Anstrich versehen. Der Nordflügel wurde glatt geputzt, weiß gestrichen und wird durch die in Sandstein gefaßten Fenster im Obergeschoß und durch die V2A-Stahlgitter im Erdgeschoß gegliedert. Die Dreischiffigkeit verleiht dem Baukörper genug Eleganz, so daß auf weiteren Schmuck verzichtet werden kann.

Nach nahezu 2jähriger Nutzung kann man sagen, daß das Magdeburger Rathaus voll seine ihm zugedachte Bedeutung als Zentrum der Kommunalpolitiker eingenommen hat. Mit der Fertigstellung des dritten Bauabschnittes ist ein wichtiger Teil des Stadtkerns wiederhergestellt.

Der Keller besteht aus Naturstein und Ziegelmauerwerk. Hier wurde die traditionsreiche Gaststätte „Ratskeller" mit 300

Plätzen wieder untergebracht. Das gesamte Kellergeschoß wurde funktionell neu gegliedert und entsprechend der geforderten Kapazität erweitert. Dies trifft nicht nur auf das Platzangebot, sondern vor allem auf das Office, die Wirtschaftsräume und die sozialen Einrichtungen zu. Vor allem galt es, eine voll funktionstüchtige Lüftungsanlage einzubringen, da die vorhandene nicht ausreichte und ständig Zugerscheinungen brachte. Um die materialbedingte Berührungskälte des Marmorfußbodens herabzusetzen und Parkettwerte zu erreichen, wurde der gesamte Fußboden zwischen Unterbeton und Marmorplatte mit Kleinschen Deckensteinen gefüllt. Durch die Hohlräume wird nachträglich temperierte Umluft gedrückt. Der Grundriß wurde so gestaltet, daß kurze Kellnerwege und möglichst kreuzungsfreier Verkehr entstehen.

Eine wesentliche Verbesserung zur Versorgung des Bischofssaales bringt die kreuzungsfreie Anbindung an das neue Kelleroffice.

Die zweischiffige Bogenhalle und das Tonnengewölbe des Bischofssaales waren erhalten. Die zehn achteckigen Pfeiler sowie die Konsolen des Ratskellers mußten überarbeitet werden. Die Gewölbe wurden geputzt. Die gesamte Innenausstattung einschließlich der Eingangssituation ist neu. Hier haben vor allem der Kunstschlosser Heider und die PGH Glasgestaltung dem Ratskeller eine individuelle Note verliehen.

Das Erdgeschoß nimmt die Küche und die Wirtschaftsräume auf. 50 Prozent der Baumasse wurde durch Stahlbeton und Ziegelbauweise ergänzt, da große Teile des Mauerwerks vom Gesims bis zum Erdgeschoß völlig verwittert waren. Der südliche Teil wurde unter großen Schwierigkeiten mit dem Mittelschiff verankert, um ihn gegen Einsturz zu sichern. In diesem Teil liegen im ersten Obergeschoß die wertvollen gotischen Gewölbe, die beim Einsturz zerstört worden wären.

Die Warenanlieferung für das Restaurant erfolgt von der Südseite über den Alten Markt. Im nördlichen Teil befinden sich die Lager- und Kühlräume und im Mittelteil die Küche und die Sozialräume für das Personal.

Die Küche wurde als Vollküche ausgebildet, um ein großes Sortiment an Speisen bereitzuhalten. Ein großer Nachteil ist, daß sich die Küche im Erdgeschoß und das Restaurant im Keller befindet. Der vertikale Transport über drei Kleinaufzüge hat sich jetzt aber gut eingespielt.

Ein Teil des nördlichen Flügels wird vom Rat der Stadt genutzt. Hier befindet sich der Eingang zu den Räumen des Oberbürgermeisters zu Sprechstunden für die Bevölkerung. Über zwei kreuzgewölbte Räume (Foyer und Warteraum) erreicht der Besucher das neu angelegte Treppenhaus.

Das erste Obergeschoß nimmt die Ratsdiele, den Festsaal (Mittelschiff im Nordflügel), den Ratssitzungssaal, die Banketträume, den Sitz des OB und seines 1. Stellvertreters sowie Büros, Toiletten und Garderobe auf.

Die erkennbare Dreischiffigkeit des Nordflügels stellt der funktionellen Lösung besondere Bedingungen, da die Verkehrswege immer zu Überschneidungen neigen. Das ausgeführte Objekt zeigt, daß es bei Verständnis durch den Nutzer möglich ist, eine optimale Lösung zu finden.

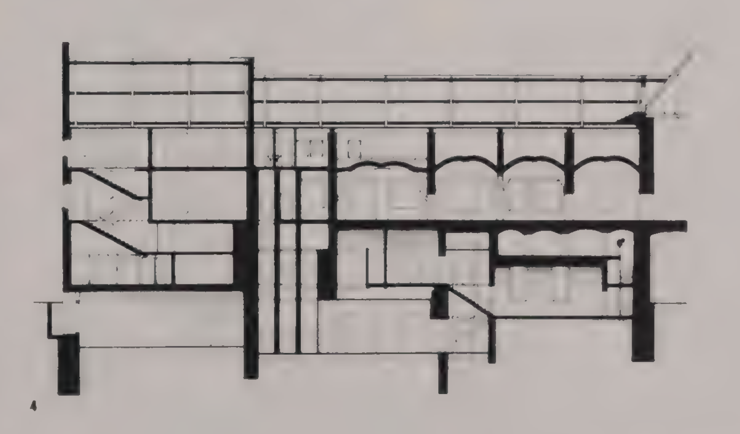
Die Gäste erreichen über das völlig neu ausgebaute Treppenhaus des Westflügels (Stahlbetontreppe mit V2A-Stahl, Gelän-



2

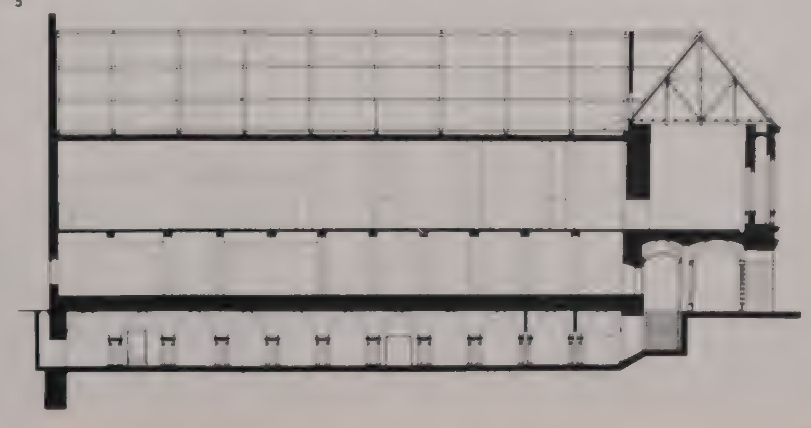


3



4

5



2
Der Nordflügel des Rathauses

3
Querschnitt 1 : 500

4|5
Längsschnitt 1 : 500



6

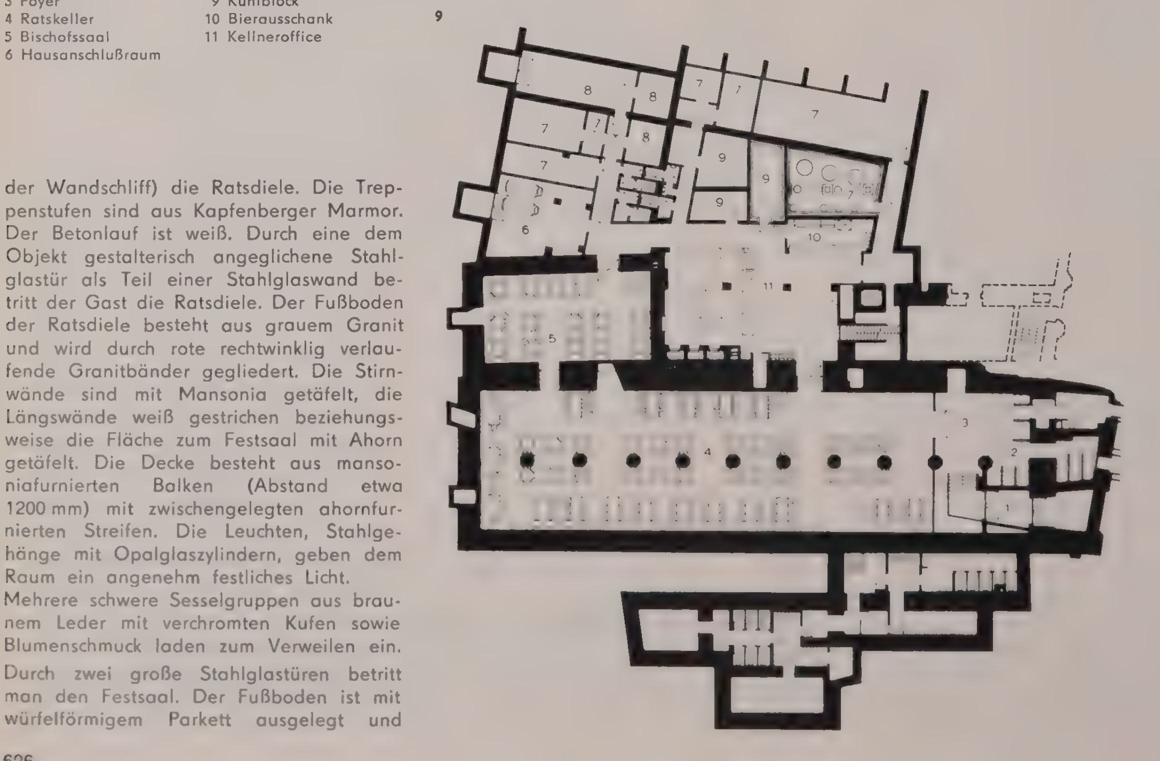


7



8

9



6
Eingang zum Nordflügel

7
1. Obergeschoß 1 : 500
1 Büro
2 Ratssitzungssaal
3 Festsaal
4 Bankettsaal
5 Ratsdiele

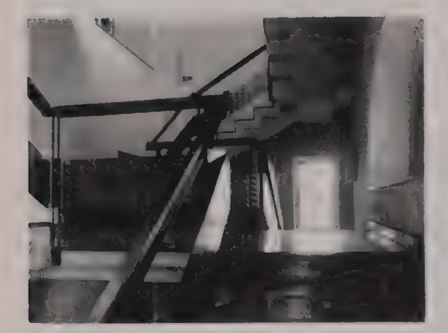
8
Erdgeschoß 1 : 500
1 Vorraum
2 Leergut
3 Müll und Abfälle
4 Büro
5 Warenannahme
6 Aufenthaltsraum Personal
7 Sozialbereich
8 Vorbereitungsraum Gemüse
9 Tagesvorräte
10 Geschirrspüle
11 Büro
12 Warme Küche
13 Kalte Küche
14 Patisserie
15 Fleischvorbereitung
16 Fischvorbereitung
17 Topfspüle
18 Kühlbereich

9
Kellergeschoß 1 : 500
1 Windfang
2 Garderobe
3 Foyer
4 Ratskeller
5 Bischofssaal
6 Hausanschlußraum
7 Lager
8 technische Räume
9 Kühlblock
10 Bierausschank
11 Kellneroffice

der Wandschliff) die Ratsdiele. Die Treppenstufen sind aus Kapfenberger Marmor. Der Betonlauf ist weiß. Durch eine dem Objekt gestalterisch angeglichene Stahlglastür als Teil einer Stahlglaswand betritt der Gast die Ratsdiele. Der Fußboden der Ratsdiele besteht aus grauem Granit und wird durch rote rechtwinklig verlaufende Granitbänder gegliedert. Die Stirnwände sind mit Mansonia getäfelt, die Längswände weiß gestrichen beziehungsweise die Fläche zum Festsaal mit Ahorn getäfelt. Die Decke besteht aus mansoniafurnierten Balken (Abstand etwa 1200 mm) mit zwischengelegten ahornfurnierten Streifen. Die Leuchten, Stahlgehänge mit Opalglaszylindern, geben dem Raum ein angenehm festliches Licht.
Mehrere schwere Sesselgruppen aus braunem Leder mit verchromten Kufen sowie Blumenschmuck laden zum Verweilen ein.
Durch zwei große Stahlglastüren betritt man den Festsaal. Der Fußboden ist mit würfelförmigem Parkett ausgelegt und

10
Aufgang zum 1. Obergeschoß

11 12
Blick in den Ratssitzungssaal



10



11

12

nimmt im gesamten Mittelteil auf einem gewürfelten beigefarbenen Teppich flexible Sessel und Tischgruppen auf. Die Wände bedecken eschefurnierte Scheiben mit zwischengelegten weißen Flächen. Die dreieckig gewürfelte weiße Decke und die untergehängten Kupferkronen geben dem Raum eine festliche Note. Der anschließende Ratssitzungssaal ist gleich gestaltet, nur die Wände sind durchgehend getäfelt und nehmen die Beschallungsanlage auf. Die Tische wurden aus braunem Mansoniaholz gefertigt, die Sessel in beiden Räumen sind mit blauem Ebingley bezogen.

Vom Festsaal sowie von der Ratsdiele aus erreicht man die Bankettträume (Kreuzgewölbe). Der Fußboden ist mit Parkett belegt. Die Wände und Gewölbe sind weiß, nur die Grate zeigen den rotgebrannten Ziegelstein. Die Fenstergläser wurden farbig gestaltet. Auch hier geben kupferne Kronen den Räumen ein angenehmes Licht. Der Nordflügel nimmt die Räume des Oberbürgermeisters ein. Das Arbeitszimmer des OB wurde mit einem beigefarbenen Teppich ausgelegt und an den Stirnseiten Schrankwände eingebaut (dunkler Nußbaum mit weißen Bändern). Die nördliche Fensterfront besteht aus Stahlglas mit zwischengestellten Wandscheiben (Nußbaum). Die Decke besteht aus eschefurnierten Pyramiden, an denen an den Schnittpunkten dunkelfurnierte Würfel angebracht sind. Dazwischen liegen die kreuzweise angeordneten Lichtbänder. Die südliche Wand wurde weiß gehalten, um recht viel Licht reflektieren zu können. Die Verbindungstür zur Ratsdiele steht als dunklere Fläche auf Achse und wurde als schallschluckende Doppeltür ausgebildet.

Im zweiten Obergeschoß sind Büroräume und technische Räume untergebracht.

Alle drei Dächer werden durch eine Stahlbinderkonstruktion getragen, die bis 12,5 m gespannt sind. Diese nehmen die Sparren auf.

Die Dächer wurden mit Strangfalzkrempern eingedeckt. Die Kupferkehlen sind mit Protolith-Rohren beheizt, um ein Vereisen zu verhindern.

13

14



13
Ratsdiele

14
Blick in den Ratssitzungssaal

15
Blick in den Bankettraum

15

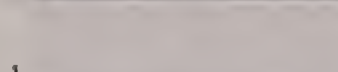


Weinkeller „Buttergasse" in Magdeburg

Architekt BdA DDR Hermann Wolter
VEB WBK-Projekt Magdeburg

Projektierung:	VEB WBK-Projekt Magdeburg	
Brigadeleiter:	Bauingenieur Günter Schmidt	
Entwurf:	Architekt BdA DDR Hermann Wolter Dipl.-Ing. Architekt BdA DDR Karl-Ernst Zorn Architektin Doris Walter	
Statik:	Bauingenieur Hartmut Hasenkrug	
Heizung und Lüftung:	Lüftungsingenieur Klaus v. d. Reith	
Künstlerische Ausgestaltung:		
Keramik:	Wolfgang und Annedore Policek, VBK DDR Bruno Groth, VBK DDR	
Stahl:	Wilfried Heider, VBK/DDR	
Wand mit Hauszeichen:	Fritz Faust, Eberhard Rossdeutscher VBK DDR	
Kapazität der Gaststätte:	Kreuzgewölbe	122 Plätze
	Speisebar	10 Plätze
	Großes Tonnengewölbe	33 Plätze
	Kleines Tonnengewölbe	16 Plätze

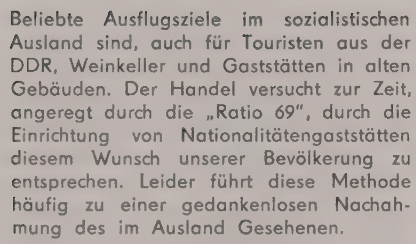
1



1
Ausschank mit gekühlten Weinfässern im Tonnengewölbe mit 33 Plätzen

2
Speisebar. Die Struktur der Gewölbeflächen wird durch die Lichtführung betont.

Beliebte Ausflugsziele im sozialistischen Ausland sind, auch für Touristen aus der DDR, Weinkeller und Gaststätten in alten Gebäuden. Der Handel versucht zur Zeit, angeregt durch die „Ratio 69", durch die Einrichtung von Nationalitätengaststätten diesem Wunsch unserer Bevölkerung zu entsprechen. Leider führt diese Methode häufig zu einer gedankenlosen Nachahmung des im Ausland Gesehenen.



Es gibt auch bei uns alte historische Bauten, die einer sinnvollen Nutzung zugeführt und damit erhalten werden können. Beim Ausbau des Weinkellers an der Buttergasse wurde bewußt die Nachahmung von dekorativen Details aus dem Ausland vermieden. Das 1945 nach der Zerstörung der Stadt Magdeburg entdeckte spätromanische Kellergewölbe an der Buttergasse, einer schmalen Gasse, die in den alten Markt mündete, wurde im 13. Jahrhundert als Gildehaus der Schuhmacher- und Lohgerberinnung erbaut.

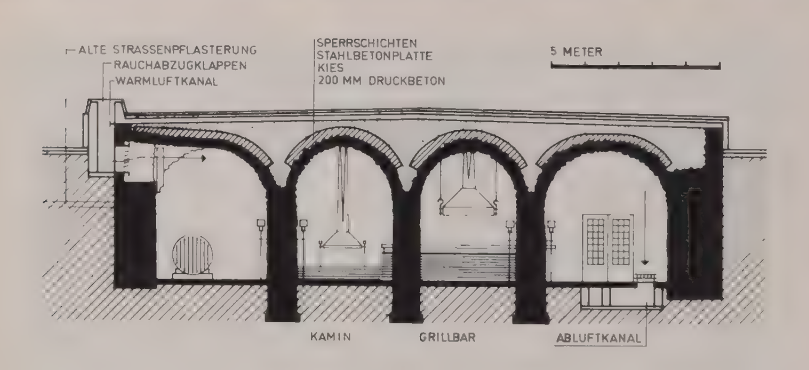
Die mittlere Säulenreihe des großen Raumes trug in Höhe des Kapitels eine Holzbalkendecke, die um das Jahr 1400 durch die jetzt noch erhaltenen Kreuzgewölbe ersetzt wurde. Die beiden nördlichen Tonnengewölbe wurden in der gleichen Zeit als Lagerräume gebaut. Der Fußboden lag im Mittelalter etwa 2 m unter Gelände, so daß die Räume Tageslicht erhielten. Da der Schutt nach der Zerstörung der Stadt im Jahre 1631 liegenblieb, ist das Geländeniveau heute rund 1,5 m höher. Die vier südlichen Tonnengewölbe wurden nach Abbruch eines Teiles der großen Halle, die ursprünglich bis zum alten Markt reichte, im 18. Jahrhundert errichtet und mit Wohnhäusern überbaut.

2





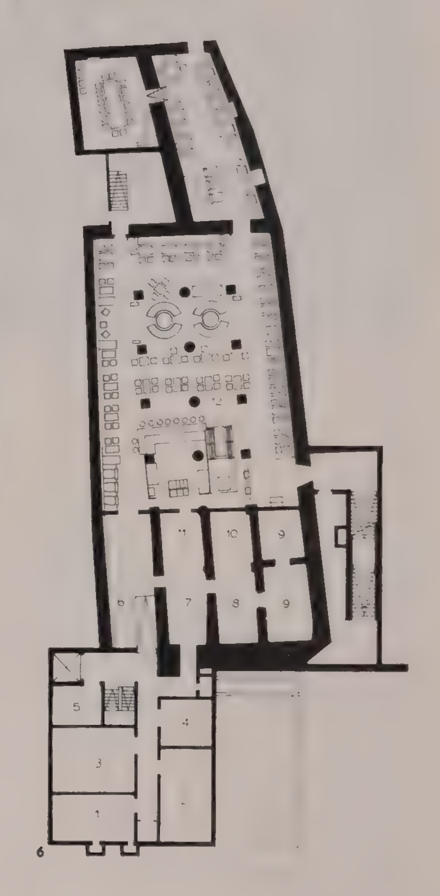
3



4



5



6

Denkmalpflege

Die Gewölbe waren ursprünglich mit der Oberfläche der Natursteine (Grauwacke) bündig ausgefugt. Bei einer Rekonstruktion dieses Zustandes würden die weißen Fugen etwa 80 Prozent der Gewölbeflächen in Anspruch nehmen und die vorhandene natürliche Farbigkeit des Natursteins verdecken. Auf die Rekonstruktion der ursprünglichen Oberflächen wurde verzichtet. Die Fugen wurden mit eingefärbtem Kalkmörtel gegenüber dem Naturstein zurückliegend ausgefugt, um ein weiteres Herausfallen des Mörtels zu verhindern. Die Oberflächenstruktur und die Farbe konnten dadurch erhalten und durch die Lichtführung als wesentliches Gestaltungsmittel betont werden. Sicher sollte diese Lösung nicht allgemein in der Denkmalpflege angewendet werden, aber in diesem Fall wurde damit ein individueller Raumeindruck und eine angenehme Atmosphäre erzielt, was für die Nutzung als Gaststätte von entscheidender Bedeutung ist.

In die Außenwand der Gaststätte am Alten Markt wurden 14 alte, aus den Trümmern der Stadt geborgene Hauszeichen eingemauert, was bei der Bevölkerung viel Beachtung und Interesse findet, da diese Hauszeichen echte Elemente Magdeburger Tradition sind. Leider wurde der im Projekt ausgewiesene Vorschlag, die Tische der Gaststätte bei Vorbestellungen durch die gleichen Motive aus Keramik zu kennzeichnen und diese Nachbildungen auch als Souvenirs zu verkaufen, noch nicht realisiert, obwohl von einer Künstlerin bereits Entwürfe und Probeexemplare hergestellt wurden. Der Verkauf der Souvenirs wäre eine originelle Werbung für die Gaststätte und die Stadt.

7



Konstruktion

Die Natursteingewölbe sind im Scheitelpunkt etwa 25 cm dick. Die alten Aufschüttungen wurden entfernt. Zur statischen Sicherung wurden die Gewölbe mit 20 cm Beton (ohne Bewehrung) gleichmäßig belastet. Damit keine Gewölbewirkung im Beton entsteht, sind die Zwickel über den Stützen nur mit Kies ausgefüllt. (Siehe Schnitt durch die Pfeiler, Abb. 4).

Heizung und Lüftung

Die Gasträume werden mit Warmluft beheizt, die durch die ehemaligen Fensteröffnungen eingeblasen wird. Die Absaugung erfolgt im Fußboden. Im Raum herrscht ein geringer Überdruck, der durch den frei im Gastraum stehenden Kamin entweichen kann. Durch diese Maßnahme erhält der Kamin auch bei ungünstigen Windverhältnissen und trotz der angrenzenden wesentlich höheren Bebauung ausreichend Auftrieb, so daß keine Rauchbelästigung auftritt.

Gastronomie

Dem Charakter eines Weinkellers entspricht die Einrichtung einer verhältnismäßig kleinen Küche in den vier südlichen Tonnengewölben. Die Zubereitung warmer Speisen erfolgt an der Grillbar im großen Gastraum. Warme Speisen werden am Tisch nur nach Vereinbarung mit dem Objektleiter für geschlossene Gesellschaften serviert. Im normalen Gaststättenbetrieb gibt es an den Tischen nur kalte Speisen. Der Gast empfindet es als angenehm, daß der Raum durch die dicken Pfeiler in keine Bereiche gegliedert ist. Er fühlt sich weitgehend unbeobachtet, was die Stimmung bei irgendwelchen Feiern durchaus positiv beeinflußt. Die geringe Ausleuchtung entspricht der Kellersituation und ist schon deshalb notwendig, damit das prasselnde Kaminfeuer, das den Gast allabendlich begrüßt, voll zur Geltung kommt.

Die beiden nördlich anschließenden Tonnengewölbe werden vorwiegend für geschlossene Gesellschaften genutzt. Sie sind daher mit eigenen Kellnerstützpunkten und gekühlten Weinfässern ausgestattet, die nach Vereinbarung mit der Geschäftsleitung zur Selbstbedienung für geschlossene Gesellschaften gefüllt werden können. Die Form des Ausschanks findet allgemein Anerkennung.



8

3 Der Kamin im großen Gastraum

4 Querschnitt durch die Pfeilerreihe 1 : 200

5 Erdgeschoß 1 : 500
1 Service-Centrum (Volkseigener Handel)
2 Abfälle
3 Abstellraum
4 Leergut
5 Büro
6 Küchenabfälle
7 Frauenumkleide- und Ruheraum
8 Personalraum
9 Herrenumkleideraum
10 Garderobe
11 Eingangshalle
7 Büfett
8 Geschirrspüle
9 Lager
10 Warme Küche
11 Kalte Küche
12 Gastraum

6 Kellergeschoß 1 : 500
1 Abwasserhebestelle
2 Weißweinlager
3 Rotweinlager
4 Kühlaggregatraum
5 Maschinenraum
6 Kelleroffice

7 Geschmiedete Tür zwischen den beiden Tonnengewölben

8 Der große Gastraum (Kreuzgewölbe) hat 140 Plätze.

9 Altes Hauszeichen von 1765, jetzt in der Außenwand der Gaststätte eingemauert

10 Keramikarbeiten im Gastraum

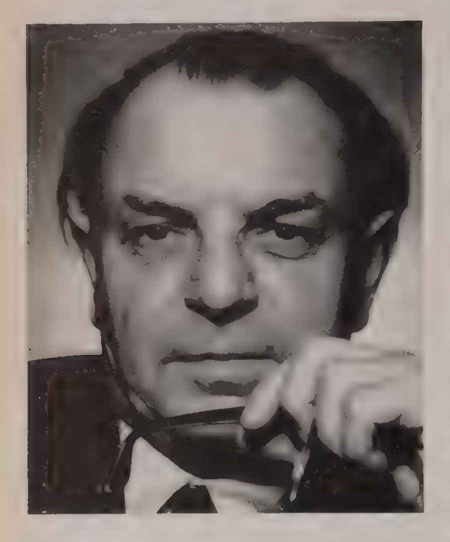
9



10



Architektenporträt



Werner Lonitz

In wenigen Wochen kann der Bund der Architekten der DDR auf eine zwanzigjährige erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Das Wachsen und Werden unseres sozialistischen Fachverbandes wurde vor allem durch die gesellschaftliche Arbeit solcher Kollegen geprägt, die unermüdlich und uneigennützig ihre ganze Persönlichkeit der Entwicklung unseres Bundes widmeten. Ohne solche aktiven Menschen, die meist bescheiden, ohne im Vordergrund zu stehen, in den Bezirks- und Betriebsgruppen eine riesige und oft viel zuwenig beachtete Arbeit leisten, wäre der Bund nicht das, was er ist.

Einer dieser verdienstvollen Aktivisten unseres Architektenverbandes ist Dipl.-Arch. Werner Lonitz, heute 58 Jahre alt, Mitglied der LDPD und seit über 16 Jahren Vorsitzender der Bezirksgruppe Gera des BdA. Viele Wahlperioden hindurch gaben ihm die Kollegen seiner Bezirksgruppe immer wieder erneut ihr Vertrauen, und das hat auch seinen Grund. Darin liegt Anerkennung für die stetige Aufwärtsentwicklung der Bezirksgruppe. Die Bezirksgruppe arbeitet in engem Kontakt mit den örtlichen Volksvertretungen. Sie unterstützt Initiativen im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden", fördert die Weiterbildung der Kollegen und hat zum Beispiel durch eine umfassende Analysenarbeit geholfen, die Qualität der architektonischen Leistungen zu erhöhen. Dahinter steht eine große Gemeinschaftsarbeit, die Werner Lonitz besonnen, sachlich und kollegial so viele Jahre geleitet hat.

Seine Autorität gründet sich auf einen reichen Schatz praktischer Erfahrungen, die er in einer umfangreichen Lehr- und Vortragstätigkeit weitervermittelt.

Nach der Lehre als Maurer und einem Studium in München und Weimar arbeitete er als Architekt zuerst in Jena und dann in Gera. Seit 1950 hatte er als Hauptarchitekt, Chefarchitekt, Generalprojektant, Fachgruppenleiter und Chefingenieur wesentlichen Anteil am Aufbau der volkseigenen Projektierungseinrichtungen und seiner Heimatstadt Gera. Seit 1970 ist er als Leiter der Abteilung „Erzeugnisangebot" und stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Technik im Wohnungsbaukombinat Gera tätig.

Ein wichtiges Anliegen des Architekten sah er immer darin, Neues und Altes in der Architektur harmonisch zu vereinen. So setzte er sich in den 50er Jahren aktiv für die Einführung des industriellen Bauens ein. Er hatte wesentlichen Anteil an der Gestaltung des 1. Bauabschnittes des Stadtzentrums von Gera und neuer Wohngebiete in Gera, Jena, Saalfeld und Rudolstadt. Seine besondere Liebe gilt aber der Erhaltung historischer Bauten. Unter seiner Hand wurde zum Beispiel die Orangerie in Gera als Ausstellungszentrum rekonstruiert, die Friedensburg in Leutenberg als Gästehaus der Regierung ausgebaut und die Heinrich-Schütz-Gedenkstätte in Bad Köstritz gestaltet.

Auszeichnungen mit der Verdienstmedaille der DDR, als Aktivist, mit der Aufbaunadel des Rates des Bezirkes in Gold, mit der Ehrennadel des Kulturbundes, mit der Schinkel-Medaille in Silber sowie die Wahl in das Präsidium des BdA der DDR sind Ausdruck seines vielseitigen Wirkens. Dazu gehört auch seine Tätigkeit als Mitglied des gesellschaftlichen Rates für Kunst und Stadtgestaltung beim Rat der Stadt und Rat des Bezirkes Gera und als Vorsitzender des Bezirksfachausschusses für Bau- und Denkmalpflege des Deutschen Kulturbundes.

Das Goethe-Wort „erwirb es, um es zu besitzen" bezieht er auch auf die Architektur. In seiner Freizeit zeichnet und skizziert er gern historische Bauten. Mit seinen Zeichnungen, die oft in der Geraer „Volkswacht" erscheinen, will er die Menschen ansprechen, sich die Reichtümer der Kultur, die heute allen gehören, als Bestandteile unserer sozialistischen Heimat anzueignen. Z.

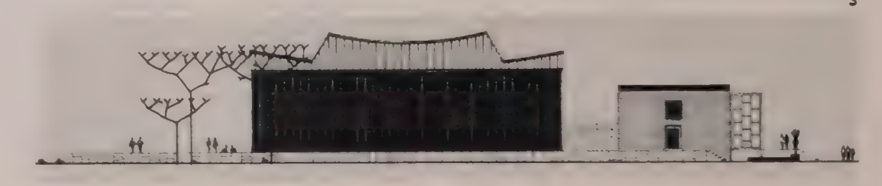
1
Gera. Neue Bauten im Stadtzentrum

2
Zeichnung von Werner Lonitz

3
Studie für eine Schwimmhalle in Gera

4
Parkseite der Orangerie in Gera

5
Das als Gästehaus ausgebaute Schloß Friedensburg in Leutenberg









Zur Frage der Intensivierung

Architekt BdA/DDR Helmut Hennig, Berlin

Wir begegnen der Anwendung dieses Begriffs unter anderem in Äußerungen und Verlautbarungen über die Weiterführung des Aufbaus unserer Stadtzentren, die im Territorium, im Volumen nicht mehr vergrößert, sondern intensiviert, funktionell, gestalterisch, ökonomisch vervollkommnet werden müssen.

Auf eine ganz allgemeine Bedeutung dieses Problems weist auch die Tatsache hin, daß auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU über die grundsätzliche Notwendigkeit gesprochen wurde, vorrangig vor extensiven Wachstumsfaktoren gegebene Strukturen zu intensivieren und zu vervollkommnen, um die Effektivität zu erhöhen.

Zur Problematik unserer Stadtzentren hat die „deutsche architektur" in vielen der letzten Hefte interessante Beiträge beigesteuert (Heft 5, 1970 – Zum neuen Inhalt unserer Stadtzentren – Heft 12, 1970 – Bewegungssysteme), Beiträge, die uns veranlassen konnten, in die Zukunft vorauszudenken. Eine bestimmte Seite unserer Lebensbedürfnisse ist dabei jedoch etwas an den Rand geschrieben worden, und zwar die konkreten politischen Aktivitäten unserer Bürger, die ein Kennzeichen der sozialistischen Demokratie sind.

Für unsere sozialistischen Stadtzentren sind bekanntlich als Bauvorhaben erforderlich: „Stätten aktiven, politischen Handelns, humanistischer Bildung und Kultur, gemeinschaftsfördernder menschlicher Begegnungen, echter sozialistischer Lebensfreude und der komplexen, gesellschaftlichen Versorgung."

Eine so präzise Zusammenfassung wie für unsere Stadtzentren sollte es, unter der Voraussetzung anderer Maßstäbe auch für sozialistische Wohngebiete geben.

In unseren Wohnkomplexen gibt es ebenfalls eine differenzierte Vielfalt von Bedürfnissen, die harmonisch zusammengefaßt befriedigt werden müssen. Hier gibt es nicht nur das „private" Wohnen, hier wird nicht nur ständig unsere Arbeitskraft reproduziert, Freizeit gestaltet, Bildung, Kultur, Sport betrieben, es gehört schon lange zu unserem Stil im Wohngebiet auch hier gesellschaftspolitische Arbeit zu leisten. In unseren Wohngebieten, in den großen Neubaukomplexen, aber auch in den Altwohngebieten lernt der Einwohner, der Bürger mehr und mehr eine Doppelfunktion als Nutzer und Eigentümer auszuüben. Da diese Doppelfunktion sich nicht im Selbstlauf entwickeln kann, muß eine bewußte Anteilnahme, die freiwillige Mitarbeit aller Bürger im Wohngebiet politisch gefördert, geleitet und organisiert werden, damit die Bauten instand gehalten werden, die Anlagen sauber bleiben, in unseren Hausgemeinschaften Rücksichtnahme und bewußte Disziplin herrschen.

Welcher Bauarbeiter, welcher Architekt und Städtebauer hätte übrigens nicht selbst ein Interesse daran, daß die von ihm mitgeschaffenen und blitzblank übergebenen Neubauten in Ordnung gehalten werden, daß in ihnen ein sauberes Leben herrscht, dem nagenden Zahn der Zeit Einhalt geboten wird.

Die baulichen, räumlichen Möglichkeiten zur Ausübung solcher notwendigen gesellschaftlichen Arbeit sind aber, wenn wir uns auch nur ein wenig umsehen, sehr unterschiedlich.

In den Altwohngebieten zum Beispiel ist für die Arbeit der Ausschüsse der Nationalen Front und ihrer Kommissionen, ist überhaupt für alle Gemeinschaften, die sich mit dem gesellschaftlichen Leben im Wohngebiet befassen, noch lange Zeit die Eigeninitiative der Bürger zur Nutzung leerstehender oder in der Nutzung veränderbarer Räumlichkeiten erforderlich. Soweit solche Eigeninitiativen von Erfolg begleitet waren und geeignete Räume geschaffen wurden, förderten diese Initiativen zweifellos das kollektive Bewußtsein der Bürger, waren und sind sie ein progressives Element schlechthin, wobei gerade unsere Architekten und Ingenieure eine sehr produktive Hilfe im eigenen Wohngebiet zu geben in der Lage wären.

In den Neubauten wiederum gibt es Beispiele, wo die Hausflure kulturvoll ausgestaltet und für kleinere Veranstaltungen nutzbar gemacht worden sind oder nutzbar gemacht werden könnten, wie etwa die großen Flure der Wohnhochhäuser am Fischerkietz im Stadtzentrum der Hauptstadt Berlin. (Heft 10, 1970 „deutsche architektur")

Dieses neuer Berliner Wohngebiet ist gewiß ein städtebaulich schönes, architektonisches Ensemble, das nach Vollendung bei den Bewohnern Gefühle der Verbundenheit mit ihrem Heimatkietz hervorzurufen und auszubilden in der Lage sein wird. Eine Betrachtung dieses Entwurfs regt aber auch ganz allgemein an, sich Gedanken zu machen über die künftige gesellschaftliche Entwicklung unserer komplexen Wohngebiete.

Geht man einmal davon aus, daß die heute bereits vorhandene Teilnahme von Bürgern an der Leitung der Gesellschaft grundsätzlich immer stärker werden wird, und diese Entwicklung hat der XXIV. Parteitag der KPdSU gerade jetzt ebenfalls unterstrichen, geht man also davon aus, daß sich gesellschaftliche Aktivitäten jeder Art auch in den Wohngebieten gesetzmäßig stärker entwickeln wird, dann stellt sich die Frage ob mit den gegenwärtigen, zumeist behelfsmäßigen räumlichen Lösungen in der Zukunft die notwendige Breite in der gesellschaftlichen Arbeit erreicht, gesteigert oder gar auf uns noch unbekannte Höhe gehoben werden kann.

Ein hier zu machender Einwand, der davon ausginge, daß mit hohem Wohlstand oder mit immer größerer Perfektion unserer Bauten das Bedürfnis nach aktivem politischen Handeln im Wohngebiet, oder die Notwendigkeit eines spezifisch sozialistischen Eigentümerbewußtseins der Bürger überholt werden und langsam abnehmen könnte, ein solcher Einwand würde nur einem der vielen imperialistisch-futurologischen „Ausblicke auf das Jahr 2000" entsprechen, Ausblicke, die den manipulierten, in großen Massen passiv dahinlebenden und wohnenden Menschen irgendeiner „Industriegesellschaft" als Idealfall ansehen. Unser Streben zum Sozialismus, zu einer bewußten und tätigen Menschengemeinschaft wird und muß auch in unseren Wohngebieten seinen Ausdruck finden.

Wir sollten jetzt nicht daran denken, nun unter dem Zwang einer gesetzmäßigen Entwicklung stehend, besondere Gebäude für gesellschaftlich-politische Aufgaben im Wohngebiet entwickeln zu müssen. Wir sollten auch hier die Lösung eines Problems nicht unbedingt in einer Erhöhung des Bauvolumens sehen, sondern wir sollten intensiv, und das heißt mit „innerer Angespanntheit" daran gehen, eine neue effektivere Nutzung gesellschaftlicher Einrichtungen im Wohngebiet und die baulichen Konsequenzen zu überdenken und alte Bautypen zu korrigieren.

Es ist das gewiß keine neue Forderung, sondern eine der zwingenden Notwendigkeiten, die das Leben selbst immer wieder auf die Tagesordnung setzt.

Schon vor längerer Zeit, im Jahre 1958, ist im Rahmen unserer Architekturdiskussion einmal gesagt worden: „Im Grunde bauen wir heute noch die alte Schule wie vor fünfzig Jahren, zwar „modern", aber doch als Vormittagshaus für 6–18jährige, während andererseits noch Kulturhäuser entstehen, die Nachmittagshäuser sind, in denen viele Bildungsfunktionen ausgeübt werden." (1) Dem aufmerksamen Leser unserer heutigen Architekturdiskussion wird nicht entgangen sein, daß prononziert ähnliche Gedanken jetzt wieder geäußert werden. Es sei erlaubt, auf einige Beispiele hinzuweisen.

Der Präsident der Deutschen Bauakademie zu Berlin, Prof. Dipl.-Ing. Werner Heynisch unterstreicht im ND die Notwendigkeit, „Mehrzwecknutzung gesellschaftlicher Einrichtungen" zu erreichen (2).

Prof. Dr. E. h. Herrmann Henselmann fordert im „Sonntag" für die Wohngebiete „disponible Räume", über deren Verwendung Wohngemeinschaften aus ihren Bedürfnissen heraus mitbestimmen und zu ihrer Instandhaltung beitragen können. (3) Der Vizepräsident der Deutschen Bauakademie zu Berlin, Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert schreibt in einem instruktiven Artikel in der „deutschen architektur" – Städtebau ein Problem der Prognose – über die sich anbahnende Tendenz, „die Schulen zu echten gesellschaftlichen und somit auch zu baulichen Zentren der Wohngebiete zu entwickeln." (4)

Die Beispiele zeigen, wie der Gedanke der Intensivierung in unserer Diskussion über sozialistischen Städtebau und Architektur Eingang gefunden hat.

Bevor jedoch über Projektlösungen, über den architektonischen Fortschritt und den effektiven ökonomischen Gewinn solcher Mehrzwecknutzungen im Wohngebiet diskutiert werden kann, muß eine gesellschaftliche Übereinkunft über das Vorhaben der Intensivierung selbst erreicht werden und sicherlich muß das oft gegen mancherlei Wiederstände von Seiten der beteiligten Experten und Spezialnutzer geschehen. Voraussetzung solcher Auseinandersetzungen auf unserer Seite, auf der Seite der ordnenden und koordinierenden Architekten, ist ein tiefes ideologisches Eindringen in die Entwicklungsgedanken des Marxismus-Leninismus. Wir streben keine Utopien an, wir erfinden keine neuen Wohn- und Siedlungsformen, sondern gründen unsere Aufgaben auf die gesellschaftliche Entwicklung zum Sozialismus. Wir sind seit langer Zeit angetreten zur gründlichen Überwindung des Lebens in den Schlafstädten der reformistischen Periode des Städtebaus und haben auf diesem Weg in der DDR große Schritte nach vorn getan. Nun sollte noch stärker als bisher die Befriedigung des Bedürfnisses unserer Bürger nach aktivem, politischen Handeln in den Wohngebieten in unsere Konzeptionen einfließen, damit die so intensivierten und vervollkommneten Wohnkomplexe immer mehr zu wichtigen Teilgebieten der sozialistischen Demokratie werden.

Literatur

(1) H. Hennig „Das Wohnen im Sozialismus". „Kunsterziehung" Zeitschrift für Lehrer und Kunsterzieher – Heft 10/1958

(2) Werner Heynisch Städte und Dörfer mit jungem Gesicht, ND v. 6. März 1971

(3) Herrmann Henselmann „Möglichkeiten uns wohl zu fühlen", „Sonntag" v. 7. März 1971

(4) Ule Lammert „Städtebau ein Problem der Prognose", „deutsche architektur" Heft 2/1970

Der Architekt im Industriebetrieb und die Investitions-vorbereitung

Dr.-Ing. Norbert Riedel, Hettstedt

Die Investpolitik in den Betrieben steht und fällt mit der Qualität der Planungs- und Vorbereitungsarbeit. Zahlreiche Fachabteilungen beschäftigen sich mit der Erforschung neuer Verfahren sowie der Weiterentwicklung hochwertiger Aggregate und der Rationalisierung von Abteilungen und Bereichen sowohl in der Produktion als auch in der Verwaltung. All diese Tätigkeiten verfolgen das Ziel der Produktionssteigerung bei hoher Effektivität der Neuanlagen und Rekonstruktionsmaßnahmen, wobei jedoch nur selten optimale Ergebnisse erzielt werden. Das liegt in den meisten Fällen daran, daß Abstimmung und Zusammenarbeit der jeweiligen Fachbereiche bei der Erarbeitung der Aufgabenstellung für die entsprechende Investition nur ungenügend erfolgen. Auch wird den Belangen der Produktionskultur in dieser Arbeitsphase zu wenig Rechnung getragen. Dabei wird übersehen, daß es sich hierbei um eine echte Korrelation zur Arbeitsproduktivität handelt und die Herausbildung der sozialistischen Menschengemeinschaft sowie die permanente Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen als einheitlicher, sich wechselseitig durchdringender Prozeß zu gestalten ist. Deshalb ist es endlich an der Zeit, daß die gesamte Investvorbereitung auf ein Niveau geführt wird, auf dem durch eine echte sozialistische Gemeinschaftsarbeit die vielschichtigen Probleme zufriedenstellend gelöst werden. Das ist jedoch nur durch eine konsequente Zusammenfassung aller politischen, technischen, ökonomischen und menschlichen Faktoren möglich.

Wenn sich Häuptner im Heft 4/1971 der „deutschen architektur" für eine Mitwirkung des Architekten bei der Ausarbeitung der Grundsatzentscheidung einsetzt und sie auch konkret begründet, so wird damit gleichzeitig eine der größten Schwächen in der Investvorbereitung aufgedeckt. Die zum größten Teil fehlende funktionelle und gestalterische Präzisierung der Aufgabenstellung erschwert nicht nur dem Projektanten die Arbeit, sondern führt ihn auch zu Lösungswegen, die am Ende nicht im Sinne des Investträgers liegen. Das Gegenteil kann aber nur dann erreicht werden, wenn im Industriebetrieb ein erfahrenes und gut qualifiziertes Kollektiv die Investvorbereitung durchführt.

Die Integration des Architekten in der Industrie – an der Basis – bedeutet für ihn die Absolvierung eines komplizierten Prozesses. Bevor er mit hoher Wirkintensität die umfangreichen Aufgaben der Industrie lösen kann, muß er einem großen Teil des ingenieurtechnischen Personals einschl. der Ökonomen seine ureigensten Anliegen im Betrieb und die gesellschaftlichen Erfordernisse auseinandersetzen. Seine Probleme werden nur selten richtig verstanden, da im Betrieb die Produktionskennziffern ständig im Vordergrund stehen. Dabei wird übersehen, daß gerade auf dem Bausektor noch einige Reserven liegen hinsichtlich Flächeneinsparungen an wertvollem Bauland, Verringerung des Raumbedarfes und rationeller Gestaltung des innerbetrieblichen Transportes durch gute Funktionsbeziehungen der einzelnen Arbeitsplätze, Abteilungen, Bereiche und ganzer Betriebsteile, die letztlich zu Bauzeitverkürzungen sowie Material- und Kosteneinsparungen führen. Diese wirken sich wiederum auf die Betriebsergebnisse aus und sind von volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Nur eine intensive Zusammenarbeit von Technologen und Baufachleuten kann sich positiv auf die Arbeitsergebnisse auswirken; denn beide Fachbereiche sind bei der Lösung der Aufgabenstellung wechselseitig voneinander abhängig, abgesehen davon, daß sie von diesem Kollektivwirken laufend fachlich profitieren. Leider wird dieser Tatsache noch zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Hinzu kommt, daß der Baufachmann oft erst dann in den Planungs- und Vorbereitungsprozeß einbezogen wird, wenn die Technologie zu weit fortgeschritten ist. Der Zeitpunkt der Zusammenarbeit beider Fachbereiche muß deshalb unbedingt im Anfangsstadium der Investvorbereitung liegen, wenn nicht nach wie vor die sinnvolle funktionell-architektonische sowie städtebaulich-räumliche Gestaltung unserer Industriebetriebe vernachlässigt werden soll.

Es ist selbstverständlich, daß der Architekt im Industriebetrieb stets bestrebt ist, durch seine Erfahrungen und seine fachlichen Kenntnisse den zu schaffenden Gebrauchswert eines Gebäudes, einer Anlage oder eines Betriebsteiles effektiv zu gestalten. Die Wahrung der Einheit von Funktionstüchtigkeit und Kulturwert steht dabei im Vordergrund; denn optimale Produktionsergebnisse sind ohne die Erfüllung der Ansprüche des sozialistischen Menschen an eine kulturvolle Gestaltung seiner räumlichen Umwelt nicht möglich. Die Architektur, die als Arbeits- und Lebensumwelt die Lebensweise der Menschen stark beeinflußt, trägt auch zur Herausbildung sozialistischer Gemeinschaftsbeziehungen bei.

Angesichts dieser Tatsache übernimmt der Architekt im Industriebetrieb eine beachtliche Verantwortung; denn seine Werke sind Zeugen seiner Fähigkeiten, seiner eigenen Qualität. Nur wenn er es vermag, die Arbeitsstätte so zu gestalten, daß sie für den einzelnen mehr bedeutet als die Möglichkeit, dort seinen Lebensunterhalt zu verdienen, ist sein Schaffen erfolgreich. Doch ist die Verflechtung, Beeinflussung und gegenseitige Abhängigkeit zwischen ihm und seinem Betrieb so groß, daß er allein seine fachlichen Ambitionen weder ausnutzen noch gewissenhaft realisieren kann. Die Betriebsleitung muß ihm und seiner Arbeit Vertrauen entgegenbringen und sein gesellschaftliches Anliegen klar erkennen. So wie der Architekt sich zu ganz bestimmten Lösungen im Sinne einer Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen anbietet, muß ihm der Betrieb entgegenkommen, diese Zielstellung kurzfristig in die Praxis umzusetzen. Noch besser ist es, wenn er bewußt vom Auftraggeber gefordert wird. Nur so sind Höchstleistungen von ihm zu erwarten. Wenn schließlich der Betrieb sich der Rolle des gesellschaftlichen Auftraggebers bewußt wird (so wie das bereits in der bildenden Kunst, der Literatur und der Musik geschieht) und der damit verbundenen Verantwortung für seine Investitionen – für seinen Teil der gebauten Umwelt – Rechnung trägt, werden künftig überzeugende Lösungen der betrieblichen Umweltgestaltung zu verzeichnen sein. Dieses Ziel kann nur über eine echte sozialistische Gemeinschaftsarbeit erreicht werden, wobei verschiedene Experten wie Soziologen, Psychologen und Mediziner zusammen mit dem Architekten Variantenuntersuchungen durchführen müssen. Letztlich handelt es sich auch um eine politisch-ideologische Arbeit, deren unmittelbare Auswirkung bis zum einzelnen Werktätigen im Betrieb spürbar sein muß.

Der Architekt im Industriebetrieb unterscheidet sich von seinen Fachkollegen in den Projektierungs- und anderen Einrichtungen grundsätzlich dadurch, daß er zum größten Teil die verschiedenartigsten Probleme allein lösen muß. Ein wirksamer Erfahrungs- und Gedankenaustausch ist kaum möglich. Er ist ganz allein auf seine theoretischen Kenntnisse und fachlichen Erfahrungen angewiesen. Hinzu kommt die Tatsache, daß er unter einer Vielzahl von Technologen und Ökonomen eine Art Einzelgänger ist; denn diese haben meistens noch nicht erkannt, daß der Architekt ihr Helfer ist. Dadurch werden viele Chancen vergeben. Die Forderung nach funktioneller und künstlerischer, konstruktiver und ökonomischer Qualität als Einheit auch und gerade im Industriebereich ist ihnen noch ungewohnt. Es wird übersehen, daß der Werktätige einen großen Teil seines Lebens im Betrieb verbringt. Mit den Bauwerken werden unverrückbare Festpunkte geschaffen, die durch ihre Raumordnung, ihre Proportionen und ihre architektonische Gestaltung die Bewußtseinsbildung der Menschen beeinflussen. Obwohl entsprechende Gesetze und Verordnungen den Investträger zur Berücksichtigung der vielschichtigen Einflußgrößen der Umweltgestaltung zwingen, werden diese häufig noch vernachlässigt. Es wird immer noch nach den Erfordernissen des Augenblicks geplant und gebaut. Hier kann nur eine systematische und beharrliche Überzeugungsarbeit in punkto Abbau der Voreingenommenheit gegenüber den Architekten bei der Bewältigung der komplizierten Probleme der Umweltgestaltung weiterhelfen. Dabei muß die Komplexität der Investvorbereitung eine dominierende Rolle spielen, wobei ein wesentlicher Schwerpunkt in der rationellen Kombination der sich ergänzenden Funktionen liegt. So kann auch der Zeitraum zwischen erster Idee und Inbetriebnahme des jeweiligen Vorhabens verkürzt werden, und die Technologie veraltet nicht noch vor ihrem Wirksamwerden.

Zweifellos gehört auch zu einer erfolgreichen Arbeit die Mitwirkung des Architekten bei der Erarbeitung der Perspektiv- und Prognosepläne. Sie werden dadurch qualifizierter. Durch eine exakte Analysentätigkeit der Arbeitsprozesse und -tätigkeiten sowie die Konzentration von Experten für die Gestaltung der Umwelt als Voraussetzung der Produktionssteigerung und ihre Einbeziehung in die Forschung werden künftig die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen progressiv verbessert werden.

Dem Architekten im Industriebetrieb, der nicht nur Spezialist auf einem ganz bestimmten Fachgebiet sein kann, sondern der gleichzeitig seine vielseitige Ausbildung während des Studiums sinnvoll anwenden muß, fällt also eine hohe Verantwortung zu. Er ist bereit, sie zu tragen. Es muß nur nach einem Weg gesucht werden, wie er von außen her – von bestimmten Institutionen – bei seiner vielschichtigen Tätigkeit, bei der Planung und Gestaltung der räumlichen Umwelt (quasi in vorderster Front) unterstützt werden kann.

Informationen

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Dipl.-Ing. Martin Hesse, Nordhausen,
1. November 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt Martin Winkler, Leipzig,
5. November 1896, zum 75. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Kunz Nierade, Berlin,
7. November 1901, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Arch. Franz Herbst, Leipzig,
14. November 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Erich Müller, Engertsdorf,
18. November 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt Ingenieur Günter Rothe, Gera,
25. November 1921, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Otto Engemann, Berlin,
28. November 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt Gerhard Pester, Dessau,
30. November 1921, zum 50. Geburtstag

Deutsche Bauakademie

Über die Arbeit der Sektion Städtebau und Architektur im ersten Halbjahr 1971

Seit der Neukonstituierung der Sektion Städtebau und Architektur am 4. 2. 1971 fanden unter Leitung des Vorsitzenden, Dipl.-Ing. Näther, insgesamt vier Tagungen und drei Arbeitsgruppenberatungen statt. Schwerpunkte der Tätigkeit waren:

- Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur in der DDR
- Programm des am 21. 1. 1971 gegründeten Forschungsverbandes Städtebau zur „Sozialistischen Umgestaltung der Städte und Siedlungszentren"
- Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit in der Städtebauforschung
- Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert als Teil eines Hochschullehrbuches zur Geschichte der deutschen Kunst
- Richtlinie zur Generalbebauungsplanung der Bezirke und Städte
- Aufgabenstellung für ein Modellsystem der Generalbebauungsplanung
- Forschungsprojekt Greifswald.

Neue Aufgaben erwachsen der Sektion in ihrer Funktion als Wissenschaftlicher Beirat des Forschungsverbandes „Städtebau". Vorgesehen sind Beratungen über Probleme der Arbeits- und Wohnumwelt sowie gemeinsam mit der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Klasse Mensch und Umwelt, über Probleme der Veränderung des Lebensrhythmus in ihrer Wechselwirkung zur prognostischen Entwicklung der Städte. Verstärkt wird die konsultative Mitarbeit an konkreten Planungsaufgaben in Berlin, Rostock, Greifswald, Karl-Marx-Stadt sowie bei der Entwicklung der Wohnungsbauschwerpunkte in der DDR bis 1975. Reinhard Sylten

Bücher

■

Carl Krause
Außenwandsysteme
VEB Verlag für Bauwesen
Berlin 1970, 176 Seiten, 130 Abbildungen, 25 Tafeln, Preis 33,– M

Auf der 5. Baukonferenz wurden richtungweisende Beschlüsse über die Weiterentwicklung des Bauwesens gefaßt. Der Prozeß der Industrialisierung und Systematisierung des Bauens erfordert die Orientierung der Massenerzeugnisse auf den wissenschaftlich-technischen Höchststand und die Integration aller Teilsysteme in das „Einheitssystem Bau". In zunehmendem Maße arbeiten Architekten, Konstrukteure, Bauphysiker, Technologen und Ökonomen gemeinsam an der Lösung von Querschnittsproblemen, um mit höchster Effektivität die Realisierung unserer Bauvorhaben zu sichern.

Der Verlag für Bauwesen stellt mit seinem neuen Buch „Außenwandsysteme" von Carl Krause eine wissenschaftliche Arbeit auf einem Gebiet vor, über das bisher nur Teilergebnisse bekannt waren. Für alle Bauschaffenden besteht die Möglichkeit, sich mit den neuesten Forschungsergebnissen aus Theorie und Praxis bekannt zu machen.

Die Außenwand, jenes gestaltbildende Element unserer gebauten Umwelt, hat in ihrer historischen Entwicklung eine tiefgreifende Wandlung erfahren. Einst die Summe handwerklicher Erfahrungen von Generationen sind die modernen Außenwandsysteme heute hochkomplizierte Industrie-Produkte, die vielfältigste Ansprüche der Bauphysik, des Sonnenschutzes, der Fugentechnik und der Sichtflächengestaltung erfüllen müssen. Der Autor weist nach, daß alle Fachdisziplinen, von der Produktionsvorbereitung bis zur Montage, Kenntnisse über die Grundprobleme der Außenwandkonstruktion haben müssen, um jene Qualitätskriterien zu erzielen, die an unsere Bauwerke zu stellen sind. In logischer Folge werden die Hauptprobleme in Form von Erläuterungen und instruktiven zeichnerischen Darstellungen beschrieben. Fundiertes Tabellenwerk und Diagramme machen das Buch zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk. Neben einer Klassifikation nach spezifischen Merkmalen einzelner Außenwandgruppen, der Gliederung in schwere und leichte Konstruktionen sowie der Erläuterung der jeweiligen Zusammenhänge werden in- und ausländische Konstruktionsbeispiele angeführt und gegenübergestellt. Es wird herausgehoben, daß bei der Fertigung moderner Vorhang-Fassadenelemente eine Einsparung an Baumasse angestrebt wird, wobei die Elementvorfertigung in Spezialwerken hohe Präzision und die Meisterung aller bauphysikalischen Prozesse voraussetzt. Durch Konstruktionsbeispiele werden die speziellen Anforderungen an hinterlüftete Wetterschalen belegt.

Der Verfasser bemüht sich durch die Vorstellung von Gips-Außenwandplatten sowie innengedämmter Betonelemente, Beispiele für die Erschließung einheimischer Baustoffe aufzuzeigen. Bei den Detailfragen nehmen die Wärmedämmung, die Fugentechnik sowie die Sichtflächengestaltung einen breiten Raum ein.

In Verbindung mit neuartigen Beschichtungsverfahren, der Weiterentwicklung bekannter Oberflächentechniken sowie der Einführung neuer Materialien gibt der vorliegende Band eine gute Übersicht über die Möglichkeiten unserer Bauindustrie sowie Auskunft über Lebensdauer und Beständigkeit verwendeter Materialien. Dem Problem Sonnenschutz widmet der Verfasser einen gesonderten Abschnitt. Im Hinblick auf den Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie auf allgemeine Behaglichkeitswerte hat dieses Thema große Bedeutung.

Moderne Außenwandsysteme werden vielfältige und dauerhafte Fassadengestaltung ermöglichen, die auch ökonomisch vertretbar sind. Im Ringen um die besten Ergebnisse bei der Gestaltung unserer städtebaulichen Räume stellt das vorliegende Buch einen progressiven Beitrag dar, der von allen Bauschaffenden zu begrüßen ist. Jörg Piesel

■

Kurt Junghanns
Bruno Taut. 1880–1938
Deutsche Bauakademie. Schriften des Instituts für Städtebau und Architektur.
Henschelverlag Kunst und Gesellschaft,
Berlin 1970. 248 Seiten, 293 Abbildungen, Ganzleinen 48,– M

In der vorliegenden, aus langjähriger Forschung entstandenen Monografie wird Tauts Beitrag zur Architektur im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erstmals umfassend und tiefgründig dargestellt. Historisch-chronologisch gegliedert, zeichnet das Buch den bewegten Lebensweg, die architektonischen Leistungen und theoretischen Gedanken Tauts nach:

Meisterlehre bei Theodor Fischer, erste Anerkennung durch bedeutende Ausstellungsbauten („Monument des Eisens" 1913, Pavillon der Glasindustrie 1914) und Siedlungen (Gartenstadtsiedlungen „Am Falkenberg" in Berlin und „Reform" in Magdeburg 1913/14); leidenschaftliches Engagement für die Erneuerung der Architektur und Gesellschaft in den Revolutionsjahren nach dem ersten Weltkrieg; Stadtbaurat in Magdeburg 1921–24; Höhepunkt des Schaffens 1925–31 mit den klassischen Siedlungsbauten in Berlin wie Britz, Buschallee Weißensee, Waldsiedlung Zehlendorf, Schillerpark Wedding und Erich-Weinert-Straße Prenzlauer Berg; Bau von insgesamt 10 000 Wohnungen in Berlin; Tätigkeit und teilweiser ständiger Aufenthalt in der Sowjetunion; 1933 Emigration nach Japan, 1936 Übersiedlung in die Türkei mit noch kurzer, aber fruchtbarer praktischer Tätigkeit.

Das Buch ist mit dem erforderlichen wissenschaftlichen Apparat (u. a. Werk- und Schriftenverzeichnis Tauts) vor allem aber mit einem ausgezeichneten Bildteil versehen.

Für die gute Ausstattung muß man dem Verlag ein besonderes Lob zollen.

Mit der sorgfältig gearbeiteten und lebendig geschriebenen Monografie hat sich der Autor in mehrfacher Hinsicht erneut Verdienst um die marxistische Baugeschichtsforschung erworben. Tauts Leistung wird historisch ins richtige Licht gerückt. Dabei werden neben neuen Faktoren neue Zusammenhänge bewußt gemacht, die auch neue Gesichtspunkte für die Einschätzung der Gesamtentwicklung erbringen.

Taut erweist sich in vieler Hinsicht als der große Anreger bei der Herausbildung des Neuen Bauens der zwanziger Jahre. Er war die führende Kraft innerhalb der Gruppe fortschrittlicher Architekten, die sich in Berlin nach der Revolution in der „Novembergruppe" und im „Arbeitsrat für Kunst" zusammengeschlossen hatten. Der von ihm als erstem entwickelte und in der „Stadtkrone" architektonisch umgesetze Gedanke des „großen Baues", der als „Gesamtkunstwerk" symbolhaft die begeisternden Ideen der Revolutionszeit zum Ausdruck bringen sollte, beherrschte auch die Gründung des Bauhauses. Seine Siedlungsbauten aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg waren von nachhaltiger Wirkung auf die Fortentwicklung des Wohnungsbaus in den zwanziger Jahren. Mit dem Kampf um ein farbiges Stadtbild wirkte er wie kein anderer für die Schaffung einer lebensfrohen Volksarchitektur. Indem er davon ausging, daß die Arbeit des Architekten nicht mehr ein Entwerfen im Sinne des genial Hingeworfenen sei, sondern aus dem Prinzip der Ökonomie heraus sich immer mehr auf das Praktisch-Technische und das Or-

ganisatorische richte, zeichnete er das Bild eines neuen Architekten. Gewiß taten das auch andere Architekten. Aber Taut verfiel nie in extremen Rationalismus, sah immer den lebendigen Menschen. Formrevolution unter Ausschluß des Lebens war ihm fremd, weil er stets von der sozialen Aufgabe ausging. Sie bestimmte seine schöpferische Tätigkeit wie kaum bei einem anderen Architekten, und darin liegt seine Bedeutung für die deutsche Architektur jener Zeit. Taut hatte früh den Weg ins Lager der antikapitalistischen Kräfte gefunden, wurde zu einem entschiedenen Gegner des Militarismus und des Faschismus und zu einem Freund der Sowjetunion. Die tragfähige Grundlage seines Schaffens gewann er durch die Hinwendung zu den Interessen der werktätigen Menschen. Ihre Lebensbedürfnisse durch zweckmäßige, billige, aber auch schöne Wohnungen zu befriedigen, das war sein Ziel. Der Autor hebt hervor, daß Taut der erste deutsche Architekt war, der aus der Welt des Arbeiters neue architektonische Vorstellungen entwickelte, die im Gegensatz zum üblichen bürgerlichen Bauen standen. Er fühlte sich getragen vom Geist und von der Kraft der Arbeiterklasse, und eben darin ist der hohe Rang seines schöpferischen Werkes begründet, das bereits in die Zukunft der kommenden Gesellschaftsordnung wies.

Über die Würdigung von Tauts Beitrag hinaus vertieft Junghanns wesentlich das Geschichtsbild des Neuen Bauens überhaupt. Hervorgehoben sei zunächst die fundierte gesellschaftsgeschichtliche Einordnung aller architektonischen Bestrebungen in den verschiedenen Entwicklungsabschnitten. Auch wenn das hier nur kurz als historischer Hintergrund für die monografische Darstellung einer Architektenpersönlichkeit geschieht, so ist es doch wesentliche Grundlage für die Einschätzung der deutschen Architektur im ersten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts aus marxistischer Sicht. Neben dem Zusammenhang zwischen Architektur und Politik (konkret, an verschiedenen Bauaufgaben) ist ferner besonders gut die historische Rolle der Arbeiterklasse herausgearbeitet, die sie für die Entwicklung einer neuen Architektur zu spielen begann, auch dies nicht nur allgemein, sondern am praktischen Beispiel und am Wirken der Person Tauts. Damit hat der Autor Maßstäbe gesetzt für die weitere wissenschaftliche Bearbeitung der deutschen Architektur im 20. Jahrhundert, aber auch Ansatzpunkte gegeben, die Traditionen des Neuen Bauens der zwanziger Jahre heute und hier richtig einzuschätzen und zu verwerten.

Was kann aus der Tautmonografie an Erkenntnissen für die heutige Praxis anregend und von unmittelbarem Nutzen sein? Drei Seiten der Gestaltungsmethode Tauts, die der Autor selbst als fortwirkend und für den sozialistischen Architekten besonders aktuell ansieht, können hervorgehoben werden. Erstens suchte Taut innerhalb eines städtebaulichen Ganzen stets eine einmalige, aus den lokalen Bedingungen abgeleitete unverwechselbare Lösung. Zweitens verstand er es, das Grün, die Gartenkunst so einzubeziehen, daß er damit seine Raumkonzeptionen unterstrich (man beachte die im Bildteil verschiedentlich vorgenommene Gegenüberstellung von Fotos aus der Zeit der Fertigstellung und vom heutigen Zustand mit dem voll entwickelten Grün). Drittens muß auf eine schöpferische Grundlage Tauts verwiesen werden, die Ausgangspunkt seiner Erfolge gewesen ist und die im Buch besonders herausgearbeitet wird: sein freiwilliger Verzicht auf individualistische Lösungen, seine konsequente Unterwerfung unter die Disziplin des Massenwohnungsbaus und sein Prinzip, für die werktätigen Menschen nicht „das Neueste", sondern stets das Beste zu schaffen (baukünstlerische Ziele darin immer eingeschlossen). Der Rezensent weiß sich mit der vom Autor in einem Gedankenaustausch über diese Problematik geäußerten Ansicht einig, daß hier der Punkt ist, wo sich der Architekt der kapitalistischen Welt vom sozialistischen grundlegend unterschieden wird, und daß wir von hier aus unsere Bewertung der progressiven Architekten der zwanziger Jahre entwickeln müssen. Christian Schädlich

■

Paulhans Peters
Entwurf und Planung
Band: Industriebau/Fertigungsbetriebe
Verlag Georg D. W. Callwey, München 1969
Bearbeiter: Friedemann Wild
136 Seiten, viele Zeichnungen

Die Veröffentlichung ist ein Band einer Reihe, die Planungen von Krankenhäusern, Gebäude für Güterumschlag, Mehrzweckhallen usw. zeigt und vergleicht.
In dem vorliegenden Band werden 71 Industriegebäude vorgestellt, der außer zwei Beispielen aus der VR Ungarn nur Planungen aus der kapitalistischen Welt enthält.
Aus dem Vorwort ist zwar keine eindeutige Zielstellung für die Auswahl der Beispiele herauslesbar, aber der Begriff der Flexibilität beschäftigt den Verfasser doch am meisten, wobei er zugibt, daß sowohl der Begriff Flexibilität für den Industriebau gar nicht so eindeutig zu fassen ist, als auch die Forderung nach Flexibilität nicht unbedingt und ausschließlich gerechtfertigt ist.
Ob und inwieweit die angeführten Beispiele für den Industriebau der kapitalistischen Länder repräsentativ sind, kann hier natürlich nicht beantwortet werden. Einige interessante Tendenzen sind indessen herauslesbar:

- Stahl- und Stahlbetonkonstruktionen sind etwa gleich stark vertreten
- Shedkonstruktionen wurden bei 30 Prozent aller Bauten verwendet, meist in Stahlausführung
- Oberlichtkuppeln kamen bei etwa 15 Prozent zur Anwendung
- Reine Dunkelbauten sind in der Minderzahl
- Die meisten Stützenraster haben Abmessungen zwischen 10···20 m
- Es werden in der Mehrzahl großflächige Gebäude angestrebt
- Mehrgeschossige Bauten sind vor allem in der chemischen Leichtindustrie vertreten
- Bemerkenswerte architektonische Lösungen gibt es überwiegend bei Geschoßbauten.

Sehr interessant scheinen die Planungen für Miet- und Einheitsfabriken, deren bauliche und funktionelle Problematik uns auch beschäftigen sollte.
Leider fehlen zu den Beispielen Angaben über Bauzeiten, Baukosten und die Motivation für die Auswahl der Baumaterialien.
Insgesamt ist das Buch eine sehr nützliche Zusammenstellung für Vergleichsarbeiten und die Überprüfung des eigenen Standpunktes. Otto Patzelt

■

Cowan, Gero, Ding, Muncey
Models in Architecture
Elsevier Publ. Co. Amsterdam, London, New York 1968
222 Seiten, 8 Bilder, Formeln, Tabellen
schw. Leinen

Die deutsche Übersetzung des Titels täuscht: Das Buch handelt nicht nur von den uns gewohnten Architekturmodellen, sondern es befaßt sich mit der umfassenden Einsatzmöglichkeit von Modelluntersuchungen im gesamten Bauwesen.
Das Buch ist, wenn man einigermaßen die englische Sprache versteht, leicht faßlich geschrieben und didaktisch sehr gut aufgebaut.
Auf einen geschichtlichen Rückblick folgt eine sehr einleuchtende Darlegung der Theorie der Dimensionen und der Ähnlichkeit; dies ist ein sehr wichtiges Kapitel und meines Erachtens unseren Ingenieuren und Architekten viel zu wenig bekannt und geläufig. Die weiteren Abschnitte enthalten die Herstellung von Konstruktionsmodellen, Meßtechnik, Anfertigung von Architekturmodellen, Anfertigung von Modellen für Untersuchungen des Wärme- und Schallschutzes, beleuchtungstechnische Untersuchungen und schließlich eine Reihe von Anwendungsbeispielen.
Die Lektüre dieses Buches macht bewußt, wieviele Probleme mit Hilfe von Modellen gelöst werden können. Nun ist es aber ein Irrtum zu glauben, daß z. B. die Modellstatik viel einfacher oder billiger wäre als der übliche analysierte Weg. Ein Modellversuch kann erheblich teurer sein als eine rechnerische Untersuchung. Darum geht es auch nicht, sondern die Frage ist, was wird der Wirklichkeit besser gerecht. Schließlich kann das Modell einen großen heuristischen Wert haben, da es besser als Zeichnung, Berechnung und Beschreibung den Gegenstand in seiner Gesamtheit und in seinen Beziehungen zu seinen eigenen Teilen zeigt und erläutert. Gerade dem Architekten muß es ja ein besonderes Anliegen sein, das Bauwerk in seiner Vielfalt in den Griff zu bekommen und es im Zusammenhang zu sehen.
Das Buch läßt das Fehlen eines solchen umfassenden Werkes in unserer Fachliteratur spürbar werden und dem Verlag für Bauwesen wird empfohlen, sich dieser Problematik anzunehmen. Bis dahin könnte das Buch „Models in Architecture" in den Bibliotheken unserer Hoch- und Fachschulen und unserer Konstruktionsinstitute gute Dienste leisten. Otto Patzelt

■

Budapest City Council's Town Planning and Design Office 1949–1969
Herausgegeben von Laszlo Györi, Budapester Stadtplanungs- und Städtebaubüro, 80 S.

Dieser kleine Bildband ist dem 20jährigen Bestehen des Budapester Stadtplanungs- und Städtebaubüros gewidmet. Ein kurzer einführender Text befaßt sich mit den Problemen der Planung der ungarischen Metropole. Eine Reihe von Modellen für verschiedene Teile der Stadt wird vorgestellt. Den Hauptteil des Buches bilden ganzseitige Fotos der in den vergangenen 20 Jahren in Budapest errichteten Wohnbauten und -viertel, denen wieder ein kurzer, erläuternder Text vorangestellt ist. Auch den öffentlichen Bauten wird der gebührende Platz gewidmet. So werden Schulen, Verwaltungsbauten, Polikliniken, Kaufläden usw. vorgestellt. Der Schlußteil des Bandes zeigt einige restaurierte historische Bauwerke. Siegfried Leutzsch

■

Im VEB Verlag für Bauwesen erscheinen im Oktober:

Klug TGL-Handbuch
Bautechnische Bestimmungen für Bauwerke und bauliche Anlagen
Bd. 2: Baukonstruktionen und Bauteile

Hohenstein, Schneider
Fachwissen für Baumaschinisten

Wolf, Bönewitz
Kaufhallen

Garms
Handbuch für die Heizungsingenieure

Bergs, Birth
Heizungsinstallation (Baukastenteil)

Berbig
Netzplantechnik

Altner, Reichel
Betonschnellerhärtung

Die Titel:

Jänike, Wieders
Beiträge zur Technologie, Heft 2

Jänike, Hupfer
Beiträge zur Technologie, Heft 3
wurden auf den Monat September vorverlegt.

Erläuterungen zum neuen Standard TGL 22 903 „Bewegungsfugen in Bauwerken"

Der Standard TGL 116–0404, Blatt 1 wurde überarbeitet, um die Erfahrungen der Baupraxis und neue wissenschaftlich-technische Erkenntnisse zu berücksichtigen. Hierbei wurden besonders eine Reihe von Schadensfällen ausgewertet, die Anlaß von Vertragsgerichtsverhandlungen waren und daraus entsprechende Forderungen an den Standard TGL 22 903 abgeleitet. Die neuere Entwicklung auf dem Gebiet der Baustoffe und der Betontechnologie wurde dabei beachtet. Durch die Vereinheitlichung der Bedingungen für die funktionelle Eignung der Bauwerke soll dem Mieter die optimale Funktionssicherheit und somit die Qualität des Finalproduktes Bauwerk gewährleistet werden. Gleichzeitig ist aufgrund der progressiven Abstimmung im Weltmaßstab ein umfassendes Standardwerk entstanden, dem keine vergleichbare Vorschrift gegenübersteht.

Folgende Änderungen und Verbesserungen sind hervorzuheben:

- Aus dem Geltungsbereich ist ersichtlich, daß der Standard nicht für Straßen, Brücken der Verkehrswege und Talsperren gilt. Für diese Kategorien von Bauteilen und Bauwerken sind spezielle Vorschriften einzuhalten.

- Im Abschnitt 1, Begriffe, wurde der Zweck der Bewegungsfugen in Übereinstimmung mit dem internationalen Stand der Auffassungen wissenschaftlich exakter formuliert.

Schadensfälle haben bewiesen, daß fachlich und juristisch einwandfreie Begriffsdefinitionen erforderlich sind.

- Abschnitt 2, Anordnung der Dehnungsfugen, wurde von ursprünglich zwei auf fünf Unterabschnitte erweitert, wobei sich diese Erweiterung wie folgt auswirkte:

- In Abschnitt 2.2. sind jetzt die erforderlichen Abstände der Dehnungsfugen in zwei Tabellen anstatt bisher in vier zusammengefaßt, um die Übersichtlichkeit zu erhöhen. Zusätzlich konnten noch in je zwei Spalten die Werte der monolithischen und der Fertigteilbauweise nebeneinander aufgeführt und zur besseren Darstellung drei Bilder eingefügt werden.

- Abschnitt 2.3. enthält betontechnologische Hinweise in Fällen besonders hoher Anforderung an die Wasserundurchlässigkeit von Beton- und Stahlbetonwerken mit Angabe eines Mindestbewehrungsgrades für Stahlbeton.

- Im Abschnit 2.5. sind besondere Forderungen des Säureschutzbaues enthalten, die das Standardwerk komplettieren.

- Abschnitt 5 behandelt zusätzlich Forderungen an die Gleitlagerung einschließlich der dafür notwendigen Maßnahmen.

- Abschnitt 6 wurde erweitert durch die bei Berechnung der Fugenbreite zu berücksichtigenden Einflüsse.

Der Standard TGL 22 903, verbindlich ab 1. 1. 1971, stellt eine Rechtsnorm dar, die es der Projektierung und Bauausführung ermöglicht, funktionsgeeignete und fehlerfreie Bauwerke herzustellen.

Die technische und ökonomische, also volkswirtschaftliche Bedeutung des Standards liegt in der Vermeidung von Baufehlern und Schäden bzw. in der Einsparung von Mitteln, die bisher zur Behebung eingetretener Mängel benötigt wurden.

Christian Koßler

Im Heft 8 unserer Zeitschrift wurde auf der Seite 509 die 3. Informationstagung „Kunststoffe im Bauwesen" angekündigt. Dabei wurde versehentlich in der Anschrift des Veranstalters Weimar anstelle Leipzig genannt. Die richtige Adresse lautet:

Deutsche Bauakademie
Institut für Baustoffe
Abt. Kunststoffe
7021 Leipzig
Essener Str. 38
Tel. 5 26 79 oder 5 26 66

Standardisierung

Als Fachbereichstandard des Bauwesens wurde die TGL 21 100, Blatt 1 **Zerstörungsfreie Prüfung von Bauwerken und Bauteilen aus Beton**, Richtlinie zur Bestimmung der Rohdichte mit Gammastrahlen in der Ausgabe Juli 1970 am 1. Juli 1971 verbindlich.

Am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 23 377, Blatt 1 **Rammpfähle**, Stahlbeton-Rammpfähle in der Ausgabe Juli 1970 verbindlich. Die Festlegungen betreffen das Sortiment, die Bezeichnung, Prüfung, Kennzeichnung, Lagerung und den Transport sowie technische Forderungen.

Ebenfalls am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 23 379 **Winkelstützwandelemente aus Stahlbeton** in der Ausgabe Januar 1971 verbindlich. Die Einzelheiten betreffen den Begriff des Haupttitels, das Sortiment, die Bezeichnung, technische Forderungen, die Prüfung, Kennzeichnung, den Transport und die Lagerung.

Als Fachbereichstandard des Bauwesens wurde die TGL 23 787, Blatt 1 **Wandelemente aus Porenanhydritbinder**, Technische Lieferbedingungen und Prüfung in der Ausgabe April 1970 am 1. Juli 1971 verbindlich. Die Einzelheiten betreffen den Begriff des Haupttitels, die Bezeichnung, technische Forderungen, die Prüfung, Kennzeichnung, den Transport und die Lagerung.

Am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 24 785, Blatt 1 **Rohre aus Stahlbeton, Drucklose Rohre** in der Ausgabe Oktober 1970 verbindlich. Zunächst wird der Titel begrifflich erklärt, dann folgen Festlegungen zum Sortiment, zur Bezeichnung, Prüfung, Kennzeichnung, zum Transport und zur Lagerung sowie technische Forderungen.

In der Ausgabe November 1969 wurde Blatt 2 **Druckrohre** am 1. Juli 1970 verbindlich. Der Standard ist für Rohre zur Trink- und Betriebswasserförderung bis zu einer Wassertemperatur von 35 °C bestimmt.

Am 1. April 1970 wurde der Fachbereichstandard TGL 24 337, Blatt 4 **Sichtverhältnisse an Wegübergängen**, Sichtflächen an gesicherten Wegübergängen in der Ausgabe November 1969 verbindlich. Die Einzelheiten dieses Standards des Verkehrswesens regeln die Größe, das Herstellen, Freihalten und die Überprüfung der Sichtflächen.

Der Fachbereichstandard TGL 24 506, Elektrische Leuchten für Allgemeinbeleuchtung: **Ovale Wand- und Deckenleuchten**, Schutzgrad IP 41 und höher für Glühlampen bis 100 W wurde in der Ausgabe Mai 1970 am 1. Januar 1971 verbindlich.

Am 1. Januar 1970 wurde die TGL 24 714 **Kranschienenbefestigung**, geschraubt in der Ausgabe Februar 1969 verbindlich, die im VEB Metalleichtbaukombinat Leipzig erarbeitet wurde.

Am 1. Juni 1970 wurde der Fachbereichstandard TGL 24 730 **Sitz-, Liege- und Kleinmöbel aus Flechtwerkstoffen**, Technische Lieferbedingungen in der Ausgabe März 1970 verbindlich, der außer technischen Forderungen auch die Kennzeichnung, das Verpacken, Verladen und die Lagerung regelt.

Als Entwurf Mai 1970 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens, TGL 12 785 **Maßtoleranzen im Bauwesen, Fertigteile aus Gips und Anhydrit** vorgelegt. Hier werden die Haupteinflüsse der Fertigungsverfahren auf die Maßgenauigkeit, Maßtoleranzen und Prüfung geregelt.

Als Entwurf April 1970 wurde der Fachbereichstandard TGL 16 237, Blatt 4 **Befestigungen für Straßenverkehrsflächen; Deckschichten aus Zementbeton, Nachbehandlung mit filmbildenden Stoffen** vorgelegt. Nach einer Begriffsbestimmung folgen Grundsatzforderungen und Einzelheiten zum Sortiment, zur Bezeichnung, Kennzeichnung, Lieferung, zum Transport, zur Lagerung, Prüfung, Herstellung, Anwendung, Instandhaltung und Wartung.

Als Entwurf September 1970 wird der Fachbereichstandard des Bauwesens TGL 20 997 **Spannbetonmaste** mit Blatt 1, Allgemeine Festlegungen und Blatt 2, Prüfung vorgelegt. Für die Blätter 4, Spannbetonleuchtenmaste, 5, Maste für elektrische Freileitungen bis 30 kV, 6, kombinierte Fahrleitungs- und Leuchtenmaste für Nahverkehr, 7, Fahrleitungsmaste für die Deutsche Reichsbahn und Industriebahnen und 8, Hochspannungsmaste bis 110 kV wird ein Elementekatalog erarbeitet. Blatt 1 enthält Einzelheiten zum Sortiment, zur Bezeichnung, den technischen Forderungen, der Kennzeichnung, Lagerung und zum Transport. Blatt 2 ist in Baustoffe und Elemente unterteilt. -er.

Rechtsnormen

Am 19. März 1971 trat die Verordnung über die Änderung von Rechtsvorschriften vom 9. März 1971 (GBl. II Nr. 32 S. 266) in Kraft, die den **Zusammenschluß von Wohnungsbaugenossenschaften** fördert.

Am 1. Januar 1971 trat die Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die **Produktionsfondsabgabe** vom 23. April 1971 (GBl. II Nr. 42 S. 326) in Kraft, die von General- sowie Hauptauftragnehmern beachtet werden muß.

Durch die Anordnung über die **Aufhebung von Rechtsvorschriften** auf dem Gebiet der Lebensmittelindustrie vom 1. November 1970 (GBl. II Nr. 89 S. 630) trat die Anordnung über das Statut des VEB Projektierungs-, Konstruktions- und Montagebüro für Lebensmittelindustrie mit Wirkung vom 25. November 1970 außer Kraft.

Am 1. Januar 1971 trat die Anordnung über die Festsetzung von **Gebühren für Leistungen der Obersten Bergbehörde** beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. November 1970 (GBl. II Nr. 90 S. 637) in Kraft, die einen Gebührensatz von 25 M je Arbeitsstunde für bergbauliche Stellungnahmen zu Bauvorhaben vorsieht.

Für die Wohnungsbaugenossenschaften, Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften und Privatbetriebe der Bauindustrie trat am 27. November 1970 die Anordnung über die **Einführung eines einheitlichen Kontenrahmens** in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung, Produktionsgenossenschaften des Handwerks und Privatbetrieben vom 19. November 1970 (GBl. II Nr. 91 S. 639) in Kraft.

Durch die Anordnung zur Änderung der Arbeitsschutzanordnung 332/2 – **Montage von Fertigteilen zur Errichtung von Bauwerken** – vom 26. April 1971 (GBl. II Nr. 44 S. 343) wurde mit Wirkung vom 17. Mai 1971 § 11 geändert. – Am selben Tag trat die Änderung des § 13 der Anordnung zur Änderung der Arbeitsschutzanordnung 339/1 – **Wasserbauarbeiten** – vom 26. April 1971 (GBl. II Nr. 44 S. 343) in Kraft.

Am 1. Januar 1971 trat die Anordnung Nr. Pr. 55 über die **Tarife und Preise für die Lieferung von Elektroenergie** vom 11. Dezember 1970 (GBl. II Nr. 104 S. 795) in Kraft, die für die Betriebe der Bauwirtschaft besondere Regelungen enthält.

Am 1. Januar 1972 tritt die Anordnung über die Änderung der Preisanordnung Nr. 4410 – Neubauleistungen – **(Spezialgründungsarbeiten, Bohrpfahlgründungen)** vom 3. Mai 1971 (GBl. II Nr. 46 S. 359) in Kraft.

Am 5. März 1971 trat die Verfügung über die **Regenerierung und Ablieferung von Bleiakkumulatoren** vom 9. Februar 1971 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 1/2/3 in Kraft.

Ebenfalls trat die Verfügung über die **Aufhebung der** Verfügung über die Einführung der **abschnittsweisen Ausbildung mittlerer technischer Kader** im Bauwesen vom 3. Februar 1971 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 1/2/3 S. 2) in Kraft.

Vom Generaldirektor der VVB Bauelemente und Faserbaustoffe wurden mit Wirkung vom 31. Dezember 1970 die Anweisung über die **Ausgliederung des Betriebes Holzelementevorfertigung Berlin-Adlershof** aus dem Volkseigenen Wohnungsbaukombinat Berlin und seine Angliederung an den VEB Holzbaukombinat Mitte, Hennigsdorf, vom 30. Dezember 1970 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 1/2/3 S. 4) und die Anweisung über die **Änderung der Unterstellung** und die Änderung **des Betriebsnamens des VEB (B) Dachpappenwerk Staßfurt** vom 30. Dezember 1970 (ebenda) in Kraft gesetzt.

Am 1. April 1971 trat die Grundsätzliche Feststellung Nr. 2/1971 über die Arbeit mit **Gutachten** (Verfügungen und Mitteilungen des Staatlichen Vertragsgerichts beim Ministerrat der DDR Nr. 2 S. 7) in Kraft, die die im Bereich Bauwesen zuständigen Organe zur Erstattung von Gutachten über Bauschäden und Baustoffe wie Bezirksbauämter, DAMW, Deutsche Bauakademie und Wissenschaftlich-technischen Zentren des MfB aufführt.

Die **Entgelte** zur Entschädigung **für die Mitarbeit** in **Prüfungsausschüssen für Standardisierung** (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 5 S. 15) werden mit 4,00 M je Stunde bis zu 6 Stunden am Tag für Mitglieder und mit 7,00 M je Stunde bis zu 12 Stunden am Tag für Vorsitzende außerhalb der gesetzlichen Arbeitszeit festgesetzt.

Kurzfassung

KB 302.9 DK 728.1.001"313"(47+57

Rubanjenko, B.; Mejerson, D.; Kartaschowa, K.; Orlow, P.
Entwicklungsperspektiven des Wohnens in der Sowjetunion
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 10, S. 582 bis 585, 5 Abb.
Die Bedingungen des Wohnens werden sich unter der vielfältigen Einwirkung vieler Faktoren entfalten, die den sozialen, wissenschaftlichen und technischen Fortschritt sowie die Erschließung der geografischen Umwelt begleiten. Der Einfluß der Umweltbedingungen auf das Wohnen resultiert aus dem Prozeß der Urbanisierung und der Erschließung latenter Boden-, Luft- und Wasserressourcen. Die Entwicklung des Wohnens wird sich auf der Grundlage der ökonomischen Möglichkeiten der Gesellschaft vollziehen.

KB 321.2 DK 711.4.003

Macetti, S.
Ökonomie der Stadt und komplexe Ökonomie des Städtebaus
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 10, S. 586 bis 592, 4 Schemata, 2 Tab.
Die optimale Ökonomie des Raumes in bezug auf den Städtebau, die Erholungsgebiete und den Verkehr wird in erster Linie zu erreichen sein durch die Senkung des Raumbedarfs mittels einer rationellen Organisation des gesellschaftlichen Lebens und die Durchsetzung des „Rund-um-die-Uhr-Prinzips" durch rationelle Bewirtschaftung des verfügbaren Raumes mittels einer optimalen Synthese der Kompaktierung mit der Großräumigkeit im Mikro- und Makromaßstab, das heißt vom Wohn- und Arbeitsbereich bis zum Siedlungsnetz.
Die rationelle Bewirtschaftung des verfügbaren Raumes wird dabei immer mehr zu einer entscheidenden Ausgangsgröße für die sozialistische Umgestaltung der baulich-räumlichen Umwelt und zu einem der wichtigsten Kriterien des sozialistischen Städtebaues und nicht zuletzt der Okonomie der Herstellung. Sie hat entscheidende Auswirkungen auf die Bebauungsform, auf die Art der Kompaktierung und funktionelle Gestaltung der Strukturen der baulich-räumlichen Umwelt.

KB 323.2 DK 711.58.003

Kress, S.
Modifizierte Einwohnerdichten als Planungsgrundlage für Wohngebiete
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 10, S. 593 bis 595, 6 Abb., 2 Tab.
Stellt man die Gesamtinvestitionen für ein Wohngebiet zusammen, so ergibt sich, daß die Wahl der Aufstellungsformen für den ruhenden Verkehr eingeschränkt wird.
So ist die Freiaufstellung der PKW nur bis zu etwa acht Wohngeschossen, die Anwendung von 2geschossigen Parkpaletten bis zu etwa zehn Wohngeschossen ökonomisch vertretbar, darüber hinaus die Berücksichtigung 4geschossiger Sammelgaragen notwendig.

KB 323.21 DK 711.58-201

Stahn, G.
Wohngebiet Markersdorfer-Helbersdorfer-Hang in Karl-Marx-Stadt
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 10, S. 596 bis 601, 2 Abb., 1 Persp., 4 Strukturschemata, 2 Lagepläne
Die mit dem Bau des Wohngebietes Markersdorfer-Helbersdorfer-Hang sich entwickelnde Verbesserung der Wohnverhältnisse der Arbeiter in den Industriegebieten Siegmar und Altchemnitz wirft zugleich Probleme geeigneter Sozialstrukturen in bezug auf das Verhältnis von ansässigen Karl-Marx-Städtern und Zugezogenen, von jung und alt, von Einschicht- und Mehrschichtarbeitern auf. Es geht um günstige räumliche Bedingungen, die kulturelle Tätigkeit besonders im engeren Wohnbereich auf eine wachsende Gemeinschaftlichkeit zu orientieren.
Das betrifft Probleme einer Mehrzwecknutzung von Räumen in den Schulen, der Anordnung differenzierter kultureller Einrichtungen in den Grün- und Wohnbereichen unter Ausnutzung der Erdgeschoßzonen.

KB 323.2 DK 711.168

Pöschk, K.
Städtebauliche Umgestaltung und Rekonstruktion des Wohngebietes „Arkonaplatz" in Berlin-Mitte
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 10, S. 602 bis 609, 9 Abb., 2 Ansichten, 1 Lageplan, 3 Grundrisse, 2 Perspektiven
Die städtebauliche Struktur und Gestalt des Wohngebietes entspricht dem Erbe der kapitalistischen Epoche. Dabei ist kennzeichnend, daß Anlagen und Einrichtungen für die Versorgung und Betreuung der Bevölkerung, insbesondere des Handels, der Dienstleistungen und Kultur vollständig fehlen oder nur in völlig unzureichendem Maße vorhanden sind.
Die Rekonstruktion umfaßt die qualitative Aufwertung der Gebäude und Wohnungen durch Veränderungen der Struktur und Funktion sowie den Um- und Ausbau vorhandener und für die Nutzung nicht mehr vorgesehener Läden und Hausdurchfahrten und die Durchführung aller Instandsetzungsarbeiten zur Beseitigung der durch den physischen und moralischen Verschleiß an der Mikro- und Makrostruktur vorhandenen Schäden und Mängel.

KB 625.232 DK 725.26.004.68

Pöschk, K.
Rekonstruktion der „Ackerhalle" in Berlin
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 10, S. 610 bis 617, 21 Abb., 2 Grundrisse, 4 Schnitte
Die Rekonstruktion der Markthalle – Ackerhalle – zum „Einkaufszentrum Ackerhalle" ist ein Beispiel für die funktionelle und strukturelle Aufwertung vorhandener Bausubstanzen bzw. überalterter Handelseinrichtungen mit den Maßnahmen der komplexen sozialistischen Rationalisierung.
Entsprechend der Aufgabenstellung und unter Wahrung der durch die Ackerhalle gegebenen und weiterzuentwickelnden Traditionen als Markthalle war vorgesehen, eine Kaufhalle mit Selbstbedienungs-Verkaufssystem und eine Verkaufshalle mit Einzelverkaufsständen für den privaten Einzelhandel und die sozialistischen oder genossenschaftlichen Handelsorganisationen einzurichten. Außerdem sollte ein Backwarenfrühverkauf ermöglicht und eine Imbiß-Gaststätte eingeordnet werden.

Содержание

УДК 728.1.001"313"(47+57)

Rubanenko, B.; Mejerson, D.; Kartaschowa, K.; Orlow, P.
582 **Перспективы развития жилища в СССР**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 10, стр. 582 до 585, 5 илл.
Условия жилища будут развиваться при многообразном воздействии большого числа факторов, сопровождающих как социальный, научный и технический прогресс, так и раскрытие географического окружного мира. Влияние условий окружности на жилище возникает из процесса урбанизации и из раскрытия скрытых ресурсов земли, воздуха и выды. Развитие жилища будет подвигаться на основе экономических возможностей общества.

УДК 711.4.003

Macetti, S.
586 **Экономия города и комплексная экономия социализма**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 10, стр. 586 до 592, 4 схемы, 2 табл.
Оптимальная экономия пространства в отношении к градостроительству, районам отдыха и транспорту в первую очередь будет достигаться снижением потребностей в пространстве с помощью рациональной организации общественной жизни и осуществления 24-часового принципа. Этой цели служит целесообразное использование имеющегося пространства путем оптимального синтеза компактирования в микро- и макромасштабах, т.-е., от жилого района и мест приложения труда до сети расселения. Рациональное хозяйственное использование имеющегося пространства при этом все больше становится решительной исходной величиной для социалистического преобразования архитектурного-пространственного мира и одним из важнейших критериев социалистического градостроительства и экономии производства. Оно решительно влияет на форму застройки, вид компактирования и функциональное оформление структур строительно-пространственного окружного мира.

УДК 711.58.003

Kress, S.
593 **Модифицированные плотности жителей как основа планирования жилых районов**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 10, стр. 593 до 595, 6 илл., 2 табл.
При составлении общих капитальных вложений на один жилой район получилось, что выбор оформления стоянок для средств транспорта ограничивается. Так свободное паркирование является экономически справедливым только при ок. 8 жилых этажах — двухэтажные стояночные палеты нужны для зданий до 10 этажах, во время как повышенная этажность требует учета четырехэтажных коллективных гаражей.

УДК 711.58—201

Stahn, G.
596 **Жилой район «Хельберсдорфер-Маркерсдорфер-Ханг» в Карл-Маркс-Штадте**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 10, стр. 596 до 601, 2 илл., 1 перспектива, 4 структурных схемы, 2 плана распогожения
Развивающееся в ходе строительства жилого района Хельберсдорфер-Маркерсдорфер-Ханг улучшение жилых условий рабочих, живущих в промышленных районах Зигмар и Альтхемнитц выдвигает ряд проблем подходящих струтур —соотношение между оседлыми и переселенцами, молодые и старые жители, сменные рабочие и т.д. Следует создать благоприятные пространственные условия и ориентировать культурную деятельность на растущую коллективность. В этой связи речь идет об универсальном использовании помещений в школах и о расположении дифференцированных культурных устройств в озеленных и жилых районах с использованием первых этажей.

УДК 711.168

Pöschk, K.
602 **Градостроительное преобразование и реконструкция жилого района «Арконаплатц» в Берлине-центре**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 10, стр. 602 до 609, 9 илл., 2 вида, 1 план расположения, 3 гориз. проекции, 2 перспективы
Градостроительная структура и облик района отражают наследство капиталистической эпохи. Для этого является характерным, что устройства торговли, обслуживания и культуры или полностью отсутствуют или существуют только в недостаточном объеме. Реконструкция включает повышение качества зданий и квартир путем изменения структуры и функции, как и перестройку и достройку имеющихся, не использованных лавок и проходов. Наконец, предусмотрены ремонтные работы для устранения обусловленных физическим и моральным износом недостатков в микро- и макроструктуре.

УДК 725.26.004.68

Pöschk, K.
610 **Реконструкция крытого рынка «Аккерхалле» в Берлине**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 10, стр. 610 до 617, 21 илл., 2 гориз. проекции, 4 чертежа в разрезе
Реконструкция крытого рынка «Аккерхалле» с целью преобразования его в торговый центр настоящего времени — пример функционального и структурного повышения качества старых строительных фондов и торговых устройств при использовании методов комплексной социалистической рационализации. С учетом поставленной задачи и традиции этого устройства намечалось создать торговый центр по системе самообслуживания и продажный зал принимающий места продажи для личной торговли и стенды социалистических или кооперативных торговых организаций. Кроме того предусмотрено организовать раннюю продажу печенья и предоставить закусочную.

Summary

DK 728.1.001"313"(47+57)

Rubanyenko, B.; Mejerson, D.; Kartashova, K.; Orlov, P.
Trends of Dwelling in the USSR 582
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 10, pp. 582–585, 5 figs.
The conditions of dwelling will develop under the impact of most various factors which accompany social as well as techno-scientific progress and the exploration of geographical environment. The environmental effects upon dwelling are based on both the process of urbanisation and the exploration of ground, air, and water resources. Dwelling progress will take place in line with the economic potentials of society.

DK 711.4.003

Macetti, S.
Economy of the City and Complex Economy of City Design 586
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 10, pp. 586–592, 4 diagrams, 2 tables
Optimisation of space economy with regard to city design, leisure area, and transport will call, in the first place, for reduction of space demand. Such reduction may be achieved by economising public life and implementing the round-the-clock principle. This, however, will require high-economy management of available spaces by achieving an optimum synthesis on both large and small scale between the concepts of concentration and large space, that is, between housing areas, jobs, and the urban system as a whole. In this context, high-economy management of available space will increasingly become a crucial basis for urban renewal and environmental design along socialist lines and a major criterion by which to assess both socialist city design and production economy. It is believed to have decisive impacts on structural designs, concentration patterns, and building performance.

DK 711.58.003

Kress, S.
Modified Population Density, a Parameter for Housing Area Planning 593
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 10, pp. 593–595, 6 figs., 2 tables
Any investment planning for housing areas will readily reveal the existence of certain limitations on accommodation of stopping traffic. Small cars usually will remain in the streets of housing areas up to about eight storeys, while two-level parking lots are economically justifiable for areas up to ten dwelling storeys. Four-storey parking houses should be provided for areas with buildings beyond the above average.

DK 711.58-201

Stahn, G.
Housing Area of Helbersdorfer-Markersdorfer-Hang in Karl-Marx-Stadt 596
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 10, pp. 596–601, 2 figs., 1 perspective, 4 diagrams, 2 layouts
While the dwelling conditions of the industrial workers now living in Siegmar and Altchemnitz will improve significantly by the completion of the housing area of Helbersdorfer-Markersdorfer-Hang, certain sociological problems are likely to emerge with regard to the relations between the original and new dwellers of Karl-Marx-Stadt, between young and old, and between one-shift and multi-shift workers. Needed are favourable space distribution together with orientation of cultural activity to growing togetherness, mainly within the limits of each cluster. This will concern aspects of multi-purpose use of school spaces, differentiated use of open spaces and housing spaces for providing cultural facilities, and full utilisation of groundfloor zones.

DK 711.168

Pöschk, K.
Renewal of "Arkonaplatz" Housing Area in the Centre of Berlin 602
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 10, pp. 602–609, 9 figs., 2 views, 1 layout, 3 floor plans, 2 perspectives
Both the structure and general pattern of that housing area can be considered true heritages of capitalism. Supplies, services, and cultural facilities are absent or quite insufficient. This reconstruction scheme will include rehabilitation in terms of quality of the buildings and dwellings by modifyi. g structures and performances, alteration or improvement of deserted shops and of house passages, as well as comprehensive repair and maintenance to remedy damage that resulted at all levels from wear and obsolescence.

DK 725.26.004.68

Pöschk, K.
Reconstruction of "Ackerhalle", Berlin 610
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 10, pp. 610–617, 21 figs., 2 floor plans, 4 sections
The conversion of Ackerhalle, an old central market, to a modern shopping centre is an example of how to apply the concept of comprehensive socialist rationalisation to upgrading the performance and structure of existing stock and obsolete retail trade facilities. The design was worked out with the view of preserving and continuing certain specific traditions of this market centre and, therefore, provided for subdivision into a self-service tract, a counter-service tract for private, state, and cooperative shops, an early-morning baker's shop, and a snackbar.

Résumé

DK 728.1.001"313"(47+57)

Rubanjenko, B.; Mejerson, D.; Kartaschowa, K.; Orlow, P.
Prévisions du développement du logement dans l'Union Soviétique
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 10, p. 582–585, 5 fig.
Les conditions du logement se développeront sous les multiples effets de très nombreux facteurs, qui accompagnent le progrès social, scientifique et technique, ainsi que l'aménagement de l'ambiance géographique. L'influence des conditions de l'ambiance au logement résulte du progrès de l'urbanisation et de l'utilisation des ressources latentes du sol, de l'air et de l'eau. Le développement du logement se déroulera sur la base des possibilités économiques de la société.

DK 711.4.003

Macetti, S.
Economie de la ville et économie complexe de l'urbanisme
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 10, p. 586–592, 4 schémas, 2 tab.
L'économie optima de l'espace prévu pour l'urbanisme, les zones de recréation et la circulation sera obtenue en premier lieu par une réduction du besoin d'espace par moyen d'une organisation rationnelle de la vie en société et de la rationalisation du principe « autour – de – la – montre » avec un aménagement rationnel de l'espace disponible par une synthèse optima entre une densité compacte et l'arrangement généreux des espaces à l'échelle micro et macro, c'est-à-dire de la sphère du logement et du travail jusqu'au réseau du lotissement. L'utilisation rationnelle de l'espace disponible devient de plus en plus une dimension décisive du départ pour la transformation socialiste de l'ambiance spaciale bâtie et l'un des critères les plus importants de l'urbanisme socialiste, et aussi de l'économie de la production. Cette utilisation rationnelle de l'espace a des effets déterminants à la forme de la construction, à la façon de la densité compacte et à l'aménagement fonctionnel des structures de l'ambiance spaciale bâtie.

DK 711.58.003

Kress, S.
Densités d'habitation modifiées comme base de la planification pour des zones d'habitation
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 10, p. 593–595, 6 fig., 2 tab.
Quand on additionne les investissements totaux pour une zone d'habitation, il en résulte que le choix de la forme du parking devient limité. Ainsi le parking libre des autos serait admissible du point de vue économique pour les immeubles d'habitation jusqu'à huit étages, et les palettes du parking à deux niveaux seriont économiques pour les immeubles d'habitation jusqu'à dix étages environ, en outre des garages collecteurs à quatre niveaux devraient être pris en compte.

DK 711.58-201

Stahn, G.
Zone d'habitation Helbersdorfer-Merkersdorfer-Hang à Karl-Marx-Stadt
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 10, p. 596–601, 2 fig., 1 vue persp., 4 schémas de struct., 2 plans de site
La construction de la zone d'habitation Merkersdorfer-Helbersdorfer-Hang suscitera une amélioration des conditions du longement des ouvriers dans les zones industrielles de Siegmar et Altchemnitz, mais provoque en même temps des problèmes desstructures sociales appropriées quand on considère la relation entre les citoyens domiciliés à Karl-Marx-Stadt et les immigrants, entre les ouvriers jeunes et âgés, ceux qui travaillent en un ou plusieures relèves des équipes. Il s'agit des conditions spaciales favorables, qui orientent l'acitivité culturelle, particulièrement dans une sphère plus étroite de la zone d'habitation, à une communauté accroissante. Cela se réfère aux problèmes de l'usage multiple des espaces dans les écoles et de l'aménagement des institutions culturelles différenciées dans les zones vertes et d'habitation, en profitant des espaces au rez-de-chaussée.

DK 711.168

Pöschk, K.
Transformation urbanistique et reconstruction de la zone d'habitation « Arkonaplatz », Berlin-Mitte
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 10, p. 602–609, 9 fig., 2 vues, 1 plan de site, 3 plans horiz., 2 persp.
La structure urbanistique et la forme de la zone d'habitation correspondent à l'héritage de l'époque capitaliste. Il en est caractéristique que les facilités pour l'approvisionnement et le soin des habitants, particulièrement les facilités du commerce, de la prestation des services et de la culture manquent complètement ou n'existent qu'en nombre tout à fait insuffisant. La reconstruction englobe l'amélioration qualitative des immeubles et habitations par moyen des modifications structurelles et fonctionnelles ainsi que la transformation et la réorganisation des magasins et passages existants mais non plus prévus à l'utilisation, et tous les travaux de réfection pour l'élimination des dommages et défects causés par l'usure physique et morale aux structures micro et macro.

DK 725.26.004.68

Pöschk, K.
Reconstruction du marché couvert « Ackerhalle » à Berlin
deutsche architektur Berlin, 20 (1971) 10, p. 610–617, 21 fig., 2 plans horiz., 4 coupes
La reconstruction du marché couvert « Ackerhalle » en un centre d'achat est un exemple de l'amélioration fonctionnelle et structurelle – grâce aux mesures de la rationalisation complexe socialiste – de la substance existante des bâtiments ou des facilités surannées du commerce. Conformément aux buts prévus et en tenant compte des traditions du marché « Ackerhalle », qu'il faudrait conserver, on avait prévu un centre d'achat avec le système du libre service et une halle de vente avec des boutiques individuelles du commerce privé en détail et des organisations commerciales socialistes ou coopératives. En outre, la vente matinale des produits de la boulangerie devrait être rendue possible, en intégrant un petit restaurant casse-croute.

31 409